

HUGO HAASE

SEIN LEBEN UND WIRKEN

MIT EINER AUSWAHL
VON BRIEFEN, REDEN
UND AUFSÄTZEN HER-
AUSGEGEBEN VON
ERNST HAASE

E. LAUBSCHE VERLAGSBUCHHANDLUNG

G. M. B. H. BERLIN W 30

Hillsdale, Kansas

75

U OF C
NOV 9 1962

HUGO HAASE

SEIN LEBEN UND WIRKEN

MIT
EINER AUSWAHL
VON BRIEFEN, REDEN UND
AUFSÄTZEN HERAUSGEGEBEN VON
ERNST HAASE

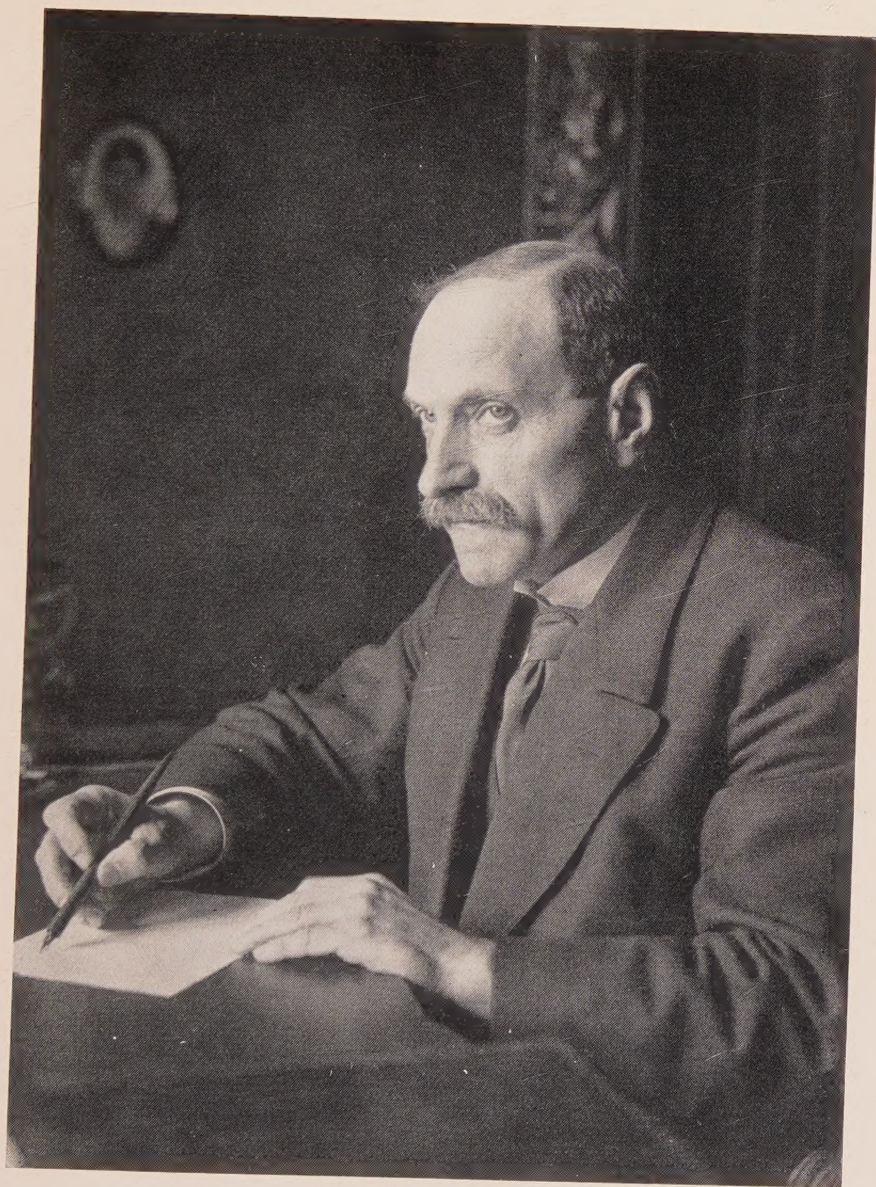
✱

J. J. OTTENS-VERLAG / BERLIN-FROHNAU


Gedruckt bei
Julius Sittenfeld
Berlin W8

Inhalt.

	Seite
Hugo Haase	1
Politische Briefe	
aus der Vorkriegszeit	91
aus der Kriegszeit	103
aus der Revolutionszeit	173
Persönliche Briefe	186
Reden und Aufsätze	
1. Plädoyer im Königsberger Geheimbundprozeß	200
2. Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug. Rede auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim am 29. September 1906	206
3. Rede im Baseler Münster. Internationaler Sozialistenkongreß am 24. November 1912	215
4. Imperialismus und Schiedsgericht. Grundzüge für das Referat auf dem geplanten Internationalen Sozialistenkongreß in Wien 1914	217
5. Über die Haltung der Reichstagsfraktion zum Kriege. Artikel für die Parteipresse vom Juni 1915	219
6. Das Gebot der Stunde. Gemeinsamer Aufruf von Haase, Bernstein und Kautsky, veröffentlicht am 19. Juni 1915	225
7. Rede in der Reichstagssitzung vom 24. März 1916	228
8. Zur Klärung in der Partei. Artikel in der „Sozialistischen Auslandspolitik“ vom 30. März 1916	231
9. Die Aufgaben der Partei. Reden auf dem Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei am 3. März 1919	233
10. Sollen wir den Friedensvertrag unterzeichnen? Volksversamlungsrede vom 13. Mai 1919	242
11. Plädoyer im Toller-Prozeß am 15. Juli 1919	249



Hugo Haase
1918



Digitized by the Internet Archive
in 2024

Hugo Haase.

Keine Zeit und keine Macht zerstückelt
Geprägte Form, die lebend sich entwickelt.

Am 7. November 1929 jährt sich zum zehnten Male der Tag, an dem Hugo Haase einem Attentat zum Opfer fiel.

Trotz unserer schnellebenden und Menschen verbrauchenden Zeit erscheint es Recht und Pflicht, sein Leben und Wirken festzuhalten und an Hand seiner Lebensdaten, seiner Reden und Briefe aufzuzeigen, was er in den schwersten und dunkelsten Jahren unserer Geschichte für den Befreiungskampf des Proletariats und für die Sache der Menschheit geleistet hat.

✱

Seine Eltern, Nathan und Pauline Haase, hatten früh geheiratet. Er war 22, sie 24 Jahre alt. Der Vater stand als Soldat in Ostpreußen, als er sich verlobte, und gleich nach seiner Entlassung aus dem Militärdienst zog er nach Allenstein, wo er als Schuhmacher seinen Lebensunterhalt zu verdienen suchte. Als er damit auf die Dauer seine Familie nicht ernähren konnte, ging er nach Wormditt und begann den Flachshandel, einen mühseligen und namentlich in der Strenge des ostpreußischen Winters harten und aufreibenden Beruf. Er fuhr tagelang über Land, kaufte bei den Bauern den Flachs auf und brachte ihn nach Braunsberg zum Markte. Später wurde er Kaufmann.

Hugo Haase wurde als Ältester von zehn Kindern am 29. September 1863 in Allenstein geboren. In Wormditt besuchte er die Volksschule. Als er im 11. Lebensjahre auf der der Schule angeschlossenen Selektta nicht versetzt werden sollte, da er in Latein nicht genügte, nahm ihn der Vater heraus und schickte ihn nach Rastenburg in Pension und zum Besuch des Gymnasiums. Hier zählte er bald zu den Besten und machte als Klassenerster sein Abiturium. Sein Lieblingsfach war Deutsch. Bei dieser Wahl mag die Persönlichkeit des Lehrers mit eine Rolle gespielt haben. Sein Deutschlehrer in Prima, Prof. Claussen, war der einzige, von dem er geistige und menschliche Förderung erfahren hat; von ihm sprach er noch später mit besonderer Dankbarkeit. Dieser Lehrer, fast erblindet, war eine echte Gelehrtennatur, von philosophischer Bildung, vorurteilsfreiem Denken und weitem Blick, eine jener Lehrertypen, die sich im Klassen-

unterricht schwer durchsetzen, da ihre Bedeutung von den meisten Schülern verkannt wird, um so mehr aber den wenigen, die sie verstehen, zu bieten haben.

*

Die Statur hatte Hugo Haase von seinem Vater geerbt; von ihm auch die Schärfe des Denkens, die Redlichkeit des Sinnes, die praktische Lebensklugheit und die Energie des Handelns. Die Gestalt war untersetzt und gedrunken, die Gesichtsform breit; Stirnhöcker und Nase sprangen energisch vor, doch milderten die blauen, freundlichen Augen die Strenge des Ausdrucks. Das dunkelblonde, seideweiche Haar trat an den Schläfen zurück und gab die hohe gewölbte Stirn frei. So konnte man schon aus dem Gesicht Klugheit, Tatkraft und Güte lesen. Die Beweglichkeit des Geistes, die Gaben des Gemütes mögen auch von der mütterlichen Seite stammen. War es hier doch besonders ein Bruder der Mutter, an dem er stets mit besonderer Ehrerbietung und Zärtlichkeit hing, da er Scharfsinn, Güte und Charakterstärke in seltener Weise in sich verband.

Dem Körperbau entsprach auch das Temperament: Eine heitere Grundstimmung führte zu freudiger Lebensbejahung. Sein sonniges Gemüt ließ Unzuträglichkeiten des Lebens spielend überwinden, aus jeder Situation holte er mit bezwingender Liebenswürdigkeit das Freundlichste heraus, und mit der Fröhlichkeit des Herzens, die ihm eigen, nahm er selbst Widerstrebende gefangen. Dabei leuchtete durch allen Frohsinn der Ernst der Lebensauffassung hindurch. Geselligkeit war nie Selbstzweck, sondern Gelegenheit zur Entfaltung wertvoller mitmenschlicher Beziehungen. Und wenn er trotz der Weichheit seines Gemütes und der Zartheit seiner Empfindungen, trotz seiner Liebe für feinsinnige Formen der Rauheit des politischen Kampfes mit allen seinen Bitterkeiten und Enttäuschungen, ja persönlichen Intrigen und Verunglimpfungen gewachsen war, wo ihm sowohl die Robustheit grobgeschnittener wie die Unbedenklichkeit skrupelloser Naturen fehlte, wenn er sich trotz seiner bescheidenen Zurückhaltung zum politischen Führer erheben konnte, so war er dazu nur dank seiner gütig-heiteren Art fähig, die ihn erlittene Unbill rasch vergessen machte, dank seiner Großzügigkeit und seines Gerechtigkeitssinnes, die ihn Person und Sache stets trennen hießen. Sein froher Zukunftsglaube ließ ihn Holprigkeit und Schmutz des Weges gegenüber der Größe des Zieles gering achten. Die glückliche Verbindung von idealem Streben und klugem Wirklichkeitssinn, sein kritischer Optimismus, war seine beste Gabe. Und es ist bezeichnend, daß er schon als Abiturient zu seiner Abschiedsrede das Thema wählte:

„Den einen ehr' ich, der nach Idealen ringt,
Den andern acht' ich auch, dem Wirkliches gelingt;
Den aber lieb' ich, der nicht dies, nicht jenes wählt —
Der echtes Ideal der Wirklichkeit vermählt.“

Bereits als Primaner reifte in Hugo Haase der Entschluß, den Anwaltsberuf zu ergreifen. Damals sah er in ihm nur die ideale Seite. Dem Rechte zum Siege zu verhelfen, unschuldig Angeklagte zu befreien und in den Maschen der Justiz Verstrickten beizustehen, erschien ihm als höchstes Ziel. So bezog er voll froher Erwartung und mit hohen Vorsätzen die Universität in Königsberg. Hier mußte ihn die seelenlose Handhabung des akademischen Unterrichts, die trockene, wirklichkeitsfremde Paragraphenjuristerei enttäuschen, und der Einblick in die Praxis ließ in ihm bald die Erkenntnis aufdämmern von dem Vorherrschen einer vom wirklichen Recht weit entfernten Klassenjustiz. Den größten Genuß bereitete ihm das Studium der Philosophie und Nationalökonomie. Den allgemein menschlichen und sozialen Fragen, die sich hier auftraten, galt seine Liebe.

Rasch orientierte er sich über die studentischen Verhältnisse und trat der „Freien Studentischen Vereinigung“ bei, einer Verbindung, die eine Reform des akademischen Lebens mit seinen althergebrachten Vorurteilen und Mißbräuchen anstrebte, energisch gegen das Couleur- und Bierstudententum Front machte und besonders ein absolutes Verbot des Duells und der Bestimmungsmensur ausgegeben hatte. Den Anlaß zur Gründung dieser Vereinigung hatte ein Ereignis im Juni 1867 gegeben: Auf das Leichenbegängnis eines Mitgliedes der Landmannschaft Littuania, das mit allem studentischen Pomp vor sich ging, folgte zwei Tage später das Begräbnis eines mittellosen Nichtverbindungsstudenten. Die Korps hatten ihr Geleite dazu versagt; infolgedessen unterblieb jedes Gepränge, und nur wenige Kommilitonen folgten dem Sarge. Der Gegensatz war so schreiend, daß er die gerecht und freiheitlich Denkenden aufrüttelte und zum Zusammenschluß unter dem Bannerspruch: „Freiheit, Wahrheit, Gerechtigkeit“ trieb. Bald stand der junge Verein im Brennpunkt der studentischen Kämpfe. Es fehlte nicht an Spötteleien und Anrempelungsversuchen der anderen Studenten, die die kleine Schar wegen ihrer Duellgegnerschaft durch den Vorwurf der Feigheit und Weichlichkeit provozieren wollten. So galt es für die Mitglieder der Vereinigung von vornherein eine Eigenschaft zu entwickeln, die in Deutschland besonders selten zu sein pflegt: Zivilcourage. Eine ganze Reihe freiheitlich empfindender und geistig bedeutender Menschen, die später eine Rolle im öffentlichen Leben gespielt haben, ist aus diesem Kreise hervorgegangen.

Hier in der Vereinigung und in erregten studentischen Versammlungen verdiente sich Hugo Haase die ersten rednerischen Sporen.

Er war ein echter Redner insofern, als er Gedanken spielend in Worte kleiden und zu klarem Ausdruck bringen konnte. Behend pflegte er sich auf die Rednertribüne zu schwingen, und während des Vortrages ging von der ganzen Gestalt eine sprühende Beweglichkeit aus. Im Kontakt mit der Zuhörerschaft formte er aus dem Augenblick heraus die Rede. Daher sprach er auch am liebsten ohne Konzept, nur auf der Fahrt zum Vortrage pflegte er sich eine kurze Disposition aufzuschreiben. Aber er war kein hinreißender Volksredner. Immer be-

strebt, Tatsachen zu bringen und kritisch zu beleuchten, hatte er in der Dialektik seine Stärke. Seine Reden waren stets inhaltsreich und zum Nachdenken anregend, und geschickt führte er von der Fülle der Einzelbeobachtungen in logischem Aufbau zwingend zu allgemeinen Schlüssen. Schillerndes Pathos, bestechende Rhetorik waren nicht seine Sache. Er ersetzte sie durch Gedankenklarheit und innere Wärme. Nur am Schluß der Rede erhob er sich bisweilen zu leidenschaftlichem Schwunge. So war es ihm leicht, die Zuhörer zu fesseln und zu überzeugen, weniger leicht, sie fortzureißen. Besonders lag ihm die Diskussion. Schlagfertig in der Entgegnung, oft mit feinem Spott, aber ohne je durch persönliche Schärfe zu verletzen, arbeitete er in der Aussprache kunstvoll die großen und prinzipiellen Gesichtspunkte heraus.

Seine Stimme war nicht sehr modulationsfähig. Hatte sie auch im vertrauten Gespräche etwas Mildes und Warmes, so wurde sie bei großen Versammlungen in rauchigen Lokalen leicht heiser, die Bemühung, in der Versammlung durchzudringen, brachte eine gewisse Schärfe hinein, und dann brach zuweilen die Härte des ostpreußischen Dialektes durch.

In den Studentenversammlungen geißelte er mit größtem Freimut die lächerliche Haltung des Couleurstudenten, der als Gradmesser für seinen Wert allein die Farbe ansehe und nicht den inneren Gehalt der Persönlichkeit, und der es bereits dazu gebracht habe, daß man im Volke hohles Ständebewußtsein, Überhebung, Stutzerhaftigkeit und eitle Heuchelei für das eigentümliche Gepräge der Studenten ansehe.

Besonders setzte er sich mit den anderen Reformstudentenschaften auseinander, die zwar im Prinzip auch gegen Mensur und Duell waren, aber aus Opportunitätsgründen glaubten, vorerst nicht auf ihre Anwendung verzichten zu können, um den Gegnern den Vorwurf der Feigheit zu nehmen. Ihnen rief er auf einer Vertreterkonferenz zu:

„Hinter der Formel: „im Prinzip Gegner, aber wir wollen, daß die augenblicklichen Verhältnisse berücksichtigt werden“, haben sich stets die Feinde wahrer Reform versteckt. Auch Sie, meine Herren, werden, obwohl Sie von dem besten Willen getragen sind — was ich freudig anerkenne —, unbewußt und wider Ihren Willen der studentischen Reform mehr schaden als nützen, wenn Sie diesen Standpunkt nicht aufgeben. Unmöglich können Sie, die Sie aus Opportunitätsrücksichten Ihre hohen Ideen durchlöchern, andere für dieselben gewinnen, andere begeistern. Wenn aber die Begeisterung nicht Ihre Bestrebungen hebt und leitet, dann müssen sie im Sande verlaufen. Um die kalte Gleichgültigkeit, die gerade in studentischen Kreisen herrscht, zu überwinden, brauchen Sie in ganz besonderem Maße tatkräftigen Schwung und helle Begeisterung. Banges Schwanken, berechnendes Abwägen, vermittelnde Halbheit können den Jugendsinn nicht packen; Entschiedenheit und Festigkeit ist sein

Lebenselement. Nicht bloß die Überzeugungstreue, sondern auch die Klugheit verlangt dringend, daß Sie Duell und Mensur verwerfen. In ihrer Ablehnung werden Sie, wie heutzutage fast alle anderen Bürger, nichts Verächtliches mehr erblicken, sondern vielmehr stolz darauf sein, mit den Waffen des Geistes edlere Streitgänge ausfechten zu können als in der Gladiatoren-dressur.“

Schon während dieser Zeit hatten ihn sein natürliches Rechtsempfinden, sein Mitgefühl für die Armen und Unterdrückten, seine volkswirtschaftlichen Studien, insbesondere die Lektüre marxistischer Schriften, und sein Einblick in das Walten der Klassenjustiz der sozialistischen Weltanschauung nahegebracht.

Als Referendar trat er in die Sozialdemokratische Partei ein. Deutschland stand noch unter dem Sozialistengesetz, und besonders Ostpreußen mit seiner agrarischen Struktur und seiner unumstrittenen Herrschaft des ostelbischen Junkertums war, gestärkt durch die enge Nachbarschaft des Zarenreiches, ein Hort der Reaktion. Das liberale Bürgertum Königsbergs hatte kaum noch einen Hauch vom Achtundvierzigergeist, obgleich in Königsberg ein Johann Jacoby gelebt und gelehrt hatte. Der Freisinn hatte längst mit dem preußischen Gottesgnadenkönigtum Frieden geschlossen, vertrat rein kapitalistische Interessen und stand in erbittertem Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Selbst ein kleiner, etwas mehr links orientierter Flügel, der sich um den Handwerkerverein und seinen Vorsitzenden, den späteren Schwager Hugo Haases, Rechtsanwalt Lichtenstein, gruppierte, war im Grunde königstreu und sozialistenfeindlich. Die wenigen freien Geister hielten sich vom politischen Leben fern und suchten eine neue Lebensgestaltung in Religion und Philosophie. In der freireligiösen Gemeinde, in der in damaliger Zeit der Sohn ihres Gründers Rupp wirkte, und der Männer wie Karl Schmidt, der Vater von Conrad Schmidt und Käthe Kollwitz, angehörten, vereinigte sich ein feinsinniger Kreis, und die Kantsche Lehre wurde von aufrechten Menschen wie dem Philosophen Emil Arnoldt nicht nur studiert und kommentiert, sondern mit tiefem Ernste nachgelebt. Diese Gruppen hatten aber etwas Beschauliches und in sich Geschlossenes, wirkten kaum nach außen und schlugen keine Wellen in die kompakte Masse des Bürgertums hinein, dessen geistige Bedürfnisse sich in Pflege guter Musik und im Interesse für Theater und bildende Kunst erschöpften. So ist es auch kein Zufall, daß Wilhelm II. zweimal gerade seinen Besuch in der alten Krönungsstadt Königsberg dazu benutzte, um vor aller Welt sein persönliches Regiment zu betonen und das Selbstherrschertum zu verherrlichen. Heißt es doch in seiner berüchtigten Rede vor den Provinzialständen Ostpreußens im Jahre 1910: „Hier war es, wo der Große Kurfürst aus eigenem Recht zum souveränen Herzog in Preußen sich machte, hier setzte sich sein Sohn die Königskrone aufs Haupt . . . Friedrich Wilhelm I. stabilisierte hier seine Autorität wie einen Rocher de

bronze Und hier setzte sich Mein Großvater wiederum aus eigenem Recht die preußische Königskrone aufs Haupt, noch einmal bestimmt hervorhebend, daß sie von Gottes Gnaden allein ihm verliehen sei und nicht von Parlamenten, Volksversammlungen und Volksbeschlüssen, und daß er sich so als auserwähltes Instrument des Himmels ansehe und als solches seine Regenten- und Herrscherpflicht versehe.“ Und sich selbst dieser Ahnenreihe anschließend, fügte er hinzu: „Als Instrument des Himmels Mich betrachtend, ohne Rücksicht auf Tagesanschauungen und Meinungen, gehe Ich Meinen Weg.“

In der Atmosphäre dieser Stadt mußte das Bekenntnis zur Sozialdemokratie, die Einreihung in die Umsturzpartei, nicht nur Gefahr strafrechtlicher Verfolgung, sondern auch gesellschaftlicher Ächtung mit sich bringen.

Diese Erfahrung sollte Hugo Haase bald nach seiner Niederlassung als Rechtsanwalt machen.

Mit einem heimtückischen Schlage versuchte die Oberstaatsanwaltschaft den jungen Anwalt kurzerhand in seiner Tätigkeit für die Partei mattzusetzen, indem sie bei der Anwaltskammer die Einleitung eines ehrengerichtlichen Verfahrens gegen ihn beantragte. In der Anklageschrift wurde ihm zum Vorwurf gemacht:

1. daß er den als sozialdemokratischen Agitator bekannten Schreiber Neusser in sein Büro aufgenommen,
2. daß er wiederholt die Führung der gegen Sozialdemokraten eingeleiteten Prozesse übernommen,
3. daß er mit dem der Sozialdemokratischen Partei offenkundig angehörenden Kandidaten der Medizin Gottschalk in intimeren Verkehr getreten,
4. daß er wiederholt in öffentlichen Versammlungen zugunsten der sozialdemokratischen Parteibestrebungen aufgetreten sei, und zwar
 - a) in der Versammlung des hiesigen Handwerkervereins am 27. Oktober 1897 sich dahin ausgelassen habe, daß über die Berechtigung des Achtstundentages ein Zweifel nicht mehr bestehen könne, und daß es den Fabrikherren nicht schaden könne, wenn sie für die achtsündige Arbeitszeit auch den heutigen oder einen noch höheren Lohn zahlten,
 - b) daß er in der am 11. November 1891 stattgefundenen, von etwa 300 Personen besuchten öffentlichen sozialdemokratischen Parteiversammlung sich mit fünf Handwerkern und dem Gottschalk in eine Kommission habe wählen lassen zur Untersuchung der der Parteileitung gemachten Vorwürfe,
 - c) daß er am 12. November 1891 in einer Versammlung des Unterstützungsvereins der deutschen Buchdrucker über bestimmte, ihm vorgelegte Rechtsfragen Rat und Auskunft erteilt und in betreff der Richter geäußert habe: „Die Richter stammen aus jenen Kreisen, aus denen Ihre Arbeit-

geber stammen; sie können mitunter nicht aus ihrer Haut heraus und deshalb haben sie wohl Neigung, sich gegen die Gehilfen zu wenden, die in einen Lohnkampf eingetreten sind.“

Eine derartige Begünstigung sozialdemokratischer Bestrebungen sei mit der Stellung eines Rechtsanwalts nicht vereinbar und schädige in erheblicher Weise dessen Berufsehre. Auch entspreche es nicht der Würde des Anwaltstandes, daß ein Mitglied desselben sich öffentlich an soziale Kreise anschließe, mit denen seine Berufsgenossen nicht in Verkehr zu treten gewohnt sind. Die Äußerung über den Richterstand enthalte eine Kritik desselben, welche sich nicht mit derjenigen Achtung vereinigen lasse, welche der Rechtsanwalt dem Richterstande schulde.

Das Ehrengericht der Anwaltskammer lehnte den Antrag des Staatsanwalts auf Eröffnung eines Verfahrens ab, da es ein ehrenwidriges Verhalten weder in der Tatsache der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei erblicken konnte, noch insbesondere einen Vorwurf daraus machen wollte, daß Haase mit Handwerksgesellen, Gehilfen und Arbeitern in Verkehr getreten sei. Hübsch ist die Begründung: „Ein Verkehr mit dergleichen Leuten kann im allgemeinen nicht als eines Rechtsanwaltes unwürdig und gegen den § 28 der Rechtsanwaltsordnung verstoßend angesehen werden; er würde nur dann so qualifiziert werden können, wenn Rechtsanwalt Haase sich bei diesem Verkehr ein gegen die guten Sitten und den Anstand verstoßendes Benehmen hätte zuschulden kommen lassen; davon ist aber in der Anklageschrift nichts gesagt und dem Ehrengericht auch sonst nicht bekannt geworden.“

Die Kgl. Oberstaatsanwaltschaft beantragte nunmehr die Eröffnung des Hauptverfahrens. Als neue Belastung wurde geltend gemacht, daß er in einer sozialdemokratischen Versammlung als Redner aufgetreten sei und dadurch den Anschein erweckt habe, als ob er sich auf diese Weise Praxis erwerben wolle, und daß er in dieser Versammlung aus Anlaß der Verhaftung des Töpfergesellen Eichler wegen vorsätzlicher Brandstiftung im Kgl. Schloß die Versammelten aufgefordert habe, ihm Entlastungsmaterial für den Angeschuldigten zu übermitteln. Dabei habe er sich dagegen gewandt, daß diese „Spielerei im Schlosse“ zu einer Hetze gegen die Partei benutzt würde, und auf die im Reiche jetzt übliche „Anarchistenriechei“ hingewiesen. „Eine derartige Kritik einer schwebenden Untersuchung gegen in Berlin verhaftete Anarchisten enthält die Ausnutzung eines anhängigen Verfahrens zu Parteizwecken und ist auch in der Form in hohem Grade ungehörig“ — heißt es in der 61 Seiten langen Anklageschrift.

Das Ehrengericht eröffnete zwar nunmehr das Hauptverfahren, sprach aber den Angeklagten frei. Gegen diesen Freispruch legte die

Oberstaatsanwaltschaft Berufung ein. Die Sache kam vor den Ehrengerichtshof beim Reichsgericht. Dieser sprach Hugo Haase von den meisten Anschuldigungen frei, erkannte lediglich auf einen Verweis wegen seiner Äußerung über die Anarchistenriechei, „wodurch er das Ansehen der Polizei heruntergezogen habe.“

Tatsächlich bedeutete diese geringfügige Verurteilung eine Niederlage der Staatsgewalt, um so mehr, als Hugo Haase bei seinen Vernehmungen nicht einen Schritt von seiner Überzeugung zurückge-
wichen war.

Was es hieß, den Vorurteilen konsequent Kampf anzusagen, mußte Hugo Haase auch in seiner eigenen Familie erfahren, als er sich weigerte, seine Ehe durch religiöses Zeremoniell weihen zu lassen. Als Assessor hatte er seine spätere Frau, Thea Lichtenstein, kennengelernt. Die glückliche Verlobungszeit wurde getrübt, als die Verlobten ihren Entschluß bekanntgaben, es bei einer standesamtlichen Trauung bewenden zu lassen. Mit allen Mitteln der Überredung und Drohung suchten die beiderseitigen Eltern ihre Kinder zum Nachgeben zu zwingen und eine religiöse Trauung durchzusetzen. Aus den wegen ihrer allgemein-menschlichen Bedeutung abgedruckten Briefen an einen Vetter, der von Beruf Kantor war, geht hervor, mit welcher Liebe, Zartheit und Geduld Hugo Haase versuchte, für seinen grundsätzlichen Standpunkt Verständnis zu wecken, die Eltern umzustimmen und einen allen Teilen gangbaren Ausweg zu finden. Schon hatten sich die Verlobten mit dem Gedanken an eine Hochzeit gegen den Willen der Eltern und ohne ihr Beisein abgefunden, als diese im letzten Augenblick nachgaben. Dem Hochzeitsfest fehlte nicht die Weihe. Hugo Haase traute in tieferer und schönerer Rede als ein Priester sie hätte halten können, sich die Braut selbst an. Die ganze Art, wie er diesen Konflikt zu lösen verstand, ist bezeichnend für seine wundervolle Lebenskunst. Wenn er schließlich aus dieser wie aus anderen schwierigen Situationen als Sieger hervorging, so nur, weil er stets dem Grundsatz treu blieb, „suaviter in modo, fortiter in re“: milde in der Form, aber fest in der Sache zu sein.

In der Partei leistete er anfangs nur Kleinarbeit, trat aber noch nicht als Redner auf. Er wollte sich erst eine berufliche Existenz schaffen, um wirtschaftlich unabhängig und damit nach allen Seiten frei zu sein. Auch in den späteren Jahren scheute er sich, die politische Tätigkeit zum Beruf zu machen. Selbst als er im Jahre 1912 in den Parteivorstand nach Berlin berufen wurde, um hier die ehrenamtliche Stellung eines Parteivorsitzenden zu übernehmen, gründete er sich aus den gleichen Erwägungen heraus in Berlin eine neue Praxis. Aus demselben Grunde hat er niemals für seine politische Tätigkeit von der Partei einen Entgelt genommen, sämtliche politischen Prozesse und viele Jahre hindurch auch die gewerkschaftlichen umsonst geführt. Er wollte vermeiden, daß je auch nur die geringste wirtschaftliche Erwägung in seine politische Stellungnahme hineinspielen konnte.

Seine Anwaltspraxis in Königsberg nahm einen raschen Aufschwung, indem er bald nicht nur ein gesuchter Vertreter in Zivilprozessen, sondern auch einer der bekanntesten Strafverteidiger wurde. Die Verfolgung der Arbeiterbewegung durch die Staatsgewalt, die Prozesse gegen die Parteizeitungen, die Anklagen gegen Streikende, die Eröffnung zahlreicher Landfriedensbruchprozesse in ganz Ostpreußen brachten ihm als dem einzigen sozialistischen Anwalt der Provinz eine Fülle von Arbeit. In Ostpreußen wehte ein scharfer Wind. Bisweilen fielen mehrere politische Prozesse auf einen Tag. So zeigt sein Terminkalender vom 4. April 1906 allein vier Prozesse gegen die Redakteure der „Königsberger Volkszeitung“ Crispian und Marchionini. 1. Fall: Beleidigung des Kriegervereins zu Marggrabowa. Strafantrag 300 M. Geldstrafe. Urteil 200 M. Geldstrafe. 2. Fall: Aufreizung zum Klassenhaß durch Wiedergabe eines Prozeßberichtes. Antrag 9 Monate Gefängnis. Urteil 200 M. Geldstrafe. 3. Fall: Majestätsbeleidigung, begangen durch Hinzufügung des Satzes: „Wer iacht da?“ an eine Darstellung der Armenfürsorge des Kaisers. Antrag 8 Monate Gefängnis. Urteil 4 Monate Gefängnis. 4. Fall: Beleidigung des Generalkommandos des I. Armee korps durch einen „Beichtfolter“ überschriebenen Artikel. Antrag 3 Monate Gefängnis. Urteil 300 M. Geldstrafe.

So konnte Arthur Crispian in seiner Gedenkrede für Hugo Haase aus eigener Erfahrung sprechen: „Oft genug forderte uns dort oben in dem rauhen Osten die Klassenjustiz vor ihre Schranken. Stets war Hugo Haase in selbstloser und aufopfernder Weise unser Beistand. Kamen wir zu ihm ins Büro, dann konnten wir immer von neuem erkennen, daß er wahrhaft ein Sohn des Volkes war. Im Warteraum saßen Männer und Frauen des Proletariats, die Rat und Hilfe bei ihrem Haase suchten und fanden. Und wie hat er sich jedes Menschen angenommen! Wieviel neuen Mut und wieviel neue Zuversicht brachte er in die dunklen Gefängniszellen, wieviel Trost und Hoffnung gab er bangenden Frauen und zagenden Kindern. Hugo Haase tat als Anwalt unendlich mehr als seine Pflicht: er rang mit der Klassenjustiz um jedes Opfer, als wär's ein Stück von ihm.“ — Und Karl Marchionini schreibt in seinen „Erinnerungen an Hugo Haase“: „Haase war nicht nur ein hervorragender Parteiführer, sondern auch einer der fähigsten Juristen Deutschlands. . . . Alle Strafmandate, alle Anklagen wurden zu Haase gebracht. Hatte er heute die Parteizeitung zu verteidigen, so nahm er sich morgen der Jugendbewegung, übermorgen irgendeiner Gewerkschaft an. Die Parteizeitung allein hat er in 64 Prozessen innerhalb 17 Jahren vertreten. Bei großen Streiks machten stets die Behörden mobil, und eine Reihe Strafprozesse war das Resultat ihres Vorgehens. In der Provinz wurden wiederholt gegen streikende Bauarbeiter Landfriedensbruchprozesse angestrengt. In solchen Fällen mußte Haase eingreifen, und als Geschworene saßen ihm meist Agrarier gegenüber. Da war es nicht leicht, die Verteidigung zu führen. Trotzdem hatte Haase Erfolge zu

verzeichnen, und er hat zahlreiche Proletarier vor schweren Strafen bewahrt. . . . Als Verteidiger stützte sich Haase vor allem auf sein reiches juristisches Wissen, auf seine Beredsamkeit und Schlagfertigkeit. Er blieb vor den Richtern immer ruhig und konziliant. Die grobe Tonart liebte er nicht. In Schwurgerichtsprozessen versuchte er vor allem auf das Gefühl der Geschworenen einzuwirken. Da fast immer die wirtschaftliche Not, die Unwissenheit, die mangelhafte Erziehung die Ursachen der Verbrechen waren, so mußte Haase große Gemälde sozialen Elends vor den Geschworenen entrollen. Das wirkte günstig für die Angeklagten, und wenn er sie nicht freibekam, wußte er häufig mildernde Umstände für sie zu erwirken. Den Richtern der Strafkammern kam Haase vor allem mit juristischen Gründen, die er ihnen mit zwingender Logik und Scharfsinn vortrug. Er wußte allerdings, daß er in politischen Prozessen meist vor tauben Ohren sprach, denn die Vorurteile der Klassenjustiz waren auch durch noch so geschickt aufgebaute Verteidigungsreden nicht zu erschüttern. Leicht machte es Haase in solchen Fällen den Richtern nicht. . . . Seine Verteidigungsreden waren rhetorisch und inhaltlich immer vorzüglich; sie dürften sich auf Tausende beziffern“.

In der Partearbeit galt es in Königsberg einen überaus steinigen Boden zu beackern. Selbst in der Stadt fehlte ein starkes Industrieproletariat. Die Kleinbetriebe überwucherten. Die Agitation mußte in den einzelnen Berufsorganisationen, bei den Buchdruckern, Holzarbeitern usw. erfolgen. Oft waren so mehrere Abende der Woche mit Referaten in kleinsten Kreisen ausgefüllt. In der Partei fehlte es naturgemäß an führenden Kräften. Ein Teil der bereits aufgeklärten Arbeiterschaft strömte nach dem Reiche ab, und mit der Bearbeitung des frischen Zuwachses vom Lande mußte immer wieder von vorne angefangen werden. Große Volksversammlungen kamen um so weniger in Frage, als der Königsberger Arbeiterschaft lange Jahre nur ein einziges Lokal mit einem knapp 300 Personen fassenden Saal zur Verfügung stand. Alle anderen Säle wurden ihr verweigert. Die Mai feiern mußten in weit außerhalb der Stadt gelegenen Ausflugsorten abgehalten werden. Den Abschluß pflegte ein Fackelzug zu bilden, der von Gendarmerie zu Pferde und per Rad begleitet, mehrere Stunden nach der Stadt zurückmarschierte, um an ihrem Weichbild von der blauen Polizei, die für diesen Tag die braunen Revolvertaschen umgeschnallt hatte, in Empfang genommen zu werden.

Seine Maireden gehörten zu seinen schönsten. Hier konnte er, von der Tagespolitik sich zu den hohen Zielen des Sozialismus erhebend, in glühenden Farben den Völkerfrühling malen, wo es keine Ausbeuter und Ausgebeutete, keine in Waffen starrende Völker mehr gibt, wo die Ideale der Menschheitsverbrüderung ihre Erfüllung gefunden haben.

Diese Festreden bildeten einen Anziehungspunkt auch für der Partei Fernstehende, und selbst aus dem bürgerlichen Lager mischten sich bisweilen einige Jugendliche unter die Zuhörer, um aus seinem Munde etwas von der Ideenwelt des Sozialismus zu erfahren.

Noch schwieriger und aufreibender war die Werbearbeit auf dem Lande. Versammlungen unter freiem Himmel waren nicht gestattet. Stellte ein Bauer mal seine Scheune zur Verfügung, so erließ der Amtsvorsteher ein Verbot. Trotzdem fuhr Hugo Haase immer wieder aufs Land hinaus, um für den Sozialismus zu werben. Und gerade die Landarbeiter und Kleinbauern fanden in ihrer äußersten Not den Weg zu ihm. Waren doch allem Recht hohnsprechende Maßregelungen der Landarbeiter, ja körperliche Züchtigungen durch die Gutsbesitzer und Inspektoren an der Tagesordnung.



Das Jahr 1894 brachte ihm ein neues Tätigkeitsfeld. Als erster Sozialdemokrat Königsbergs wurde er in die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Bei dem herrschenden Dreiklassenwahlsystem und der öffentlichen Stimmabgabe hatten die Arbeiter noch nie einen Kandidaten durchbekommen. Diesmal gelang es in einem Arbeiterbezirk auf der Laak, wo die sozialistische Elite der Unionarbeiter geschlossen für Haase stimmte, einen Überraschungssieg zu erringen. Bisher hatte im Gemeindeparlament der Kommunalfreisinn ungestört geherrscht. Jetzt galt es, dem Standpunkt der Arbeiterschaft Geltung zu verschaffen. Die einfachsten Forderungen sozialer Fürsorge stießen auf Widerstand, ja oft genug auf Hohnlachen. In alleinigem Kampfe gegen eine geschlossene Masse war Haase in seinem rechten Element. Mit seinem scharfen Verstand, seinem überlegenen Wissen, seinem sittlichen Ernst und seiner geschickten und vornehmen Polemik verschaffte er sich bald Gehör, und die Arbeiter atmeten auf, daß einer wenigstens ihnen aus der Seele sprach und ihre Interessen vertrat.

So war es selbstverständlich, daß, als im Jahre 1897 der bisherige sozialdemokratische Abgeordnete Königsbergs, Carl Schultze, starb und eine Reichstagsersatzwahl notwendig wurde, die Parteigenossen ihn zum Kandidaten bestimmten. Bei dem damaligen Wahlsystem, das noch keine Listen- und Verhältniswahl kannte, war der Wahlkampf viel mehr als heute auf die Person des Kandidaten zugespitzt, um so mehr, als ganz Königsberg nur einen Vertreter in den Reichstag zu schicken hatte. Die Antisemiten hielten den Zeitpunkt für günstig, mit einem eigenen Gegenkandidaten aufzutreten. Liebermann von Sonnenburg kam selbst zur Agitation nach Königsberg. Doch die Königsberger Arbeiterschaft rang gleich im ersten Wahlgang alle ihre Gegner nieder. Auch bei allen folgenden Reichstagswahlen wurde er wiedergewählt, nur nicht bei der „Hottentottenwahl“ des Jahres 1907, wo die Sozialdemokratie im ganzen Reiche infolge des Zusammenschlusses aller Parteien gegen sie einen empfindlichen Verlust, wenn auch nicht an Stimmen, so doch an Mandaten erlitt, und von 79 Reichstagsitzen nur 43 wiedererlangte. In Königsberg erhielt damals Hugo Haase 17321 Stimmen gegen 19663, die Gyßling, der Sammelkandidat der Freisinnigen Volkspartei, der Freisinnigen Vereinigung, der National-

liberalen, Konservativen, Antisemiten und des Zentrums auf sich vereinigte.

Im Reichstage trat er in den ersten Jahren nur wenig hervor. Seine Hauptarbeit lag in den Ausschüssen, wo er vor allem in Fragen der Justiz und der auswärtigen Politik zu den besten Sachkennern gehörte. Erst nach der Wiederwahl im Jahre 1912 war er auch im Plenum an großen Tagen Sprecher der Partei. In den bürgerlichen Presseberichten wurde er übrigens stets außerordentlich schlecht behandelt. Das lag nicht nur an seiner radikalen Stellungnahme, sondern an der strengen Zurückhaltung, die er allen bürgerlichen Journalisten gegenüber übte, denen er nie eine Information oder gar ein Interview gab, sich für sie auch nicht photographieren oder porträtieren ließ, worauf sie mit möglichstem Totschweigen reagierten. Gelegentlich einer Kongreßtagung konnte ihn ein findiger Photograph nur dadurch auf die Platte bekommen, daß er ihn durch Zubodenwerfen eines Tellers zum Umblicken veranlaßte.

Im Jahre 1904 lenkte Königsberg die Aufmerksamkeit ganz Deutschlands, ja Europas, auf sich durch den großen Hochverrats-, Zarenbeleidigungs- und Geheimbündeiprozeß, der von der Regierung im Interesse des Zarismus angestrengt wurde und der zugleich einen vernichtenden Schlag gegen die Sozialdemokratie bedeuten sollte. In diesem Prozeß verteidigte Hugo Haase, unterstützt von Karl Liebknecht, Heinemann und Schwarz, die neun Angeklagten, darunter Otto Braun, Nowagrotzki, Mertins und Pätzelt, denen auf Grund von Berichten deutscher Spitzel und russischer Geheimagenten zum Vorwurf gemacht wurde, dem Grenzschnuggel russischer anarchistischer Schriften Vorschub geleistet zu haben. Die Regierung machte kein Hehl daraus, daß sie mit dieser Verfolgung deutscher Staatsangehöriger der russischen Regierung und dem Zaren persönlich einen Gefälligkeitsdienst erweisen wollte, sich dabei auf den Vorgang Bismarcks berufend. Eine systematische Hetze gegen die in Deutschland befindlichen Russen, insbesondere die russischen Studenten und Studentinnen, ging voraus.

Bezeichnend hierfür waren die Ausführungen des Freiherrn von Richthofen, der in der Reichstagssitzung vom 16. Januar 1904 bei der diesbezüglichen Interpellation von Bebel und Haase äußerte:

„Bei einer so gewichtigen Frage wie der Anarchistenfrage ist irgendwelche Sentimentalität von unserer Seite nicht am Platze. Wir fassen die Leute an, wo sie uns unbequem werden, und werden sie über die Grenze bringen, die wir für die richtige halten. Wollen sie das nicht, dann mögen sie sich ruhig verhalten. Wir zwingen sie nicht und kein Mensch zwingt sie, Anarchisten zu sein. Wollen sie das aber sein, dann mögen sie auch die Konsequenzen ihrer Handlungen tragen. Es ist sehr bequem, wenn die Herren sich hier bei uns aufhalten, wo es ihnen vielleicht besser geht, als in ihrer

russischen Heimat, und dabei noch die Krone politischer Märtyrer tragen wollen. Dies zu fördern, haben wir keinen Anlaß, und diese Herren und, wie der Herr Vorredner gesagt hat, Damen — ich glaube, die Damen sind sogar sehr stark vertreten, und zuweilen in freier Liebe — (stürmische Zurufe von den Sozialdemokraten. Unterbrechung des Präsidenten) . . . Vertrauen auf das Gastrecht können nur solche Personen haben, die willkommen sind. Anarchisten aber sind uns gänzlich unwillkommen. . .“

Und der Reichskanzler von Bülow verstieg sich zu jener Hetzrede gegen die „Schnorrer und Verschwörer“, in der er auch nicht vor einer plumpen antisemitischen Pöbelei zurückschreckte; und das zu einer Zeit, wo noch die Erregung über die blutigen Pogrome von Kischinew die gesamte zivilisierte Welt durchzitterte und die Zeugen dieser Schlächtereien als Flüchtlinge durch Europa irren. Herr von Kardorff*) aber verriet die enge Gesinnungsgemeinschaft zwischen dem preußischen Junkertum und dem zaristischen Absolutismus mit den Worten: „Wenn wir die Wahl haben, ob wir in dem sozialdemokratischen Zukunftsstaate der Herren Haase und Bebel leben wollen oder unter der absoluten zarischen Regierung, dann würde ich wahrscheinlich die absolute zarische Regierung wählen.“

Die Behörden hatten zu dem Prozeß einen gewandten und brutalen Landgerichtsdirektor eigens aus Erfurt nach Königsberg versetzt, und auch die beiden Staatsanwälte ließen es an Schneid nicht fehlen. In zwölf-tägigem Ringen gelang es den Verteidigern, das gesamte Anklagegebäude völlig zu unterminieren. Kurt Eisner schreibt in seinem Prozeßbericht über den 10. Verhandlungstag: „Aus den dunklen Spinnwebwinkeln der staatsanwaltlichen Rechtskonstruktion führte der Verteidiger Haase in das Reich des wahren und freien Rechts. In dreistündiger packender Rede zeichnete er die politischen Perspektiven dieses Prozesses und seine juristische Unhaltbarkeit.“ Er entwirft in diesem Plädoyer ein erschütterndes Bild der unsäglichen Leiden des russischen Volkes, proklamiert, sich auf Kant und Treitschke berufend, das Recht auf Revolution, ja die heilige Pflicht zur Revolution, wenn Willkür und Unterdrückung unerträglich werden, und weist mit leiser Ironie auf das schlechte Beispiel hin, das die Herrscher Rußlands ihrem Volke gegeben haben, indem sie sich gegenseitig entthronten und umbrachten. In ausführlichen juristischen Darlegungen deckt er die Unhaltbarkeit der Konstruktion von Hochverrat und Zarenbeleidigung auf, beweist schlagend, daß bei den Angeklagten auch von Geheimbündelei keine Rede sein könne, und verlangt ihre Freisprechung. Einige Absätze dieser denkwürdigen Verteidigungsrede drucken wir im 3. Teile ab. Das Gericht schloß sich hinsichtlich des Hochverrats und der Zarenbeleidigung den Argumenten der Verteidigung an und kam nur zur Verurteilung wegen Geheim-

*) Anm. Der Vater des jetzigen Abgeordneten.

bündelei. Drei der Angeklagten, darunter Otto Braun, wurden freigesprochen, gegen die übrigen sechs Gefängnisstrafen von zwei bis drei Monaten verhängt.

Ein Jahr später, Oktober 1907, hatte er seinen Mitverteidiger Karl Liebknecht selbst zu verteidigen, der als Angeklagter vor dem Reichsgericht in Leipzig wegen Vorbereitung zum Hochverrat stand, angeblich begangen durch seine Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“, in der er für eine antimilitaristische Propaganda „zwecks organischer Zersetzung und Zermürbung des militaristischen Geistes eingetreten sei.“

Der Oberreichsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die ehrlose Gesinnung, die in einer solchen Agitation gegen den Militarismus zum Ausdruck komme, zwei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust sowie sofortige Verhaftung wegen Fluchtverdachts! Haase zerpflückte in seiner Verteidigungsrede Stück für Stück die Anklage, wandte sich gegen den Versuch der Anklagebehörde, einen Gegensatz zwischen der Liebknechtschen Auffassung und der der offiziellen Sozialdemokratie zu konstruieren, und ließ keinen Zweifel darüber, daß er selbst, wie auch die Gesamtpartei, die grundsätzliche Stellung des Angeklagten teile, daß Abweichungen nur taktischer Natur seien.

„Der Angeklagte will eine organische Zersetzung und Zermürbung des militaristischen Geistes. Einen Geist zu zersetzen, ist jedoch nicht verboten und kann nicht verboten werden. Der Vorwurf ehrloser Gesinnung zerschellt an der Persönlichkeit des Angeklagten. Der Oberreichsanwalt hat ihm Fanatismus zum Vorwurf gemacht. Aber ohne einen solchen Fanatismus ist noch nie eine durchgreifende Änderung in den Staatseinrichtungen herbeigeführt worden. Es sollte der hochfliegende Idealismus anerkannt werden, mit dem der Angeklagte den Kampf gegen die von ihm als freiheits- und kulturfeindlich empfundenen Einrichtungen aufgenommen hat. Es ist nicht nur das gute Recht, sondern infolge seiner Überzeugung sogar die moralische Pflicht des Angeklagten, der proletarischen Jugend nach Kräften das Rüstzeug zu schaffen, das die Arbeiterklasse befähigt, auch trotz des Militarismus entscheidend einzuwirken auf die ökonomisch-soziale und politische Umgestaltung unserer Gesellschaftsordnung. Die Ansichten des Angeklagten mögen dem Oberreichsanwalt nicht gefallen, aber das gibt ihm kein Recht, diese Ansichten unter Anklage zu stellen.“

Schließlich wurde Liebknechts eigenes, prächtiges Plädoyer eine so wuchtige Anklagerede gegen die Staatsanwaltschaft, daß der Eindruck entstand, Ankläger und Angeklagter hätten die Rollen vertauscht, und dem Oberreichsanwalt nichts anderes übrig blieb, als sich an seine Amtswürde klammernd, mit Emphase auszurufen: „Ich stehe hier kraft kaiserlicher Ernennung als Vertreter der Anklagebehörde. Ich

lasse mir diesen Posten nicht streitig machen. Der einzige, der hier angeklagt ist, steht da, wo er hingehört; das ist Dr. Karl Liebknecht. Weiter habe ich nichts zu sagen.“ Das Urteil lautete auf 1 Jahr 6 Monate Festung. War auch dieses noch hart, so fuhr Hugo Haase doch beruhigter, ja gehobener Stimmung nach Hause, nicht nur, weil es gelungen war, Liebknecht vor dem Zuchthaus und damit ihn und seine Familie vor der Vernichtung ihrer Existenz zu bewahren, sondern vor allem voll Bewunderung für die mutige und überlegene Haltung, die Liebknecht eingenommen hatte.

Im Frühjahr 1910 stand wie ganz Preußen auch Königsberg im Zeichen der Wahlrechtskämpfe. An mehreren Sonntagen sprach Hugo Haase draußen vor dem Königstor im Garten von Ludwigshof zu den Arbeitern. Die Kundgebungen erreichten eine bis dahin nie erlebte Stärke. Die Behörden wurden immer nervöser. Die gesamte Garnison war in den Kasernen konsigniert und alarmbereit. Die Polizei, durch in Schutzmannsuniform gesteckte Unteroffiziere verstärkt, sperrte nach den Versammlungen die Hauptzugänge zur Stadt ab und drängte mit gezogenem Säbel die Massen in die Seitenstraßen; die Schutzleute zu Pferde ritten rücksichtslos in die vor der Polizeikette sich stauende Menge. Eine neue Protestkundgebung gegen die Polizei war die Antwort der Arbeiterschaft, und am 6. März hatte auch Königsberg seinen „Wahlrechtsspaziergang“, ähnlich wie die Berliner Arbeiter im Treptower Park. Während die Polizei in den Arbeiterbezirken die Demonstranten erwartete, erschollen plötzlich in der hauptsächlich von der Bourgeoisie bewohnten Gegend des Steindamms Hochrufe auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht; die Arbeiter hatten, von der Partei heimlich verständigt, sich zu gewaltigem Zuge zusammengeschlossen; an 4000 Personen marschierten durch die Stadt. Einige Zeit später gelang ein zweiter Streich. Nach streng geheim gehaltener Order fanden sich sämtliche Funktionäre und Vertrauensleute der Partei Sonntags mittags auf dem Paradeplatz ein, gerade als das sonntäglich geputzte Bürgertum zu den Klängen der Platzmusik promenierte, und brachte Hochrufe auf das Wahlrecht aus. Hugo Haase wurde, als er, strahlend über die wohlgelungene Aktion, einem Freunde mit der Hand zuwinkte, als „Rädelsführer“ sistiert. Diesmal scheute man sich aber, ihm einen Prozeß zu machen.

Nicht nur für den Außenstehenden, sondern auch für die nächsten Menschen war es immer wieder erstaunlich, wie Hugo Haase die wachsende Fülle von Arbeit spielend bewältigte, dabei Muße zur Pflege freundschaftlicher und verwandtschaftlicher Beziehungen behielt, insbesondere stets Zeit erübrigte, sich seiner Familie zu widmen. Stets war er gutgelaunt, heiter, kampflustig, und vor allem niemals müde. Schon zu einer Zeit, wo er noch nicht zu den „Alten“ gehörte, war er den jüngeren Parteigenossen Berater und Führer. Nie seine Überlegenheit hervorkehrend, machte er ihnen durch freundliches Entgegenkommen die Annäherung leicht.

Diese wahre Freundeseigenschaft hat Kurt Rosenfeld in seiner Gedenkrede am Grabe Hugo Haases besonders hervorgehoben: „Ein Freund und Berater war er mir und unzähligen anderen. Niemals klopfen wir jüngeren Parteigenossen vergeblich an seine Türe. Er hat uns gefördert und herangezogen, seine Hilfsbereitschaft war unendlich. Er spendete mit vollen Händen aus seinem unerschöpflichen Herzen und seinem reichen Wissen. Ein Vorbild war er uns stets an Hingebung und nimmermüder, rastloser Arbeitsfreudigkeit; dabei begeistert für alles Große und Schöne in Kunst und Wissenschaft und voll tiefster Liebe für die Natur. Wahre hingebende Menschenliebe atmete sein ganzes Wesen und überstrahlte alle, die in seinen Wirkungskreis traten. . . . Wir haben ihn geliebt wie einen Vater, und im hetzenden Getriebe unseres Lebens suchten und fanden wir in seiner Gesellschaft Erholung, Belehrung und Anregung. Wie viele schöne Stunden haben wir mit ihm erleben dürfen! Wieviel Güte, persönliche Anteilnahme, Verständnis für jede Lebenslage hatte er stets! Welche Fülle geistiger Anregung, welche Tiefe der Erkenntnis und Erfahrungen brachte jedes Zusammensein mit ihm. Immer ging man erhoben durch die Größe seines Charakters und bereichert durch seine tiefe Auffassung aller Dinge von ihm. Niemals werden wir diese Stunden vergessen! Nie wird die Sehnsucht nach dem freundlichen Blick seiner gütig leuchtenden, verstehenden Augen in uns erlöschen.“ —

Zur Zeit der Reichtagssessionen zwischen Königsberg und Berlin in Nachtfahrten hin- und herfahrend, dazwischen Termine wahrnehmend, Vorträge haltend, Parteisitzungen leitend, Flugblätter schreibend, Aktionen organisierend, fand Hugo Haase noch Gelegenheit zu wissenschaftlicher Arbeit.

Sein erstes großes Parteitagsreferat hielt er in Mannheim 1906 über „Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug“. Es machte auf die Zuhörer einen so starken Eindruck, daß der Parteitag auf Antrag Singers beschloß, es als Broschüre drucken und in Massen verbreiten zu lassen. Auch heute noch wird von Strafrechtlern, besonders in letzter Zeit bei dem Kampf um eine gründliche Strafrechtsreform, auf seine damaligen tiefeschürfenden Ausführungen zurückgegriffen. Zeigt er doch hier nicht nur die Bedingtheit aller Strafrechtssatzungen auf, die den jeweiligen gesellschaftlichen Bedürfnissen angepaßt sind und mit ihnen wechseln, sondern legt an einer Fülle von Material dar, wie die Rechtsprechung in Deutschland in immer schneidenderen Gegensatz zum Rechtsbewußtsein der großen Mehrheit des Volkes getreten ist, wie die Justiz als ausgesprochene Klassenjustiz unter dem Schein des Rechts die Arbeiterschaft knebelt. Programmatisch faßt er die Forderungen der Sozialdemokratie zur Verbesserung des Strafrechts und des Strafvollzugs zusammen. Die über die aktuellen Geschehnisse hinausgehenden allgemeinen Ausführungen sind hinten wiedergegeben.

Welche Wertschätzung man ihm schon damals auch in den führenden Kreisen der internationalen Arbeiterbewegung ent-



Deutsch-französische Verständigungskonferenz Bern 1913

Diez	Marcel Sembat	—	Albert Thomas	—	Rouanet	—
Scheidemann	Erzberger	Ledebour	Augagneur	—	Ricklin Naumann	—
Haase					David	
	Jaurès		Haußmann	d'Estournelles de Constant		
Ludwig Haas			Frank	Weile		—



Beisetzung der Gefallenen der Novemberrevolution

Scheidemann	Eugen Ernst	Ebert	Haase	Barth	Luisse Zietz	Rosenfeld
-------------	-------------	-------	-------	-------	--------------	-----------

gegenbrachte, zeigte sich bei der Tagung des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart im August 1907. Im Brennpunkt der Verhandlungen stand die Frage des Militarismus und der Verhütung internationaler Konflikte. Es galt für die Resolution hierzu eine Formulierung zu finden, mit der sich die Vertreter aller Länder und Richtungen einverstanden erklären konnten. Zu den Beratungen über die Abfassung der Leitsätze zogen Bebel und Vollmar Hugo Haase zu. Bekannt ist ein unbemerkt aufgenommenes Bild, das Bebel und Haase an einem Tische über ihre gemeinsame Arbeit gebeugt sitzend zeigt. Die Resolution wurde in der vorgelegten Fassung vom Kongreß einstimmig angenommen. Sie schloß mit den später oft zitierten Sätzen:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Büros, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunützen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

Hugo Haase gehörte auch zu den ersten, die die Bedeutung der Erziehung der Arbeiterjugend und die Notwendigkeit der organisatorischen Erfassung der Jugendlichen erkannt haben. Auf dem Parteitag zu Nürnberg 1908 wurde er zum Berichterstatter über diese Frage bestimmt. In seiner Rede erkannte er unumwunden an, daß die Jugendlichen sich selbst früher als Partei und Gewerkschaften geregt und den Anschluß der proletarischen Jugend an den Emanzipationskampf der Arbeiterschaft gefordert hätten. Damit habe die Jugend sich ein Recht auf Selbstverwaltung erworben, und nur durch Selbständigkeit könnte sie zur Selbstverantwortlichkeit gelangen. Die Erwachsenen sollten zur Mitwirkung herangezogen werden. Entscheidend aber sei, wie sie ihren Pflichtenkreis ausfüllten.

„Es darf niemand in den Sinn kommen, als Schulmeister der Jugendlichen auftreten zu wollen und etwa die Schuljahre für die Jugendlichen zu deren Qual zu verlängern. Nur Persönlichkeiten, die sich in die jugendliche Seele zu versenken vermögen, die liebevoll mit den Jugendlichen zusammenarbeiten können und wollen, dürfen zu dieser Arbeit berufen werden.... Wenn wir schon in das Herz des Kindes innerhalb der Familie die Saat des Sozialismus streuen; wenn wir die Kinder später der Jugendorganisation zuführen und dadurch vor geistiger Ver-

blöding und vor sittlicher Verwahrlosung schützen; wenn wir sie erfüllen mit der Glut des Idealismus, der das Proletariat auf die Höhe seiner historischen Aufgabe emporhebt, dann werden wir ihnen selbst einen vollen Lebensinhalt geben, und wir werden auf dem Vormarsch zu unserem hohen Ziele unüberwindbar sein!“

In die innerparteilichen Auseinandersetzungen griff er auf dem Magdeburger Parteitage im Jahre 1910 ein, als die opportunistische und koalitionsfreundliche Haltung der süddeutschen Abgeordneten, die entgegen den Parteitagsbeschlüssen im badischen Landtage das Budget bewilligt hatten, zu erregter Diskussion führte. In Übereinstimmung mit Bebel und der großen Mehrheit des Parteitages brachte Hugo Haase zum Ausdruck, daß nur durch Klassenkampf die Arbeiterschaft zu ökonomischer und politischer Freiheit kommen könne. Nie dürfe die Taktik der Partei von kleinen Augenblickserfolgen bestimmt werden, wenn dadurch die großen grundsätzlichen Gesichtspunkte verlorengehen. Vor allem aber ginge es nicht an, daß eine Minderheit sich über klare Parteitagsbeschlüsse hinwegsetze. „Es ist ein geistloses und durchaus unwahres Gerede, daß wir in unserer Partei Dogmen aufstellen, Inquisition treiben und einen Kadavergehorsam erzwingen. Aber jede auf freier Vereinbarung beruhende Gemeinschaft zerstört das Grundgesetz des eigenen Lebens, wenn sie den einzelnen Mitgliedern gestattet, in Abweichung von den Beschlüssen der Mehrheit zu handeln . . .“

Als trotz erdrückender Ablehnung der revisionistischen Politik mit 289 gegen 80 Stimmen Frank für die Süddeutschen erklärte, daß sie auch in Zukunft ihre Stellungnahme bei der Budgetbewilligung von den Verhältnissen abhängig machen würden, setzte Hugo Haase noch in später Nachtstunde die Annahme einer verschärften Resolution durch, die klar zum Ausdruck brachte, daß bei einer abermaligen Mißachtung des Parteitagsbeschlusses die Voraussetzungen für ein Ausschlußverfahren gegeben seien. Die Zukunft hat gelehrt, daß gerade diese energische Haltung dem Parteistreit ein Ende bereitete und die Erhaltung der Parteieinheit verbürgte. Natürlich war das Echo in der revisionistischen Presse kein freundliches, und bürgerliche Blätter stellten Hugo Haase als blutrünstigen roten Henkersknecht dar, der die süddeutschen Aristokraten unter die Guillotine geschleppt habe.

Es entbehrt nicht der Tragik, daß man jene Parteitagsrede gegen den Disziplinbruch einer Minderheit gegen ihn selbst auszuspielen suchte und seine eigene Haltung als „Disziplinbruch“ brandmarkte, als ihn im Kriege sein Gewissen zwang, gegen die Mehrheit der Reichstagsfraktion aufzutreten, die die Kriegskredite bewilligte und die Regierungspolitik unterstützte. Dabei vergaß man oder wollte nicht berücksichtigen, daß er gerade in Übereinstimmung mit den Parteitagsbeschlüssen eine grundsatztreue Politik verfocht, daß man die Minderheit mundtot machte und die Kriegsverhältnisse es nicht ge-

statteten, durch Einberufung eines Parteitages die wahre Meinung der Parteigenossen im Lande festzustellen. Fast als hätte er seine spätere Situation vorausgeahnt, ist er zudem in seiner damaligen Parteitagsrede selbst gegen eine Überspannung des Disziplinbegriffs und für eine vernünftige Auslegung dieses Gedankens eingetreten, indem er seinen Ausführungen hinzufügte:

„Es ist ganz gewiß: wenn ein Beschluß von der Mehrheit gefaßt wird und die Verhältnisse, unter denen der Beschluß gefaßt wurde, sich vollständig ändern, so müßte jeder von uns, wenn er nicht die Möglichkeit hat, mit der Gesamtpartei vorher in Beziehung zu treten, auf seine Verantwortung das tun, was nach seiner Überzeugung im Interesse der Partei notwendig ist. Aber unter einer Voraussetzung: wenn er weiß, daß er die Gesamtpartei hinter sich hat oder sich wenigstens stützen kann auf die überwiegende Mehrheit der Parteigenossen.“

■

Schon der nächste Parteitag zu Jena 1911 betraute ihn mit dem höchsten Ehrenamt, das die Partei zu vergeben hat: nach dem Tode Singers wurde er neben Bebel zum Vorsitzenden der Partei gewählt. Der revisionistische Flügel stimmte gegen ihn, aber nach Bebels warmem Eintreten für ihn war seine Wahl gesichert, obwohl Legien Eberts Wahl empfohlen hatte. Er wurde mit 283 gegen 102 Stimmen, die auf Ebert fielen, gewählt. Ein Jahr später war sein Ansehen bereits so gefestigt, daß 425 von 438 Stimmen auf ihn kamen. Als dann 1913 nach Bebels Tode Ebert neben ihm zum Vorsitzenden gewählt wurde, erhielt Ebert 433, Haase 467 von 473 Stimmen.

Heinrich Ströbel hat in der „Weltbühne“ in einem Aufsatz über Hugo Haase die damalige Situation gekennzeichnet:

„Haases Begabung war überwiegend analytisch. Er hatte den durchdringendsten Verstand und eine erstaunliche Fähigkeit, sich im Augenblick auf die schwierigste Lage einzustellen. Und da diese bedeutenden Eigenschaften sich mit selbstlosem Eifer für die Sache des Sozialismus und mit agitatorischer Rührigkeit verbanden, zog Haase schon früh die Aufmerksamkeit Bebels auf sich, der für die Parteileitung nach einer zuverlässigen Verstärkung des linken Flügels und einem späteren Ersatz für sich selbst ausschaute. Nicht immer hat Bebel bei seinen Vorschlägen für die Besetzung der Parteileitung einen guten Blick bewiesen: in Haase hatte er sich nicht getäuscht. Haase war, was dem Parteivorstand nottat. Denn diese höchste Verwaltungs- und Regierungsinstanz der sozialdemokratischen Partei wurde fast ausschließlich von Praktikern des Partei- und Gewerkschaftslebens gebildet, tüchtigen Verwaltungsbeamten und bewährten Agitatoren, denen zur geistigen Führung einer großen revolutionären Partei nichts weniger als alles fehlte. Für die theoretischen Probleme und alle Aufgaben, die

über das reguläre Organisationsleben und die banalste Tagespolitik hinausragten, fehlte ihnen jedes Verständnis und Interesse. Der seelische Inhalt des Sozialismus, das Weltanschauungsmäßige, war ihnen Hekuba, und die Erörterungen darüber, welcher Kampfesmittel die Partei sich im Falle eines Krieges oder in revolutionären Situationen zu bedienen habe, erschien ihnen unfruchtbare Zeitvertrödelung. Wie furchtbar sich dieses politische Banausentum rächte, hat ja dann der schmachliche Zusammenbruch der deutschen Sozialdemokratie im August 1914 und in den Kriegsjahren bewiesen! Haase war von anderem Kaliber. Als Intellektueller war er gerade durch die sozialen und humanitären Ideale des Sozialismus zur Partei getrieben worden. Das Endziel der Menschheitsbefreiung war ihm die Hauptsache, und über das Tempo des Befreiungskampfes hatte er ganz andere Ansichten als die braven Parteibürokraten, die im Gleichtakt ihrer Werkeltätigkeit unbemerkt verphilistert waren. So wurde Haase im Parteivorstand ein wertvolles Gegengewicht gegen den Parteibürokratismus und den verflachenden, die revolutionären Energien einschläfernden Opportunismus sowohl der revisionistischen Intellektuellengruppe wie des viel einflußreicheren Gewerkschaftsbeamtentums. Die führende Stellung, die Haase vollends nach Bebels Tod im Parteivorstand und in der Fraktion errang, verdankte er einer Vereinigung seltener Eigenschaften. An politisch-historischem Wissen und theoretischer Erkenntnis überragte er die meisten seiner Kollegen um Haupteslänge. Dazu hatte er praktischen Verstand, rasches Orientierungsvermögen und die eindringende Kenntnis der Gesetze und der Verwaltungspraxis, die dem erfahrenen Juristen eignet. Aber all diese Vorzüge hätten Haase bei dem unverkennbaren Umsichgreifen des Opportunismus in der Partei seine leitende Stellung nicht gesichert, wenn sie mit Schroffheit und herb hervortretendem Selbstgefühl gepaart gewesen wären. Haase jedoch verstand, den Scheidemann, Ebert und Gleichgearteten seine geistige Überlegenheit durch die ungemaine Verbindlichkeit seines Auftretens erträglich zu machen. . . .“

Die Wahl in den Parteivorstand im Jahre 1911 machte die Übersiedelung von Königsberg nach Berlin notwendig. Den alten lieb gewordenen Kampfboden zu verlassen, den Freundeskreis aufzugeben, die Praxis aufzulösen, um in Berlin von vorne anzufangen, konnte ihm nicht leicht fallen. Aber er versagte sich nicht, als die Partei ihn rief. Bei seinem Abschied von Königsberg zeigte es sich, wie tief er dort wurzelte.

Donalies, der Typus eines aufrechten, schlichten, wortkargen, mit Gefühlen zurückhaltenden ostpreußischen Arbeiters, fand auf einem Abschiedsabend der Partei in einer ergreifenden Rede Worte überquellender Herzlichkeit und Wehmut. Und wie Hugo Haase weit über den Kreis der Parteigenossen die Achtung und Liebe seiner Mitbürger genoß und wie sich die Zeit seit seinem ersten Auftreten gewandelt hatte, beleuchtet vielleicht am treffendsten die Tatsache, daß die Mitglieder des Anwaltsvereins ohne Unterschied der politischen

Richtung ihm eine herzliche Abschiedsfeier veranstalteten. In einem Tafellied ließ man ihn sprechen:

Lebet wohl, Ihr Herrn Collegae!
Heute scheiden sich die Wege!
Eure Stimmen kriegt' ich nicht,
Doch das fällt nicht ins Gewicht,
Denn ich hab' die Herzen!

Schnell fand er sich in Berlin in den neuen Wirkungskreis. Die Arbeit im Parteibüro, die Leitung von Vorstandssitzungen, der Gang auf die Gerichte, die Tätigkeit im Reichstage, wo er Fraktionsvorsitzender geworden war, die Anknüpfung und Vertiefung von Beziehungen zu den führenden Genossen der Internationale nahmen ihn voll in Anspruch. Langsamer und schwerer fand sich der Konnex zu der Masse der Berliner Parteigenossen, die sich naturgemäß mit ihren alten Berliner Führern enger verknüpft fühlten. Von Königsberg her gewohnt, überall bekannten Gesichtern zu begegnen, mit den dortigen alten Parteigenossen durch jahrzehntelang gemeinsam geführte Kämpfe, mit den Jungen durch Vertrautheit vom ersten Tage an verbunden, mußte er sich hier erst gegen eine gewisse Zurückhaltung durchsetzen und das Vertrauen der Berliner erobern. Erleichternd war ihm, daß viele der in Berlin wohnenden führenden Genossen ihn schon gut kannten oder ihm herzlich entgegenkamen. Freundschaftliche Beziehungen verbanden ihn vor allem mit Karl Kautsky, aber auch mit Männern wie Wurm, Stadthagen, Bernstein, Oskar Cohn, Rosenfeld, Dittmann, Hilferding, Ströbel, Weinberg. So lernte er bald die Eigenheiten des Berliner Parteilebens kennen und kam mit der Masse der Berliner Arbeiterschaft in immer bessere Fühlung.

Von den größeren politischen Prozessen, in denen er als Verteidiger auftrat, sei einer aus dem Jahre 1912 genannt, der Vorgänge aus dem Preußenparlament zum Hintergrund hatte. Im Abgeordnetenhaus hatten die sechs sozialdemokratischen Mitglieder gegenüber der kompakten bürgerlichen Majorität einen schweren Stand. In der Landtagssitzung vom 9. März 1912 schloß der Präsident den Abgeordneten Borchardt wegen wiederholter Zwischenrufe für den Rest der Sitzung aus und forderte ihn auf, den Saal zu verlassen. Als Borchardt sich weigerte, da er, wie er sagte, als gewählter Abgeordneter in den Saal und nicht nach draußen gehöre, ließ ihn der Präsident durch ein Polizeiaufgebot unter Führung eines Polizeileutnants gewaltsam aus dem Saal entfernen. Hierbei packten die Schutzleute auch den daneben sitzenden Abgeordneten Leinert und schleppten ihn trotz seines Sträubens nach vorne. Einem von Hugo Haase zusammen mit den Rechtsanwälten Heinemann und Heine bei der Staatsanwaltschaft gestellten Antrage auf Erhebung der Klage gegen den Polizeileutnant gab der Staatsanwalt keine Folge, dagegen

erhob er Anklage gegen Borchardt und Leinert wegen Hausfriedensbruchs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Beide wurden verurteilt. Später, nach dem Umsturz, hat Leinert allerdings als Präsident des Landtages oftmals Abgeordnete der linken Opposition aus dem Saale gewiesen und die Geschäftsordnung gegen sie so angewandt, als ob er niemals unter einem parteiischen Präsidenten gelitten hätte.

Den im Herbst 1912 in Chemnitz tagenden Parteitag leitete Haase als Vorsitzender. In einem großen Referat nahm er Stellung zu der Frage des Imperialismus. Seine Rede wuchs zu einer grandiosen Darstellung der Weltpolitik und der gewaltigen Aufgabe, die das internationale Proletariat der kriegsdrohenden Situation gegenüber zu erfüllen hat. Er verfolgte im einzelnen die verschlungenen Pfade der internationalen Diplomatie, wies auf die Gefahrenherde hin, die in Elsaß-Lothringen, auf dem Balkan, in Österreich-Ungarn, in China liegen, und in die das Deutsche Reich durch seine Politik des „größeren Deutschlands“ und der „gepanzten Faust“ immer tiefer hineingezogen würde. Dabei mache sich niemand ein Bild, wie ein künftiger Krieg aussehen werde. Den Einsatz kenne jede Regierung; was als Gewinn und Verlust herauspringen werde, das wisse sie nicht:

„Alle bürgerlichen Parteien sind in den Bann des Imperialismus geraten, von dem sie für die gesamte Bourgeoisie und das Junkertum reiche Früchte erwarten. Gar bald wird ein Teil ihrer Anhänger erkennen, wie er genarrt ist. Noch hat der Imperialismus auf die Gedanken- und Gemütswelt weiter Kreise des Bürgertums Macht, die bar jedes großen Ideals sich aus ihm ein Idol zimmern, das sie anbeten, bis es zusammenbrechen wird. Um so mehr ist es unsere Pflicht, über das Wesen des Imperialismus Klarheit zu schaffen, aber auch für die Verständigung der Völker, für wichtige Demonstrationen zugunsten des Friedens einzutreten, soweit es in unserer Kraft liegt. Der Weltfriede ist und bleibt das Ideal der Proletarier aller Länder.“

Die eindrucksvollste Friedenskundgebung wurde einen Monat später auf einer Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros in Brüssel vorbereitet, an der für Deutschland Haase, Kautsky, Molkenbuhr teilnahmen. Mit Rücksicht auf die Kriegswirren auf dem Balkan und die Gefahr eines europäischen Brandes wurde die Einberufung eines außerordentlichen internationalen Sozialistenkongresses nach Basel beschlossen mit der einzigen Tagesordnung: „Die internationale Lage und die Verständigung der sozialistischen Parteien über eine internationale Aktion gegen den Krieg.“ Die wichtigste Frage war die, ob die Internationale, wie Vaillant, Keir Hardie, Rosa Luxemburg es wollten, einen Beschluß fassen sollte, im Kriegsfall in allen Ländern den Massenstreik zu proklamieren. Hugo Haase wandte sich, in Übereinstimmung mit Bebel, Adler, Jaurès, aus realpolitischen Erwägungen gegen einen solchen Beschluß, da er eine Macht vortäusche,

die man nicht habe. Besonders hemmend sei, daß gerade diejenigen Arbeitergruppen, auf die es vor allem ankomme, die Eisenbahner und die Arbeiter der staatlichen und privaten Rüstungsindustrie, unorganisiert seien. In jedem Lande müßten die nach Lage der Dinge wirksamsten Aktionen unternommen werden. In einem bemerkenswerten Brief an Vaillant hat er diese Auffassung ausführlich begründet.

Den Höhepunkt der Baseler Tagung bildete das Mass meeting im Baseler Münster am Sonntagnachmittag des 24. November. Unter dem Geläute der Glocken bewegte sich ein unabsehbarer Zug aller Nationen von einem Kasernenhofe zum Dom. Hier von der Kanzel, von der sonst nur Gottes Wort verkündet wird, erhoben — ein tiefes, unvergeßliches Erlebnis! — die Vertreter der internationalen Sozialdemokratie ihre Stimme für den Frieden. Als erster für Deutschland Hugo Haase. Bebel, den sein Gesundheitszustand zur Schonung zwang, saß in der ersten Reihe der Zuhörer. Für England sprach Keir Hardie, für die Schweiz Greulich, für Bulgarien Sakasoff, für Österreich-Ungarn Viktor Adler, für Frankreich Jaurès.

Hugo Haases Rede, die gleichermaßen durch die Ergriffenheit wirkte, mit der sie vorgetragen, wie durch die Wucht der Darstellung und den Glauben an die große Sache, findet der Leser im 3. Teile wörtlich wiedergegeben.

Nach allen Richtungen wurde der Kampf gegen den Krieg verstärkt aufgenommen. Jean Jaurès kam nach Berlin und sprach hier gemeinsam mit Hugo Haase in der Hasenheide zu den Berliner Arbeitern, wobei er Haase den größeren Teil des Abends überlassen mußte, da die Polizei ihm französisch zu sprechen verboten hatte.

Auch Versuche, mit bürgerlichen Verständigungsfreunden Fühlung zu nehmen, wurden unternommen. Die pazifistische Bewegung war damals zahlenmäßig sehr schwach und auch in ihrer Haltung viel weniger entschieden als später, aber ihre Bedeutung wurde von der Partei im allgemeinen noch mehr unterschätzt als sie es verdiente. Auch Hugo Haase sympathisierte mit ihr, ohne ihr jedoch näherzutreten. Im Kriege erst zeigte sich, welch wertvolle Kräfte sie barg und wieviel mutige Männer und Frauen zu ihr zählten.

Pfingsten 1913 wurde auf Anregung von Mitgliedern des schweizerischen Nationalrates eine Verständigungskonferenz deutscher und französischer Politiker ohne Unterschied der Partei nach Bern einberufen, um ihnen angesichts der beiderseitigen wahnwitzigen Rüstungssteigerungen Gelegenheit zur Aussprache zu geben und den Weg zu einer Annäherung Deutschlands und Frankreichs zu ebnen. Zu Vorsitzenden der Konferenz wurden der Senator d'Estournelles de Constant und Hugo Haase gewählt. Eine gemeinsame Resolution wandte sich gegen die chauvinistischen Hetzereien auf beiden Seiten, trat für Beschränkung der Rüstungen ein und forderte die Beilegung von Konflikten durch Schiedsgerichte. Ernster Friedenswille und ehrliche Begeisterung erfüllten die Versammlung. Neue Konferenzen sollten periodisch einberufen werden. Es war aber die erste und letzte.

Im Sommer dieses Jahres erkrankte Hugo Haase schwer. Ein bössartiges Darmleiden machte eine sofortige Operation notwendig und fesselte ihn mehrere Monate ans Krankenlager. Wenige Tage nach der Operation ging die Trauerkunde von Bebel's Tode durch die Lande. Da er schon nach Zeitungen verlangte, die Ärzte ihm aber die Erschütterung durch diese Nachricht um jeden Preis ersparen wollten, mußten die Angehörigen alle Zeitungen, ehe sie sie ihm gaben, daraufhin durchsehen, ob nichts über Bebel in ihnen stand. Erst als er das 'Schlimmste überstanden hatte, wurde diese „Zensur“ aufgehoben. Im Spätherbst ging er mit neuer Tatkraft an die Arbeit, die durch das Fehlen des unersetzlichen Führers doppelt verantwortungsvoll wurde.

Für August 1914 war ein internationaler Sozialistenkongreß in Wien geplant, auf dem Hugo Haase das Referat über Imperialismus halten sollte. Die Richtlinien dazu — im letzten Abschnitt abgedruckt — hat er noch ausgearbeitet und dem Büro eingereicht. Der Kongreß selbst wurde durch den Ausbruch des Krieges verhindert.

Am 23. Juli erfolgte das Ultimatum Österreichs an Serbien. Am 25. Juli erließ der sozialdemokratische Parteivorstand Deutschlands einen von Hugo Haase entscheidend beeinflussten Aufruf an das Proletariat:

„Noch dampfen die Äcker auf dem Balkan von dem Blute der zu Tausenden Hingemordeten, noch rauchen die Trümmer verheerter Städte, verwüsteter Dörfer, noch irren hungrig arbeitslose Männer, verwitwete Frauen und verwaiste Kinder durchs Land, und schon wieder schickt sich die vom österreichischen Imperialismus entfesselte Kriegsfurie an, Tod und Verderben über ganz Europa zu bringen. Verurteilen wir auch das Treiben der groß-serbischen Nationalisten, so fordert doch die frivole Kriegsprovokation der österreichisch-ungarischen Regierung den schärfsten Protest heraus. Sind doch die Forderungen dieser Regierung so brutal, wie sie in der Weltgeschichte noch nie an einen selbständigen Staat gestellt sind und können sie doch nur darauf berechnet sein, den Krieg geradezu zu provozieren.

Das klassenbewußte Proletariat Deutschlands erhebt im Namen der Menschlichkeit und der Kultur flammenden Protest gegen dieses verbrecherische Treiben der Kriegshetzer. Es fordert gebieterisch von der deutschen Regierung, daß sie ihren Einfluß auf die österreichische Regierung zur Aufrechterhaltung des Friedens ausübe, und, falls der schändliche Krieg nicht zu verhindern sein sollte, sich jeder kriegerischen Einmischung enthalte.

Kein Tropfen Blut eines deutschen Soldaten darf dem Machtkitzel der österreichischen Gewalthaber, den imperialistischen Profitinteressen geweiht werden.

Parteigenossen, wir fordern Euch auf, sofort in Massenversammlungen den unerschütterlichen Friedenswillen des klassenbewußten Proletariats zum Ausdruck zu bringen. Eine ernste Stunde ist gekommen, ernster als irgendeine der letzten Jahrzehnte. Gefahr ist im Verzuge! Der Weltkrieg droht! Die herrschenden Klassen, die Euch im Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen Euch als Kanonenfutter mißbrauchen. Überall muß den Gewalthabern in den Ohren klingen: Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Krieg! Hoch die internationale Völkerverbrüderung!“

Die Arbeiterschaft folgte dieser Aufforderung allerorts in machtvollen Friedenskundgebungen.

Am 26. Juli wurde Hugo Haase in das Preußische Ministerium des Innern gerufen. Da Ebert, Scheidemann und Molkenbuhr nicht in Berlin waren, bat er Otto Braun an der Unterredung teilzunehmen. Den Anlaß gaben die geplanten Demonstrationen. Als der Regierungsvertreter bei Besprechung der politischen Lage erklärte, daß, wenn nach einer Kriegserklärung Österreichs an Serbien Rußland gegen Österreich vorgehen sollte, wir uns gemäß unserer Bundespflicht an die Seite Österreichs stellen würden, bestritt Haase sofort diese Auffassung. Das Bündnis mit Österreich sei ein reines Defensivbündnis; wenn Österreich zuerst zum Kriege gegen Serbien vorgehe, seien die Voraussetzungen des Bündnisvertrages nicht gegeben. Schon damals wurde ihm klar, daß die Regierung vorhatte, die Stimmung der Arbeiterschaft gegen den russischen Zarismus und das Kosakentum zur Entfesselung einer Kriegsbegeisterung gegen Rußland auszunutzen. Tatsächlich hat diese Einstellung später viele Arbeiter verwirrt.

Am 28. Juli fuhr Hugo Haase nach Brüssel, wo das Internationale Büro am 29. in einer schleunigst zusammengerufenen Sitzung noch einmal alle Möglichkeiten zur Erhaltung des Friedens erörterte.

An die bedeutende Rolle, die Hugo Haase in dieser Sitzung und an den folgenden verhängnisvollen Tagen zufiel, erinnerte Karl Kautsky, als er an seinem Grabe über sein großes Ansehen in der Internationale sprach: „Es stand manch einer kleinmütig, manch anderer verständnislos der damaligen gespannten Situation gegenüber. Aus denjenigen, die die volle Größe der Gefahr erkannten und ihr doch hoherhobenen Hauptes entgegentraten, ragten vor allem zwei Männer hervor: Jean Jaurès und Hugo Haase. Ich sehe dich noch vor mir, mein teurer Freund, wie Du damals mit flammenden Worten dem Kriege den Krieg erklärtest, um das deutsche Proletariat aufzurufen, ihn zu verhindern. Leider hatten wir uns damals in einem getäuscht: Wir hatten erwartet, noch Zeit zu finden zur Propagierung des Friedens, aber wir hatten nur gerade noch so viel Zeit heimzukehren, und schon brachen die Wogen des Krieges über unsere Häupter herein. Und wieder in dem entfesselten Sturm erwiesest Du Dich als ganzer Mann. Während andere den Kopf verloren

oder den Mut und die meisten den Kompaß, blieb Haase aufrecht, unerschrocken und klar und entfaltete das Banner der internationalen Solidarität.“

Am 31. Juli wurde Jaurès in Paris ermordet. Für einen Augenblick schien die Welt stillzustehen. Die Sorge um das Schicksal der Völker trat vor dem Entsetzen und der Trauer um dieses Einzelschicksal zurück. Ein atemraubendes Wehgefühl, lähmender Schmerz, ohnmächtige Verzweiflung an der Menschheit ergriff alle, die ihn gekannt. Wie viel mehr Hugo Haase, der in Jaurès mehr als einen Kampfgefährten, fast einen Freund verlor, dem er sich im Innersten wesensverwandt fühlte. Ich entsinne mich noch, wie sich beide während des Baseler Kongresses in einer kurzen Tagungspause in der Gemäldegalerie begegneten und in gemeinsamer Unterhaltung, jeder bemüht, die Sprache des anderen zu sprechen, sich von dem Reich der Politik in das der Kunst und Philosophie verloren. Und als Jaurès bei seinem Berliner Aufenthalt Hugo Haase besuchte, wie freute sich dieser, ihm in seiner Bibliothek die Erstausgaben von Kant zu zeigen, den Jaurès wie wohl wenige Franzosen kannte und liebte. Wenige Tage vor seiner Ermordung hatten noch beide auf einem Massenmeeting der Brüsseler Arbeiter von derselben Tribüne zu den Tausenden gesprochen und waren von ihnen gemeinsam gefeiert worden.



Daß der Krieg unabwendbar wurde, zeigten am 31. Juli die Maßnahmen der Behörden im Innern: Der Kriegszustand wurde verhängt, die Einberufungen zum Heere erfolgten; die Versammlungs- und Pressefreiheit wurde aufgehoben. In der entfesselten Kriegsstimmung wurden die unsinnigsten Greueltaten über feindliche Spionageakte, Brunnenvergiftungen, Bombenabwürfe kritiklos geglaubt. Patriotisch-nationalistischer Taumel erfaßte die Mehrheit des deutschen Volkes einschließlich der meisten sozialdemokratischen Führer.

Am 1. August erklärte Deutschland an Rußland und Frankreich den Krieg. Der Reichstag wurde für den 4. August zu einer Kriegstagung zusammengerufen.

Am 3. August fand die Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion statt, die über die Stellungnahme zu den von der Regierung geforderten Kriegskrediten zu entscheiden hatte. Die Verweigerung der Kredite war noch die einzige Gelegenheit, von der imperialistischen Politik der Regierung abzurücken. Gegenüber der Mehrheit der Fraktion, die bestritt, daß die deutsche Regierung auf Eroberungen ausgehe, forderte Hugo Haase mit 13 Fraktionsgenossen energisch die Ablehnung der Kriegskredite als Konsequenz ihrer prinzipiellen Gegnerschaft gegen das herrschende System, dem die Verantwortung für den Krieg zuzuschreiben sei. Vergeblich. Die Minderheit mußte sich einer Mehrheit von 78 fügen. Nach einer festen Tradition trat die Fraktion im Plenum stets geschlossen auf. Alle

Anhänger der Minderheit — auch Liebknecht — trugen Bedenken, in dieser schweren Stunde den Riß in der Partei erkennen zu lassen, rechneten außerdem damit, daß die Ereignisse bald auch den anderen die Augen über den wahren Charakter des Krieges öffnen und sie zu einer entschiedenen Oppositionspolitik zurückführen würden. Hugo Haase schreibt in seinem Vorwort zu seinen gesammelten „Reichstagsreden gegen die deutsche Kriegspolitik“: „Mit Staunen nahm es die Welt wahr: die sozialistischen Arbeiter folgten dem Ruf zu den Waffen, die meisten vom Kriegsrausch ergriffen, viele widerwillig unter dem harten Zwang der Gewalt. Verwirrt und enttäuscht schauten die Wurzelfesten auf die Führer. Diese schwammen mit dem Strom. Die wenigen unter ihnen, die den alten Grundsätzen die Treue bewahrten, trennten sich zunächst aus Solidaritätsgefühl nicht von ihren Kampfgenossen. So entstand das Bild einer einigen burgfriedlichen Sozialdemokratie. In Wahrheit aber offenbarten sich schon beim Ausbruch des Krieges starke Gegensätze innerhalb der Sozialdemokratie, die bis dahin latent geblieben waren.“

Des weiteren erhob sich die Frage, wer die Erklärung in der Reichstagssitzung am 4. August abgeben sollte. Hugo Haase weigerte sich nachdrücklich, ließ sich aber schließlich, als man ihn bestürmte und an sein Pflichtgefühl als Vorsitzender der Fraktion und der Partei appellierte, zur Verlesung bewegen.

Gegen später erhobene Behauptungen, er hätte sich nicht ernsthaft gestraußt, hat er selbst die Vorgänge öffentlich klargestellt:

„Ich habe sofort, nachdem die Fraktion die Bewilligung der Kredite beschlossen hatte, aus freiem Antriebe in einer privaten Unterredung den Genossen Scheidemann ersucht, als Sprecher der Fraktion im Reichstag aufzutreten, da ich mich dazu außerstande fühlte. Scheidemann willigte ein, und niemand hätte vor der Sitzung des Reichstags von dieser Unterredung etwas erfahren, wenn nicht Genosse Stolten in der Fraktionssitzung des 4. August 1914 die Frage angeregt hätte, wer die Erklärung verlesen solle. Die einfache Mitteilung über meine Verständigung mit Scheidemann rief eine mir unbegreifliche Erregung hervor. Stürmisch wurde von mir verlangt, ich müsse die Erklärung verlesen. Ich bemühte mich immer wieder, die Kollegen zu beruhigen und setzte auf das eindrücklichste die Gründe meiner Weigerung auseinander. Bei der damals herrschenden Stimmung blieben meine Einwendungen wirkungslos; man forderte von mir in leidenschaftlicher Weise die Verlesung der Erklärung als eine mir obliegende Pflicht. ... Mit überwältigender Mehrheit stimmte die Fraktion entgegen meiner Auffassung dafür, daß ich als Beauftragter der Fraktion ihre Erklärung verlesen solle. Nachdem die Fraktion auseinandergegangen war, habe ich dann den Genossen Scheidemann nochmals gebeten, er möchte die Vertretung der Fraktion über-

nehmen. Er erwiderte mir, daß er durch den Beschluß der Fraktion als ihr Sprecher ausgeschaltet sei und deshalb meiner Bitte nicht willfahren könne. Erst jetzt entschloß ich mich, zumal da sofort eine Besprechung mit dem Präsidenten erforderlich war, einzugreifen, um die Fraktion in einem wichtigen Moment nicht unvertreten zu lassen.“

Für den Augenblick glaubte er der Sache, der er diene, zu nützen. Tatsächlich aber war die Verlesung der Erklärung der einzige politische Schritt seines Lebens, den er später bereut hat. Indem er Disziplin über innere Überzeugung stellte — und das in einem Zeitpunkt, wo gegenüber dem Chaos Klarheit und Festigkeit nottaten —, handelte er seinem eigenen Wesen zuwider und setzte sich gerade den Menschen gegenüber, an denen ihm lag — den grundsatztreuen Sozialisten und den Friedensfreunden im In- und Auslande —, der Mißdeutung aus.

Im Hinblick auf diese Entschliebung hat Rudolf Breitscheid einmal geschrieben: „Hugo Haase hatte den klaren, durch die kleinen Tagesereignisse und Tagesstimmungen nicht zu trübenden Blick für die großen politischen Zusammenhänge; er machte aber Zugeständnisse, wenn er hoffen durfte, daß trotz ihrer das Ziel im Auge behalten werde. Nichts lag ihm ferner als eigensinnige Starrköpfigkeit und Rechtshaberei, und er ging in seiner Bereitwilligkeit, um der Erhaltung des einheitlichen Charakters der Aktion willen auch Opfer des Intellekts zu bringen, bis an die äußerste Grenze des Möglichen. Vielen von uns schien diese Grenze sogar überschritten, als er in der Reichstags-sitzung vom 4. August 1914 die Erklärung zur Verlesung brachte, in der die sozialdemokratische Fraktion ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten aussprach und begründete. Haase hatte zu dem kleinen Häuflein der Gegner gehört. Er hatte mannhaft gegen den Nationalismus der Mehrheit gestritten, denn er sah den drohenden Abgrund. Er hat damals die schwersten und dunkelsten Stunden seines politischen Lebens durchgemacht. Er sträubte sich dagegen, eine Entschliebung, die er mißbilligte, im Plenum vorzutragen, aber er beugte sich am Ende dem Beschluß der Fraktion. Daß er selbst dadurch in ein zweifelhaftes Licht gerückt wurde, war ihm bewußt, aber in der Erwartung, der Sozialpatriotismus sei nur eine Episode, die bald durch die Rückkehr zu den alten Grundsätzen und Anschauungen beendet sein werde, ließ er alle Rücksichten auf seine Person außer acht. Er wollte den Zusammenhalt der Partei nicht aufs Spiel setzen. Vielleicht ist das ein Fehler gewesen, aber den, der ihn beging, leiteten die edelsten Beweggründe. Sein ausgeprägtes Verantwortungsgefühl ließ ihn einen Akt fast beispielloser Selbstentäußerung vollziehen. Er unterwarf sich der Fraktion, von der er nicht glauben wollte, daß sie den internationalen Sozialismus grundsätzlich preisgeben könne. Aber indem er nachgab, verzichtete er nicht auf seine bessere Erkenntnis. Er setzte den Kampf um die Seelen seiner Parteigenossen fort, und

erst als ihm das Vergebliche seines Bemühens klar wurde, als er sah, daß der Wagen der Partei in seinem verhängnisvollen Lauf nicht aufzuhalten war, vollzog er entschlossen den Bruch. Er löste sich von einer Vergangenheit, an die ihn tausend Fäden banden. Der Moment war gekommen, in der der Führer die Mitverantwortung für die Taten seiner Partei ablehnen mußte.“

Die Zukunft zeigte immer deutlicher, daß es sich bei den Differenzen zwischen Mehrheit und Minderheit keineswegs um taktische Meinungsverschiedenheiten, sondern um tiefgreifende politische und menschliche Gegensätze handelte. In der ganzen Welt fand eine Umgruppierung der Geister statt. Die Frage: Für oder wider den Krieg? spaltete die Menschheit in zwei, allerdings höchst ungleich große Lager, getrennt durch eine unüberbrückbare Kluft der Gesinnung. Überall schieden sich Anhänger eines Siegfriedens und Vorkämpfer einer Verständigung, national und international Orientierte, Selbstgerechte und solche, die auch die Fehler des eigenen Volkes sahen und dem Feinde Gerechtigkeit widerfahren ließen. Immer mehr näherten sich die Anhänger der Kreditbewilligung in Denkweise, Fühlen, Haltung, Sprache den Regierungsparteien. Ganz offen schilderte Konrad Haenisch die innere Wandlung, die er in diesen Tagen durchgemacht, und sprach von „seinem drängend heißen Sehnen, sich hineinzustürzen in den gewaltigen Strom der allgemeinen nationalen Hochflut“ und „aus vollem Herzen einzustimmen in den brausenden Sturmgesang: Deutschland, Deutschland über alles.“ Und Scheidemann wünschte in einem Neujahrsgruß an seine Wähler „allen den unerschütterlichen Willen zum Durchhalten bis zum Siege!“

Mit dem Einsatz seiner ganzen Persönlichkeit versuchte Hugo Haase, die Partei von diesem Wege abzubringen. Als die Wogen des Nationalismus höher und höher gingen, als die Redakteure verschiedener maßgebender Parteizeitungen sich in chauvinistischer Stimmungsmache überschlugen, gelang es ihm auf einer Pressekonferenz durchzusetzen, daß sie in einem Rundschreiben daran erinnert wurden, daß sie Redakteure sozialdemokratischer Zeitungen seien und als solche sich ihrer Pflicht bewußt sein möchten; eine Mahnung, die er mit den Worten des Dichters schloß: „Der Menschheit Würde ist in Eure Hand gegeben. Bewahret sie!“

Am 2. Dezember 1914 tagte der Reichstag von neuem. Die Gegner der Kreditbewilligung in der Fraktion waren auf 17 gestiegen. Hugo Haase versuchte, die Fraktion wenigstens für die Abgabe einer Erklärung zu gewinnen, in der die Kriegsgegnerschaft deutlich zum Ausdruck kam und das Unrecht des Einmarsches in das neutrale Belgien festgenagelt wurde. Dieser Kompromißvorschlag wurde jedoch abgelehnt, der Passus über Belgien ganz gestrichen. Haases Entwurf lautete:

„Mit beispielloser Tatkraft und Zähigkeit ist der furchtbare Weltkrieg bereits seit vier Monaten geführt worden; und auf

allen Seiten zeigt sich der entschlossene Wille, nicht zu erlahmen, bis ein siegreicher Abschluß erreicht ist.

Aber die brutalen Vernichtungsmittel, die die moderne Technik erzeugt hat, haben in sämtlichen kriegführenden Ländern unerhörte Opfer gefordert; hunderttausende sind gefallen, viele hunderttausend verletzt und zu Krüppeln gemacht; unermessliche Leiden sind über die Völker gebracht worden.

Von Friedenssehnsucht muß mehr als je erfüllt sein, wer menschlich fühlt. Getreu den Grundsätzen der internationalen Sozialdemokratie wünschen wir einen raschen Frieden. Der grauenhaften Vernichtung und Verstümmelung menschlichen Lebens muß ein Ende gemacht, der massenhaften Zerstörung kultureller und wirtschaftlicher Werte Halt geboten werden.

Wir fordern deshalb, daß jeder Vermittlungsvorschlag, der von einem neutralen Staat zur Herbeiführung des Friedens gemacht wird, von der Regierung des Deutschen Reiches mit Geneigtheit aufgenommen wird. Diese Forderung ist um so unbedenklicher, als die militärische, wirtschaftliche und finanzielle Kraft des Deutschen Reiches sich als leistungsfähig erwiesen hat.

Keinen Augenblick vergessen wir, daß der Fortschritt der Menschheit und unser eigener auf dem Zusammenwirken der Völker beruht, und daß das Ziel des Krieges ein Friede sein muß, der die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen der Völker wieder anknüpft und für die Zukunft festigt. Eine Herabsetzung der Armee- und Flottenbudgets aller Staaten als Bestandteil des Friedensschlusses wird allen eine ökonomische Erleichterung verschaffen und eine der Hauptursachen des Krieges beseitigen.

Jeden Versuch, dem Krieg den Charakter eines Eroberungskrieges zu geben und damit den Keim zu neuer Zwietracht unter den Völkern zu legen, bekämpfen wir auf das schärfste, wo wir ihm auch begegnen. Wie wir kein Opfer für zu groß halten, um unsere eigene Unabhängigkeit und Integrität (Unversehrtheit) zu schützen, so achten wir auch das Recht jedes anderen Volkes auf seine Autonomie.

Die Störung unserer Beziehungen zu dem neutralen Belgien haben wir tief beklagt. Der Einmarsch in Belgien und in Luxemburg steht, wie auch der Reichskanzler am 4. August anerkannt hat, im Widerspruch zu den Neutralitätsverträgen, an deren Unverbrüchlichkeit wir festhalten.

Wir erwarten, daß niemand zu rütteln wagen wird an der feierlichen Erklärung des Reichskanzlers in der Sitzung vom 4. August:

„Das Unrecht — ich spreche offen — das Unrecht, das wir damit tun, werden wir wieder gutzumachen suchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist“

und an der Versicherung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes vom 4. August an die englische Regierung, daß selbst im Falle eines bewaffneten Konflikts mit Belgien unter keinerlei Vorwand Deutschland belgisches Gebiet annectieren wird.“ —

Ein nach Ablehnung dieses Vorschlages von Henke gestellter Antrag, der Minderheit wenigstens zu gestatten, ihre abweichende Meinung im Plenum kundzugeben, wurde abgelehnt. Nur Liebknecht stimmte diesmal trotz des Fraktionsbeschlusses als einziger Abgeordneter auch im Plenum gegen die Kredite.

Nach dem ersten Winterfeldzug erfolgte im März 1915 im Reichstag die erste Etatsberatung. Der rechte Flügel der Fraktion wollte sich dem Wunsche der Regierung und der bürgerlichen Parteien beugen und auf eine Etatsrede bei der ersten Lesung überhaupt verzichten. Nach langen Diskussionen wurde aber beschlossen, daß Haase eine Etatsrede halten sollte. Haase wollte dabei auch über den Frieden sprechen. Der rechte Flügel erklärte sich dagegen. Mit 57 Stimmen wurde jedoch der Vorschlag von Haase angenommen. Über seine Rede im Plenum schreibt Prager in seiner „Geschichte der U.S.P.D.“: „Die Rede Haases im Reichstage am 10. März rief in den Arbeitermassen eine starke Wirkung hervor. Sie wurde als der erste proletarische Fanfarenstoß erkannt, der in den chauvinistischen Nebel klärend hineinstieß.“

In dieser Rede wandte sich Haase zunächst dagegen, daß die Regierung auch im Kriege trotz der Opfer, die die Massen des Volkes täglich bringen, noch Staatsbürger verschiedenen Rechtes kenne und nicht allen ohne Unterschied der Klasse, der Partei, der Konfession, der Nationalität volle Gleichberechtigung gewähre. Vergeblich warte das Volk auf die bei Ausbruch des Krieges versprochene Aufhebung des Belagerungszustandes, der eine Erbitterung erzeugt habe, von deren Stärke die maßgebenden Kreise keine Vorstellung zu haben scheinen. Die Handhabung der Zensur, die Unterdrückung der Zeitungen spotteten jeder Beschreibung. Die Berufung auf den Burgfrieden würde vielfach geradezu zu einem Unfug. Es wäre ein Unglück für das Volk, wenn der Burgfriede zum Kirchhofsfrieden würde. Dem freien Volke gebühre die freie Rede. Das deutsche Volk dürfe sich nicht ausschalten lassen, wenn es sich um die schicksalsschwere Frage seiner Zukunft handle. Es habe mitzureden und an der Vorbereitung mitzuwirken. „Meine Herren“, fuhr er fort, „in allen Ländern macht sich das Grausen des Krieges immer fühlbarer. Es ist natürlich, daß überall die Sehnsucht durchbricht, dem schrecklichen Gemetzel der Völker ein Ende zu machen. Dies auszusprechen ist kein Zeichen der Schwäche und kann am wenigsten bei uns so gedeutet werden; denn unsere militärischen Erfolge sind unbestreitbar, unser Wirtschaftsleben ist, angeregt durch die Kriegsindustrie, in über-

raschender Weise belebt, unsere Finanzen haben sich als fest erwiesen. Gerade der Starke darf zuerst die Friedenshand ausstrecken. Meine Partei als Vertreterin des internationalen Sozialismus ist stets die Partei des Friedens gewesen, und sie weiß, daß dies für die Sozialisten der anderen Länder ebenso wie für sie gilt. Unser Wunsch ist ein dauerhafter Friede, ein solcher, der nicht neue Verwicklungen in sich schließt, nicht Keime neuer Zwietracht enthält. Das wird erreicht werden, wenn kein Volk das andere vergewaltigt, wenn die Völker vielmehr ihre Aufgabe in dem friedlichen Austausch der Kulturgüter erblicken.“

In der darauf folgenden Fraktionssitzung erklärten sich schon 35 Mitglieder der Fraktion gegen die Kreditbewilligung. Im Plenum stimmten Liebknecht und Rühle offen gegen das Budget. 30 Mitglieder der Minderheit entfernten sich mit Haase vor der Abstimmung aus dem Saal.

Der Wahnsinn des Krieges ging weiter. Immer deutlicher wurde der Einfluß der Kreise, die über das Ziel der Sicherung des Vaterlandes hinaus Eroberungen und Annexionen verlangten. Immer dringender wurde die Pflicht für die Partei, wollte sie nicht ganz in das Fahrwasser der Eroberungspolitik geraten, sich auf ihre Aufgabe als internationale Partei und Verfechterin des Völkerfriedens zu besinnen. So entschlossen sich Hugo Haase, Eduard Bernstein und Karl Kautsky am 19. Juni 1915 ein Manifest „Das Gebot der Stunde“ zu erlassen. Klar, offen, sachlich legen die Verfasser den Ernst der Situation dar und suchen das Gewissen der Verantwortlichen aufzurütteln. Die übermütigen Forderungen der Annexionisten werden festgenagelt, der Wahnwitz des Krieges aufgezeigt, der schließlich alle beteiligten Staaten dem Bankrott entgegenführe, die Friedenssehnsucht der Völker schildert und die Ohnmacht beschreibt, zu der sich die offizielle Sozialdemokratie durch ihre Nachgiebigkeit gegenüber den Herrschenden selbst verurteilt habe. Die Erkenntnis, daß mit den schönsten Überlieferungen der Partei die Zukunft unseres Volkes, seine Wohlfahrt und seine Freiheit auf dem Spiele stehe, mache die Rückkehr zu einer klaren und entschiedenen sozialistischen Politik zum Gebot der Stunde.

Die Veröffentlichung dieses Manifestes, das im 3. Teile dieses Buches abgedruckt ist, erregte großes Aufsehen und hinterließ bei allen Denkenden den tiefsten Eindruck. Für Tausende um das Schicksal der Partei und des Landes Besorgte war geradezu das erlösende Wort gesprochen. Wäre die Mahnung des Aufrufes befolgt worden, die Einheit der Partei wäre erhalten, die spätere Spaltung vermieden, ein wirksamer Druck auf die Regierung zur Anbahnung eines Verständigungsfriedens ausgeübt worden. Die Behörden ver-

boten die „Leipziger Volkszeitung“, in der die Veröffentlichung des Aufrufes erfolgte, auf acht Tage. Die Parteistanzen, die Mehrheitspresse und die bürgerlichen Zeitungen entfesselten einen Entrüstungssturm. Die meisten Parteiblätter druckten das „Gebot der Stunde“ überhaupt nicht ab. Statt einer sachlichen Auseinandersetzung griff man zur Methode der persönlichen Verunglimpfung und überhäufte insbesondere Hugo Haase mit Vorwürfen, weil er als Parteivorsitzender durch eine „Sonderaktion“ Parteiverrat geübt habe. Ausdrücke wie Sonderbündelei, Spitzelei, parteischädigendes Verhalten, hirnverbrannte Phantasterei, Verrat der Brüder an der Front geben eine Blütenlese der in der Parteipresse gegen ihn erhobenen Beschuldigungen. Partei- und Fraktionsvorstand erließen einen Aufruf „Gegen die Partezerrüttung“, in dem sie erklärten, daß „zu einem derartigen Pronunciamento nicht der mindeste Anlaß“ vorgelegen hätte. Auch sie seien gegen Eroberungen, aber die Wahrung der Interessen des eigenen Landes und Volkes sei das höchste Gebot der Stunde. Die Einheit der Partei würde durch nichts so gefährdet wie durch ein solches Vorgehen. Haase hätte in den zuständigen Körperschaften weder jemals Anträge auf eine Aktion im Sinne des Aufrufes gestellt noch irgendeine Mitteilung von der Absicht seines Vorgehens gemacht. Demgegenüber wies Hugo Haase darauf hin, daß er ja seit Kriegsbeginn ununterbrochen im Sinne des Aufrufs tätig gewesen sei. Der zweite Vorwurf aber erinnere sehr stark an die Gracchen, die sich über Aufruhr beklagten. Seien doch gerade von prominenten Anhängern der Mehrheit oft genug ohne vorherige Benachrichtigung des Vorstandes Offene Briefe und Artikel in die Welt gesetzt worden, um die Partei für eine bestimmte Parole, so die des Durchhaltens, zu gewinnen. Niemand hätte ihnen daraus einen Vorwurf gemacht. Was den anderen recht war, müsse ihm billig sein. Es scheine also mehr der Inhalt des Aufrufes, als das Fehlen der Ankündigung die Empörung zu erklären. Die Einmütigkeit der Partei würde durch Entrüstung nicht gefördert. Wohl aber wirke im Interesse des Zusammenschlusses der Partei, wer Meinungsverschiedenheiten sachlich erörtere; und daß das „Gebot der Stunde“ streng sachlich gehalten sei, müsse jeder gerecht Denkende zugeben.

Die Hetze gegen die unbequem gewordene Opposition, gegen die „Quertreiber“ nahm immer weitere Ausmaße an. Zu den Redeverboten und Zensurmaßnahmen der Generalkommandos, zu den Verfolgungen der Behörden, welche die Mißliebigen in die Gefängnisse und Zuchthäuser steckten oder zum Militär einberiefen und an die Front schickten, traten krampfhaft Versuche der Parteistanzen, die Minderheit zum Schweigen zu verurteilen. Parteizeitungen, die den Standpunkt der Minderheit vertraten, wurden zum Teil mit Hilfe der Gerichte zum Redaktionswechsel gezwungen. Gegenüber diesem rücksichtslosen Vorgehen mutete die Entrüstung über Takt- und Formfehler der Minderheit geradezu lächerlich an.

Die Intrigen gegen Haase hatten letzten Endes den Zweck, ihn aus dem Parteivorstand herauszudrängen. Eine Tagung des Parteiausschusses am 30. Juni 1915 nahm gegen 12 Stimmen eine Resolution an, daß die Veröffentlichung des Aufrufes „Das Gebot der Stunde“ nicht im Einklang mit den Pflichten eines Parteivorsitzenden stünde. Demgegenüber stellte sich Hugo Haase auf den Standpunkt, daß sein Amt ihm von der Gesamtpartei auf den Parteitag übertragen sei und er kein Recht habe, den Treibereien gegen ihn zu weichen. Übrigens waren im Parteivorstand zwei Mitglieder treu auf seiner Seite: Robert Wengels und Luise Zietz. Eine aus dem Kreise der internationalen Sozialisten stammende, im neutralen Ausland gedruckte Broschüre mit dem Titel „Die Hetze gegen Haase“ schloß mit den Worten: „Die deutsche Arbeiterklasse, die noch nicht reformistisch-nationalistisch-imperialistisch umgelernt hat, ist dem Genossen Haase für seine mannhafte, wahrhaft sozialistische Haltung dankbar. In einer Zeit, wo von den Parteinstanzen feierlich beschworene Grundsätze als lästiger Ballast über Bord geworfen werden, wo die berufenen Vorkämpfer der proletarischen Befreiung sich mit den Todfeinden des Proletariats verbinden, wo die — „unabkömmlichen“ — Durchhaltepolitiker, nationalen Phrasendrescher, Sozialimperialisten und verkappten Annexionsschwärmer die Taktik der Sozialdemokratie beherrschen, darf er, muß er des Vertrauens und der Unterstützung der nach wie vor vom revolutionären Klassenkampfgedanken erfüllten Massen sicher sein. Den ehernen Boden des Prinzips unter den Füßen, die wuchtige Mauer des revolutionären Massenwillens im Rücken und das Bewußtsein im Herzen, daß einzig der Klassenkampf und die unversöhnliche Todfeindschaft gegen Kapitalismus und Bourgeoisie die Sieghaftigkeit der Sozialdemokratie verbürgt, werden ihm und der gesamten Minderheit ungeahnte Kräfte wachsen im Kampfe gegen Parteiverrat und Parteizerstörung.“

Welches Schicksal Aktionen beschieden war, die in den zuständigen Körperschaften unternommen wurden, bewies eine im August stattfindende dreitägige Verhandlung der Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses über die Kriegsziele. Haase stellte folgenden Antrag: „Die Sozialdemokratie verwirft mit der größten Entschiedenheit jede gewaltsame Antastung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit eines Volkes. Sie wendet sich mit aller Kraft gegen jede Anweisungspolitik, insbesondere den Versuch, Belgien zu vergewaltigen, in welcher Form es auch immer sei.“ Dieser Antrag wurde von der Fraktion mit 50 gegen 37, vom Parteiausschuß mit 25 gegen 13 Stimmen abgelehnt; ebenso ein Antrag Henkes, der von der Regierung Friedensbemühungen bei völligem Verzicht auf Annexionen verlangte. So mußte die Spannung immer unerträglicher werden und schließlich zur Entladung führen.

In der Dezembertagung des Reichstages brachte die Partei eine Friedensinterpellation ein, die von der Regierung ausweichend, von den bürgerlichen Parteien deutlich beantwortet wurde. In ihrem Namen

erklärte nämlich der Zentrumsabgeordnete Spahn: „Wir warten in voller Einmütigkeit, mit ruhiger Entschlossenheit und — lassen Sie mich einfügen, im Gottvertrauen — die Stunde ab, die Friedensverhandlungen ermöglicht, bei denen für die Dauer die militärischen, wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Interessen Deutschlands im ganzen Umfange und mit allen Mitteln einschließlich der dazu erforderlichen Gebietserwerbungen gewahrt werden müssen.“ Nach dieser Erklärung wurde ein Schlußantrag angenommen. Nur mit Mühe konnte sich Haase das Wort zur Geschäftsordnung erzwingen, um zum Ausdruck zu bringen, daß nicht etwa der gesamte Reichstag mit den Ausführungen des Reichskanzlers und des bürgerlichen Sprechers einverstanden sei.

„Nein, meine Herren, ich erkläre für meine Person, daß ich die Gemeinschaft mit den Anschauungen, die hier zum Ausdruck gekommen sind, mit aller Entschiedenheit ablehne (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten), und ich weiß mich eins darin mit der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes. (Sehr richtig, bei den Sozialdemokraten — lebhafter Widerspruch.) Meine Herren, wollen Sie denn wirklich, daß aus diesem Gemetzel, das ja alle bedauert haben (wiederholte Rufe zur Geschäftsordnung), schließlich als Ergebnis herauskommt ein Europa, das einen Trümmerhaufen bildet, durchtränkt von Tränen und Blut?! (Erneute Rufe zur Geschäftsordnung.) Wir verlangen eine Absage an alle Eroberungspläne, von welcher Seite sie auch kommen und in welcher Form sie sich auch äußern. Wir wollen den Frieden! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen der Sozialdemokraten. — Große Unruhe im übrigen Teil des Hauses.)

Vor der Abstimmung über die fünfte Kriegskreditvorlage gab Hugo Haase in der Fraktion im Namen von 20 Mitgliedern der Minorität die Erklärung ab, daß sie gegen die Kredite stimmen und eine Begründung dazu abgeben würden. Zugleich legte er sein Amt als Fraktionsvorsitzender nieder. In der Reichstagssitzung vom 29. Dezember 1915 verlas Geyer, als der Älteste von ihnen, eine von Hugo Haase verfaßte Erklärung. Sie brachte zum Ausdruck, daß die schroffe Ablehnung der Regierung und der bürgerlichen Parteien, den Gegnern ein Friedensangebot zu machen, und das verhängnisvolle Treiben der Annexionspolitiker sie zur Ablehnung der Kriegskredite zwingen. Sie könnten nicht eine Politik unterstützen, die nicht alles tue, um dem namenlosen Kriegselend Einhalt zu gebieten, eine Politik, die in ihrer gesamten Betätigung in schreiendem Gegensatz zu den Interessen der breiten Massen des Volkes stehe. Diese Erklärung fand über den Kreis der 20 hinaus lebhaften Beifall. Hatten doch in der Fraktion diesmal schon 43 gegen die Bewilligung der Kredite gestimmt, wenn auch sich nicht zur öffentlichen Kundgebung ihres Standpunktes entschließen können.

Die Fraktionsmehrheit verurteilte die Sonderaktion als einen „Disziplinbruch bedauerlichster Art“, wogegen die Minderheit darauf hinwies, daß ihr infolge der Kriegsverhältnisse nur die Reichstagstribüne zur Begründung ihrer Haltung zur Verfügung stehe, und daß sie gerade durch ihr Vorgehen diejenigen Parteigenossen, welche sich infolge der Stellungnahme der Mehrheit enttäuscht von der Partei abwendeten, der Partei zu erhalten hofften. Während der im Januar 1916 tagende Parteiausschuß das Vorgehen der 20 verurteilte und insbesondere Hugo Haase seine schärfste Mißbilligung aussprach, bedauerte umgekehrt der Zentralvorstand der Großberliner Parteiorganisationen, daß nicht die gesamte Fraktion sich der Erklärung Haases angeschlossen hätte und sprach ihm sein Vertrauen aus. Auch verschiedene Berliner Kreiskonferenzen und eine große Anzahl von Parteiorganisationen im Reich wie Leipzig, Braunschweig, Bremen, Halle stellten sich auf die Seite der Minderheit, und Hugo Haase wurde für die vielen Beschimpfungen, die er erlitten, durch die Zustimmung entschädigt, die er in vielen Versammlungen, die er im Reiche abhielt, erfuhr, und besonders durch die Tatsache, daß die Königsberger und Berliner Arbeiter auf seine Seite traten. Auch in zahlreichen Briefen aus der Heimat und von der Front, darunter auch manchen aus bürgerlich-pazifistischen Kreisen, wurde ihm dankbare Anerkennung zuteil.



Im Dezember 1915 wurde auch der erste Versuch unternommen, die zerrissenen Fäden der Internationale wieder zu knüpfen. In Zimmerwald, einem Vororte von Bern, trafen sich Vertreter derjenigen sozialistischen Parteien und Gruppen aus den kriegführenden und neutralen Ländern, welche das Proletariat auf dem Boden der internationalen Solidarität und des Klassenkampfes sammeln und die Arbeiter aller Länder zur Selbstbesinnung aufrufen wollten. Von der deutschen Opposition nahmen Leducour und Adolf Hoffmann als Delegierte an der Zimmerwalder Tagung teil.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie erreichten ihren Höhepunkt in einer Sturmszene des Reichstages vom 24. März 1916. Der Notetat stand zur Debatte. Die Fraktion hatte beschlossen, für ihn zu stimmen, und die Intoleranz gegen die Andersdenkenden soweit getrieben, daß sie zwei Redner aus ihren Reihen stellte, der Minderheit aber jeden Redner verweigerte, obwohl 47 von 101 für Hugo Haase als Redner gestimmt hatten. Nunmehr war die Minderheit entschlossen, sich nicht dauernd zum Schweigen verurteilen zu lassen und im Plenum ihrer abweichenden Meinung Ausdruck zu geben. Um einer Vereitelung dieses Vorhabens vorzubeugen, teilte Hugo Haase im Einverständnis mit seinen Freunden erst unmittelbar vor Eröffnung der Reichstagsverhandlung dem Fraktionsvorstand mit, daß er reden würde; immerhin noch so frühzeitig, daß die Mehrheits-

anhänger die Möglichkeit zu früherer Wortmeldung hatten. Der Mehrheitler bemächtigte sich eine maßlose Wut. Im Bericht des „Vorwärts“ über diese Vorgänge heißt es:

„Die Mehrheit nahm sofort gegen Haases Absicht Stellung in Auftritten und Wutausbrüchen, die jeder Beschreibung spotten. Schon vor Beginn der Sitzung bildeten sich erregte Gruppen. Haases Platz war förmlich umlagert von gestikulierenden, drohenden, durcheinander schreienden Vertretern der Mehrheit, und wiederholt mußte der Präsident für den ersten Punkt der Tagesordnung um Ruhe ersuchen. Als Haase fest blieb und schließlich das Wort nahm, kam die Erregung zunächst in Zurufen, bald aber in einem ohrenbetäubenden Chorus des Protestes und der Demonstration zum Ausdruck. Das Haus, längst auf die Gewitterstimmung aufmerksam geworden, ergriff sofort Partei im Bruderkriege zugunsten der Mehrheit, deren Haltung durch lungenkräftige Ermunterung, Heiterkeit, Geschrei und Händeklatschen lebhaft stützend. Besonders Keil und Heine wurden für ihre Leistungen ostentativ von der rechten Seite applaudiert. Minutenlang war im Saale, weil alles durcheinander tobte, überhaupt kein Wort zu verstehen, minutenlang bemühte sich Herr Kaempff mit drohender Glocke vergeblich um Ordnung und Ruhe. Haase, der wiederholt versuchte, seine Rede fortzusetzen, wurde unausgesetzt zur Sache gerufen, von der Mehrheit unterbrochen, von der Rechten am Weiterreden verhindert und schließlich durch einen Gewaltakt mundtot gemacht. Vorübergehend trat Windstille ein, bis Schatzsekretär Helfferich, durch einen Tadel, den er der Opposition ausstellen zu sollen glaubte, erneut Öl ins Feuer goß, so daß dieses noch einmal lichterhell aufschlug und den letzten kümmerlichen Rest der Würde dieses Hauses hinwegfegte.“

Daß auch bei dieser Rede nicht die Tatsache der selbständigen Wortmeldung, sondern die freimütige Behandlung der Friedensfrage die Ursache der Empörung war, wird am schlagendsten dadurch bewiesen, daß man den Anfang der Rede, der sich mit innerpolitischen Fragen beschäftigte, ruhig anhörte, der Sturm aber einsetzte, sobald Haase auf die Außenpolitik einging und von dem leidenschaftlichen Willen der Massen zum Frieden sprach. Höhnische „Oho“-Rufe wurden laut, als er der Ansicht Ausdruck gab, daß es am Schlusse des fürchterlichen Ringens wahrscheinlich weder Sieger noch Besiegte, sondern in Wahrheit nur besiegte, aus Millionen Wunden blutende Völker geben würde. Zur Sache wurde er gerufen, als er zu sagen wagte, daß selbst den Kapitalisten, soweit sie nicht Nutznießer des Krieges seien, die Erkenntnis aufdämmere, daß dieser Krieg eine falsche Rechnung gewesen sei, und daß jetzt Weltherrschaftspläne zu propagieren, Irrsinn und Verbrechen bedeute. Für die Wortentziehung stimmten mit den bürgerlichen Parteien auch einige Mehrheitssozialisten! Die entscheidenden Stellen des Reichstagsprotokolls über diese Rede und die anschließenden Bemerkungen des Herrn Helfferich findet der Leser im 3. Teil.

Die Fraktion sprach in einer Entschließung aus, daß Haase zum Disziplinbruch den Treubruch gefügt habe, und daß er und diejenigen Fraktionsmitglieder, welche die gemeinsam gefaßten Beschlüsse gröblich mißachteten und öffentlich durchkreuzten, die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte verwirkt hätten. Infolge dieses Ausschlusses sahen sich 18 Mitglieder der Minderheit gezwungen, eine eigene Fraktion, die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ zu gründen. Den Vorstand bildeten Haase, Ledebour und Dittmann. Die anderen Mitglieder waren: Bernstein, Bock, Büchner, Oskar Cohn, Geyer, Henke, Herzfeld, Horn, Kunert, Schwarz, Stadthagen, Stolle, Vogtherr, Wurm, Zubeil. Die Arbeitsgemeinschaft wurde sehr schnell das geistige Zentrum der Opposition für ganz Deutschland.

Die erste Reichstagsrede nach der Bildung der Arbeitsgemeinschaft hielt Hugo Haase im April 1916. Noch heute sind die weit-schauenden Ausführungen über die polnische, litauische, belgische, flämische, luxemburgische Frage hochinteressant zu lesen. Die ver-fahrenre Kriegssituation wird treffend gekennzeichnet:

„Die Staatsmänner haben sich in eine Sackgasse verrannt und kommen aus ihr nicht heraus. Weil sie nicht herauskommen und den Weg zum Frieden nicht finden, so werden es die Völker sein müssen, die ihr Geschick selbst in die Hand nehmen, um diesem grausamsten aller Kriege ein Ende zu bereiten. . . . Ein Stück Land, welches es auch immer sei, kann unmöglich auch nur die blutigen Opfer eines einzigen Tages aufwiegen. Wenn Sie nicht nur die Zivilbevölkerung, sondern auch die Militrbevlkerung fragen wollten, ob sie auf die Aussicht hin, daß vielleicht im Osten ein Stück Land erobert werden kann, noch weiter kämpfen wollen, oder ob sich die Waffen für den friedlichen Wettbewerb der Völker senken sollen, dann weiß ich, daß 90% und mehr dafür sein werden, Schluß zu machen, Frieden zu schließen. (Stürmischer Beifall bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. — Lebhafter Widerspruch und Lachen bei den übrigen Parteien — Erneuter Beifall bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.) Meine Herren, wenn Sie sich auch dieser Erkenntnis verschließen, die Tatsachen werden über Sie hinwegschreiten, und wenn nicht alles trägt, so wird das Wort des Kommunistischen Manifestes neu aufleben: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! — vereinigt Euch zu dem hohen Ziele, den blutenden Völkern den langersehnten Frieden zu bringen!“

Die Bestrebungen der Mehrheit gingen dahin, die unbequeme Opposition nunmehr auch aus der Partei zu drängen. Im Parteivorstand wurde dadurch ein kollegiales Zusammenarbeiten so unmöglich, daß Hugo Haase sich zur Niederlegung seines Amtes als Parteivorsitzender entschließen mußte. Luise Zietz schreibt in ihrem Gedenkartikel für Hugo Haase über die Zeit ihrer Zusammenarbeit

im Parteivorstand: „Jene Jahre von Bebels Tod bis zu unserem Ausscheiden aus dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei waren für uns beide, insbesondere aber für Haase, voller Bitternisse, das reine Martyrium. Immer wieder habe ich die Geduld und die Konzilianz unseres Genossen Haase gegenüber der Rücksichtslosigkeit und dem Banausentum, die ihm im Vorstand entgegentraten, bewundert. Alles Kleinliche und jedes Intrigantentum war unserem Haase in der Seele zuwider. Von der hohen Warte grundsätzlicher Beobachtung und sachlicher Stellungnahme ging er an die Diskussion strittiger Fragen heran, seine Worte stets in die verbindlichste Form kleidend. Dabei gab er auch nach, soweit es sich um Kleinigkeiten handelte; soweit aber große, grundsätzliche Fragen, wichtige taktische Maßnahmen zur Diskussion standen, blieb er fest und unbeugsam, und deshalb haßten noch klarer und eindeutiger seine Gegnerschaft zu der Kriegspolitik der Rechtssozialisten mit aller Energie und Ausdauer bekämpfte. . . Doch bei diesen gab es schon kein Halten mehr. Immer feindseliger wurde die Haltung der Vorstandsmehrheit; wir lebten in einer Atmosphäre des Hasses, der sich von Zeit zu Zeit in den unerquicklichsten Auftritten entlud. . . Das waren Bitternisse, die unser Freund zu schlucken hatte und die ihn trotzdem nicht verbitterten, obwohl sie von Menschen kamen, die ihn zum Teil unendlich viel zu verdanken hatten und die seinem Herzen besonders nahe gestanden hatten.“

Das Ausscheiden aus dem Vorstand gab ihm die Hände frei, noch klarer und eindeutiger seine Gegnerschaft zu der Kriegspolitik zu bekunden. Ein Teil der Generalkommandos erließ gegen ihn Redeverbote. Wo er sprechen und seine Haltung begründen konnte, so in Hamburg, Leipzig, Frankfurt, Düsseldorf, gewann er die Mehrheit der Versammlungen für sich.

Am 1. Mai 1916 wurde Karl Liebknecht verhaftet, als er bei einer Demonstration auf dem Potsdamer Platz „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!“ gerufen hatte. Gegen das vom Kriegsgericht ausgesprochene Zuchthausurteil richteten sich größere Streiks in Berlin und anderen Städten. Die Behörden verstärkten den Druck gegenüber allen freiheitlichen Regungen. Fast alle in Schutzhaft Genommenen oder vor Gericht Gestellten wandten sich an Hugo Haase um Beistand. Kaum konnte er die Zeit für alle Eingaben, Beschwerden, Gefängnisbesuche, Gerichtsverhandlungen finden.

Zu erbitterten Auseinandersetzungen kam es innerhalb der Groß-Berliner Parteiorganisation. Die Mehrheit der Berliner Genossen stand auf dem Standpunkt der Opposition, in der Leitung aber saßen Anhänger der Kriegspolitik und suchten sich mit allen Mitteln in ihrer Stellung zu halten. In einer Verbandsgeneralversammlung vom 25. Juni 1916 wurde mit überwiegender Mehrheit ein oppositioneller Zentralvorstand gewählt. Daraufhin schritten die Abgesägten zur Spaltung der Organisation.

Im September 1916 bot sich die erste Gelegenheit, vor einem großen Forum von Parteifunktionären Deutschlands den Stand-

punkt der Minderheit darzulegen. Der Parteivorstand hatte an Stelle eines Parteitages eine Reichskonferenz der Organisationsvertreter einberufen, und Hugo Haase behandelte in einem großangelegten, mehrstündigen Referat die gesamte Kriegs- und Friedensfrage. Die großen politischen Zusammenhänge sind mit einer Schärfe und Klarheit gezeichnet, daß man heute bei der Lektüre der Hauptteile des Referats meinen könnte, die Darstellung stamme von einem rückschauenden Historiker und nicht von einem mitten in den Wogen der Ereignisse stehenden Politiker. Mit zwingender Logik beweist er den imperialistischen Charakter des Krieges, bespricht mit rücksichtsloser Offenheit die Schuldfrage, kritisiert die Regierungspolitik und die Haltung der Mehrheitler, gibt ein Bild der internationalen Lage und zeigt den einzigen Ausweg aus dem Elend: die sofortige Anbahnung eines Verständigungsfriedens. Ein solcher Frieden sei nicht gleichzusetzen mit einem „Frieden um jeden Preis“:

„Wir wollen nicht den Frieden um jeden Preis, wir wollen nicht etwa in die Gewalt Rußlands kommen, auch nicht unter die Gewalt irgendeines anderen Staates, wir wollen nicht den Despotismus stärken, wir wollen nicht irgendwie den englischen Imperialismus unterstützen, aber wir wollen — und das bitte ich Sie zu beachten — um keinen Preis die Fortsetzung dieses Krieges. Die Herrschenden setzen den Krieg fort, um, wie sie sagen, etwas zu erwerben, was den gebrachten Opfern entspricht. Dadurch, daß Sie diese Politik der bürgerlichen Klassen stützen, sind Sie mitverantwortlich dafür. Dieser Friede, den wir erstreben, ist nur zu erreichen, wenn mit aller Rücksichtslosigkeit diejenigen bekämpft werden, die der Verständigung sich in den Weg stellen.“

Die Auseinandersetzungen über die inneren Parteistreitigkeiten schloß er mit den Worten:

„Konnte die Sozialdemokratie das Blutvergießen aufhalten, wenn sie eine andere Politik eingeschlagen hätte? Nach meiner Überzeugung: ja! Wir hätten die Internationale leichter auf unsere Seite bekommen, wir hätten unsere eigene Regierung zu wirkungsvollen Friedensverhandlungen genötigt. Genossen! Wir wollen die Einheit der Partei, aber nicht eine Partei, in der dem Imperialismus offen oder versteckt Konzessionen gemacht werden. Wir wollen die Einheit der Partei, aber nicht eine Partei, die die Kolonialpolitik unterstützt. Wir sind gegen eine Partei, in der die Schutzzoll-Bereicherungspolitik eine Förderung erfährt. Wir wollen nicht eine Partei, in der der Klassenkampf abgeschwächt wird. Parteigenossen, wir wollen die Einheit der Partei, aber auf dem festen granitenen Boden des sozialdemokratischen Programms; wir wollen sie als internationale Sozialisten!“

An zwei Stellen der Rede griff er ausnahmsweise zu persönlicher Polemik. Mit einer kurzen, schärfen Zurückweisung trat er Scheidemann entgegen, der gemeint hatte, „es werde ihm schlecht, wenn er Rechtsanwälte und andere studierte Genossen über Arbeiter sprechen höre“. Diesen billigen „Appell an die schwierige Faust“ fertigte Haase mit dem Hinweis ab auf das Große, das die Sozialdemokratie Männern wie Marx, Engels, Lassalle verdanke. Unfaßbar sei es für ihn, wie man einen solchen Unterschied zwischen Akademikern und Arbeitern konstruieren könne. Deutlich genug war der Schluß:

„Ich kenne Arbeiter, die viel klüger sind als mancher Akademiker. (Lebhafte Zustimmung.) Sie, die Sie mir zustimmen, werden aber nicht so viel Dünkel haben, um zu behaupten, daß nicht auch mancher Akademiker viel mehr weiß und einen weiteren Blick hat, als mancher Arbeiter, und namentlich solche, die aus Arbeiterkreisen stammen und heute glauben, allein die volle Weisheit zu haben.“

Und im Schlußwort kam er mit wenigen ruhigen, aber ernsten Worten auf die persönliche Hetze gegen sich zu sprechen, die auf alle Anwesenden um so tiefer wirkten, als er bisher allen Anfeindungen gegenüber geschwiegen hatte.

„Auf die vielen Angriffe gegen meine persönliche Ehre gehe ich nicht ein. Ich habe es auch ruhig geduldet, daß ich ein Jahr lang geradezu durch die Gosse gezogen wurde mit einer Kühnheit, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre. Ich hatte geglaubt, nachdem ich länger als ein Vierteljahrhundert für die Partei gearbeitet habe, nicht nötig zu haben, mich gegen Verdächtigungen zur Wehr zu setzen. Aber es würde mißdeutet werden können, wenn ich über die Beschimpfungen gröbster Art hinweggehen würde, die Noske, mit dem ich jahrelang an demselben Ort zusammengearbeitet habe, gegen mich geschleudert hat. Wenn einer unter den Anwesenden keine Veranlassung hat, meine Neigung zur Kameradschaftlichkeit zu bestreiten, so ist es neben wenigen anderen vor allem Noske. Er wird nicht bestreiten, daß ich ihm bei unseren gemeinsamen Kämpfen unter allen Umständen die Treue gehalten habe. Er wird mir auch zugeben, daß ich in der Betätigung der Kameradschaftlichkeit so weit gegangen bin, daß ich es mich weder Mühe noch Arbeit habe kosten lassen, für ihn einzuspringen, wenn es nötig war, und ich habe niemals ein Wort der Anerkennung dafür gefordert. Ich würde es an sich für unter meiner Würde halten, noch mehr zu sagen, aber ich muß es im Interesse der Sache tun. Bis in die letzte Zeit habe ich trotz Überlastung mit Arbeit jedem einzelnen Parteigenossen meinen Beistand geleistet, unter Außerachtlassung mancher persönlicher Pflichten, und ich habe nie danach gefragt, welcher Richtung der Parteigenosse angehört. Es war mir ganz gleich, ob es ein

Mitglied der Mehrheit oder der Minderheit war, oder ein Mitglied der Spartakusgruppe, das mich vielleicht kurz vorher aufs schärfste angegriffen hatte.“

Im November 1916 brachte die Regierung das „Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst“ ein, welches dem Kriegsamt die Vollmacht geben sollte, alle Männer von 17 bis 60 Jahren unter Aufhebung des Rechtes der Freizügigkeit den Unternehmern zur Ausbeutung ihrer Arbeitskraft auszuliefern, somit die Arbeiterbewegung in ihrem Lebensnerv traf. Die Rechtssozialisten stimmten dem Gesetz zu. Hugo Haase legte in der Reichstagssitzung vom 2. Dezember die Ungeheuerlichkeit dieses Gesetzes dar und begründete den ablehnenden Standpunkt der Arbeitsgemeinschaft. Gleichzeitig erhob er Protest gegen die Deportation belgischer Arbeiter, die von der deutschen Besatzungsbehörde in ihrer Heimat zwangsweise ausgehoben, ihrer Familie entrissen und zur Arbeit nach Deutschland verschleppt worden waren.

Im Dezember machten Deutschland und seine verbündeten Mächte den feindlichen Staaten ein Friedensangebot, welches durch seinen hochmütigen Siegerton, das Fehlen jeder konkreten Vorschläge und die Drohung eines verschärften Krieges im Falle der Ablehnung von vornherein zum Scheitern verurteilt war.

Auch alle anderen irgendwie auftauchenden Friedenshoffnungen erwiesen sich als trügerisch. Die von Wilson am 22. Januar 1917 veröffentlichte Friedensbotschaft wurde von Deutschland mit der Erklärung des verschärften U-Boot-Krieges beantwortet. Die Folge dieses allein von den Anhängern der Arbeitsgemeinschaft energisch bekämpften verhängnisvollen Schrittes war der Eintritt Amerikas in den Krieg. Damit war der Ausgang des Krieges zu Deutschlands Ungunsten entschieden. Die Not des arbeitenden Volkes stieg immer höher, um so mehr, als die Helfferichsche Steuerpolitik unter Schonung der Kriegsgewinnler die Hauptlasten des Krieges durch neue indirekte Steuern auf die besitzlose Bevölkerung abwälzte.

*

In diese trostlose Zeit drang als leuchtendes Flammenzeichen die Nachricht von der Revolution in Rußland, der Abdankung des Zaren und der Übernahme der Regierung durch Kerenski. Das deutsche Bürgertum schöpfte hieraus Hoffnung auf raschere Besiegung der Feinde, die Internationale verstärktes Vertrauen auf wachsende Selbstbesinnung der Völker. Die Reichstagsrede Hugo Haases vom 30. März 1917 spiegelt die gehobene Stimmung der Opposition wider. Aber seine Warnung, daß auch in Deutschland die Massen einmal russisch reden könnten, verhallte ungehört.

„Das Selbstherrschertum ist für immer zerschlagen. Das Gottesgnadentum hat einen Stoß erhalten, von dem es sich nirgends mehr erholen kann. . . . Die rote Fahne, die auf dem Winterpalais des Zaren aufgepflanzt ist, ist das Symbol geworden

für die Umgestaltung der politischen Zustände. Der Reichskanzler sollte jetzt erkennen, daß die Geschichte — um seinen Ausdruck zu gebrauchen — als Plunder in die historische Rumpelkammer etwas ganz anderes wirft als die sozialdemokratische Forderung auf Einführung der Republik. Diese Forderung scheint, wie die geschichtlichen Ereignisse zeigen, gerade jetzt sehr lebenskräftig zu sein. . . . Brot, Freiheit, Frieden ist in der ganzen Welt, auch bei uns, das allgemeine Losungswort geworden. Ohne Frieden keine ausreichende Ernährung, ohne Freiheit kein innerer Friede. Ohne Frieden — das ist sicher — das allgemeine Verbluten und die Vernichtung unserer nationalen Zukunft. Wer eine derartige Politik unterstützt, macht sich mit-schuldig an der entsetzlichen Katastrophe, die uns bevorsteht. . . . Wen die Götter verderben wollen, schlagen sie mit Blindheit!“

Noch deutlicher wurde er in der nächsten Reichstagsrede:

„Erforderlich ist die volle Demokratisierung der Verfassung und Verwaltung des Reichs und der Einzelstaaten, die aus-münden muß in die soziale Republik. . . . Der Obrig-keitsstaat hat keine Existenzberechtigung, die Selbstregierung des Volkes muß an seine Stelle gesetzt werden.“

Und er schloß:

„Meine Herren, in Rußland fand eine Riesenfriedens-demonstration statt, an der eine halbe Million Arbeiter teil-genommen haben. Auf einer hervorragenden Fahne sah man folgendes Bild: Ein russischer Proletarier reicht seine Hand einem deutschen Proletarier, und darunter steht die Unter-schrift: „Genosse, beeile Dich!“ — Ja, beeile Dich! Das ist der Ruf, der von Rußland ausgeht an die Massen in Deutsch-land und Österreich, an die Massen in Frankreich, in England und in Italien, und nur, wenn die Massen sich beeilen, werden wir an das Ziel unserer Sehnsucht gelangen, den Abschluß dieses grausigen Krieges. Die Soldaten an der Front hassen die im feindlichen Lager stehenden Soldaten nicht. . . . Die Regierungen bringen nicht den Frieden, nur die Völker selbst können die Friedensspender sein. Und täuschen Sie sich nicht, in die Tiefe aller Völker dringt immer mehr der brennende Gedanke: wir wollen nicht einander töten, wir wollen uns als Brüder die Hände drücken, wir wollen nicht Mordwerkzeuge schaffen, wir wollen mit der Kraft unserer Hände und Hirne fortan Kulturgüter erzeugen zum Wohle des eigenen Volkes und zur Fortentwicklung der gesamten Menschheit.“

Inzwischen hatten mit der immer entschiedener werdenden Haltung der Opposition sich auch die Drangsalierungen durch die Instanzen-mehrheiten der Partei verstärkt. Die größte Erregung hatte der Gewaltstreik gegen den „Vorwärts“ ausgelöst, in dessen Besitz sich der Parteivorstand im Oktober 1916 gegen den Willen der Berliner

Arbeiter, deren eigenste Schöpfung er war, gesetzt hatte. So sah sich die Opposition veranlaßt, sich zu gemeinsamer Abwehr fester zusammenzuschließen. Im Januar 1917 beriefen Haase, Ledebour und Vogtherr eine Konferenz der Vertrauensleute der Opposition aller Richtungen, also auch der Spartakusgruppe, nach Berlin. Hugo Haase hielt das einleitende Referat und trat für einen Zusammenschluß der Opposition, aber noch im Rahmen der alten Partei ein. Noch wolle er eine Trennung von der Partei, die ihnen ans Herz gewachsen sei, vermeiden. Er hoffe mit Sicherheit, über kurz oder lang die Massen für die Opposition zu gewinnen. Die Arbeiterbewegung könne nur als Massenbewegung existieren, sie dürfe nicht auf den Boden des englischen Tradeunionismus herabsinken, sondern müsse erfüllt sein vom alten sozialdemokratischen Geiste. — Als aber die Parteinstanzen diese Konferenz zum Anlaß nahmen, offen zur Spaltung der Organisationen und zum Ausschluß der mißliebigen Elemente zu schreiten, entschloß auch er sich zu selbständigem Vorgehen. In einer am 11. Februar tagenden Generalversammlung des Verbandes der Wahlvereine Groß-Berlins legte Hugo Haase dar, wie der Parteivorstand Gewalttat auf Gewalttat gehäuft habe, so skandalöser Art, wie sie in der Geschichte der Parteien bisher nicht erhört gewesen seien. Was demgegenüber von oppositioneller Seite an Abwehrmaßnahmen geschah, sei schon dadurch allein vollkommen gerechtfertigt. Jetzt gäbe es keine andere Wahl mehr als den organisatorischen Zusammenschluß aller oppositionellen Elemente gegen Nationalismus und Imperialismus für Sozialismus und Demokratie.

Über die Form dieses Zusammenschlusses entschied die für die Ostertage nach dem Volkshause in Gotha einberufene, von Hugo Haase eröffnete Konferenz der Opposition. Hier schlossen sich sämtliche Richtungen der Minderheit in einer neuen Partei zusammen, die sich nach Haases Vorschlag „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ nannte. Unabhängig gegenüber der Regierungspolitik, unabhängig gegenüber den Bestrebungen der bürgerlichen Parteien, unabhängig gegenüber den Mehrheitssozialisten sollte die neugeschaffene Organisation zielbewußt eine selbständige sozialdemokratische Politik treiben und die Massen des deutschen Proletariats im Geiste der Internationale zur Beschleunigung des Friedens sammeln. In ihr sollte die alte Sozialdemokratie neu erstehen. „Es gilt — heißt es in einem Aufruf —, die Volksmassen zurückzuführen auf den Weg, den uns Marx, Engels und Lassalle gewiesen, auf dem uns August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Paul Singer jahrzehntelang ruhm- und siegreich geführt haben. Ihr Werk mit Hingebung und Tatkraft nicht nur fortzuführen, sondern auch fortzubilden zur Verwirklichung der Demokratie und des Sozialismus, zur endgültigen Befreiung der Menschheit von Kriegsschrecken und Kriegsgreuel — das ist unsere Aufgabe.“

Das Hauptreferat über die politische Situation hielt Hugo Haase, über die organisatorischen und programmatischen Fragen sprachen

Dittmann und Ledebour. Die Vertreter der Spartakusgruppe, insbesondere Heckert, traten mit Ungestüm für sofortige Massenaktionen ein. Demgegenüber warnte Haase vor leeren Formeln und mahnte zur Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse. Ohne Massen könne man keine Massenaktionen machen. Bei aller Anerkennung des prächtigen revolutionären Feuers einiger Spartakusanhänger hielt er ihnen die Verantwortlichkeit des ernstesten politischen Führers entgegen, der nicht auf sinnlose Putsche, sondern auf wohl vorbereitete Aktionen hinarbeiten müsse. Diese gegensätzlichen Auffassungen innerhalb der Opposition waren schon wiederholt zum Ausdruck gekommen. Bereits bei der Besprechung der Situation im zweiten Kriegsjahre schreibt daher Prager in seiner „Geschichte der USPD.“ mit Recht: „Wohl hatte auch Karl Liebknechts Auftreten im Reichstag tiefgehende Wirkungen in der Öffentlichkeit ausgeübt; aber indem er sich mit Bewußtsein abseits der Partei stellte, verlor er die Fühlung mit den Massen, erschienen seine Aktionen als verfrüht und überstürzt, trug seine Haltung mehr putschistischen als klassenorganisatorischen Charakter. . . . Wir sehen also schon bei dieser Gelegenheit die Tendenzen, die später zur Trennung zwischen Unabhängiger Sozialdemokratie und Kommunistischer Partei geführt haben. Haase, der wissenschaftlich geschulte Sozialist und erfahrene Politiker, wußte, daß eine Aktion nur dann mit Aussicht auf Erfolg unternommen werden konnte, wenn die Massen der Arbeiter hinter ihr standen; Liebknecht dagegen schleuderte erst die Parolen hinaus und glaubte damit das Proletariat für seine Aktionen gewinnen zu können. Diese verschiedenartige Auffassung vom Wesen des proletarischen Kampfes ließ später die Unabhängige Sozialdemokratie zur größten revolutionären Partei der Welt werden, wogegen die Kommunistische Partei zur Sekte erstarrte. . . .“

Auf dem Gothaer Gründungsparteitag der USPD. erwiesen sich schließlich die Gegensätze zwischen den Strömungen innerhalb der Opposition als zwar scharf, aber nicht unüberbrückbar. Am Schluß siegte die Haltung derer, die revolutionären Willen mit praktischem politischen Denken vereinigten, und auch die Spartakusleute stimmten einem gemeinsamen Manifest zu, das die Aufgaben der neuen Partei in dem Sinne festlegte, in dem Hugo Haase und seine Freunde bisher den Kampf gegen den Krieg geführt hatten, und das mit den Worten schloß:

„Der nationalen Solidarität der Klassen setzen wir entgegen die internationale Solidarität des Proletariats, den internationalen Kampf der Arbeiterklasse. Im Sinne dieser Grundsätze haben wir den Kampf weiterzuführen. Ohne Ruhe, ohne Rast müssen wir der Verschärfung der Verfolgungen die Verdoppelung unserer Anstrengungen entgegensetzen, bis unser Ziel erreicht ist.

Brot und Wissen für alle!

Frieden und Freiheit allen Völkern!“

Hugo Haase, nunmehr von den Fesseln der alten Partei befreit, konnte seine Hauptarbeit der Werbetätigkeit für die neue Partei und ihrem organisatorischen Ausbau widmen. Gleichzeitig wurden auch verstärkte Versuche unternommen, mit den Bruderparteien in den anderen Ländern zwecks gemeinsamer Aktionen in Fühlung zu kommen, nachdem die ersten Ansätze hierzu auf den internationalen Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal gemacht worden waren. Eine für Sommer 1917 in Stockholm geplante Friedenskonferenz aller sozialistischen Parteien scheiterte, da die Entente-Regierungen den Delegierten ihrer Länder die Pässe verweigerten. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei faßte noch einmal ihren Standpunkt zur Friedensfrage in einem Manifest zusammen, das nirgends veröffentlicht werden konnte, nur einmal von Hugo Haase im Rahmen einer Reichstagsrede verlesen wurde. Trotz des Scheiterns der Konferenz fuhr er Ende Juni 1917 nach Stockholm, um sich über die internationale Lage persönlich zu informieren und namentlich mit russischen Genossen zusammenzukommen. Ein zweites Mal fuhr er im September hin zu einer Konferenz der internationalen revolutionären Sozialisten. Die schwierige Lage der russischen Revolution drängte zu erhöhter Aktivität der Arbeiter in allen Ländern. Doch galt es auch hier, den rechten Zeitpunkt zum Handeln zu finden. Besonders schwierig war, daß die Vertreter aus den Ententeländern fehlten, ihrer Zustimmung zu gemeinsamer Aktion man aber jedenfalls gewiß sein mußte. Gerade wer wie Hugo Haase die politische Weltsituation übersah, mußte gegenüber übereilten Schritten zur Vorsicht mahnen. Angelica Balabanoff schreibt in ihrem Buch „Erinnerungen und Erlebnisse“ über Haases Stellungnahme: „Er war einer der sehr wenigen oder vielmehr der einzige, der gegen den Aufruf zum Massenstreik Einwände erhob. In ihm sprach die Befürchtung, etwas zu versprechen, was man vielleicht nicht werden halten können, in ihm sprach das Verantwortungsgefühl, das diesen edlen, tapferen Menschen und treuen Kämpfer nie verließ. . . . Nach der Abstimmung erklärte er mit demselben Pflichtbewußtsein, mit dem er seine Bedenken geäußert hatte, er würde sich den Beschlüssen fügen.“

*

In Deutschland war inzwischen der Reichskanzler Bethmann-Hollweg zurückgetreten. Der Reichskanzler Michaelis versuchte seine politische Unfähigkeit durch forsches Vorgehen gegen die Unabhängigen zu verdecken. In aller Erinnerung ist noch die aufregende Reichstags-sitzung vom 9. Oktober 1917. In dieser machte der Reichskanzler den für die Regierung kläglich endenden Versuch, die Unabhängige Sozialdemokratie mit einem Schlage tödlich zu treffen. Er brachte nämlich die aufsehererregende „Enthüllung“, die drei unabhängigen Abgeordneten Dittmann, Haase, Vogtherr hätten unter den Mannschaften der Kriegsflotte eine hochverräterische Verschwörung angezettelt. In Zukunft werde er die Unabhängigen außerhalb der Gesetze stellen. Der

Staatssekretär der Marine v. Capelle berichtete im einzelnen über Meutereiversuche in der Flotte und erhob unter großer Erregung und Pfuirufen der rechten Seite des Hauses gegen die drei unabhängigen Abgeordneten Anklage wegen Begünstigung der Meuterer. Die Redner des Zentrums und der Nationalliberalen verlangten strenge gerichtliche Untersuchung, die deutschnationalen Abgeordneten forderten die Angeklagten höhnisch auf, selbst Aufhebung ihrer Immunität und Einleitung einer strafrechtlichen Verfolgung zu beantragen, „um nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, als wenn im Deutschen Reichstage Hochverräter wären, die mithelfen, die deutsche Flotte dem Feinde auszuliefern“. Hugo Haase antwortete sofort. Seine Rede wurde selbst eine wuchtige Anklage gegen die Minister und ihr System. Der Zweck der Aktion sei allzu durchsichtig. Man schwenke das rote Tuch, um das Volk von dem Fiasko der eigenen Politik abzulenken. Er habe keinen Anlaß, über seine politische Tätigkeit Dunkel zu lassen. Wie viele Matrosen und Soldaten, so habe ihn auch der Matrose Reichpietsch im Reichstage aufgesucht, um ihm Klagen über Mißstände vorzutragen. Er habe von der erbitterten Stimmung in der Marine berichtet und von dem Interesse, mit dem man die Bestrebungen der Unabhängigen verfolge. Daraufhin hätten er und seine Freunde den Matrosen beraten, ihn mit legalen Druckschriften versehen und zur Vorsicht in der Agitation ermahnt. Er sei es dem Andenken dieses Matrosen schuldig, hier zu erklären, daß er den Eindruck eines frischen, mutigen Menschen mit hohen Gedanken machte. Obwohl er sonst weiter keine Beziehungen zu ihm gehabt habe, sei er auf das tiefste erschüttert gewesen, als er hörte, daß er wegen Verfolgung seiner politischen Ideale den Tod erlitten habe. Als schweres Unrecht empfinde er es, daß die Matrosen zum Tode verurteilt und erschossen worden seien, ohne daß man es für nötig befunden habe, Dittmann, Vogtherr und ihn als Zeugen zu vernehmen und ihnen die Möglichkeit zu geben, durch einfache Feststellung der Tatsachen die Angeklagten zu entlasten und vielleicht zu retten. „Der Herr Reichskanzler hat sich bemüht, Linien zwischen sich und unserer Partei zu ziehen. Ich hätte gewünscht, daß die Behörden die Linie der Menschlichkeit in diesem Falle eingehalten hätten.“ Er und seine Freunde dächten nicht daran, sich ihrer Immunität zu begeben. Die Immunität sei kein persönliches Recht des Abgeordneten, sondern ein Recht des Reichstages. Es wäre eine Pflichtvergessenheit gegen ihre Wähler und ihr Amt, wenn sie auf ihre Immunität verzichten würden. Eine gerichtliche Untersuchung sei überflüssig. Der Tatbestand sei sonnenklar. Er schloß mit den Worten:

„Die Erklärung des Herrn Reichskanzlers, uns außerhalb des Gesetzes zu stellen, hat mich wirklich nicht überrascht. Vom ersten Kriegstage ab habe ich das erwartet, und viele in diesem Hause wissen: ich habe unmittelbar vor der entscheidenden Sitzung des 4. August darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Zeitpunkt kommen wird. Die Erklärung des Herrn

Reichskanzlers beweist nur, daß das Wasser ihm und allen Anhängern seiner Politik bis an die Kehle dringt. Und in dieser Situation, wo Sie nicht wissen, wie Sie herauskommen sollen aus all dem Elend, da schlagen Sie los gegen diejenigen, welche Ihre Kriegspolitik von jeher bekämpft haben, und die das Unheil vorausgesagt haben, das nunmehr gekommen ist. Die Töne des Herrn Reichskanzlers, die wir heute vernommen haben, klingen uns nicht neu, wir haben sie noch in der Erinnerung. Wir haben sie vernommen zur Zeit des Sozialistengesetzes. Freilich nicht so frisch und munter wie bei dem seligen Herrn v. Puttkammer flossen die Worte von den Lippen des Herrn Reichskanzlers; es war aber Geist vom Geiste des Herrn v. Puttkammer. Indessen, wie Herr v. Puttkammer und wie noch ein Größerer, Herr v. Bismarck, Schiffbruch erlitten hat mit dieser Politik, so wird es nicht lange dauern, Herr Reichskanzler Dr. Michaelis, und Sie werden sehen, daß Ihre Politik in Trümmern liegt, daß dagegen diejenigen Gedanken, die wir verfochten haben und jetzt verfechten, immer mehr Anhänger werben und finden werden in unserem Lande wie in allen Ländern, in denen Kulturmenschen leben.“

Im November 1917 wurde in Rußland die Regierung Kerenski von den Bolschewiki gestürzt. Die völlige Auflösung der russischen Front machte der deutschen Regierung das Spiel leicht. Sie schloß — nach ergebnislos verlaufenen Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk, bei denen sie unter heuchlerischer Anerkennung eines „Verständigungsfriedens“ ein maßloses Eroberungsprogramm aufstellte — mit der Ukraine einen Sonderfrieden und verlangte von der bolschewistischen Regierung bedingungslose Unterwerfung unter härteste Friedensbedingungen. Die Annexionsforderungen erstreckten sich auf Polen, Litauen, Lettland, Estland. Als die Sowjetregierung sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker berief und sich weigerte, derartige Friedensbedingungen zu unterzeichnen, kündigte die deutsche Regierung den Waffenstillstand, stellte ein Ultimatum und ließ ihre Heere gegen das wehrlose Volk weitermarschieren. Gegen diese ebenso brutale wie kurz-sichtige Politik protestierte Hugo Haase in seiner Reichstagsrede vom 27. Februar 1918:

Das deutsche Ultimatum an die russische Regierung — so begann er — würde der Geschichte als Dokument einer exorbitanten Gewalt- und Annexionspolitik überliefert werden. Rußland müßte jetzt durch das kaudinische Joch gehen. Der Vertrag mit der Ukraine sei kein Instrument des Friedens, sondern des Zwistes, nicht der Völkerversöhnung, sondern der Völkerverhetzung. Das Überrennen einer wehrlosen Bevölkerung sei wahrlich keine Heldentat. Die neue Teilung Polens bedeute ein Verbrechen am polnischen Volke und eine Zukunftsgefahr für Europa. Die Art, wie wir im Osten den Krieg beendigten, werde unserem eigenen Volke einmal zum Unheil ge-

reichen. Wer jetzt noch behauptete, daß die deutsche Regierung einen Verteidigungskampf führe und einen Verständigungsfrieden anstrebe, könne nicht mehr als gutgläubig angesehen werden. Die Militärs herrschten unumschränkt. Der Reichskanzler sei nur das Aushängeschild für die allmächtige Militärpartei; er stehe zwar an der Spitze der Staatsgeschäfte, aber Ludendorff regiere das Reich. . . .

Wie auch in der inneren Politik das Prinzip der Gewalt herrschte, zeigte der große Januarstreik, der in vielen Städten Deutschlands ausbrach und namentlich in Berlin großen Umfang annahm. Er wurde von der Regierung blutig unterdrückt. Die „Hetzer“ wurden zum Militär eingezogen oder vor Gericht geschleppt. Dittmann wurde nach einer Ansprache im Treptower Park verhaftet und vor ein Kriegsgericht gestellt. Der Staatsanwalt beantragte 6 Jahre Zuchthaus, das Gericht erkannte auf 5 Jahre Festungshaft. Die Unabhängige Sozialdemokratie machte kein Hehl daraus, daß sie sich mit den streikenden Arbeitern voll identifiziere, um so mehr, als die Forderungen der Streikenden über wirtschaftliche Fragen hinaus eindeutig politisch waren. Gegenüber dem Toben der Regierungsparteien, die die streikenden Arbeiter als Landesverräter und Hundsflotte bezeichneten, die mit ausländischem Gelde aufgehetzt und bestochen seien, erklärte Hugo Haase, daß seine Partei mit den streikenden Arbeitern in engster Fühlung gestanden habe und die Gedanken und Gefühle, die sie zum Streik getrieben hätten, durchaus teile. Nicht nur die Verzweiflung über die materielle Notlage, nicht nur Erbitterung über das Wohleben der Kriegsgewinnler, die sich durch Schleichhandel alles beschafften, während die breiten Massen des Proletariats hungern mußten, habe die Arbeiter zum Streik getrieben, sondern ebenso bedeutsam sei der politische Hintergrund: die Empörung über die Handhabung des Belagerungszustandes, die Ablehnung der preußischen Wahlrechtsreform und die kriegsverlängernde Annexionspolitik der Regierung.

„Die Künste der Regie, die im August 1914 verwirrend und täuschend wirkten, verfangen nicht mehr. Tausenden, die noch vor kurzem glaubten, daß es der Regierung nur darauf ankomme, das Land vor Zerstückelung zu schützen, daß der Krieg ein reiner Verteidigungskrieg sei, sind durch die Verhandlungen in Brest-Litowsk und das Ultimatum an die russische Regierung die Augen geöffnet worden. Die Arbeiter lehnen sich gegen den Gedanken auf, daß sie Waffen schmieden sollen zur Unterdrückung der russischen Brüder, die die Waffen niedergelegt haben und keinen Krieg mehr gegen Deutschland führen. Sie lehnen sich gegen den Gedanken auf, daß sie in den Bürgerkrieg eines anderen Landes eingreifen sollen zugunsten einer Partei gegen die andere. Sie erfüllen damit eine heilige Pflicht gegen sich selbst, ihre Volksgenossen und die Menschheit.“

Rußland mußte sich schließlich zur Unterzeichnung des ihm vorgelegten „Friedensvertrages“ verstehen. Noch einmal gab Hugo Haase bei der zweiten Lesung des Vertrages dem Gefühl der Schmach Ausdruck, das er und seine Freunde über die rücksichtslose Aufzwingung eines solchen Schwertfriedens empfänden. Niemals sei in den unterdrückten Völkern die Abneigung gegen Deutschland so in die Halme geschossen wie jetzt. Nach den Erfahrungen von Brest-Litowsk werde nirgends in der Welt mehr an das Wort Deutschlands geglaubt. Wenn nach Kriegausbruch bei uns allgemeine Verwunderung darüber geherrscht habe, wie wenig Freunde Deutschland in der Welt habe, so werde die Wirkung unserer Ostpolitik nur eine Steigerung des Hasses und der Furcht bringen und zur Verlängerung des Krieges beitragen. Dieser Friede werde nicht zum Segen für uns ausschlagen. „Was Sie heute tun, ist nichts anderes, als daß Sie Wind säen; und wer Wind sät, wird Sturm ernten.“

Die Unabhängige Fraktion lehnte den Vertrag von Brest-Litowsk ab. Die Mehrheitssozialisten enthielten sich der Stimme.

*

Am 21. März 1918 begann die letzte große deutsche Offensive im Westen. Noch einmal hatten die Waffen das Wort, und Scheidemann bat im Reichstag Haase, ihnen doch in diesem „großen“ Moment nicht die Kreise zu stören. Ein Höchsteinsatz an Kräften sollte den entscheidenden Schlag und den endgültigen Sieg bringen. Aus dem Osten waren alle irgend entbehrlichen Truppen herübergeworfen, die Achtzehnjährigen waren eingezogen, die Ersatztruppenteile geleert, die Ausbildungskurse aller Art abgebrochen, die Artillerie in nie gesehener Stärke zusammengezogen, und von der Anwendung des furchtbaren Gelbkreuzgases versprach man sich Wunderdinge. Noch einmal flackerte im deutschen Heere der siegeszuversichtliche Angriffsgeist von 1914 auf. Der Augenblickserfolg war groß. Die sensationelle Beschießung von Paris schien die kühnsten militärischen Hoffnungen zu rechtfertigen. Jetzt mußte, so schien es, auch Frankreich zu Kreuze kriechen. Als aber die feindliche Front elastisch zurückbog, mußte jedem Einsichtigen klar werden, daß die letzte Karte, auf die alles gesetzt war, verspielt hatte. Die große Endoffensive war gescheitert, die Niederlage Deutschlands in diesem Augenblicke — Mitte Mai — besiegelt. Die Regierung aber wollte nicht die Konsequenzen ziehen; man tröstete sich mit der Phrase von der Schwäche des Gegners und ließ sich in neue Hoffnungen wiegen. Und als in der Reichstagssitzung vom 24. Juni 1918 der Staatssekretär des Äußeren, Herr v. Kühlmann, zu sagen wagte, daß ein Ende des Krieges durch rein militärische Entscheidung ohne diplomatische Verhandlungen kaum mehr erwartet werden könne, wurde er vom Grafen Westarp aufs heftigste angegriffen und vom Reichskanzler so deutlich abgeschüttelt, daß er seinen Worten flugs eine harmlose Deutung zu geben und sie durch die Versicherung abzuschwächen

suchte, er hoffe durchaus auf den Sieg der deutschen Waffen, nur habe er gemeint, es müßten sich diplomatische Verhandlungen anschließen. Aber selbst dieser Rückzug konnte ihn nicht retten, er mußte demissionieren. Das Volk sollte immer noch glauben, daß der Friede nur ein deutscher Siegfriede sein könne. Die Alldeutschen gaben die Weltherrschaftspläne noch immer nicht auf, und Wilhelm II. erklärte in einer Rede, die preußisch-deutsch-germanische Weltanschauung müsse über die angelsächsische einen endgültigen Sieg erringen, und sollte es noch Jahre dauern. Demgegenüber führte Hugo Haase aus, es sei wirklich kaum zu begreifen, wie jemand glauben könne, daß es sich in diesem Kriege um einen Kampf zwischen Weltanschauungen handle, und daß insbesondere bei den Vertretern der einen Weltanschauung die Geldgier eine größere Rolle spiele als bei den anderen.

„Es hat sich in diesem Kriege gezeigt, daß der Tanz um das goldene Kalb ebenso wild bei uns wie in England und Amerika getanzt wird. Kein einziges Volk hat in dieser Beziehung dem anderen etwas vorzuwerfen. Zur richtigen Auffassung gelangt man erst, wenn man hinter diesen Anschauungen die imperialistischen, nach Weltherrschaft strebenden Mächte sieht. Die wollen allerdings den Kampf auf Leben und Tod durchführen, möge es kosten, was es wolle, möge dabei die ganze Zivilisation zugrunde gehen, mag unser eigenes Volk am letzten Ende auch nur noch einen Trümmerhaufen bilden.“

Die Gegenoffensive der Entente im Juli zeigte, daß sich die Kräfteverhältnisse ein für allemal verschoben hatten. Stück um Stück des blutig erkaufenen Geländes ging verloren. Amerika warf seine jungen aktiven Armeen an die Front — trotz des übermütigen Höhnens des Herrn Hergt bei der U-Boot-Debatte im Jahre 1917, daß die Amerikaner ja nicht schwimmen und nicht fliegen könnten, trotz der Äußerung des Herrn v. Capelle, daß er die Stärkung der Gegner durch den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg für Null erachte, ja, sich eine bessere Jagdbeute für unsere U-Boote gar nicht vorstellen könne.

Dem Soldaten draußen wurde die Überlegenheit des Feindes täglich fühlbarer. Immer häufiger stand er bestausgerüsteten englischen und amerikanischen Soldaten gegenüber, immer bedrohlicher wurde der Masseneinsatz an Tanks, immer größer die Verwegenheit der feindlichen Flieger, die aus niedrigster Höhe mit ihren Maschinengewehren die abgekämpften Kolonnen niedermähten. Nur der geringste Teil der deutschen Truppen war noch frontverwendungsfähig. Von Jahr zu Jahr war der Maßstab an die körperliche Tauglichkeit herabgesetzt worden. Verpflegung und Ausrüstung wurden immer kärglicher und schlechter. Die technischen Mittel bestanden nur noch aus „Ersatz“. An allem wurde gespart, meist an der unrichten Stelle, am wenigsten mit dem Menschen, „material“. In

Wahrheit, der deutsche Soldat war der Proletarier unter den Soldaten des Weltkrieges geworden. Dazu kam, daß die ausgedehnte Fernbeschießung durch den Feind allmählich auch die einst so angenehmen Divisionsstandorte unsicher und das Leben auch für die Kommandeure und Etappenoffiziere ungemütlich machte. Die Kopfllosigkeit bei den höheren Stäben trat immer deutlicher zutage und steigerte das Chaos. Die deutsche Organisation versagte im Augenblick ihrer höchsten Belastungsprobe. Befehle und Gegenbefehle überstürzten sich. Divisionen wurden, kaum eingesetzt, wieder herausgezogen, andere, kaum abgelöst, wieder hineingeworfen. Tägliche Gewaltmärsche waren die Folge und zermürbten die Truppe. Die Offiziere schüttelten den Kopf, die Mannschaften fluchten. Fast panikartig wuchs die Kampfmüdigkeit und Hoffnungslosigkeit. Das Vertrauen zur Obersten Heeresleitung und zu Hindenburg war geschwunden. Der allgemeine Glaube an den Sieg verwandelte sich in die allgemeine Überzeugung von der Niederlage.

Kein Wunder, daß gerade in Deutschland militärische Kritik zugleich politische Kritik bedeutet. Eine Regierung, welche dem Volke stets die Notwendigkeit eines Waffenfriedens einhämmert, verträgt keine Niederlage. Der bei den Soldaten in vier Jahren unwürdiger Behandlung und gehässiger Chikanen aufgespeicherte Groll stand vor dem Ausbruch. Die Klagen über Anmaßungen der Vorgesetzten, über die krassen Unterschiede der Offiziers- und Mannschaftsküche, über die Etappenmißstände, über Bevormundung durch Briefzensur, Post- und Urlaubssperre, über Ungerechtigkeiten bei Beförderungen und Auszeichnungen wurden lauter und ungenierter. Der deutsche Soldat sah, daß er jahrelang betrogen war, und auch der enttäuschte Untertan und Bürger regte sich in ihm. Er entsann sich der eitlen Siegesversprechungen des Frühjahrs, des Versagens des reklamehaft gepriesenen U-Boot-Krieges, der enttäuschten Illusionen über eine Landung in England, über angebliche Revolutionen in Ägypten und Indien. Die Henkersarbeit der deutschen Regierung an der russischen Revolution machte alle noch proletarisch Fühlenden nachdenklich. Eine bittere Erkenntnis bemächtigte sich aller: Der Krieg ist verloren, und das verdanken wir der verbrecherischen Politik einer unfähigen Regierung. Ein rasches Ende tut not. Die Heeresleitung antwortete mit verschärften Erlassen über bessere Disziplin und straffere Ehrenbezeugungen. Das Allheilmittel preußischer Erziehungskunst: Exerzieren verschlug jedoch in dieser Situation nicht mehr. Tausende Urlauber kehrten nicht mehr zur Truppe zurück, sondern ließen sich wochenlang hinter der Front von einer Auskunftsstelle zur anderen schicken. Arrestlokale und Strafkompagnien waren überfüllt. Von den aus dem Osten kommenden Soldaten, die mit den Ideen der russischen Revolution in Berührung gekommen waren, weigerten sich ganze Transporte, sich im Westen verwenden zu lassen. Vergebens führte man sie in Quarantänelager, um ihnen mit preußischem Drill die radikalen Ideen auszutreiben.

In der Heimat steigerten die Hiobsnachrichten von der Front die Nervosität. Versuchten auch die Heeresberichte, das Debakel an der Westfront zu verdecken, die Niederlagen als strategische Rückzüge hinzustellen, so blieben doch die Siege der Entente in Mazedonien und Palästina ein schlimmes Menetekel, und auch die Wahrheit über die Lage an der österreichisch-italienischen Front sickerte durch. Die Hoffnung auf friedliche Entwicklung der Dinge im Osten erwies sich als trügerisch. Die unselige Polenpolitik zeitigte gefährliche Früchte, die Abenteuerpolitik in Lettland, Litauen und Finnland, wo man hohenzollernsche Prinzen auf neue Throne setzen wollte, erregte selbst bei manchen Bürgerlichen Bedenken. Aus der Ukraine kamen Alarmnachrichten statt Brot. Mitteleuropa erwies sich als Hirngespinnst. Die Auflösung Österreich-Ungarns war kein Geheimnis mehr. Die Bundesgenossen an der Donau, am Bosphorus und in Bulgarien verließen wie die Ratten das sinkende Schiff.

Am 2. Oktober erklärten Hindenburg und Ludendorff ihren Bankerott, indem sie die Regierung aufforderten, die Entente ohne jeden Verzug um einen Waffenstillstand zu bitten. Der Kaiser suchte das alte Regime noch dadurch zu stützen, daß er der Regierung einen neuen Anstrich gab und den liberalen Prinzen Max v. Baden und Scheidemann zu seinen Ministern ernannte. Obwohl die Militärs die Unmöglichkeit, den Krieg mit Erfolg fortzusetzen, eingestanden hatten, spielten Regierung und Presse, einschließlich der rechtssozialistischen, mit dem Gedanken einer letzten blutigen Verzweiflungsaktion, mit dem Plane eines Aufrufes des gesamten Volkes zur „nationalen Verteidigung“. Sie erkannten nicht die Wetterzeichen der nahen Revolution. Sie glaubten, den Sturm im Volke noch beschwören, die bürgerliche Ordnung noch retten zu können, indem sie dem Parlamentarismus gewisse Zugeständnisse machten, einigen Gefangenen, wie Dittmann und Liebknecht, die Freiheit wiedergaben. Noch immer klammerten sich die verantwortlichen Stellen an illusionäre Hoffnungen.

In dieser Situation hielt es Hugo Haase für seine Pflicht, in seiner Reichtagsrede vom 23. Oktober 1918 die wahre Lage aufzuzeigen und dem Volke den Weg zu künden, den es jetzt entschlossen gehen müsse:

„Die Weltrevolution, die dieser Krieg eingeleitet hat, hat eine stürmische Entwicklung genommen. Alte Reiche stürzen zusammen. Das mit Blut und Eisen zusammengefügte österreichisch-ungarische Kaiserreich hat sich bereits aufgelöst. Die Türkei existiert in ihrem alten Bestande nicht mehr. Ein Araberreich ist entstanden. Ägypten ist fest an England angelgliedert. Englands Einfluß durchdringt Mesopotamien und Palästina. Frankreich hat seine Stellung in Syrien befestigt. Bulgarien ist aus dem Bündnis mit uns ausgeschieden und schließt einen Sonderfrieden mit der Entente. Österreich und

Ungarn sind genötigt, infolge ihrer inneren Zustände, diesem Beispiele zu folgen. Der deutsche Imperialismus hat also das blutige Spiel in vollem Umfange verloren. . . Wir empfinden über einen Frieden, der zwar den deutschen Kapitalismus in seiner Ausbreitung hemmt, der aber den Kapitalismus der Entente stärkt, ihm andere Länder zur Ausbeutung ausliefert, keine Befriedigung. Wir sind und bleiben Gegner eines jeden Kapitalismus. Wir verwerfen überall die Ausbeutung der Menschen durch Menschen. . . .

Die Kronen rollen auf das Pflaster, die Krone des Bulgarenkönigs Ferdinand, die Krone des Zaren Nikolaus, die Krone des österreichisch-ungarischen Kaisers. Die Kronen, die man schon zu haschen glaubte, sind wie ein Phantom schnell davongeeilt, die Krone von Finnland, von Kurland, von Litauen. Rings um uns werden Republiken sich auftun, und da soll Deutschland allein, umgeben von Republiken, noch einen Kronenträger haben oder Träger vieler Kronen und Krönlein?!“ (Stürmische Unruhe und Pfui-Rufe rechts). *

Pflicht der Regierung sei es, in klarer Konsequenz der Tatsachen den sofortigen Frieden herbeizuführen. Wo Hindenburg und Ludendorff selbst ein Waffenstillstandsangebot gefordert hätten, sei das Spiel mit dem Aufruf zur nationalen Verteidigung sinnlos und unverantwortlich. Der Hinweis auf die Massenerhebung des revolutionären Frankreichs unter Gambetta 1870 ginge fehl, da damals nur erst ein ganz kleiner Teil der wehrfähigen Bevölkerung unter Waffen stand, während heute keine wehrfähigen Männer mehr übrig seien, man schon die Kinder an die Front geschickt habe. Eine unsühnbare Blutschuld würden alle diejenigen auf sich laden, die jetzt noch zur Fortsetzung des Krieges aufforderten. Und niemand könne glauben, daß man einige Monate später einen besseren Frieden erlangen könne.

Auf die unzulänglichen Verfassungsentwürfe zu sprechen kommend, führte er aus:

„Wir wollen, daß die ganze Verfassung von Grund aus geändert wird. Ein Wirbelsturm geht durch die Welt, und in dieser Zeit, in der alles von unten nach oben sich kehrt, wo die tiefgreifendsten Umwälzungen vor sich gehen, da wollen wir keinen Kaiser, keinen Bundesrat, keinen Reichstag mit den geringen Befugnissen haben, die in der gegenwärtigen Verfassung enthalten sind. Es muß zur Republik kommen; aber eine Republik, die eine kapitalistische ist, ist keineswegs unser Ideal.

. . . Das deutsche Volk wird nicht untergehen — wird nicht untergehen, wie auch dieser Friede aussieht. Aber freilich, die Errettung kann dem deutschen Volke aus seiner Not, aus seinem Elend, aus dem unerhörten Druck nicht kommen in der gegenwärtig bestehenden Gesellschaftsordnung. . . .

Wie der Militarismus zusammengebrochen ist, so wird auch dem Kapitalismus bald seine Sterbestunde läuten. Die Götzendämmerung für das alte System ist hereingebrochen. Schon zeigt sich die Morgenröte einer neuen Zeit. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wird aufhören; nur Freie und Gleiche wird es dann geben. Von der Kühnheit und Entschlossenheit der Arbeiter, namentlich der deutschen Arbeiter, aber freilich auch der Arbeiter der anderen Länder wird es abhängen, ob diese, die Menschheit befreiende Umwälzung bald erfolgt, oder ob wir noch schwere Zeiten bis dahin durchzumachen haben. Wir haben Vertrauen zu den Arbeitern. Wir sind überzeugt, daß aus all dem Elend am letzten Ende doch hervorgehen wird die volle Befreiung der Menschheit.“

Diese Rede war die letzte, die Haase im alten Reichstag hielt. Seine Reichtagsreden im Kriege, später in einem Buche zusammengestellt, füllen einen stattlichen Band. Die Zeitungen hatten sie stets mit einigen verzerrenden Zeilen abgetan. Das Volk sollte die Wahrheit nicht hören. Trotzdem sickerte manches von dem durch, was er gesagt. War er doch der Sprecher aller Unterdrückten und Gequälten der ganzen Welt. Mit tiefer Erschütterung liest man noch heute seinen glühenden Protest gegen die Armeniermassakers in der Türkei, wo 800 000 Armenier, Männer, Frauen und Kinder, wegen ihres Christenglaubens von den Türken ausgerottet wurden, oder seine Brandmarkung des bürgerlichen Schreckensregiments in Finnland, wo mit Hilfe der deutschen Besatzungstruppen zehntausende Arbeiter und Bauern mit Maschinengewehren niedergemäht wurden, nachdem sie sich ihr Grab hatten selbst graben müssen. Mit leidenschaftlicher Empörung hatte er die Leiden der belgischen Zivilbevölkerung vor die Öffentlichkeit gebracht, die unselige Politik gegenüber den Vlämen an den Pranger gestellt, hatte die Not der litauischen und ukrainischen Bauern geschildert, denen die Besatzungstruppen das letzte Vieh aus den Ställen holten, und war für die Opfer der Militärdiktatur in Livland und Estland eingetreten, wo die Gewalthaber die politischen Gefangenen nach mittelalterlichen Folterungen zum Schafott führten.

„Seine zahlreichen und glänzenden Reichtagsreden gegen den vierjährigen Massenmord — schreibt Wilhelm Dittmann — sind von unvergänglichem Werte. So manche dieser Reden hat in der Lügenatmosphäre gewirkt als eine Enthüllung, als eine Offenbarung, als eine Tat. Diese Reden Haases, in denen er schonungslos abrechnete mit den alldutschen Annexionspolitikern und Chauvinisten, diese Reden Haases haben in der sozialistischen Internationale das verlorengegangene Vertrauen für das deutsche Proletariat zurückerobert. Haases Name wurde bei den grundsatztreuen ausländischen Sozialisten zum Programm. Und wie nach außen, so haben Haases Reden auch nach innen gewirkt. Sie haben in Deutschland die Massen aufgeklärt

und aufgerüttelt, haben ihnen den Mut und die Kraft gestählt, trotz aller Hindernisse und Brutalitäten der Militärdiktatur den Sturz des alten Regimes zu betreiben. Haase war einer der größten geistigen Wegbereiter und Vorkämpfer der deutschen Novemberrevolution.“

Noch war die Gefahr einer erneuten Verzögerung der Friedensverhandlungen und eines wahnwitzigen Versuches zur Massenerhebung nicht gebannt. Hindenburg und Ludendorff besannen sich auf einmal eines „Besseren“ und erklärten, daß Heer und Flotte lieber bis zum letzten kämpfen würden, als den Waffenstillstand Wilsons anzunehmen. Klar zeichnete Oskar Cohn in einer Rede vom 25. Oktober die politische Situation: Krieg mit den Hohenzollern oder Frieden ohne die Hohenzollern!

Am 26. Oktober dankte Ludendorff ab. Plötzlich fehlte unter den Heeresberichten der Name des Generalquartiermeisters. Die Ungeduld im Volk und Heere wuchs. Sie wurde gesteigert durch die Befürchtung, daß der eingeleitete Notenwechsel zu keinem Ergebnis führen würde. Ja, selbst die Ehrlichkeit des deutschen Friedensangebotes wurde bezweifelt. Man war zu oft hintergangen worden. Und trotz der Reformminister wehte zu deutlich der alte Geist.

Als besonders verhängnisvoll erwies sich die Parole der nationalen Verteidigung. Dieser famose Plan sollte geradezu den Anstoß zum Ausbruch der Revolution geben. Die Kieler Matrosen hatten erfahren, daß die Absicht bestand, die Flotte noch einmal auslaufen zu lassen, um dem Feinde eine Verzweigungsschlacht zu liefern, um, wenn es sein müsse, in Ehren unterzugehen. Am 28. Oktober sollte die Flotte, angeblich zu einem Manöver, in See gehen. Die Heizer rissen jedoch die Feuer heraus und hinderten so die Aktion. Massenverhaftungen der Mannschaften des III. Geschwaders folgten. Das setzte die Lunte ans Pulverfaß. Am 4. November brach die erste revolutionäre Erhebung in Kiel aus und pflanzte sich in wenigen Tagen in die anderen Hafenstädte fort. München folgte.

Auch Berlin stand kurz vor dem Ausbruch der Revolution. Hier hatte sich bereits seit dem Jahre 1917 ein fester Kreis von revolutionären Obleuten der Betriebe und Führern der Unabhängigen Sozialdemokratie gebildet. In einer Sitzung vom 2. November wurde erörtert, ob am 4. November losgeschlagen werden solle. Massenstreik und Straßenumzüge sollten den Aufstand einleiten, und ein von den Leitern der revolutionären Bewegung und Abgeordneten der USP. unterzeichneter Aufruf sollte zur Erhebung auffordern. Es wurde jedoch ein Aufschub bis zum 11. November beschlossen, da sich bei einem Stimmungsbericht der Vertreter der Betriebe herausstellte, daß für den 4. nicht viel mehr als die Hälfte der Arbeiterschaft erhebungsbereit war. So riskierte es Hugo Haase, als die Kieler Arbeiter ihn dringend zu sich riefen, noch am 5. November dorthin zu fahren.

Indessen entwickelten sich die Ereignisse in Berlin schneller als erwartet. Die Regierung hatte von den Aufstandsplänen Kenntnis

erhalten. Am 8. November wurde Däumig verhaftet, und es ging das Gerücht von einer Verhaftung Liebknechts. Das gab das Signal zum Losschlagen.

Am 9. November morgens forderte ein Handzettel des „Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates“, unterzeichnet von Barth, Brühl, Eckert, Franke, Haase, Ledebour, Liebknecht, Neuendorf, Pieck und Wegmann, die Arbeiter und Soldaten auf, Betriebe und Kasernen zu verlassen, auf die Straße zu gehen und den Kampf für die sozialistische Republik gemeinsam aufzunehmen. Arbeiter und Soldaten folgten dem Ruf. Um 12 Uhr mittags hatte die Revolution gesiegt.

Selbst Ebert, der vom Prinzen Max von Baden die Wahrnehmung der Reichskanzlergeschäfte übertragen bekam, nachdem er sich dem Prinzen gegenüber für die Aufrechterhaltung der Ordnung verbürgt hatte, konnte die Entwicklung nicht aufhalten. Sein Aufruf an die Mitbürger, die Straßen zu verlassen und für Ruhe und Ordnung zu sorgen, da er im Begriffe stehe, „im Einvernehmen mit den Parteien“ eine neue Regierung zu bilden, verhallte ungehört. Ein Teil seiner eigenen Freunde sah die Unhaltbarkeit dieser Bemühungen ein, und Scheidemann ließ, als die Straße offensichtlich gesiegt hatte, trotz Eberts Unwillen um 2 Uhr nachmittags vom Reichstage aus die junge Republik hochleben*).

Angesichts dieser Lage boten die Mehrheitssozialisten den Unabhängigen an, mit ihnen gemeinsam ein paritätisch zusammengesetztes Kabinett zu bilden.

Mit beißender Schärfe hat später Ledebour in seiner Verteidigungsrede vor dem Schwurgericht das innerlich Widerspruchsvolle und Groteske der Situation des 9. November dargestellt: wie am Vormittag des 9. November Ebert, der Reichskanzler des Deutschen Reichs, und Scheidemann, sein Staatssekretär, in das Fraktionszimmer der Unabhängigen kommen, von denen sie wissen, daß sie die Parole der Revolution gegen ihre eigene Regierung ausgegeben haben, und ihnen eine gemeinsame Kabinettsbildung antragen. Diese Vorgänge erscheinen in noch merkwürdigerem Lichte, seitdem man erfahren hat, daß noch am selben Vormittag der Rechtssozialist David die

*) Nach der Schilderung Scheidemanns in seinen „Memoiren eines Sozialdemokraten“ wurde Ebert wegen des Ausrufens der Republik „dunkelrot vor Zorn“. Daß Ebert die Revolution geradezu haßte, dürfte den Tatsachen entsprechen. Doch ist zu bedenken, daß Scheidemann fast jeder der von ihm geschilderten Persönlichkeiten etwas anzuhängen sucht und mit der ihm eigenen Überheblichkeit nach allen Seiten hin schlechte Zensuren austeilte; daß nach seiner Schilderung er selbst der einzige war, der sich allen Situationen gewachsen zeigte, der sich stets als klug, vorausschauend, ehrlich, tapfer und nervenstark erwies. Bei dieser Einstellung selbst seinen Freunden gegenüber nimmt es nicht wunder, daß er Hugo Haase wiederholt durch offensichtlich unrichtige Darstellungen persönlich verächtlich zu machen sucht. Eine Widerlegung ersparen wir uns, da es Gewohnheit des Verstorbenen war, über solche aus menschlicher Schwäche entspringende kleinliche Gehässigkeiten mit einer Handbewegung hinwegzugehen.

Nationalliberalen zum Eintritt in ein gemeinsames Kabinett eingeladen hat!

Innerhalb der Unabhängigen Fraktion bestand über die Stellungnahme zu dem Angebot der Rechtssozialisten keine einheitliche Auffassung. Ein Teil der Unabhängigen war dafür, den Mehrheitssozialisten allein die Macht zu überlassen, zumal da ihnen der Gedanke, sich mit Ebert, Scheidemann und Landsberg an einen Tisch zu setzen, unerträglich schien. Schließlich siegte die Auffassung, daß man den Parteien keine Vorschriften über die Auswahl der Personen machen könne, und man trat in Verhandlung über die grundsätzlichen Bedingungen eines Zusammengehens ein. Die Forderung der Unabhängigen ging dahin, daß Deutschland eine soziale Republik sein solle, in der die gesamte exekutive, legislative und jurisdiktionelle Macht ausschließlich in den Händen von gewählten Vertrauensmännern der gesamten werktätigen Bevölkerung und der Soldaten liegen solle. Alle bürgerlichen Mitglieder sollten aus der Regierung ausgeschlossen, im übrigen die Beteiligung der Unabhängigen nur als ein Provisorium von drei Tagen gedacht sein. Als unabhängige Regierungsmitglieder wurden Haase, Ledebour, Liebknecht vorgeschlagen. Da Ledebour ablehnte, trat Dittmann an seine Stelle. Die Mehrheitssozialisten wollten die Entscheidung über die Staatsform einer zu wählenden Konstituierenden Versammlung überlassen und lehnten die Forderung nach einer Diktatur des Proletariats und einem Ausschluß aller bürgerlichen Regierungsmitglieder ab. So kam es an diesem Tage zu keiner Einigung.

Hugo Haase war noch nicht aus Kiel zurückgekehrt. Da die Meldung kam, daß der Eisenbahnverkehr zwischen Hamburg und Berlin stillgelegt sei, sandten seine Freunde ein mit Bewaffneten besetztes Auto nach Hamburg, um ihn zurückzuholen. Inzwischen traf er abends um 9 Uhr mit einem der letzten Züge ein. Am 10. November vormittags trat die unabhängige Fraktion und Parteileitung unter seinem Vorsitz erneut zusammen. Auch er war im Grunde gegen einen Eintritt in die Regierung. Er hätte es für angebracht gehalten, den Mehrheitssozialisten allein die Regierung zu überlassen, sie zu unterstützen, sofern sie eine demokratische und sozialistische Politik trieben, sie entschieden zu bekämpfen, wenn sie von der Bahn des Sozialismus abwichen. Er war aber bereit, den Willen der Massen auszuführen, weil es sich nicht um eine Frage des Prinzips, sondern der Zweckmäßigkeit handelte. Vor allem war er entschlossen, alle Bedenken über Personenfragen zurückzustellen und nur sachlich Entscheidendes in den Vordergrund zu schieben, auch auf eine von vornherein bestimmte Fristsetzung im Falle eines Zusammengehens zu verzichten. Die Mehrheit seiner Parteifreunde stellte sich auf seinen Standpunkt. Selbst Führer der Spartakusgruppe drängten damals zum Einschlagen dieser Taktik, — wenn sie auch für ihre eigene Person die „Kompromittierung“ scheuten und selbst kein Amt übernehmen wollten. Liebknecht zog seine Zustimmung vom Vortage zurück. An seine Stelle trat

Barth. Die Bedingungen für einen Eintritt in die Regierung wurden schließlich folgendermaßen formuliert:

„Das Kabinett darf nur aus Sozialdemokraten bestehen, die als Volkskommissare gleichberechtigt nebeneinander stehen. Für die Fachminister gilt diese Beschränkung nicht; sie sind nur technische Gehilfen des entscheidenden Kabinetts. Jedem von ihnen werden zwei Mitglieder der sozialdemokratischen Parteien mit gleichen Rechten zur Seite gegeben, aus jeder Partei eins.

Eine Fristbestimmung wird an den Eintritt der Unabhängigen Sozialdemokraten in das Kabinett, in das jede Partei drei Mitglieder entsendet, nicht geknüpft.

Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, die zu einer Vollversammlung aus dem ganzen Reiche alsbald zusammenzuberufen sind.

Die Frage der konstituierenden Versammlung wird erst nach einer Konsolidierung der durch die Revolution geschaffenen Zustände aktuell und soll deshalb späteren Erörterungen vorbehalten bleiben.

Für den Fall der Annahme dieser Bedingungen, die von dem Wunsche eines geschlossenen Auftretens des Proletariats diktiert sind, haben wir unsere Mitglieder Haase, Dittmann und Barth in das Kabinett delegiert.“

Diese Bedingungen nahmen die Mehrheitssozialisten unter dem Druck der Verhältnisse vorbehaltlos an. Die letzte Entscheidung über die Regierungsbildung stand bei der Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte. Im Laufe des Vormittags hatten die Arbeiter in den Fabriken und die Soldaten in den Kasernen die Wahlen ihrer Räte vollzogen. Am Nachmittag um 5 Uhr traten diese zu einer Vollversammlung im Zirkus Busch zusammen. Dreitausend Personen füllten den Saal. Nacheinander hielten Ebert, Haase und Liebknecht Ansprachen über die Bedeutung der Revolution. Alle ernteten gleichermaßen begeisterten Beifall. Zu stürmischen Auseinandersetzungen kam es aber über die Frage der Regierungsbildung. Die Gegner des Zusammengehens versuchten die Versammlung auf ihre Seite zu bringen. Die Debatte schien sich ins Endlose zu verlieren, die Ungeduld, namentlich der Soldaten, wurde immer größer, der Tumult wuchs an, schließlich drohten die Soldaten, wenn sich die Parteien nicht einigen könnten, alles kurz und klein zu schlagen und selbst die Regierung in die Hand zu nehmen. Nunmehr wurde der Vorschlag des Vorsitzenden Barth, das von den Parteien vorläufig gebildete Kabinett zu bestätigen, unter Beifallsstürmen gegen ganz vereinzelter Stimmen angenommen.

Das Kabinett trat zusammen und konstituierte sich unter dem Namen „Rat der Volksbeauftragten“. Zu gleichberechtigten Vorsitzenden wurden Ebert und Haase gewählt. Gleichzeitig war

ein paritätisch zusammengesetzter Vollzugsausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte gebildet worden.

Der erste Aufruf des Rates der Volksbeauftragten ist von Hugo Haase entworfen und stilisiert worden. Er lautete:

An das deutsche Volk!

Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Gesetzeskraft folgendes:

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.
3. Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.
4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.
5. Die Freiheit der Religionsübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.
6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen.
7. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.
8. Die Gesindeordnungen werden außer Kraft gesetzt. Ebenso die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter.
9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.

Weitere sozialpolitische Verordnungen werden binnen kurzem veröffentlicht werden, spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtstündige Maximalarbeitstag in Kraft treten. Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Eine Verordnung über die Unterstützung von Erwerbslosen ist fertiggestellt. Sie verteilt die Lasten auf Reich, Staat und Gemeinde. Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird die Versicherungspflicht über die bisherige Grenze von 2500 Mark ausgedehnt werden. — Die Wohnungsnot wird durch Bereitstellung von Wohnungen bekämpft werden. — Auf die Sicherung einer geregelten Volksernährung wird hingearbeitet werden.

Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen.

Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahl-

recht auf Grund des proportionellen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.

Auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung noch erfolgen wird, gilt dieses Wahlrecht.

Berlin, den 12. November 1918.

Ebert. Haase. Scheidemann. Landsberg. Dittmann. Barth.

So war in wenigen Tagen Wirklichkeit geworden, wofür Hugo Haase sein Leben lang gekämpft, dessen Erfüllung aber selbst Feuergeister unter den Sozialisten erst für ihre Kinder und Enkel erhofft hatten. Der Weltkrieg war beendet. Die deutschen Fürsten waren vor dem ersten Anprall der Revolution geflohen. Das Bürgertum und die Militärs hatten bedingungslos kapituliert. Der Grundstein zu einer sozialistischen Republik war gelegt. Jene Worte aus dem Freiligrathschen Gedicht: „Die Toten an die Lebenden“, mit dessen Vortrag Hugo Haase manche Märzfeier vor dem Kriege geschlossen hatte, waren in Erfüllung gegangen:

„Die rote Fahne läßt er wehn hoch auf den Barrikaden!
Sie fliegt voran der Bürgerwehr, sie fliegt voran dem Heere —
Die Throne gehn in Flammen auf, die Fürsten fliehn zum Meere!
Die Adler fliehn; die Löwen fliehn; die Klauen und die Zähne! —
Und seine Zukunft bildet selbst das Volk, das souveräne!“

Die Trauerfeier für die Opfer der Revolutionskämpfe fand unter ungeheurer Beteiligung der Bevölkerung auf dem Tempelhofer Felde statt. Ein sieben Meter hohes Holzpodium war errichtet; auf schwarzem Fundament erhob sich ein wuchtiger rotflammender Aufbau. Die acht Särge der Gefallenen standen, je vier nach Osten und Westen, auf der Estrade. Die Ehrenkompanie wurde vom Alexanderregiment gestellt, demselben, an dessen Rekruten einst Wilhelm II. die Aufforderung gerichtet hatte, gegebenenfalls auf Vater und Mutter zu schießen. Für den Rat der Volksbeauftragten sprach Hugo Haase: „Nun sind die Massen endlich frei geworden und haben die Ketten der Sklaverei abgeworfen. Noch nie ist eine Revolution mit so geringen Opfern erkämpft worden. Feierlich verspreche ich an dieser Stelle, daß wir die Toten nie vergessen werden. Wir geloben ihnen, alle unsere Kraft für die siegreiche Fortführung des ruhmvoll begonnenen Werkes einzusetzen. Neben der politischen Freiheit muß die soziale Freiheit erstritten werden. Mit Fug und Recht können das die Toten von uns fordern.“

■

Nur zu bald klafften innerhalb der Regierung die gegensätzlichen Auffassungen über Geist und Sinn des neuen Staatsaufbaues auseinander. Eduard Bernstein schreibt in seinem durchaus mehr-

heitsfreundlichen Buch „Die deutsche Revolution“: „Der Krieg und die Verschiedenheit der Stellungnahme hatte eben doch auf die Seelen so tiefe Eindrücke zurückgelassen, daß es manchmal scheinen mochte, als stünden sich die Vertreter grundverschiedener Lebens- und Gesellschaftsauffassungen gegenüber. Die Mehrheitssozialisten hatten in bezug auf spezifisch nationale Fragen, einschließlich der Frage des Heerwesens, sich der Auffassung der bürgerlichen Parteien ziemlich stark angenähert, die Unabhängigen wiederum einen intransigenteren Standpunkt gewonnen als vor dem Kriege. Die ersteren waren zu größeren Zugeständnissen an bürgerliche Interessen geneigt als vordem, die letzteren um so mehr veranlaßt, sich über solche hinwegzusetzen, als ihre mit spartakistischen Elementen durchsetzte Anhängerschaft im Lande ungeduldig auf radikale Maßnahmen drängte.“

So setzte innerhalb des Rates der Volksbeauftragten bald ein zäher Kampf zwischen den unabhängigen und rechtssozialistischen Mitgliedern ein. Namentlich in der Polenpolitik, in der Haltung gegenüber Rußland, in der Frage der Ausschaltung der bürgerlichen Minister und des Abbaues der Militärgewalten kam es zu langwierigen und aufregenden Auseinandersetzungen. Dabei hatten die Unabhängigen von Anfang an die schwächere Position. Nicht nur, daß es den drei Mehrheitssozialisten ein leichtes war, infolge Stimmengleichheit wirklich revolutionäre Maßnahmen abzulehnen, wobei dann eben alles beim alten blieb, sondern sie hatten auch eine ganz andere Macht hinter sich. Waren sie doch während des Krieges im Besitze ihres starken Parteigefüges und der Gewerkschaftsorganisation geblieben und hatten ihre Presse erhalten können. Die Unabhängigen dagegen verfügten infolge der jahrelangen Verfolgungen nur über eine kleine Partei und konnten erst jetzt mit der ungehinderten Entfaltung der Agitation beginnen. Sie besaßen nicht einmal in Berlin ein eigenes Blatt. Erst nach dem Eintritt in die Regierung wurde die „Freiheit“ gegründet. Im Lande stand es natürlich noch schlechter. Die Mehrheitssozialisten, schon das Regieren etwas gewohnt, verstanden es zudem sehr geschickt, sich des behördlichen Apparates zu bedienen und namentlich die Nachrichtenübermittlung in ihrem Sinne zu beeinflussen, sie erfreuten sich erklärlicherweise auch eines viel größeren Entgegenkommens der bürgerlichen Presse.

Die Gegenrevolutionäre aller Schattierungen hatten eine feine Witterung dafür, daß es jetzt vor allem galt, die beiden sozialistischen Richtungen gegeneinander auszuspielen, die Rechtssozialisten als das kleinere Übel zunächst zu hofieren, dafür um so mehr den Haß gegen die eigentlichen Revolutionäre zu schüren. So war es kein Zufall, daß die verschiedensten Parteirichtungen und sozialen Kreise in unzähligen Adressen betonten, sich auf den Boden der „Regierung Ebert-Scheidemann“ zu stellen, aber geflissentlich vermieden, sich für die „Regierung Ebert-Haase“ zu erklären. Schließlich darf nicht vergessen werden, daß die große deutsche Revolution der Schlußstein des Zusammenbruches der alten Mächte war, geboren

aus Kriegsverzweiflung und Friedenssehnsucht, genährt durch Hunger und Elend. So eindeutig und allgemein aber der Umsturz wille, so unklar und verschwommen war das Aufbauziel. Die revolutionäre Erleuchtung in den Köpfen war noch zu jung, um tief zu sein; die politische Korruption von vier Kriegsjahren zu schwer, um mit einem Schlage beseitigt zu sein. Die Mehrheitssozialisten fühlten sich in ihrer Rolle als Revolutionsregierung offensichtlich unbehaglich und hatten den Wunsch, sich ihr Mandat so rasch wie möglich parlamentarisch bestätigen zu lassen. Mit geringem Selbstvertrauen in die Macht des Proletariats und zaghaftem Glauben an die Durchführbarkeit der Sozialisierung, unter dem Druck der Verantwortlichkeiten, welche die Rückführung des Heeres, die Sicherstellung der Ernährung und die Verhandlungen mit der Entente brachten, waren sie geneigt, die Rettung aus dem Chaos lediglich in der Wiederherstellung der bürgerlichen Ordnung zu suchen.

Sehr bald schöpfte Hugo Haase Verdacht, daß Ebert hinter dem Rücken der anderen Volksbeauftragten intrigiere und mit dem Militär in engster Fühlung stand. In welchem hohem Maße dies tatsächlich der Fall war, konnte er aber nicht durchschauen. Wenn man den eidlichen Aussagen des Generals Gröner in dem Münchener „Dolchstoßprozeß“ vom Oktober 1925 glauben soll, so hatte Ebert sich mit ihm bereits am 10. November zum Kampfe gegen die Revolution verbündet und ein genaues Programm ausgearbeitet, wonach zehn Divisionen in Berlin einrücken sollten, um den Arbeiter- und Soldatenräten die Gewalt zu entreißen. Die Durchführung sei nur an der Unzuverlässigkeit der Truppen gescheitert. Das nächste zwischen Ebert und Gröner besprochene Ziel sei die Hinausdrängung der Unabhängigen aus der Regierung und die Sicherung der Nationalversammlung gewesen. „Ich muß sagen,“ schloß der General, „die Hinausdrängung der unabhängigen Sozialdemokraten aus der Regierung vollzog Ebert mit einer Geschicklichkeit, die alles, was je ein Kriegsreichskanzler geleistet hatte, in den Schatten stellte und Hochachtung vor seinem politischen Ingenium abnötigte.“ Wir würden geneigt sein, solches Verhalten gegenüber Kabinettskollegen, denen man ehrliche Zusammenarbeit am gemeinsamen Ziele vortäuscht, während man hinter ihrem Rücken gegen sie arbeitet, anders als „politisches Ingenium“ zu bezeichnen.

Für die Verteilung der Rollen innerhalb der Regierung und für die agitatorische Wirkung nach außen kam noch als ungünstig hinzu, daß Hugo Haase alles Repräsentative fernlag. Ein einziges Mal begrüßte er im Namen der Regierung die heimkehrenden Truppen am Brandenburger Tor. Sich ganz als Beauftragter des Volkes und gar nicht als Regierungsmann fühlend, blieb er seinen früheren Lebensgewohnheiten treu, verkehrte nur mit den alten Parteigenossen und blieb in seiner Privatwohnung wohnen, während Ebert die Reichskanzlei bezog.

Solche Bescheidenheit, menschlich schön, bedeutet für einen Führer in revolutionären Zeiten, politisch gesehen, eine Schwäche. Die Massen orientieren sich leichter an einer Persönlichkeit, die sich herausstellt und ins rechte Licht zu rücken weiß. Lauterkeit des Charakters und Herzensgüte geraten in Umsturztagen ins Hintertreffen. Der Augenblick der höchsten Kampfbereitschaft erfordert weniger Verbindlichkeit als goldene Rücksichtslosigkeit und die Gabe, die Massen temperamentvoll auch zu blinder Gefolgschaft mitreißen zu können.

Die erste ernste Zuspitzung der Situation brachten die Vorgänge des 6. Dezember, wo Bewaffnete in eine Sitzung des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte drangen und diesen für verhaftet erklärten, während andere, unter ihnen einige adlige Herren aus dem Auswärtigen Amt, vor die Reichskanzlei zogen, Fritz Ebert heraussufen ließen, Beseitigung der „Regierung Haase“ verlangten und ihn aufforderten, sich zum Präsidenten der Republik ausrufen zu lassen. Darauf setzten Gegendemonstrationen ein, und ein von einer Versammlung in den Sophiensälen kommender Zug von Arbeitern stieß mit Gardefüsiliern zusammen. Es kam zu einer Schießerei, der 16 Tote, 12 Schwerverwundete und eine Anzahl Leichtverletzter zum Opfer fielen. Hatte auch Ebert auf das an ihn gestellte Ansinnen eine ausweichende Antwort gegeben und blieb die Schuldfrage ungeklärt, so warfen doch die Linksradikalen Ebert vor, daß er hinter dem Putsch zwecks Beseitigung der Unabhängigen gestanden habe, und machten ihn für das Blutvergießen moralisch und politisch verantwortlich.

*

Leider fehlte den Unabhängigen in der Regierung selbst die einmütige Unterstützung der eigenen Partei. Ein nicht unbeträchtlicher Teil neigte der Spartakusgruppe zu, die bislang noch im Rahmen der Unabhängigen Partei verblieben war, und die durch neue Erhebungen eine Diktatur des Proletariats nach russischem Muster errichten wollte. Auch Hugo Haase war es klar, daß das Proletariat, zur Macht gelangt, die Errungenschaften der Revolution diktatorisch verankern müsse. Aber er wandte sich gegen eine Abenteuerpolitik, die in blinder Nachahmung der russischen Vorgänge die dortigen Diktatur- und Terrormethoden auf Deutschland übertragen wollte. Immer wieder, so in einer Programmrede vom 25. November 1918, führte er aus, daß eine Diktatur des Proletariats, mit der man weite Kreise „graulich zu machen suche“, vorerst notwendig sei. Revolutionen könne man nicht in Filzpantoffeln und mit Samthandschuhen machen. Vorübergehende Ausübung einer Diktatur stünde durchaus nicht im Gegensatz zu der von der Sozialdemokratie stets verfochtenen Forderung der Demokratie. Es könne nicht der Sinn der Demokratie sein, in revolutionären Zeiten schematisch mit der Abstimmungsmaschine zu arbeiten. Eine formale Demokratie vor Festigung der Revolutionserrungenschaften bedeute nichts anderes als eine Stärkung der bisher privilegierten Mächte auf Kosten des



Hugo Haase

spricht im Namen der Volksbeauftragten bei der Trauerfeier für die Revolutionsopfer
auf dem Tempelhofer Felde in Berlin am 20. November 1918

Proletariats und führe geradezu zu einer Negierung der revolutionären Idee. Er höre bei vielen Sozialdemokraten sehr laut den Ruf nach Demokratie, aber sehr leise den nach Sozialismus. Pflicht einer Revolutionsregierung sei, vom Volkswillen getragen, entschlossen die revolutionären Errungenschaften zu festigen und eine Politik zu treiben, die den wahren Interessen der großen Masse des Volkes entspricht. Später hat er noch einmal in seiner Parteitage Rede vom März 1919 zu diesem Problem Stellung genommen:

„Das Wort von der Diktatur des Proletariats schreckt uns nicht. Das Bürgertum hat bis zur Revolution die Diktatur ausgeübt, wenn auch in parlamentarischen Formen. Es hat die Ämter besetzt und die Formen des Handelns dem Volke vorgeschrieben. Wenn das Proletariat die Macht ergreift, dann steht die Mehrheit der Bevölkerung hinter ihm. Es vertritt nicht die Minderheit, sondern die große Mehrheit. Die Diktatur ist somit kein Gegensatz zur Demokratie. Die Diktatur ist keine dauernde Einrichtung, aber für eine Übergangsperiode ist sie notwendig, um jede Klassenherrschaft zu beseitigen. . . Das Ziel der Diktatur ist die Erfüllung des Sozialismus. Die Diktatur des Proletariats wird ausgeübt nicht bis der Sozialismus in der letzten Ecke verwirklicht worden ist, sondern bis sie soweit erreicht hat, daß das Proletariat sich ruhig schlafen legen kann, ohne zu befürchten, daß es durch eine Gegenrevolution aus dem Schläfe aufgeschreckt wird.“

In konsequenter Verfolgung dieses Standpunktes stemmte er sich gegen die von den Rechtssozialisten und den Bürgerlichen mit verdächtiger Eile betriebene Einberufung der Nationalversammlung. Hofften diese Kreise doch, durch Berufung auf die Demokratie — plötzlich waren alle Bürgerlichen glühende Demokraten geworden — und unter Hinweis auf die alleinige gesetzgeberische Befugnis einer Nationalversammlung, die Tätigkeit der Revolutionsregierung zu lähmen und entscheidende Maßnahmen zu vereiteln, inzwischen aber Zeit zur Festigung der alten Mächte zu finden. So heißt es in einer Rede Haases vor dem „53er Ausschuß der Marine“ am 28. November 1918:

„. . . Vergessen Sie nicht, daß es immer ein großer Fehler ist, wenn man seinen Gegnern ins Garn läuft. Es muß uns stutzig machen, wenn die Feinde des Volkes, die ein Jahrhundert hindurch dahin wirkten, die Rechte des Volkes zu kürzen und zu rauben, mit einem Male so volksfreundlich sich gebärden, wenn sie der Welt verkünden, das Wohl des Volkes erfordere, daß sehr rasch die Konstituante zusammentritt. Man soll von seinen Gegnern lernen. Sind sie plötzlich so selbstlos geworden, daß sie nicht mehr das wollen, was ihnen frommt? Haben sie ihre eigenen Interessen ganz vergessen? Wenn wir dieser Frage nachgehen, so sehen wir sofort, weshalb die bisherige reaktionäre Meute sich mit Eifer auf die konstituierende Versammlung stürzt. Sie glauben, die

Wirkung der Revolution abwenden zu können. Sie hoffen in diesem Augenblick, daß die Bourgeoisie, unterstützt von den Klerikalen und dem Junkertum, noch die Macht hat, wenn auch nicht alles in das alte Geleise zurückzubringen, so doch vieles Alte wieder zu befestigen.“

Eine Irreführung sei auch, wenn man behaupte, daß die Entente mit Deutschland ohne eine Nationalversammlung keinen Frieden schließe. Sie verlange lediglich das Vorhandensein einer Regierung, welche die Durchführung der Friedensbeschlüsse garantiere. „Eine solche Regierung existiert aber. Trotz der Demobilisierung und der Nahrungsmittelnot muß jeder zugestehen, daß nach der tiefgreifenden Umwälzung sich die Zustände bei uns so gefestigt haben, daß ein wohlgeordnetes Regierungssystem besteht. An ihm kann viel kritisiert werden. Aber es ist geordnet und fest.“

Andererseits ließ er keinen Zweifel, daß nach seiner Beurteilung der tatsächlichen Lage eine Nationalversammlung auf die Dauer nicht zu umgehen sei. Man könne die Diktatur des Proletariats nicht gegen den Willen der großen Masse des Proletariats selbst ausüben. So setzte er sich von vornherein nur für eine möglichst weite Aufschiebung der Wahl, mindestens bis zum Frühjahr 1919 ein, während die Gegner eine sofortige Einberufung im Januar forderten. In der erwähnten Parteitagrede heißt es darüber:

„Der hat aufgehört ein Führer zu sein, der die politischen und wirtschaftlichen Machtfaktoren nicht betrachtet und seinen Entschlüssen zugrundelegt. Ich habe gewußt, daß sich die Nationalversammlung zwar hinausschieben, aber nicht aufhalten lasse, weil die Mehrheit des Proletariats, sogar des sozialistischen Proletariats, die Nationalversammlung stürmisch verlangte. Man kann die Masse des Proletariats, das so handelt, nicht mit einer Handbewegung beiseiteschieben. Es ist irregeleitet, man muß ihm den Star stechen, aber bis diese Operation vollzogen und der Heilungsprozeß durchgeführt ist, müssen wir uns mit dem abfinden, was ist.“

Schließlich setzten die Unabhängigen im Kabinett wenigstens durch, daß die Entscheidung über die Frage der Einberufung der Nationalversammlung dem zum 16. Dezember einberufenen ersten Rätekongreß überlassen wurde.

Am Tage vor dessen Zusammentritt fand in den Pharussälen die Generalversammlung des Verbandes der Unabhängigen Groß-Berlins statt. Hier legte Hugo Haase seine eben skizzierte Auffassung dar und wandte sich entschieden gegen die blanquistische Revolutionsspielerei der Spartakusanhänger. Ihr politisches A und O war die Forderung des Austrittes der Unabhängigen aus der Regierung, und in täglicher Erwartung der ausbrechenden Weltrevolution, ohne Berücksichtigung der tatsächlichen Situation, insbesondere der Machtverhältnisse im Reich und der außenpolitischen Lage Deutschlands, gipfelten alle Reden und

Demonstrationen in dem Rufe „Alle Macht den A.- und S.-Räten“. Statt den Kampf der Unabhängigen innerhalb der Regierung zu unterstützen, schwächten sie sie durch Angriffe, Verdächtigungen und stereotype Rücktrittsforderungen. Demgegenüber hielt es Hugo Haase für töricht, einmal errungene Machtpositionen auf Illusionen hin aufzugeben. Da zu befürchten sei, daß schon der erste Rätekongreß die Wahlen für die Konstituante, und zwar zu einem frühzeitigen Termine, beschließe, dürfe sich die Partei nicht selbst ausschalten, müsse vielmehr schon jetzt alles tun, um in der nun einmal unvermeidlichen Nationalversammlung möglichst stark vertreten zu sein. Wenn die Spartakusanhänger ihre Hauptaufgabe darin sähen, die revolutionären Arbeiter zu zersplittern und die Organisation der Partei von innen heraus zu bekämpfen, so halte er es für besser, wenn Unabhängige und Spartakusleute sich trennten. Rosa Luxemburg als Korreferentin legte eine Resolution vor, welche den Austritt der Unabhängigen aus der Regierung, die sofortige Übernahme der ganzen politischen Macht durch die Arbeiter- und Soldatenräte und die Ausstattung des Vollzugsrates mit der höchsten Staatsgewalt forderte, die Einberufung der Nationalversammlung sowie die Beteiligung an den Wahlen zu ihr als gegenrevolutionär ablehnte. Ihre Resolution unterlag 485 von 680 Stimmen erklärten sich für Hugo Haase.

Wie wenig die große Masse des Proletariats, wie wenig die A.- und S.-Räte selbst hinter der Forderung „Alle Macht den A.- und S.-Räten“ standen, wie wenig die Arbeiter selbst eine Diktatur des Proletariats wollten, zeigte der Erste Rätekongreß. Bei der Delegiertenwahl hatte die Liste der Sozialdemokratischen Partei 349, die Liste der Unabhängigen 281, die der freien Berufe 79 Mandate erhalten. Von den Soldaten fielen 204 auf die Mehrheitssozialisten, 121 auf die Unabhängigen. Im Lande gar war das Verhältnis der Mehrheitssozialisten zu den Unabhängigen 8:1. Dabei waren die Wahlbedingungen für diesen Kongreß so „proletarisch“, daß der Rechtsanwalt Karl Liebknecht und die Schriftstellerin Rosa Luxemburg kein Mandat erhalten konnten, ja dieser Arbeiter- und Soldatenkongreß lehnte es sogar ab, ihnen eine offizielle Teilnahme an den Verhandlungen in ihrer Eigenschaft als Führer der Revolution zu gestatten.

Die Sitzungen des Kongresses waren reich an Aufregungen. Am 17. Dezember erschienen Soldaten mit Namensschildern der von ihnen vertretenen Regimenter und verlangten sofortige debattelose Annahme einer Resolution, welche die Ausübung der Kommandogewalt einem obersten Soldatenrate zusprach, Verbot der Rangabzeichen und Entwaffnung der Offiziere forderte. Als der Kongreß diese Resolution zur Kenntnis nahm, aber nicht sofort über sie abstimmen wollte, entstand ein minutenlanger Lärm. In dieser kritischen Situation griff Hugo Haase ein und versuchte durch vermittelnde Worte Ruhe zu schaffen. Er erklärte die beiderseitige Erregung für verständlich und versprach den Soldaten, daß ihr Antrag schleunigst erledigt werden solle. Als er aber hinzufügte, daß dies doch nicht ohne vorherige Aussprache

geschehen könne, ertönte lärmender Widerspruch der Soldaten. Schließlich wurde sein Vorschlag, die Sitzung zu unterbrechen und den Antrag für den folgenden Tag als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, angenommen. Am nächsten Tage hatten sich die Gemüter soweit beruhigt, daß sich die Soldaten zu Verhandlungen bereit erklärten. Hugo Haase wurde zum Berichterstatter der Kommission ernannt. Die von ihm vorgelegte Resolution fand einstimmige Annahme, da sie den berechtigten Forderungen der Soldaten im Rahmen des Möglichen Rechnung trug. Sie forderte Beseitigung der Rangabzeichen und Verbot des außerdienstlichen Waffentragens und erkannte den Soldaten das Recht zu, sich ihre Führer selbst zu wählen, wobei frühere Offiziere, die das Vertrauen der Mehrzahl ihrer Mannschaften genossen, wieder gewählt werden dürften. Die oberste Kommandogewalt über Heer und Marine sollten die Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrates ausüben. Im übrigen wurde beschleunigte Abschaffung des stehenden Heeres und Errichtung einer Volkswehr verlangt.

In den eigentlichen Verhandlungen des Kongresses drehte es sich vor allem um die Frage der Abgrenzung der Befugnisse zwischen Vollzugsrat und Rat der Volksbeauftragten. Der Vorsitzende des Vollzugsrates, Richard Müller, wies die Vorwürfe zurück, die man dem Vollzugsrat wegen angeblicher Verschwendung von Geldmitteln machte, und griff den Rat der Volksbeauftragten an, daß er radikalen Maßnahmen Widerstand entgegensetze, namentlich wenn es sich um Einschreiten gegen die reaktionären Elemente im Heere und in den Reichsämtern handle. Er wie Ledebour warfen insbesondere Ebert sein Verhalten beim Putsch des 6. Dezember vor. Für den Rat der Volksbeauftragten sprach in ruhiger, sachlicher Weise Dittmann; er zählte die bisher für die Arbeiterschaft erreichten sozialen und politischen Verbesserungen auf, schilderte dabei die Schwierigkeiten, unter denen die Arbeiten des Rates der Volksbeauftragten zu leiden hätten und legte das künftige Programm der Regierung dar. Der Kompromißvorschlag der Regierung für die Wahl zur Nationalversammlung lautete auf den 16. Februar. Der Kongreß solle aber selbständig darüber entscheiden.

Hugo Haase führte aus, daß die Fragestellung: Nationalversammlung oder Räteregierung falsch sei. Die Räte würden auch nach Einberufung der Nationalversammlung ihre Bedeutung behalten können. Er sprach gegen den frühen Termin, schon damit auch die bislang besetzten Gebiete und die noch nicht heimgekehrten Soldaten mitwählen könnten, auch die jungen Wähler und die Frauen, die zum ersten Male wählen, politisch aufgeklärt werden könnten. „Das Schicksal der jungen Republik darf nicht in den Händen unaufgeklärter Wähler ruhen.“ — Scheidemann erklärte sich gegen ein dauerndes Fortbestehen der Arbeiter- und Soldatenräte, da das den absolut sicheren Untergang von Handel und Industrie, den Ruin des Reiches und unabsehbares Elend für das ganze Volk bedeuten würde. Er sprach sich für frühe Wahlen aus, da in einer so verzweifelten Lage

eine Klasse allein nicht die Verantwortung tragen könne. Der Kongreß beschloß als Wahltermin den 19. Januar.

Zu den Kompetenzstreitigkeiten des Vollzugsrates und des Rates der Volksbeauftragten wurde ein Antrag des Mehrheitssozialisten Lüdemann angenommen, der einem zu bestellenden Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte ein weitgehendes Kontrollrecht über den Rat der Volksbeauftragten zusprach, insbesondere das Recht der Berufung und Abberufung der Volksbeauftragten, während dem Rat der Volksbeauftragten selbst die gesetzgebende und vollziehende Gewalt verbleiben sollte. Da sich ein Streit über die Auslegung des Überwachungsrechtes erhob, gab Hugo Haase namens der Volksbeauftragten folgende Erklärung ab:

„Unter ‚parlamentarischer Bewachung‘ versteht der Rat der Volksbeauftragten, daß alle Gesetzentwürfe dem Zentralrat vorgelegt und alle wichtigen Gesetzesvorlagen mit ihm beraten werden. Er hält es für ganz ausgeschlossen, daß bei dieser Regelung Zerwürfnisse zwischen ihm und dem Zentralrat entstehen können. Es muß in dieser revolutionären Periode auf gesetzgeberischem Wege rasch gearbeitet werden. Sollte in irgendeinem Falle es nicht zu einer Übereinstimmung kommen, dann darf ein Vakuum nicht entstehen, sondern es muß dann der Rat der Volksbeauftragten selbst entscheiden können, solange er das Vertrauen des Zentralrates hat, der ihn ja jederzeit abberufen kann.“

Den Linksradikalen genügte diese Auslegung nicht. Sie wollten ausgesprochen wissen, daß der Zentralrat das volle Recht der Zustimmung oder Ablehnung von Gesetzen vor ihrer Verkündung habe. Da der Kongreß einen entsprechenden Antrag ablehnte und sich für die Erklärung Haases aussprach, faßte die Unabhängige Fraktion in Abwesenheit von Hugo Haase den verhängnisvollen Beschluß, sich an der Wahl der Mitglieder für den Zentralrat der Arbeiter und Soldaten überhaupt nicht zu beteiligen. Hugo Haase, in heller Verzweiflung über diese politische und taktische Ungeschicklichkeit seiner Parteigenossen, versuchte diese umzustimmen, machte ihnen klar, wie töricht es sei, sich aus Verärgerung aus dem wichtigsten Organ der Republik auszuschalten, wie sie damit nur den Einfluß der Rechtssozialisten in der Regierung stärkten, dem von ihnen selbst propagierten Gedanken der Arbeiterräte und der Sache der Revolution den schlechtesten Dienst erwiesen. Schon hatte er eine größere Zahl seiner Freunde in privater Unterredung für seine Auffassung gewonnen; aber es war zu spät. Die Mehrheit blieb bei dem Beschluß. So wurde der Zentralrat einseitig mehrheitssozialistisch besetzt. Den Unabhängigen in der Regierung waren noch mehr die Hände gebunden.

Andererseits gerieten die Rechtssozialisten immer mehr in reaktionäres Fahrwasser. Immer deutlicher wurde ihre Verbundenheit mit der Obersten Heeresleitung, die systematisch daran arbeitete,

die alte Militärgewalt zu stärken und eine gegenrevolutionäre Armee zu bilden. Grenzschutz im Osten und im Westen, eine nationalistisch-aufreizende Politik gegen die Polen, die Bolschewiki und im Baltikum, Zurückhaltung und Auffüllung zweier Jahresklassen, Sabotierung der Beschlüsse des A.- und S.-Kongresses über Abschaffung der Kommandogewalt und der Rangabzeichen — alles das waren sie bereit mitzumachen. So wurde die Zusammenarbeit immer unmöglicher.

*

Die Regierungskrise kam zum Ausbruch, als Ebert in der Nacht vom 23. zum 24. Dezember 1918 hinter dem Rücken der Unabhängigen dem Kriegsminister unbeschränkte Vollmacht gab, mit Gewalt gegen die im Schloß befindliche Volksmarinedivision vorzugehen. Die Vorgeschichte dieses blutigen Weihnachtsen war folgende: Auf Grund einer zwischen der Kommandantur und der Volksmarinedivision getroffenen Abmachung vom 13. Dezember sollte deren Stärke bis zum 1. Januar 1919 von 1000 auf 600 Mann verringert werden und ihre Verlegung vom Schloß nach dem Marstall erfolgen. Da am 21. Dezember erst 90 Mann entlassen waren und die Matrosen noch im Schloß blieben, wies der Rat der Volksbeauftragten den Stadtkommandanten Wels an, die fällige Löhnung von 80 000 M. erst nach Räumung des Schlosses und Herausgabe aller Schlüssel an die Stadtkommandantur zu zahlen. Die Matrosen, um ihr Schicksal besorgt, beschlossen, noch einmal direkte Verhandlungen mit den Volksbeauftragten zu suchen, und am Vormittag des 23. Dezember schien eine gutwillige Räumung des Schlosses gewährleistet, nachdem die Matrosen von den Volksbeauftragten die Zusicherung erhalten hatten, daß die von der Entlassung Betroffenen nach Möglichkeit in die Republikanische Sicherheitswehr eingereiht werden sollten. Der von den Matrosen zu ihrem Kommandanten gewählte ehemalige Leutnant Dorrenbach brachte nun, begleitet von einem Trupp bewaffneter Matrosen, die die Schlüssel enthaltende Kassette nicht zur Kommandantur, sondern direkt in die Reichskanzlei zu dem Volksbeauftragten Barth. Als dieser daraufhin Wels telephonisch anweisen wollte, die Löhnung auszuzahlen, erklärte dieser, daß die Schlüssel ihm persönlich abzugeben seien oder zum mindesten die Anweisung von Ebert kommen müsse. Die aufgeregten Matrosen besetzten darauf die Reichskanzlei und sperrten die Telephonzentrale ab. Ebert jedoch hatte eine direkte Telephonverbindung mit der in Kassel sitzenden Obersten Heeresleitung. Er machte dem General Groener Mitteilung von der Lage und ersuchte ihn, nötigenfalls ihre Befreiung militärisch zu erzwingen. Ebenso gelang es ihm, den Stadtkommandanten Wels von der Besetzung der Reichskanzlei zu unterrichten, so daß republikanische Sicherheitswehr und andere Regierungstruppen in das Regierungsviertel entsandt werden konnten. Als Hugo Haase am Nachmittag in die Reichskanzlei kam, wollten die Matrosen niemanden mehr hineinlassen. Die Situation über-

blickend, gelang es ihm durch gütliches Zureden einzudringen. Nunmehr kam es zu Verhandlungen, die zu dem Ziele führten, daß die beiderseitigen Truppen abzogen. So schien alles zum Guten gewendet, und Hugo Haase kehrte nach Hause zurück. Inzwischen hatten aber die Matrosen bei der Nachricht vom Anrücken der Regierungstruppen den Stadtkommandanten Wels verhaftet und unter Mißhandlungen ins Schloß gebracht. Als Ebert nachts erfuhr, daß Wels immer noch nicht freigelassen war, gab er in Übereinstimmung mit Scheidemann und Landsberg dem Kriegsminister Scheuch den Auftrag, alles Nötige zur Befreiung von Wels und zur Unterwerfung der Matrosen zu veranlassen. Weder hielt er es für nötig, sich mit Hugo Haase in Verbindung zu setzen, noch den Auftrag an den General zu umgrenzen, sondern gab ihm auf eigene Faust unumschränkte Handlungsvollmacht. Besonnene Mitglieder der Marine-division holten angesichts der Zuspitzung der Situation noch in der Nacht Ledebour aus seiner Wohnung zum Marstall, und er begab sich mit einigen Matrosenführern in die Reichskanzlei, um eine Verständigung anzubahnen. Ebert jedoch ließ sich verleugnen. So nahm das Verhängnis seinen Lauf. Gegen Morgen des 24. zog General Lequis von der Gardeschützen-Kavallerie auf Anordnung des Kriegsministers den größten Teil der in und um Berlin lagernden Truppen zusammen und rückte sturmmäßig mit Artillerie gegen das Schloß. Um 7 Uhr 50 Minuten ließ er den Matrosen ein Ultimatum stellen, sich binnen zehn Minuten unbewaffnet auf dem Schloßplatz aufzustellen. Als die Matrosen, aufs äußerste gereizt, sich nicht ergaben, begann Punkt 8 Uhr die Beschießung von Schloß und Marstall. Bis 10 Uhr tobte der Kampf. Inzwischen trat der Rat der Volksbeauftragten zusammen und beschloß, das Militär zum Einstellen der Kanonade zu veranlassen. Es gelang auf dem Verhandlungswege zu einer Einigung zu kommen. Die früheren Vereinbarungen mit den Matrosen wurden bestätigt, Wels freigelassen, die Division Lequis zurückgezogen. Die Matrosen und Soldaten kehrten in ihre Quartiere zurück, aber etwa 30 Tote und doppelt soviel Verwundete deckten den Platz. Die Luft blieb mit Konfliktstoff geschwängert. Nicht nur Spartakusanhänger, sondern auch Teile der Sicherheitswehr sympathisierten mit den Matrosen. Außer einer vorübergehenden Besetzung des Vorwärtsgebäudes kam es jedoch nicht zu größeren Zusammenstößen.

Tatsächlich hatte Eberts kriegerrische Aktion mit einer Niederlage geendet. Die rechtssozialistischen Regierungsmglieder kamen nicht mehr in die Reichskanzlei und wollten die Regierung nach Weimar verlegen. Eingeweihte erwarteten den Rücktritt der rechtssozialistischen Mitglieder, wodurch die Unabhängigen allein die Regierung innegehabt hätten. Dazu wären sie aber nur in der Lage gewesen, wenn sie sich auf einen Zentralrat hätten stützen können, der ihre Anschauungen in allen wesentlichen Punkten teilte. Jetzt wurde offenbar, ein wie großer Fehler die Nichtbeteiligung der unabhängigen Kongreß-

mitglieder bei der Wahl für den Zentralrat gewesen war. Wie weit selbst der bestehende Zentralrat die Haltung der Unabhängigen billigte und die der eigenen Parteigenossen in der Regierung verurteilte, zeigte die Sitzung vom 27. Dezember. Hier legten die Unabhängigen dem Zentralrat folgende von Dittmann formulierten Fragen vor:

- „1. Billigt es der Zentralrat, daß die Kabinettsmitglieder Ebert, Scheidemann und Landsberg in der Nacht vom 23. zum 24. Dezember dem Kriegsminister den in keiner Weise begrenzten Auftrag erteilten, mit militärischer Gewalt gegen die Volksmarinedivision in Schloß und Marstall vorzugehen?
2. Billigt der Zentralrat das am Morgen des 24. Dezember von den Truppen des Generalkommandos Lequis mit nur zehn Minuten befristete Ultimatum sowie die Artilleriebeschießung von Schloß und Marstall?
3. Erklärt sich der Zentralrat für die sofortige strikte Durchführung der vom Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte gefaßten Beschlüsse über die Abschaffung der Rangabzeichen und das Untersagen des Waffentragens außerhalb des Dienstes für die Offiziere im Heimatsheer?
4. Billigt es der Zentralrat, daß die Oberste Heeresleitung in einem vertraulichen Telegramm an die Heeresgruppe Ober-Ost erklärt, sie erkenne diese Beschlüsse der Arbeiter- und Soldatenräte nicht an?
5. Billigt der Zentralrat die von den Kabinettsmitgliedern Ebert, Scheidemann und Landsberg befürwortete Verlegung der Reichsregierung von Berlin nach Weimar oder einem anderen Orte Mitteldeutschlands?
6. Billigt der Zentralrat, daß statt der völligen Demobilmachung des stehenden Heeres nur eine Reduzierung desselben auf den Friedensstand unter Zurückhaltung und evtl. Auffüllung der beiden Jahresklassen 1897 und 1898 stattfindet?
7. Steht der Zentralrat mit uns auf dem Standpunkt, daß die Regierung der sozialistischen Republik sich militärisch nicht stützen kann und darf auf die Generalität und die Reste des auf dem Kadavergehorsam aufgebauten alten stehenden Heeres, sondern nur auf eine nach demokratischen Grundsätzen aus Freiwilligen zu bildende Volkswehr?
8. Ist der Zentralrat dafür, daß die Sozialisierung der dafür reifen Industrien durch gesetzgeberische Akte sofort in Angriff genommen wird?“

Der Zentralrat mißbilligte in seiner Antwort das Ultimatum und die Artilleriebeschießung, beantwortete die Fragen über die Durchführung der Kongreßbeschlüsse im wesentlichen im Sinne der Unabhängigen; auf die Fragen über die Verlegung der Reichsregierung, über die völlige Demobilmachung und den Aufbau einer Volkswehr wollte er ohne vorherige eingehende Erörterung mit den Volksbeauf-

tragten nicht eingehen; über die Sozialisierungsfrage gab er eine inhaltende Antwort; bezüglich der ersten Frage war er der Meinung, daß die Volksbeauftragten lediglich den Auftrag erteilt hätten, das Nötige zur Befreiung von Wels zu veranlassen; das billigte er. Daraufhin gab Hugo Haase für sich, Barth und Dittmann folgende Erklärung ab:

„Wir treten aus der Regierung aus und begründen diesen Schritt in folgender Weise:

1. Das Blutbad vom 24. Dezember ist dadurch verschuldet, daß die Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann und Landsberg dem Kriegsminister den unbegrenzten Auftrag zu militärischer Gewaltanwendung gegeben haben. Zur Befreiung des Stadtkommandanten Wels war ein solcher Auftrag weder nötig noch zweckdienlich. Das Leben von Wels wurde gerade durch eine Kanonade auf das Gebäude, in dem er sich selbst befand, auf das höchste gefährdet. Der militärische Angriff erfolgte außerdem erst sieben Stunden, nachdem dem Kriegsminister der Auftrag erteilt war, also zu einer Zeit, wo, wenn Wels' Leben wirklich bedroht war, mit seiner Unversehrtheit kaum noch gerechnet werden konnte.

Die Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann und Landsberg haben während dieser ganzen Zeit keinen Schritt getan, um die Ausführung ihres Auftrages, der einer Blankovollmacht gleichkam, zu überwachen.

Wir können es nicht verantworten, daß einem Vertreter des alten Gewaltsystems die Verfügung über das Leben der Mitmenschen nach seinem Belieben übertragen wird. Der Weg der Verhandlungen, der schließlich zum Ziel geführt hat, hätte in keinem Stadium der Angelegenheit verlassen werden dürfen.

Im Gegensatz zu dieser unserer Auffassung hat der Zentralrat das Verhalten von Ebert, Scheidemann und Landsberg in dieser Frage gebilligt.

2. Wie gefährlich der dem Kriegsminister gegebene Auftrag gewesen ist, ergibt sich schon daraus, daß der Zentralrat die Art der Ausführung des Auftrages selbst in Beantwortung der Frage 2 ausdrücklich hat mißbilligen müssen.
3. Die Antwort auf die Frage 3 befriedigt uns ebenfalls nicht, da sie nicht die sofortige und strikte Durchführung der vom Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte gefaßten Beschlüsse verlangt, sondern lediglich die Aufforderung zur alsbaldigen Vorlage von Ausführungsbestimmungen enthält.
4. Unsere Fragen zu 5, 6 und 7 sind von entscheidender Bedeutung für die Führung der inneren und auswärtigen Politik im Geiste der Revolution. Da der Zentralrat die Beantwortung dieser grundlegenden Fragen trotz der eingehenden Erörterungen, die sie in der Versammlung gefunden haben, hinausschiebt, so

werden die Errungenschaften der Revolution nach unserer Überzeugung auch hierdurch gefährdet.

5. Die Beantwortung der Frage wegen der vom Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte geforderten sofortigen Sozialisierung der dazu reifen Industrien sichert durchaus nicht die Verwirklichung der Absichten des Kongresses. . .“

So hatte die Volksbeauftragtentätigkeit Hugo Haases nach knapp zwei Monaten ein Ende gefunden. Wilhelm Dittmann würdigte später seine Tätigkeit in der Regierung mit den Worten: „In der Revolutionsregierung war er der führende Kopf, dort hat er schier Übermenschliches geleistet für das Proletariat. Die sieben Wochen unserer gemeinsamen Arbeit in der Regierung werden mir immer unvergeßlich sein. Ich kannte Hugo Haases immense Arbeit schon aus langjähriger Zusammenarbeit mit ihm im Reichstag und in der Parteileitung. Aber erst während unserer gemeinsamen Tätigkeit im Rat der Volksbeauftragten habe ich sie voll würdigen gelernt. Haase faßte unsere Aufgabe in der Regierung auf als konsequente Betreibung der Klassenpolitik und der Politik der Partei. Deshalb wurde auf seine Veranlassung innerhalb des Kabinetts das sozialdemokratische Programm zur Grundlage der Regierungspolitik erklärt. Deshalb durfte auch dem Kabinettt kein Nichtsozialdemokrat angehören, deshalb mußten die Arbeiter- und Soldatenräte als Inhaber aller politischer Gewalt anerkannt werden. Nach diesen Bedingungen war die Regierungspolitik zu orientieren. Darum haben wir unter Haases Führung fortgesetzt in der Regierung gekämpft. Unsere ganze Regierungszeit war ein ununterbrochener schwerer Kampf gegen die ständige Verletzung der vereinbarten Bedingungen. Namentlich Haase hat tagtäglich immer und immer wieder aufs neue in seiner geschickten, klugen, energischen Weise die Einhaltung der Vereinbarungen gefordert. Die Konterrevolution der militärischen Gewalthaber, die kapitalistischen Einflüsse, all das fand in Haase einen unerbittlichen Feind und Bekämpfer. Wenn es ihm nicht gelungen ist, dieser Mächte Herr zu werden, wenn sie in einem Jahr den alten Einfluß zurückerobern konnten, nun, was uns zu tun dagegen möglich war, ist unter Haases Führung damals geschehen.“

Hugo Haase selbst empfand die Klärung der Situation und den Fortfall der Regierungslast als eine ungeheure Befreiung. Auf die Dauer hätte er in dieser Atmosphäre nicht leben können. Das fühlten selbst Fernstehende, die tief genug zu sehen verstanden. So konnte Maximilian Harden, der abseits aller Parteipolitik wie kaum einer in Deutschland hinter die Kulissen schaute, und, wenn auch Eingänger, fanatisch der Wahrheit diente, in seiner „Zukunft“ schreiben: „Einmal noch wuchs Hugo Haase ins Maß sittlich Großer: als er den nie von Volk Beauftragten, die als „Volksbeauftragte“ neben ihm walteten, den Würdenkram hinwarf, weil er, wie in heller Stunde Luther, nicht Aufruhr in allem sah, „was Bluthunde aufrührerisch schelten.“

In fleckenlosem Gewand schied er, der in der Wilhelmstraße nicht, wie der Geschäftsinhaber aus Baden, in Parvenuwonnen geschwelgt hatte; trat in Reihe und Glied zurück.“

Mit dem Austritt der Unabhängigen aus der Regierung war die erste entscheidende Phase der deutschen Revolution zum Abschluß gekommen. Die nächste Periode stand unter dem Zeichen der Konsolidierung der alten Mächte und des Sieges der Gegenrevolution. Das Kabinett ergänzte sich durch Zuwahl von Noske und Wissel. Um auch die letzte lästige Revolutionserinnerung zu löschen und klar zu dokumentieren, daß nunmehr ein anderer Geist wehe, nannte sich das neue Kabinett nicht mehr „Rat der Volksbeauftragten“, sondern unterzeichnete von Stund an „Die Reichsregierung“. Das deutsche Volk wurde wieder „regiert“.

Es ist erklärlich, daß auch diejenigen Männer und Frauen, die parteimäßig gar nicht gebunden waren, sondern nur instinktiv revolutionär fühlten oder fortschrittlich dachten, also auch die freiheitlich gesonnenen Intellektuellen, durch die Entwicklung der Dinge enttäuscht, sich bald entweder abseits stellten oder zu den Linksradikalen hingezogen fühlten. Wohl wäre ihnen klarzumachen gewesen, daß in wirtschaftlichen Fragen, zumal nach einem verlorenen Kriege, nicht von heute auf morgen grundlegende Änderungen eintreten könnten. Aber daß sich auch in rein politischen Dingen so wenig eine neue Gesinnung durchgesetzt hatte, so wenig Durchgreifendes geschehen war, daß vielmehr der ganze Stil der alte blieb, das richtete die größte Verwirrung an. Wenn man bedenkt, wie erschreckend arm an Begeisterung im Grunde die deutsche Revolution gewesen ist, wie es, abgesehen von den ersten Tagen, überall an revolutionärem Elan, an kühnem Vorwärtstürmen, an tiefer Neugestaltungskraft fehlte, so versteht man das Ohnmachtsempfinden der Wenigen, die sich in täglichem Kampfe gegen Trägheit, Zaghaftigkeit und Bedenklichkeiten aufrieben, so begreift man die Bitterkeit des Gefühles, dem Rosa Luxemburg einmal mit der Klage Ausdruck gab: „Ach, wie ist diese deutsche Revolution — deutsch, wie ist sie nüchtern, pedantisch, ohne Schwung, ohne Glanz, ohne Größe!“

*

Nach dem Austritt der Unabhängigen sank die Hoffnung auf Festigung der Revolutionserrungenschaften und Niederhaltung der alten Mächte noch tiefer. Andererseits entfaltete sich die spartakistische Putschpolitik nunmehr völlig ungehemmt. Kurz vor der Jahreswende vollzogen die Spartakusanhänger ihre organisatorische Trennung von den Unabhängigen und begründeten die Kommunistische Partei. Es ist nicht ohne Ironie, daß auf der Gründungsversammlung Liebknecht und Rosa Luxemburg das taten, wofür sie Hugo Haase kurz vorher als konterrevolutionär verschrien hatten: sie setzten sich für eine Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ein, blieben jedoch mit ihrem Antrag in der Minderheit. Auch die Januarkämpfe

1919 zeigten, daß sie die Masse nicht mehr in der Hand hatten. Theoretisch verfochten auch sie die Auffassung, daß die Diktatur des Proletariats erst nach Gewinnung der Massen für diese Parole in Betracht käme, aber bei allen Demonstrationen forderte Liebknecht mit immer gesteigertem Fanatismus und in immer schärferer Zuspitzung zu gewaltsamem Sturz der Regierung auf. Und wieder ist es nicht ohne Ironie, daß dieselben, die nicht stürmisch genug den Austritt der Unabhängigen aus Regierung und Zentralrat fordern konnten, nunmehr, wo die Situation endgültig verfahren war, auf einmal den letzten noch von einem Unabhängigen besetzten Posten, den des Berliner Polizeipräsidenten *Eichhorn*, für eine so entscheidende Machtposition des deutschen Proletariats erklärten, daß sie, um seine von der neuen Regierung angeordnete Absetzung zu vereiteln, die Massen zum Straßenkampfe führten. Daß die besonnenen unabhängigen Führer diesem Beginnen fernstanden, ist klar, um so mehr, wenn man bedenkt, mit wie unbegreiflicher Verantwortungslosigkeit dieser Kampf inszeniert wurde. Blindlings vagen Gerüchten vertrauend, daß die Truppen zu ihnen neigten, daß 2000 Maschinengewehre von Spandau und die Garnison von Frankfurt an der Oder zu ihrer Unterstützung unterwegs seien, daß die Berliner Arbeiterschaft ihnen geschlossen folgen werde, erließen Liebknecht, Ledebour und Scholze als Leiter eines „provisorischen Revolutionsausschusses“ einen Aufruf, daß sie die Regierung Ebert-Scheidemann abgesetzt und die Regierungsgeschäfte übernommen hätten. Außer zu einer Besetzung des Vorwärtsgebäudes kam es jedoch vorerst zu keiner größeren Aktion. Die ganze Unternehmung — vor der übrigens Rosa Luxemburg dringend gewarnt hatte — erwies sich als überstürzt eingefädelt und kindlich durchgeführt. Die Berliner Truppen standen zur Regierung oder erklärten sich neutral, die Spandauer Hilfe kam nicht, Frankfurt blieb an der Oder, die große Masse der Arbeiter verhielt sich abwartend. Die mit Worten abgesetzte Regierung blieb in der Macht. Die Unabhängige Zentralleitung versuchte durch eine Vermittlung die blutigen Folgen eines Bruderkrieges abzuwenden. Doch die Verhandlungen führten zu keinem Ziel. Die Aufständigen wollten nicht vor Abschluß der Verhandlungen den „Vorwärts“ räumen, die Regierung nichts von ihrem Prestige-standpunkt aufgeben. So fand Noske Zeit, Offiziere und Studenten zu bewaffnen, Truppen zu sammeln, Bürger- und Einwohnerwehren zu bilden, Freiwilligenkorps aufzustellen. Vorwärtsgebäude und Polizeipräsidium wurden wiedererobert, der Spartakusaufstand niedergeschlagen. Eine blutrünstige Propaganda gegen den Bolschewismus, geflissentlich verbreitete Greuelmärchen über Spartakus schufen eine Pogromstimmung, wie sie Deutschland noch nicht gekannt. Die Haßgesänge gegen England und Frankreich im Kriege wirken wie Friedensschalmeien gegenüber dem, was jetzt die gegen die eigenen Volksgenossen geschürte Wut und Rachsucht an brutalen Instinkten weckte. Alle Greuel des Bürgerkrieges waren entfesselt. Die von Noske wieder in den Sattel gesetzten Offiziere tobten ihren Haß gegen die Revolution,

gegen das Proletariat schlechthin, in einem furchtbaren Schreckensregiment aus. Standgerichte wurden eingesetzt, Haussuchungen vorgenommen, Gefangene gelyncht oder an die Wand gestellt, verhaftete Arbeiterführer „auf der Flucht“ erschossen. Das Edenhotel, der Sitz des Stabes der Gardekavallerie-Schützendivision, wurde zum Sammelpunkt der Reaktion, zur Peter-Pauls-Festung der deutschen Revolution. Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden verhaftet und auf dem Transport vom Edenhotel nach dem Kriminalgericht im Tiergarten auf viehische Weise umgebracht.

Am 21. Februar wurde Kurt Eisner, der bayerische Ministerpräsident und unabhängige Führer, einer der feinsinnigsten, aufrechtesten und tapfersten Menschen des neuen Deutschland, von einem Attentäter erschossen. Die Erregung der Münchener Arbeiter über diesen Meuchelmord löste sich in verzweifelten Aktionen aus. Der Landtag lief auseinander, die Regierung floh nach Bamberg, die erste Räterepublik wurde errichtet, acht Tage später riefen die Kommunisten unter Lewien und Leviné die zweite Räterepublik aus. Ihre Herrschaft sollte nur von kurzer Dauer sein. Noske schickte seine Weißen Garden aus ganz Deutschland gegen München, ein furchtbares Blutbad wurde angerichtet, Landauer nach seiner Verhaftung von der Soldateska ermordet, Leviné vom Standgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet. Allen an der Räterepublik irgendwie Beteiligten wurde wegen Hochverrats der Prozeß gemacht; so dem Dichter Ernst Toller, der als Führer der Unabhängigen in der ersten Räterepublik Vorsitzender des revolutionären Zentralrates war, unter der zweiten Räterepublik als Kommandant der Roten Armee vor Dachau gestanden hatte. Zu seiner Verteidigung fuhr Hugo Haase nach München. Den Vorsitz in der Verhandlung führte derselbe Landgerichtsdirektor, der das Todesurteil gegen Leviné gesprochen hatte. Das Urteil gegen Toller lautete auf fünf Jahre Festungshaft. Hugo Haases Verteidigungsrede haben wir im 3. Teile abgedruckt. Sie ist charakteristisch für die Art, in der Hugo Haase vor Gericht für alle einzutreten pflegte, die für die Sache der Freiheit gekämpft hatten, auch wenn er ihre politische Haltung keineswegs in allem billigen konnte, ihre Taktik im stillen sogar verurteilen mußte. Aber er verschmähte es, die Richter dadurch zu gewinnen, daß er seine Verteidigung auf überlegen-wohlwollende Entschuldigung der Unerfahrenheit und Unreife der Angeklagten anlegte, sondern er nahm sie für ernst und trat für sie mit seiner ganzen Persönlichkeit ein.

Angesichts der in der zweiten Phase der deutschen Revolution eingetretenen Zustände war für die verantwortungsbewußten Führer der USP. nur ein Weg möglich: die Arbeiter unter der Fahne des revolutionären Sozialismus zu sammeln, den schärfsten Kampf gegen die Reaktion und ihre Helfershelfer zu führen, aber auch deutlich von der kommunistischen Katastrophenpolitik abzurücken.

Hugo Haase litt unsäglich darunter, daß in einer Zeit, wo die Einigkeit des gesamten Proletariats allein die Revolution hätte retten

können, der Kampf nach zwei Fronten erforderlich war. Auf einer Massenversammlung im Lustgarten führte er über die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller sozialistischen Kräfte aus:

„Klar zeichnet sich die neue Kampffront: Hie Arbeiter, dort Bourgeois. Die Arbeiter erkennen die Gefahr. Und so dringt überall der Schrei nach Einigkeit durch. Das alte Wort „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“ wird der stürmische Kampfruf. Aber ehe die Proletarier der verschiedenen Länder sich vereinigen, ist es nötig, daß die Arbeiter Deutschlands selbst untereinander einig sind. Im Grunde denken und fühlen die klassenbewußten Arbeiter in den Fabriken das gleiche. Auch viele Anhänger der Mehrheitspartei verurteilen die Politik ihrer Führer, wie sie es gerade in diesen Tagen offen und ehrlich bekannt haben. Aber sie sind in der alten Partei aus einem ihnen anerzogenen Disziplinbegriff geblieben. Das Hindernis der Einigkeit bilden also die Führer. So müssen sich die Arbeiter auch über die Köpfe der Führer hinweg vereinigen.

Die künftige Partei soll nicht die Unabhängige Partei sein, auch nicht die Mehrheitspartei, sondern eine Vereinigte sozialistische Partei.

Diese Partei soll keine unklare Verschmelzung der alten Parteien werden, kein verschwommenes Kompromiß, sondern etwas Neues, Großes. Einigkeit allein sagt noch nichts. Es kommt darauf an, worüber man einig sein soll. Wir wollen Einigkeit auf der Grundlage des internationalen, revolutionären Sozialismus.

Die rechtssozialistischen Führer fördern nicht das Werk der Einigung, sie hemmen es am stärksten. Haben sie doch während des ganzen Krieges antiproletarische Politik getrieben, sich noch am 8. November gegen die Revolution gestemmt, und treiben heute schlimmer denn je eine Politik, die der Konterrevolution dient.

Aber wir müssen uns auch entschieden gegen die Methode der Kommunisten wenden. Allerdings: die Hetze gegen Spartakus ist ungeheuerlich. Sie können wir nicht mitmachen. Aber wir halten daran fest, daß wir in Deutschland anders zu kämpfen haben als die Bolschewisten in Rußland. Nicht durch brutale Gewalt einer Gruppe wollen wir die Herrschaft des Proletariats errichten, sondern durch die Wucht der einigen Arbeitermasse den Sieg erringen: nicht durch neuen Krieg den anderen Ländern den Sozialismus bringen, sondern indem wir in Deutschland das große Beispiel eines echten sozialistischen Staates geben und so wieder werden, was wir waren: die Träger des reinen sozialistischen Gedankens, die Führer des internationalen Proletariats.“

Angesichts der immer erbitterter werdenden Kämpfe wurde jedoch die Hoffnung auf eine Vereinigung der Arbeiterparteien immer geringer. Um so dringender wurde die Aufgabe, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei zu einer revolutionären Massenpartei auszubauen,

zu einer Partei, die, vom Geiste des wissenschaftlichen Sozialismus erfüllt, mit klarer Einsicht in die tatsächlichen ökonomischen und politischen Verhältnisse, eine von den Massen verstandene grundsatztreue, international orientierte Politik verfolgte, gleich entfernt von der rechtssozialistischen Kompromißpolitik mit den Bürgerlichen wie von der spartakistischen Hasardpolitik. Diesem Ziele galt die programmatische Rede, die Hugo Haase auf dem Revolutionsparteitag der USPD. im März 1919 hielt, von der wir die Ausführungen über Diktatur und Demokratie und die Aufgaben des proletarischen Führers schon zitiert haben; andere prinzipiell wichtige Darlegungen sind im Anhang wiedergegeben.

Gegenüber Däumig, der in einseitigster Weise alles Heil von den Arbeiterräten erhoffte und die Partei lediglich auf das Räteresystem festlegen wollte, hielt es Hugo Haase nicht für angängig, sich im politischen Kampfe auf eine Methode zu versteifen. Solange die bürgerliche Gesellschaft noch existiere, müsse das Proletariat in seinem Befreiungskampfe jeden Kampfboden, auch den des Parlaments, für sich ausnutzen.

Der Parteitag nahm ein Programm an, das im wesentlichen Hugo Haases Auffassung Ausdruck gab, jedoch die Bedeutung der Arbeiterräte stärker unterstrich. Däumig stimmte gegen dieses Programm. Die Gegensätze prallten noch einmal bei der Vorstandswahl aufeinander. Zu Vorsitzenden der Partei wurden Haase und Däumig gewählt. Daraufhin erklärte Hugo Haase, daß er nicht in der Lage sei, das Amt anzunehmen. Die Partei habe die Pflicht, dafür zu sorgen, daß ihre Leitung eine einheitliche, klare und zielbewußte sei. Die Gegensätze zwischen ihm und Däumig seien aber zu groß. Hinzu komme, daß Däumig seinerzeit nicht mit ihm zusammen für die Nationalversammlung kandidieren wollte. So könnten sie auch nicht zusammen eine Partei leiten. Diese Erklärung rief die heftigsten Debatten hervor. Hugo Haases Freunde, wie Rosenfeld, Breitscheid, Luise Zietz, die sich die Leitung der Partei ohne ihn nicht denken konnten, wollten angesichts der neuen Situation die Wahl nochmals vornehmen, da sie ihre Stimme für Däumig nicht gegeben hätten, wenn sie gewußt hätten, daß für Hugo Haase eine Zusammenarbeit mit ihm unmöglich sei. Besonders Dißmann legte in seiner prächtigen Art dar, daß auch innerhalb einer Partei einmal Grenzen gezogen werden müßten, es läge auch im Interesse der Partei, daß an der Spitze Personen stünden, die auf Selbstachtung hielten. Nach seiner Meinung müsse Hugo Haase auf jeden Fall der Partei an ihrer Spitze erhalten bleiben. Schließlich zog Däumig seine Kandidatur zurück. In der vorgenommenen Neuwahl wurden Haase und Crispian zu Vorsitzenden gewählt.

Die Reden Hugo Haases auf diesem Parteitag sind eine Fundgrube für die Geschichte der Revolution. Er reihte Tatsachen an Tatsachen, nahm zu allen Streitfragen, frei von jeder persönlichen Polemik, in prinzipiellen Ausführungen Stellung. Allen Angriffen

gegen die von ihm eingenommene politische Haltung begegnete er mit überlegener Ruhe. Nur als ein Schweizer Delegierter unter Verdrehung der Wahrheit die schon mehrmals von Haase widerlegte Verdächtigung vorbrachte, er hätte es als Volksbeauftragter versäumt, einem von den Schweizer Behörden verfolgten und später zum Tode verurteilten französischen Kommunisten die Durchreisemöglichkeit durch Deutschland nach Rußland zu verschaffen, während er tatsächlich die Anweisung zur Einreiseerlaubnis gegeben hatte, fertigte er den Verleumder mit einer Schärfe ab, wie man sie nie an ihm gekannt und wie sie nur die tiefe Empörung über eine menschliche und parteigenössische Schlechtigkeit hervorrufen konnte. Lautlose Stille herrschte im Saal. Der Verleumder verstummte, und der ganze Parteitag brachte Hugo Haase in ehrlicher Ergriffenheit eine spontane Ovation. Als ich von der Tribüne zu ihm heruntereilte, war er aus dem Saal gegangen, und ich sah ihn in der Wandelhalle mit großen Schritten auf und ab gehen, schwer atmend, die Hände auf dem Rücken verkrampt, die Haltung gebeugt, die Lippen geschlossen, den Blick in die Weite gerichtet. Er sah gealtert aus, das Gesicht erschien gramdurchfurcht, und ein bitterer Zug lag um den Mund. Als er einige Zeit später wieder im Saal erschien, hatte er seine Ruhe wiedergewonnen, und niemand hätte ihm anmerkt, wie tief ihn die Erregung durchwühlt hatte.

Auf diese Kämpfe innerhalb der Partei spielte die „Leipziger Volkszeitung“ an, als sie in ihrem Gedenkartikel für Hugo Haase schrieb: „Was er in den Jahren des Krieges als Heerrufer der Revolution in seinen großen Reichstagsreden gewesen ist, was er der jungen Partei in den Stürmen der Revolution gewesen ist, wie er in schwierigster Situation im Kampfe mit den Kommunisten den richtigen Kurs für die Partei zu finden gewußt hat, wie er in dem inneren Gärungsprozeß, der auf dem Revolutionsparteitag seine Blasen warf, der getreue Ekkehard der Partei gewesen ist, das gehört zu den bleibenden Verdiensten, die fortauern werden im Gedächtnis der dankbaren Arbeiterklasse.“

*

Inzwischen war die Nationalversammlung in Weimar zusammengetreten. Die beiden sozialistischen Parteien hatten 47% aller Stimmen auf sich vereinigt, davon entfielen über 2 Millionen auf die Unabhängigen, über 11 Millionen auf die Rechtsozialisten. Diese bildeten zusammen mit Demokraten und Zentrum eine Koalitionsregierung. Ebert wurde zum Reichspräsidenten, Scheidemann zum Ministerpräsidenten gewählt. Im Mai wurden die Friedensbedingungen der Entente bekannt. Alle diejenigen, die, als Deutschlands Kriegslage günstig gewesen war, die weitestgehenden Annexionsforderungen aufgestellt und gegenüber der Forderung der Unabhängigen nach Verständigungsfrieden sich auf das „uralte Recht der Eroberer“ berufen hatten, konnten nun, wo sich ihre frühere Auffassung gegen sie selbst richtete,



Hugo Haase in Weimar 1919

nicht laut genug über Vergewaltigung und Schmachfrieden schreien. Mit Recht hielt ihnen Hugo Haase in seinem im Mai geschriebenen Vorwort zu der Sammlung seiner Kriegsreden entgegen:

„Die allgemeinen Gedanken, die in den nachstehenden Reden entwickelt sind, werden jetzt von denen am meisten im Munde geführt, die sie einst am heftigsten bekämpften. Alle jene, die bei uns in den Tagen des Sieges auf die Gewalt pochten und das Recht der Eroberung predigten, rufen heute bei Bekanntgabe der Versailler Friedensbedingungen nach Rechtsfrieden und Selbstbestimmungsrecht. Garantien, Gebietserwerbungen, militärische, wirtschaftliche und finanzielle Sicherungen, die sie vier Jahre hindurch als das unbedingte Recht des Siegers gefordert haben, werden jetzt von ihnen mit sittlicher Entrüstung als Akte brutaler Gewalt gebrandmarkt. Eine innere Wandlung hat sich mit ihnen nicht vollzogen. Sie sind heute wie damals im nationalistischen Denken befangen, obwohl gerade die Geschichte der letzten Jahre bewiesen hat, daß diese Anschauungen verderbenbringend sind. . . . Die hier gesammelten Reden dürften zur Erkenntnis beitragen, daß eine grundsatztreue internationale sozialistische Politik auch die klügste nationale Politik ist.“

Der kleinen Unabhängigen Fraktion in der Nationalversammlung sollte es vorbehalten sein, gegenüber dem allgemeinen Wirrwarr und dem Spiel mit einer neuen Katastrophenpolitik die einzige zum Frieden führende Taktik durchzusetzen. Während die Regierungsparteien noch sieben Stunden vor dem drohenden Einmarsch der fremden Truppen nicht wußten, wie sie sich aus den Schlingen ihrer eigenen Politik befreien sollten, hatte die Unabhängige Sozialdemokratie von vornherein folgende Stellung eingenommen: Infolge der Niederlage bleibt uns nichts anderes übrig, als den Vertrag zu unterzeichnen. Es hat keinen Sinn, ein Unmöglich auszusprechen, wenn man vorher weiß, daß man schließlich doch nachgeben muß, will man nicht die Besetzung durch fremde Soldaten, neuen Krieg, größere Verelendung des Volkes und die Gefahr der Zerstückelung Deutschlands, Absplitterung des Rheinlandes und der süddeutschen Staaten heraufbeschwören. Es hat keinen Zweck, die Erregung über den Vertrag zur Siedehitze zu steigern, einen neuen nationalistischen Taumel zu entfesseln, mit Revanche zu drohen, „lieber Untergang als Versklavung“ zu proklamieren, um schließlich noch schlimmere Bedingungen annehmen zu müssen. Schließlich lehrt die Erfahrung, daß diejenigen, die die patriotischsten Töne anschlagen, die am lautesten Durchhalten und Opfern predigen, in jedem Falle am wenigsten leiden. Für die große Masse des Volkes ist eine neue Blockade, ein neuer Krieg unerträglich. Das deutsche Volk braucht den Frieden, um leben zu können. Daher sei es Aufgabe der Regierung, zu versuchen, durch diplomatische Verhandlungen die schlimmsten Härten zu beseitigen. Sie solle protestieren, aber nicht mit etwas drohen, was auf die Entente doch keine Wirkung ausübe. Klug sei

es vielmehr, die berechtigten Forderungen des Vertrages, die auf Wiedergutmachung und Entschädigung, anzuerkennen, um so eindringlicher dafür die schreiendsten Ungerechtigkeiten zu bekämpfen. Wenn überhaupt ein Protest auf die Gegner Eindruck mache, so der von denjenigen, die für einen Frieden des Rechts waren, als Deutschland den von ihm besiegten Staaten den Frieden diktierte. Diesem Standpunkt gab Hugo Haase als Sprecher der Unabhängigen, allen Anfeindungen zum Trotz, in seinen beiden eindrucksvollen Reden vor der Nationalversammlung vom 12. Mai und 22. Juni Ausdruck. Und allein die Unabhängige Sozialdemokratie hatte den Mut zur Unpopularität, als sie in zahlreichen Volksversammlungen sich für Unterzeichnung des Friedensvertrages einsetzte. Eine dieser Volksversammlungsreden Hugo Haases, die in den Comeniusssälen vom 13. Mai, haben wir im letzten Abschnitt ausführlich wiedergegeben, weil sie die ganze Kriegs- und Friedensfrage noch einmal aufrollt und zugleich zeigt, wie ernst er gerade als Volksredner seine Aufgabe und seine Zuhörer zu nehmen pflegte.

Während kostbare Zeit verstrich, steigerte sich im Friedensausschuß zu Weimar und innerhalb der Regierung die Ratlosigkeit und Verwirrung. Von dieser burlesken „Komödie der Irrungen und Wirrungen“ geben Hugo Haases Briefe aus dieser Zeit ein anschauliches Bild. Noch kurz vor Ablauf des Ultimatums konnten sich die Parteien zu keiner klaren Entscheidung durchringen, zum mindesten wollte jede die Verantwortung auf die andern abschieben. Man bot den Unabhängigen sogar an, die Regierung zwecks Unterzeichnung des Friedensvertrages zu übernehmen. Zu guter Letzt, als selbst die bürgerlichen Parteien einsehen mußten, daß nur die Unterzeichnung zur Rettung führe, und alle wirtschaftlichen und Gebietsforderungen, die sie stets als unannehmbar bezeichnet hatten, schlucken wollten, klammerten sie sich an zwei Vorbehalte: die der Anerkennung der deutschen Schuld am Kriege und der Auslieferung der Kriegsverbrecher. An diesen „Ehrenpunkten“ wäre beinahe der Friede gescheitert, hätte nicht im letzten Augenblick die Unabhängige Fraktion es durchgesetzt, daß der Regierung unbeschränkte Vollmacht zum Unterzeichnen gegeben wurde. Später haben sogar die Gegner zugeben müssen, daß es nur der Entschlossenheit und Wachsamkeit Hugo Haases und seiner Freunde sowie der Einsicht der Arbeiter, die ihre Politik verstanden, zu danken war, daß es zum Abschluß des Krieges kam und das deutsche Volk die Möglichkeit zum Wiederaufstieg erhielt.

Innerhalb Deutschlands war aber nichts von Friedensstimmung zu merken. Berlin glich einem Heerlager. Wo sich, wie in Sachsen, Thüringen, Hamburg, im Ruhrgebiet die Arbeiterschaft regte, wurden die in der Hand der alten Militärs stehenden Truppen zur blutigen Unterdrückung gesandt. Die Gefahr eines Militärputsches rückte nahe heran. Immer neue Werbebüros, angeblich gegen die Bolschewisten-gefahr und zum Schutz der Grenzen, taten sich auf, und General von der Goltz, der Führer im Baltikum, fröndelte offen gegen die Regie-

rung. Immer anmaßender wurde die Sprache der militärischen Gewalt-haber, immer kühner die gegenrevolutionäre Bewegung, immer ungeschminkter die monarchistische Propaganda, immer infamer die antisemitische Hetze. In seiner berühmten „Anklagerede“ vom 26. Juli, die in den Zeitungsberichten mit einigen Zeilen abgetan, dafür in Massen als Broschüre verbreitet wurde, zeigte Hugo Haase die Gefahren auf, die dem deutschen Volke von den Rechtsputschisten drohte. Manche, die ihn damals als Schwarzseher verlachten, entsannen sich später seiner Voraussagen, als der Kapp-Putsch losbrach und Noske und die gesamte Regierung vor ihren eigenen Offizieren aus der Reichshauptstadt flüchten mußten. Im Parlament sprach Hugo Haase vor tauben Ohren. Aber immer größer wurde der Zustrom der Arbeitermassen zu der Unabhängigen Partei. Im August sprach Hugo Haase noch einmal, zum letzten Male, vor den Königsberger Arbeitern. Der Saal des Gewerkschaftshauses war überfüllt, Tausende standen im Garten und warteten geduldig, bis er im Saale geendet hatte und nach Einbruch der Dunkelheit noch eine zweite Versammlung draußen abhielt. Und eine Rede vor den Berliner Arbeitern schloß er mit den Worten:

„Unsere Zeit kommt bald. Die Toten reiten schnell. Es naht der Tag, wo wir vor die Aufgabe gestellt sind, die Macht zu übernehmen. Dann aber nicht wie am 9. November! Diesmal wird es eine Diktatur des Proletariats! Dann gibt es kein Liebäugeln mit der Bourgeoisie, dann gilt es die Alleinherrschaft des Proletariats entschlossen auszunützen zum Neuaufbau einer klassenlosen, sozialistischen Gesellschaft. Diese Diktatur wird nicht so blutig sein wie diejenige Noskes. Wir vergessen nie die Grundsätze der Menschlichkeit. Wir wollen der Herrschaft der Schmach, unter der wir alle leiden, ein Ende machen. Wir wollen atmen in reiner Luft, nicht in dieser giftgeschwollenen, von Ungerechtigkeit und Kannibalismus erfüllten Atmosphäre von heute!“

Am 8. Oktober sollte Hugo Haase im Reichstage als Redner der Unabhängigen die politische Lage erörtern. Man wußte, daß er Enthüllungen über die Sammlung der Gegenrevolution im Baltikum bringen würde. Gerade als er in Begleitung seiner Frau das Reichstagsgebäude betreten wollte, gab ein Mann sechs Revolverschüsse auf ihn ab. Drei Kugeln trafen, eine davon drang in den Oberschenkel und von dort in das Kniegelenk. Er wurde auf seinen Wunsch in das Hedwigs-Krankenhaus transportiert, wo Professor Rotter ihn seinerzeit operiert hatte. Der Täter gab nach seiner Verhaftung an, daß er sich an dem Getroffenen habe rächen wollen. Tatsächlich war er einmal bei Hugo Haase in seiner Volksbeauftragtenzeit gewesen, um ihm Klagen über die Preußische Klassenlotterie vorzutragen, und war von ihm abschlägig beschieden worden. Das Gericht erklärte ihn für geisteskrank. Unaufgeklärt ist bisher geblieben, wer ihm die Waffe in die Hand gedrückt hat. Die Arbeiterschaft aber fühlte instinktiv, daß auch dieses

Attentat lediglich auf dem Boden der erstarkten Gegenrevolution entstehen konnte, daß es eine Auswirkung der von der Reaktion planmäßig betriebenen Pogromhetze gegen die Führer der Revolution war, gefördert durch eine die Mörder schützende Gerichtsbarkeit. Der drohende Verlust öffnete manchem Gleichgültigen die Augen. Heinrich Ströbel schreibt: „Haases Einfluß war in der Zeit der abnormen Gemütswallungen und einer manchmal pathologischen Stimmungspolitik nicht eben gewachsen. Persönlichkeiten von heißerem Temperament, fanatischerer Einseitigkeit, naiverem Selbstbewußtsein und robusteren Ellenbogen, die in solchen Zeiten suggestiv auf die Psyche leidenschaftlich erregter Massen wirken, hatten ihn an Popularität ausgestochen. Erst als die Kugel des Verrückten den Führer zu entreißen drohte, begannen die durch wirren Fanatismus ihm entfremdeten Massen wieder zu begreifen, welchen Wert dieser unbestechlich klare Kopf für sie besaß, und welchen Dank sie seiner reinen Hingabe und seinem schier übermenschlichen Arbeitseifer schuldeten. Hätte Haase sich von seinem Schmerzenslager wieder erheben dürfen: sein Ansehen wäre größer gewesen als je zuvor. . . .“

Die Verletzung erschien zuerst nicht lebensgefährlich. Nach wenigen Stunden der Ruhe konferierte Hugo Haase schon am Abend mit seinen an sein Krankenbett geeilten politischen Freunden, und wir scherzten schon, daß er nunmehr in Zukunft kugelsicher sei. Nach der operativen Entfernung der Kugel aus dem Kniegelenk trat jedoch Fieber auf, der Schußkanal erwies sich als infiziert, eine Blutvergiftung trat ein. Die Ärzte schlugen vor, um das Leben zu retten, das ganze Bein zu opfern. Hugo Haase willigte ein. Aber es war zu spät, auch diese Operation führte nicht zum Ziel. Das Gift schlich weiter, das Fieber stieg höher, die Herzkraft ließ nach. In nächtlichen Fieberphantasien arbeitete sein wacher Geist unermüdlich, entwarf Pläne und Reden. Am 6. November, am Vorabend des Gedenktages der russischen Revolution, hieß er mich Papier und Feder nehmen und begann ein Manifest an das Weltproletariat zu diktieren. Nach wenigen Sätzen versagten die Kräfte. Er verfiel in Bewußtlosigkeit. Am 7. früh schien er noch einmal die um ihn Stehenden zu erkennen. Vormittags um 9 Uhr schloß er die Augen für immer.

*

Die deutsche Revolution hatte ihren letzten großen Führer verloren, die Internationale einen ihrer besten Vorkämpfer. Die ersten und schönsten Abschiedsworte schrieb dem toten Führer und Freund Rudolf Hilferding. In einer feinsinnigen Analyse seiner Wesensart zeigte er auf, wie Hugo Haases Leben und Leistung aus dem Urgrunde seines wahrhaft edlen und festen Charakters entsprangen. Seine tiefste Eigenschaft — so führte er aus — war die Gabe der Selbstenäußerung, jene Fähigkeit des Mitleidens, die den Menschen fremdes Leid als eigenes empfinden läßt, die bewirkt, daß die Kluft zwischen dem Ich und dem Du überbrückt wird. Dieser Grundzug seines Wesens machte

ihn zum geborenen Sozialisten. Er konnte sein persönliches Glück nur finden in dem Schaffen für die Allgemeinheit, in der sozialen Arbeit, in der Hilfe für die Leidenden. So lebte er sein Leben für die Klasse der Enterbten und Unterdrückten, selbstlos, unermüdlich, in treuester Hingabe und Opferwilligkeit. Aber erst indem sich Güte und Menschenliebe mit Klugheit, wissenschaftlichem Denken und Tatkraft paaren, verdichten sie sich zur politischen Tat. In ihm vereinte sich die Flamme revolutionärer Entschlossenheit und proletarischen Trotzes mit der Klarheit marxistischer Erkenntnis. Sein unerschütterlicher Charakter ließ ihn nie abirren von den Grundsätzen des Sozialismus und bewahrte ihn vor dem Abgrund des Putschismus wie vor dem Graben des Opportunismus.

„Jede Demagogie war diesem Wahrhaftigen fremd, und fern blieb diesem Überlegenen politische Phantastik. Klug und abwägend im Rat, tapfer und entschlossen bei der Tat, war er zum großen politischen Führer berufen.

Und als der Krieg kam, als die Kultur zusammenstürzte, die Humanität ein Fremdwort wurde, da erhob sich Haase zur Größe des Sprechers der beleidigten, erniedrigten Menschheit, zu historischer Größe. Der Kampf gegen den Krieg, das Morden, die Lüge war ihm nicht nur Sache des Verstandes, es war ihm Sache des Herzens. Litt er doch alle Leiden als eigene, und nie war seine Leidenschaft größer, nie seine Anklage heißer, nie die Verteidigung der Sache der Menschheit glühender. In jenen schweren und finsternen Zeiten hat uns allen Haase den Glauben an die Menschheit, den Glauben an den Sieg des weltbefreienden Sozialismus erhalten!“

Am tiefsten empfand natürlich die Unabhängige Sozialdemokratie seinen Tod. Aber auch im rechtssozialistischen, kommunistischen und demokratischen Lager brachten die frei Denkenden zum Ausdruck, was der Sozialismus und Pazifismus an ihm verloren. So schrieb Maximilian Harden in einem „Wieder Einer“ betitelten Artikel, daß an Hugo Haases Bahre zum ersten Male wieder die Trauer aller zivilisierten Völker in Eintracht sich schare. Er rühmte seinen kräftigen Verstand, sein reines Wollen, seinen schlichten Ernst.

„Er war ein Jude, stieg leichter als fest Eingewurzelte auf die Hochstufe übernationalen, internationalen Empfindens, ließ aber, besonders stark, wenn er von seinem engsten Heimatbereich sprach, jedes helle Ohr spüren, mit welcher Manneszärtlichkeit er, in Trauer und Hoffnung, Deutschland umfange. . . . Der nur in Entsagung große judenchristliche Sozialist Haase schien vom Kriegsleid, vom zehrenden Weh tausendfacher Enttäuschung feiner, zarter geworden. Von seiner Stirn wehte etwas vom Stolz des Brahmanen, der die Vedas, des Orientjuden, der die Bibel durch Sturmflut und Feuersbrunst trägt und weiß, daß er Reichskleinodien der Menschheit rettet. Er rettete das Palladion der Armen, der Mühseligen und Beladenen unserer Tage, hob es aus dem Schlamm, in den feile Machtgenießer es

geschleift hatten, und trug es auf geradem, schmalen Pfad, ungelockt von Versuchung, mit schon müdem Arm, ohne Flamme, doch in sauberen Händen auf den Hügel, hinter dem das gelobte Land neuer Internationale sich breitet. Auch er ist von Tücke ermordet worden.“

Zu der Einäscherung im Krematorium waren nur die nächsten Angehörigen, Freunde und Parteigenossen versammelt. Von der Gedenkrede, die Karl Kautsky hier hielt, haben wir den Teil, der Haases Bedeutung für die Internationale hervorhob, schon erwähnt. Er schloß mit den Worten:

„Großes hast Du geleistet, noch Größeres stand Dir bevor. Denn unter denjenigen in Deutschland, die es verstehen, Massen zusammenzufassen, zu schulen, zu führen, warst Du derjenige, der das am besten zu tun verstand, in abwägender Klugheit, ohne blindes Draufgängertum, und doch voll revolutionärer Leidenschaft unter Verachtung eines jeden Opportunismus.

Wenn es dahin kam, daß das deutsche Proletariat wieder eine einheitliche Kampffront bot, dann warst Du berufen, sein vornehmster Führer zu sein, ihm seine Ziele zu weisen, es zum Siege zu führen. Und als Führer einer einheitlichen deutschen Sozialdemokratie konntest Du auch am erfolgreichsten bei dem Streben mitwirken, die Proletarier aller Länder in einer machtvollen Internationale zusammenzufassen und durftest Du erwarten, ihr den Stempel Deines Geistes aufzuprägen.

Wahrlich gewaltige Aufgaben standen vor Dir, Gewaltiges hättest Du noch geleistet. Diese ganze herrliche Entwicklung wurde jäh unterbrochen durch die blöde Hand eines bössartigen Idioten, eines wahrhaften Herostratus, der einen so edlen Tempel zerstörte.

Jetzt bist Du dahin, und wir sind unendlich verarmt, verarmt in dem, was wir in Dir verloren, aber doch bereichert durch das, was Du uns gebracht, was Du geschaffen, was Du uns gelehrt hast, was weiter wirkt über Dich hinaus. . . .

In diesem Sinne nehme ich heute nicht Abschied von Dir, mein lieber treuer Freund. Wir lassen Dich nicht, wir bleiben Dir treu und Du bleibst immer mit uns. Du marschierst mit uns, wenn wir vorwärtsmarschieren, Du kämpfst mit uns, wo wir kämpfen, und wenn wir siegen, ist das auch Dein Sieg. Du bist der Triumphator, denn es ist der Triumph dessen, was das Beste, Größte an Dir, was der Inhalt Deines Lebens war. Es ist der Sieg unseres herrlichen, unsterblichen Ideals, des internationalen Sozialismus.“

Am Tage der Beerdigung fand im Plenarsaale des Reichstages eine ergreifende Trauerfeier statt. Alexander Moissi sprach mit tiefem Ernst Goethes Gedicht „An den toten Freund“: „Es kann die Spur von Deinen Erdentagen nicht in Äonen untergehn.“ Wilhelm Dittmann feierte Hugo Haase als den größten Führer des Proletariats nach Bebels Tode und schloß mit dem Gelöbniß: „Wir

werden uns erfüllen mit Hugo Haases Geist, dem Geist, der von Duldsamkeit und proletarischer Brüderlichkeit getragen ist, wir werden uns erfüllen mit seiner heißen Liebe für die Sache des Proletariats, seiner Selbstlosigkeit, seiner Uneigennützigkeit, seiner Selbstaufopferungsfähigkeit, wir werden uns erfüllen mit Haases tiefer politischer Einsicht in die geschichtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge, wir werden uns erfüllen mit seinem revolutionären Willen.“

Nachdem noch viele Vertreter des deutschen und internationalen Proletariats gesprochen und Helmuth von Gerlach im Namen der Deutschen Friedensgesellschaft Worte der Ehrung und des Dankes gesagt hatte, ließ Arthur Crispian die Feier in die Worte ausklingen:

„Im Namen der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands rufe ich dem, was sterblich war an Hugo Haase, einen letzten Gruß nach. Vor dem, was bleibend ist, senken wir grüßend die roten Fahnen der Revolution. Dann aber laßt uns im Geiste unseres Hugo Haase die Feldzeichen der proletarischen Armeen mit fester Faust emporheben, sie hoch und kühn den Geknechteten vorantragen! Im Geiste höre ich Hugo Haases Worte, die er im November 1912 auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Basel sprach:

„Dunkles Gewölk umzieht den politischen Himmel, aber es leuchtet doch die Hoffnung durch, daß wir uns dem Ziele nähern. Was die edelsten Geister geträumt, was die größten Denker erkannt und als Gebot der Vernunft verkündet haben, das wird das internationale Proletariat verwirklichen. Vereinigt und zusammengeschlossen im Kampf gegen soziale Ausbeutung und politische Unterdrückung wird es mit der Beseitigung jeder Klassenherrschaft die Grundlage schaffen, auf der gedeihen kann der ewige Friede, die Völkerverbrüderung und die Völkerfreiheit.“

Dies sei uns Vermächtnis! In diesem Sinne wollen wir leben und kämpfen!

Heute in Qual wir. Und morgen schon, morgen,
Morgen vielleicht schon in Freiheit geborgen
Unsere Kinder, die über die Leichen
Ihrer im Kampf gefallenen Väter,
Jeder einzelne der Menschheit Vertreter,
Schweigend und ernst sich die Hände reichen!
Ja, Du vernahmst unserer Sehnsucht Rufen!
Nieder der Zeiten zerfallene Stufen
Steigst Du gewaltigen Schrittes schon;
Kehrest Du wieder über die Berge,
Bist der Gerechtigkeit rächender Scherge,
Mutter der Freiheit, Revolution!“

Die Arbeiter Berlins folgten zu Zehntausenden in vielstündigem Marsche durch die Straßen der Stadt dem Wagen, der, von Matrosen eskortiert, die Urne mit der Asche vom Reichstage zu dem Friedhof

in Friedrichsfelde brachte. Die Dunkelheit war schon hereingebrochen, als die letzten auf dem Friedhofe anlangten und die Urne auf einem Platze zwischen den Gräbern von Wilhelm Liebknecht und Ignaz Auer versenkt wurde. Die Königsberger Freunde aber ließen auf seine Grabstätte die Verse meißen:

„Frei die Gedanken,
Wahrhaft das Wort,
Fest ohne Wanken —
So lebst Du uns fort!“

*

Ich selbst möchte diesen Versuch, dem Wesen und Wirken meines Vaters durch eine Lebensdarstellung gerecht zu werden, nicht schließen, ohne zu der politischen Würdigung ein persönliches Wort zufügen. Trotz der zehn Jahre, die seit seinem Tode verflossen sind, weiß ich nichts Besseres zu sagen, als was ich an seinem Grabe sprach:

„Im Innern können wir es noch nicht fassen, daß Du nicht mehr lebst und nie mehr mit uns sein sollst.

Du liebtest das Leben. Und Du besaßest die große Kunst, es voll zu genießen; zu rechter Zeit froh und zu rechter Zeit ernst zu sein. Mit warmem Herzen und offenem Sinn nahmst Du, was das Leben Dir bot, und lebstest so mit Bewußtsein Deine Zeit.

Dein Beruf und Dein Wirken als Politiker gaben Dir Gelegenheit genug, von Deinem inneren Reichtum an Tausende abzugeben. Denn Dein Herz schlug der ganzen Menschheit. Aber nie vergaßest Du uns, Deine Familie, darüber. Für uns hattest Du immer Zeit. Selbst in den Wochen bewegtester Kämpfe, wenn Du spät abends nach Hause kamst, widmetest Du Dich uns, bekümmertest Dich um unsere kleinen Sorgen, besprachst mit mir mein Studium oder übersetzttest noch mit uns Horaz und Homer. Mit wunderbarer Schnelligkeit konntest Du Deinen Geist auf ein neues Gebiet umstellen. Du liebtest es, nach des Tages Arbeit im Familien- oder Freundeskreis Geselligkeit zu pflegen, mit uns zu plaudern oder Literatur, Philosophie und Kunst zu treiben. Wie froh wußtest Du auch die Natur zu genießen und auf unseren vielen Wanderungen an der Ostsee, in Masuren, im Gebirge uns anregender Führer zu sein. Wie feinsinnig konntest Du von Deinen und Mutters Reisen erzählen: Von Italien, der Schweiz, von Kopenhagen oder Paris. Überall sahest Du das Wesentliche und verstandest es, uns das wirklich Wertvolle nahezubringen.

So erzogst Du uns, ohne je an uns herumzuerziehen. Jedem ließest Du seine Eigenart. Alles Kleinliche war Dir verhaßt. Gerne gabst Du in Kleinigkeiten nach. Nur wo es um Großes ging, da bliebst Du fest.

Stets war es Deine Art, zu wirken und zu lenken, ohne daß man gewahr wurde, wie sehr man von Dir abhing. Dir kam es nur auf den Erfolg an, nie auf den Dank. Du brauchtest keine Dankbar-

keit; denn Du warst reich durch Geben. In Deiner schlichten Güte und Bescheidenheit leitetest Du uns mit einer Behutsamkeit und einem Zartgefühl, wie sie nur die Sicherheit der Persönlichkeit geben kann. Manchmal scheint es mir, als hättest Du innere Konflikte nie gekannt. Es gab keinen Zwiespalt zwischen Gefühl und Verstand. Du hieltest für richtig, was Du fühltest, und Du fühltest eben, was Du für richtig hieltst. Daher die Harmonie Deiner Person, die Ruhe, Heiterkeit und Sicherheit Deines Wesens.

So konntest Du durch die größten Stürme gerade Deines Weges gehen. Und noch uns allen unsere Wege weisen; jedem den, der seiner Natur entsprach. Denn Du verstandest die Menschen, und nichts Menschliches war Dir fremd. Weil man dieses große Verstehen bei Dir fühlte und dabei die Güte sah, die aus Deinen Augen strahlte, hatte man so unendliches Vertrauen zu Dir. Und für jeden wußtest Du Rat und Hilfe. Aber als Du selbst in Not warst, da konnte Dir niemand helfen.

Viel Bitteres und viel Enttäuschungen hast Du erfahren müssen. Du aber glaubtest an die Menschheit. Aus diesem Glauben zogst Du immer neue Kraft. Er machte Dich jung; jünger oft als uns, Deine Kinder. Und in den trübsten Zeiten, wenn wir an der Menschheit verzagen wollten, richtetest Du uns immer wieder mit Deinem unverwüthlichen Zukunftsglauben auf.

Bis in die letzte Stunde bliebst Du Dir treu. In all diesen traurigen Wochen kam nie ein Wort der Klage, nie ein Ausdruck der Bitterkeit über Deine Lippen. Nie erwähnest Du auch nur den Menschen, der Dich getroffen hat. Er existierte einfach nicht für Dich.

Im Leiden zeigtest Du recht, wie groß und selbstlos Du warst. Mit rührender Geduld nahmst Du alles, was man Dir gab, und danktest für jede kleine Hilfe, die man Dir bot. Als nach der Abnahme des Beines die Wärter Dich in Dein Zimmer zurückbrachten und wir alle uns nicht beherrschen konnten, wie wir Deine Verstümmelung sahen — so heiß stieg es uns in die Augen — da blicktest Du schweigend auf Deinen Stumpf, und nur zu den Wärtern, die Dich getragen hatten, sagtest Du: Ich danke Ihnen für alle Ihre Freundlichkeit. . . .

Und als in den Fieberträumen der letzten Tage und Nächte Dein Geist nicht zur Ruhe kam, auch da war Dein Kopf voll Sorge für andere. Mit lauter Stimme verteidigtest Du noch einmal Angeklagte vor Gericht, leitetest Sitzungen und hieltest stundenlange Reden von oft unheimlicher Klarheit. Im Halbschlaf schien es Dir, als bestürme Dich die Welt mit Fragen, und Du fühltest Dich verpflichtet, jedem Antwort zu geben — wie Du es immer getan.

Nun ist Dein Mund verstummt, mit dem Du so viel Kluges und Liebes gesprochen. Dein Auge geschlossen, mit dem Du Welt und Menschen so gut und so klar geschaut. Wir wissen nicht, wie wir

ohne Dich auskommen sollen. Oft werden wir Dich brauchen, und immer wirst Du uns fehlen.

Aber Du lehrtest uns auch, nicht zu verzagen. Wenn Du noch zu uns sprechen könntest, würdest Du, glaube ich, zu uns sagen: Ja, trauert um mich, und weint um mich. Ich weiß wohl, was ich Euch war. Aber bohrt Euch auch nicht hinein in Euren Schmerz. Der Lebende hat recht. Nehmt das Leben, so hart es ist. Aber vergeßt nie, daß es trotz allem so reich ist, wie man selbst es gestaltet und selbst es fühlt. Haltet zueinander und helfet einander.

Ja, wir wollen versuchen, zusammen das Schwere zu tragen; so Dir nachzuleben; so Dir zu danken für all das Liebe, das Du uns getan. . . .“

Literatur.

- Parteitagssprotokolle von Nürnberg 1908, Magdeburg 1910, Jena 1911, Chemnitz 1912, Jena 1913.
- Protokolle der internationalen Sozialistenkongresse von Stuttgart 1907, Basel 1912.
- Protokoll der deutsch-französischen Verständigungskonferenz in Bern 1913.
- Protokoll der sozialdemokratischen Reichskonferenz vom September 1916.
- Protokoll über die Verhandlungen des Gründungsparteitages der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Gotha 1917, herausgegeben von Emil Eichhorn, Berlin 1921.
- Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 2. bis 6. März 1919.
- Königsberg. Der Geheimbund des Zaren. Herausgegeben von Kurt Eisner. Berlin 1905.
- Der Hochverratsprozeß gegen Liebknecht vor dem Reichsgericht. Berlin 1907.
- Hugo Haase. Reichstagsreden gegen die deutsche Kriegspolitik. Verlag Neues Vaterland.
- Der Hochverräter Ernst Toller. Die Geschichte eines Prozesses von Stefan Großmann. Mit der Verteidigungsrede von Hugo Haase. Berlin 1919.
- Annehmen oder Ablehnen? Die Unabhängige Sozialdemokratie und der Friede. Berlin 1919.
- Ernst Haase. Der Zusammenbruch der Kriegspolitik und die November-Revolution. Berlin 1919.
- Eugen Prager. Geschichte der USPD. Berlin 1921.
- Eduard Bernstein. Die deutsche Revolution. Berlin 1921.
- Ledebour vor den Geschworenen. Seine Verteidigungsrede — eine Anklage gegen die Regierung Ebert-Scheidemann. Berlin 1919.
- B. Kruse. Als politischer Gefangener. Mit dem Kapitel „Hugo Haase als Verteidiger“. Tübingen 1925.
- Richard Müller. „Vom Kaiserreich zur Republik“ und „Der Bürgerkrieg in Deutschland“. Berlin 1925.
- Angelica Balabanoff. Erinnerungen und Erlebnisse. Berlin 1927.
- Scheidemann, Memoiren eines Sozialdemokraten. Dresden 1928.
- Die Ursachen des deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918. Vierte Reihe des Werkes des Untersuchungsausschusses der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919—1928.

Briefe.

I. Politische Briefe aus der Vorkriegszeit.

Königsberg, den 29. X. 1904.

Lieber Genosse E i s n e r ,

auch den letzten Haufen Druckbogen*) habe ich durchgesehen und mit Bewunderung von dem Fleiß und dem Scharfsinn Notiz genommen, der in dieser Arbeit steckt. In meiner Brust kämpfen zwei Seelen miteinander: die juristische und die allgemein-menschliche alias politische. Der Jurist rät dringend zu manchen Änderungen, der Mensch und Politiker erfreut sich an der ungeschminkten Aussprache dessen, was ist. In diesem Kampf ist der Jurist häufig unterlegen, aber er möchte sich doch nicht ganz klein kriegen lassen.

Von F i s c h e r hörte ich, daß Sie meine Vorschläge nicht zu krumm genommen haben, und ich hoffe, daß Ihnen meine heutigen Anregungen nicht zu „revisionistisch“ erscheinen werden. Nach meinem Empfinden und politischen Urteil ist von Bülow und den Ministern überhaupt ein Strafantrag nicht zu erwarten. Dafür spricht schon die Tatsache, daß Bülow es bis jetzt stets abgelehnt hat, Strafantrag zu stellen. Die Staatsanwaltschaft hat an der Affäre genug, so daß sie sich nicht leicht zum Einschreiten gegen die Broschüre wegen angeblicher eigener Beleidigung entschließen wird. Dagegen ist wegen Richterbeleidigung ein Strafverfahren zu erwarten, wenn Sie den Justizbehörden die Verfolgung wegen formaler Beleidigung der Richter oder gar wegen des Vorwurfs absichtlicher Rechtsbeugung nahelegen.

Der russische Konsul hat zuviel auf dem Kerbholz, als daß sich seiner die Staatsanwaltschaft annehmen sollte. Er wird es auch selbst nicht wünschen. Dagegen halte ich es nicht für ausgeschlossen, daß man Rußland einen neuen Liebesdienst zu erweisen Lust zeigen könnte, wenn sich eine sichere Verurteilung wegen Botschafterbeleidigung erzielen läßt.

Von diesen Voraussetzungen aus habe ich an einigen Stellen — sehr wenigen — ein Wort geändert, das Sie auch sofort preisgeben würden. Außerdem schlage ich noch vor, die Anmerkung über das Abgeordnetenhaus in eine andere Form zu gießen. Ich will mit Ihnen gar nicht darüber diskutieren, ob ein Strafantrag vom Abgeordnetenhaus zu erwarten ist. Wird er gestellt, so erfolgt eine

*) Des Prozeßberichtes über den Königsberger Hochverratsprozeß.

harte Verurteilung, ohne daß der Prozeß wirksam ausgenutzt werden kann. Nebenbei ist die Stelle nicht einmal schön geraten. Ich möchte Ihnen nicht gern hineinfuschen. Der gedruckte Text gefällt mir besser als der geschriebene und könnte mit kleinen Modifikationen stehenbleiben. Den Einfluß der Reichstagsdebatte auf die Beschlüsse der Strafkammer und des Oberlandesgerichts schildern Sie intuitiv und in Übereinstimmung mit der allgemeinen Annahme. Aber wie den Beweis führen? Diese so schön geschriebenen Seiten müssen einer Revision unterworfen werden, wenn Sie mich auch verfluchen. Ich weiß, daß Ihr Fluch zu Ihrem Segen werden wird. Lieb wäre es mir, wenn Sie, nachdem sich Ihr Zorngewitter über mich entladen hat, selbst einen Vorschlag zur Änderung machen möchten.

Sollten Sie gar zu böse auf mich werden, so rufe ich Ihre Frau zur Bundesgenossin gegen Sie auf, der ich inzwischen herzlichen Gruß auszurichten bitte.

Leben Sie wohl!

Ihr Haase.

Berlin, den 3. V. 1906.

An seine Frau.

Heute ist im Reichstage ein großer Tag. Unsere Interpellation über die Russen-Ausweisungen steht auf der Tagesordnung. Die Regierung drückte sich im Gefühl der Schwäche aus „Kompetenz-bedenken“ um die Beantwortung. B e b e l hielt ihr den Spiegel ihrer Schande vor, und wie Geißelhiebe fielen seine wuchtigen Anklagen auf sie herab. Am Schlusse deckte er einen Fall solcher Ruchlosigkeit auf, daß selbst wir in Erstaunen gerieten. Du wirst morgen die Einzelheiten in der Zeitung lesen und von Empörung über das Treiben des „christlichen“ Staates gepackt werden.

O l d e n b u r g markierte den starken Mann und zeigte, was wir an Brutalitäten noch zu erwarten hätten, wenn die Junker nach ihren Anschauungen ungehindert wirtschaften könnten.

Es ist ein Jammer, daß in Deutschland noch solche Schandtaten verübt werden können, wie sie sich in den Ausweisungen dokumentieren.

. . . . Die Verhaftung P a r v u s' hat mich nicht überrascht; daß er der hereinbrechenden Reaktion zum Opfer fallen würde, war anzunehmen. R o s a *) befindet sich in einer kritischen Situation. Sie ist streng abgeschlossen in der Festung, und es ist ihr bereits eine Anklage zugestellt. Ohne Verurteilung wird es nicht ablaufen; es ist jedoch zu hoffen, daß sie nicht zu hart ausfallen wird, wenn auch bei dem russischen Despotenregiment mit einem Gewaltstreich gerechnet werden muß. Es ist entsetzlich, wieviel Opfer der Kampf um die Freiheit verschlingt.

*) Luxemburg.

Berlin, den 19. V. 1906.

Liebe Freunde*),

Ihre verlockenden Einladungen würden längst Erfolg gehabt haben, wenn Sie mir ein wirksames Mittel angegeben hätten, mich von meinen Berufs- und politischen Pflichten zu befreien. Aber da liegt der Hase im Pfeffer. Aus dem Gange der Reichstagsverhandlungen werden Sie schon ersehen haben, daß ich fast dauernd an ihnen teilnehmen muß: so bin ich in dieser Woche bereits zum zweitenmal hier und bleibe wenigstens bis Dienstag abend hier. Zum Justizetat werde ich wohl das Wort ergreifen, um mein Herz etwas zu erleichtern. Bei der Hast, mit der die Abgeordneten jetzt zum Schluß drängen, werde ich allerdings manches verschlucken müssen — was der Behaglichkeit nicht gerade förderlich zu sein pflegt. . . .

Thea und ich denken sehr an Ihre Heimkehr. Auch in Ostpreußen ist der Frühling anhaltend so schön, wie er seit Menschengedenken nicht gewesen ist. In Königsberg sollen Sie auch „Das hungernde Rußland“ erhalten, das ich Ihnen als Lektüre für den Badeaufenthalt entziehen möchte, worüber Sie mir gewiß nicht böse sind. Die Vorgänge in Rußland sind in hohem Maße spannend. Die Adresse der Duma ist ausgezeichnet. Wer hätte vor zwei Jahren, als wir im Hochverratsprozeß in Königsberg steckten, geglaubt, daß nach so kurzer Zeit in Rußland eine solche Sprache von einer gesetzgebenden Versammlung ausgehen würde! Ich kann mir denken, wie S. geradezu aufjauchzt. Aber auch dort wachsen die Bäume nicht in den Himmel. Wenn erst die Interessengruppen sich konsolidieren, werden andere Töne herüberhallen. Und der Konflikt mit der Regierung bleibt auch nicht aus.

Sicherlich sind die russischen Ereignisse die historisch interessantesten und wichtigsten, die wir erlebt haben. Die großen Ereignisse überstürzen sich in unserer Zeit so, daß sie nicht alle mehr so tief in uns Wurzel schlagen können, wie sie es verdienen. Ich bedaure das oft sehr; vielleicht kann ich mich in den Sommerferien mehr sammeln.

Vorher wollen wir uns aber noch in Königsberg über alles aussprechen, was uns bewegt. Bis dahin empfangen Sie herzliche Grüße von Ihrem Hugo Haase.

Sozialdemokratischer
Parteitag.

Mannheim, den 27. IX. 1906.

Meine innig geliebte Frau.

. . . . Immer wieder eilen meine Gedanken zu Dir während der Verhandlungen und während der geselligen Zusammenkünfte. Die Signatur des Parteitages ist eine friedliche. Noch niemals ist in der

*) An Else und Adolf Brill.

gesamten Partei und in den Gewerkschaften das Bedürfnis nach Friede, nach einheitlichem Zusammenarbeiten, so deutlich hervorgetreten, wie auf diesem Parteitage. Diese hochehrfreulichen Bestrebungen, die sicherlich auch von erheblichem Erfolg begleitet sein werden (wozu die Erkenntnis der Gewerkschaften, daß sie sonst in ihren eigenen Reihen Sturm hervorrufen könnten, viel beiträgt), haben aber merkwürdigerweise dazu geführt, daß der Parteivorstand in bedenklicher Art zu diplomatisieren angefangen hat. Er hat dem Parteitage zugemutet, daß er erklären sollte, der Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses stünde zu dem Jenaer Parteitags-Beschluß nicht im Widerspruch. Du erinnerst Dich wohl, daß der Kölner Kongreß „alle Versuche, durch die Propagierung des politischen Massenstreiks eine bestimmte Taktik festlegen zu wollen, für verwerflich“ erklärt hat. Der Parteivorstand mutete uns also zu, ein intellektuelles Harakiri an uns zu vollziehen. Es lief sein Standpunkt darauf hinaus, schwarz und weiß für identisch zu erklären. Er mußte sich bald überzeugen, daß er eine eklatante Niederlage erleiden, daß der Parteitag also sowohl den Parteivorstand wie die General-Kommission desavouieren würde, und deshalb haben beide Körperschaften eine Formulierung gesucht und vorgelegt, die die Annahme erleichterte. Gestern war die Stimmung ganz für das K a u t s k y sche Amendement. Heute besteht wohl das Bestreben, zwischen den verschiedenen Anträgen zu vermitteln, jedem etwas zu geben.

Dem Parteitag fehlt bei dieser Situation etwas Schwung. Das zeigt sich besonders auch an dem Ton, mit dem über die russische Bewegung gesprochen wird. — Nach dem Verlauf der Debatte ist es ziemlich sicher, daß mein Referat nicht mehr steigt. Ich habe die Thesen aber wenigstens drucken lassen. Es tut mir jetzt doch leid, daß ich soviel Zeit auf die Vorbereitung verwendet habe. Singer wünscht, daß der Parteitag beschließen soll, mein beabsichtigtes Referat als Broschüre zu veröffentlichen. Da ich es aber nicht niedergeschrieben, sondern nur eine ausführliche Disposition entworfen habe, so würde das für die nächste Zeit wieder einen Haufen Arbeit mit sich bringen.....

Internationaler
Sozialistischer Kongreß. Stuttgart, den 19. VIII. 1907.
Meine innig geliebte Frau.

... Der Kongreß hat bis jetzt einen glänzenden Verlauf genommen. Die hiesigen Parteigenossen haben an Organisations-Geschick Bewundernswertes geleistet. Auf keinem internationalen Kongreß sind den Delegierten so viel Bequemlichkeiten und Annehmlichkeiten geboten wie hier in Deutschland. Bebel war bei der Eröffnungsrede sehr frisch; V a n d e r v e l d e bot ein oratorisches Meisterwerk, das von seinen ästhetisch abgewogenen Gesten begleitet, eine starke Wirkung erzielte, die aber in erster Linie auf

die Stelle zurückzuführen war, in der er den Kämpfern der russischen Revolution die Bewunderung und Sympathie des gesamten internationalen Proletariats aussprach und die Bedeutung dieser Revolution charakterisierte. Diese Stelle riß durch Inhalt und Form zur Begeisterung fort. Gestern nachmittag war eine für Deutschland neue großartige Erscheinung, das Meeting auf den Canstatter Wiesen, von dem ich Dir schon schrieb. Der Verlauf übertraf die Erwartungen. Die sechs Tribünen waren wohl eine jede von 10 000 Personen umlagert, und von der Anhöhe herab, die die Wiesen umgibt, schauten wenigstens noch 5000 Personen dem Meeting zu. Stelle Dir, Liebste, vor, daß in Deutschland unter freiem Himmel ausländische Sozialdemokraten, darunter der Russe *Plechanow*, sprechen, ohne daß das Regime zusammenbricht oder wenigstens die Revolution ausbricht! Die Lungenkraft und das Feuer mehrerer Redner, namentlich der Franzosen, brachte es zuwege, daß man sogar über die Köpfe der Tausenden hinweg, die die Tribüne umstanden, ganze Partien der Rede verstehen konnte.

Unter den Leuten, die sich auf dem großen Platze tummelten, waren auch *Staudinger* und *Vorländer*. Sie hatten den Wunsch, *Jaurès* sprechen zu hören, aber als richtige Philosophen waren sie so unpraktisch, daß sie zu allen anderen Tribünen zunächst herangingen und an die *Jaurès'sche* Tribüne erst kamen, als *Jaurès* bereits seine Rede beendet hatte. *Vorländer* ließ sich nachher *Jaurès* vorstellen, er wurde dabei als „stillter Genosse“ bezeichnet. Wenn ich vorher von den unpraktischen Philosophen sprach, so muß ich allerdings hervorheben, daß *Vorländer* gar nicht diesen Eindruck macht. Er sieht ganz anders aus als ich ihn mir vorgestellt habe; er ist das strikte Gegenteil *Arnoldts* in der äußeren Erscheinung; ein rotes Gesicht mit einem rötlichen Schnurrbart, sehr weltfreudig. Er liebt auch, wie mir *Mehring* erzählte, einen guten Trunk und setzt (im Scherz selbstverständlich) an den Marxisten insbesondere aus, daß sie nicht kräftig trinken können.

Mit allen Persönlichkeiten, die etwas bedeuten und mir freundlich begegnen, kann ich mich nicht näher unterhalten. Mit vielen kann ich nur ein flüchtiges Wort wechseln. Von Russen habe ich verschiedene Bekannte gesehen, so *Plechanow*, *Martoff*, ferner *Thomas*, aber mit ihnen bis jetzt nur ein Wort der Begrüßung ausgetauscht.

Gestern abend war im Festsaal (unter Ausschluß von Tabak und Getränken) ein schönes Konzert. Mozarts kleine deutsche Kantate mit Orchesterbegleitung fand rauschenden Beifall, ebenso drei Brahmsche Lieder („Ach wende diesen Blick!“ „Von waldbekränzter Höhe“, „Frühlingstrost“). Der Wolfsche „Prometheus“ machte keinen großen Eindruck. Ich glaube, daß dieses gewaltige Goethesche Gedicht gesprochen werden muß und eine Komponierung schwer verträgt. Sehr viel bemerkt wurde, daß gerade das Beste auch auf die Arbeiter den tiefsten Eindruck machte. . .

Stuttgart, den 22. VIII. 1907.

An seine Frau.

. . . . Soeben ist die Abstimmung in der Kolonialfrage gewesen, und jetzt spricht gerade Klara Z e t k i n über das Frauenstimmrecht. Die Deutsche Delegation, die ein einheitliches Majoritäts-Votum abgab, ist bei der Abstimmung unterlegen, worüber ich mich sehr freue. Ich gehörte zu der Minorität der Deutschen, die gegenüber der kompakten Masse der Gewerkschaftler, welche bei uns die Hälfte aller Mandate haben, innerhalb unserer Delegation einen schweren Stand haben. Die Zusammensetzung der Deutschen Delegation ist eine unerfreuliche, namentlich im Hinblick auf die anderen Delegationen. Es fehlt den Deutschen zu einem großen Teil jetzt der Respekt vor der Theorie. Der Führer der Deutschen in der Kolonialfrage war D a v i d, seine Niederlage ist wesentlich K a u t s k y s Eingreifen zu danken, der glänzend sprach, d. h. mit einer theoretischen Klarheit und einer wissenschaftlichen Schärfe, wie man sie freilich an ihm gewöhnt ist.

Gestern abends nach dem Kongreß fand ein Fest in einem großen, an einen bewaldeten Bergesabhang gelehnnten Garten statt, der mit Lampions auf das geschmackvollste geschmückt war. Den Delegierten und Gästen wurden Wein und Limonade, sowie kaltes Buffet gratis verabreicht, und zwar von Töchtern hiesiger Parteigenossen, die alle eine rote phrygische Mütze trugen. Köstlich war es, als die Tochter des Genossen B e l l i den Genossen B e b e l, den die Berliner Genossen umringt und angefacht hatten, nach seiner launigen Erwidderung umarmte und küßte Von der ausgelassenen Heiterkeit der Gesellschaft kann ich Dir keine Vorstellung machen; sie muß man beobachtet haben. Alle Nationen sangen ihre revolutionären Lieder, viele tanzten die Carmagnole. Einige Bundisten sangen auf meinen Wunsch zur Erheiterung meiner Tischgesellschaft die jidische Carmagnole mit dem Refrain: „Es soll leben der Granat“

Stuttgart, den 23. VIII. 1907.

Innig geliebte, teuerste Frau!

Seit dem frühen Morgen habe ich nicht Zeit und Ruhe gefunden, an Dich zu schreiben, so sehr ich das Bedürfnis dafür empfand. Hinter den Kulissen wirkte ich an der Abfassung der Resolution der Militärkommission mit, da mich sowohl B e b e l und V o l l m a r als auch die Russen als Berater zugezogen hatten. Aus dem Plenum, in dem die Fragen der Ein- und Auswanderungen sowie das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften erörtert und zum Abschluß gebracht wurden, konnte ich nicht weggehen und darum nicht

schreiben. Jetzt hat die Deutsche Delegation noch eine Besprechung, und nur auf dem Wege zum Versammlungslokal habe ich mich für einige Augenblicke in das Schreibzimmer geschlichen, um Dir wenige Worte zu schreiben. Gestern kam ich spät nach Hause, da die Ausweisung *Quelchs*, über die schon die Zeitungen berichtet haben, uns alle, die wir sie, einer Einladung der Engländer zu einem Bierabend folgend, aus seinem eigenen Munde erfuhren, in starke Erregung versetzte und uns lange festhielt.

Diesmal war es nicht ein russischer Verschwörer oder Schnorrer, sondern ein Engländer, der die brutale Faust Deutschlands gegenüber den Ausländern hat spüren müssen.

Da die Militärkommission zu einer Einigung gelangt ist, so wird wohl morgen nachmittags der Kongreß sein Ende erreichen. . . .

Stuttgart, den 24. VIII. 1907.

Teuerste Frau,

der letzte Tag des Kongresses beginnt, und wahrscheinlich fahre ich heute noch von Stuttgart fort. Die Erregung hält mich noch immer aufrecht, und trotz geringen Schlafes bin ich frisch. Die Sitzungen in den Cafés sind abends immer ausgedehnte. Frau *Liebknecht*, die „Alte“, ist stets dabei. Ihre Regsamkeit und Widerstandskraft ist erstaunlich. Ich blase gewöhnlich zum Aufbruch; wenn dies um 12 Uhr gelingt, so ist es früh. Man müßte sich verhundertfachen, wenn man allen Einladungen und den mannigfachen Wünschen, mit diesem und jenem in engeren Verkehr zu treten, folgen sollte. Gestern mittags hatte ich mit Frau *St.* eine gründliche Unterhaltung über die Strömungen in der Partei, über *Kautsky* einerseits, *Calwer* usw. andererseits. Sie zeigte sich unterrichtet und war bestrebt, nach allen Seiten gerecht zu sein, war aber von dem Kreise, in dem sie hauptsächlich in den letzten Jahren gelebt hat, beeinflußt. Die Debatte, die wir allein, und zwar in großer Ruhe und Sachlichkeit, pflogen, führte zu einer sehr wesentlichen Verständigung — nämlich, daß Leute, die an den Grundsätzen der Partei zweifeln und immer wieder zweifeln, die Teilerscheinungen des sozialen Lebens nicht unter einen einheitlichen Gesichtspunkt zu bringen wissen, und die in ihren Publikationen andere Anschauungen vertreten, als den großen Aktionen der Partei zugrunde liegen, nicht als Vertreter der Partei Vertrauensposten, am wenigsten Reichstagsmandate, bekleiden können.

Auf dem internationalen Juristenbund ging es gemütlich zu; ein Hindernis lebhafteren Verkehrs war die mangelnde Kenntnis der französischen Sprache auf seiten der Deutschen. Ich empfinde wieder, welcher Fehler es gewesen ist, daß ich nicht als junger Mensch französisch habe sprechen lernen. In diesem Winter werden wir gehörig Englisch treiben, Geliebte, und dann einmal an das Französische gehen. . . .

Nürnberg, den 17. IX. 1908.

Meine liebe Thea.

Seit dem Beginn des Parteitages ist eine ruhige behagliche Zusammenkunft mit den Bekannten nicht mehr durchführbar gewesen. Die Mittagspause reicht nur gerade hin, um zu speisen und vielleicht noch etwas zu ruhen. Gestern hatte ich mich freilich dazu aufgerafft, das Innere der Lorenzkirche zu besichtigen; die gotischen, hoch aufstrebenden Säulen machten wieder einen erhebenden Eindruck auf mich. An den Kongreßsitzungen muß jeder pünktlich teilnehmen, um bei den wichtigen Abstimmungen gewissenhaft sein Urteil abgeben zu können. Was in der Budgetfrage werden wird, läßt sich nicht sagen. Hätte die Minorität nicht die Erpressertaktik angewendet, so würde es möglich gewesen sein, auf ihre Bitten hin, eine noch entgegenkommendere Resolution zu finden, ohne dem sachlichen Standpunkt der Majorität etwas zu vergeben. Wenn jetzt die Majorität sich einschüchtern läßt, so bedeutet das nicht nur einen Triumph der Revisoren, eine Niederlage namentlich auch des Parteivorstandes, sondern vor allem die Etablierung der Herrschaft eines kleinen Häufleins über die Gesamtpartei. Die süddeutschen Abgeordneten wollen in maßloser Überschätzung ihrer eigenen Tätigkeit die Fraktionspolitik an Stelle der einheitlichen Parteipolitik stellen. Das führt zur Atomisierung der Partei. Mir ist bei dem Gedanken an den Parteikonflikt gewiß nicht wohl zu Mute. Aber das kann mich nicht hindern, konsequent zu denken und zu handeln.

... Ob ich Sonnabend mittags von hier werde abfahren können, ist sehr unwahrscheinlich. In der Jugendorganisationskommission habe ich noch keine Sitzung abhalten können. Wir sind alle im Plenum gefesselt. Es bleibt nichts anderes übrig, wie Abend-sitzungen für die Kommission zu veranstalten, und ich will schon heute den Anfang machen. Gestern abends sprach ich vor den Nürnberger Arbeitern in einer sehr gut besuchten Versammlung über die gegenwärtige innere und äußere Politik des Deutschen Reichs. Ich beschränkte meinen Vortrag auf 1¼ Stunde und fand eine recht aufmerksame Zuhörerschaft.

Berlin, den 13. XI. 1912.

Liebe Freunde.

... Wie weit Ihr die politischen Ereignisse dort verfolgt und welche Informationsquellen Euch zur Verfügung stehen, weiß ich nicht. Ihr seid deshalb vielleicht auch nicht über die große Gefahr eines Weltkrieges unterrichtet. Wer nicht in die Triebkräfte, die in Österreich-Ungarn und in Rußland zum Kriege drängen, eingeweiht ist, wird es sich nicht vorstellen können, daß um die Frage, ob Serbien an der Adria einen Hafen erhält oder nicht, ein Weltkrieg entstehen könnte. Der Gedanke, daß Deutschland, das selbst vom kapitalistischen Standpunkt an dieser Frage kein Interesse hat, in einen

Krieg um deswillen verwickelt werden könnte, klingt wie Wahnsinn. Aber doch ist er nicht in das Reich müßiger Kombinationen zu verweisen.

Ich hoffe zwar, daß wir dem furchtbaren Unglück entgehen werden, weil erhebliche friedensfördernde Kräfte am Werke sind. Aber diese dauernd zu stärken, ist unsere Aufgabe. Ist ein Krieg unpopulär gemacht, ist die große Masse der Bevölkerung mit Widerwillen und Abscheu gegen ihn erfüllt, so hüten sich die Regierenden vor ihm; denn zum Siegen gehört Hurra-Stimmung, wie gerade der Balkankrieg von neuem gelehrt hat. Wir sind deshalb unablässig tätig, um eine solche Stimmung nicht aufkommen zu lassen. Am nächsten Sonntag finden in den Hauptstädten Europas Versammlungen mit Austausch von Rednern der einzelnen Länder statt. Hier sollen Jaurès, Mac-Donald und Pernerstorffer sprechen; ich bleibe hier und werde in einer Versammlung neben Jaurès eine Ansprache halten. Mächtig war eine Demonstration für den Frieden, die vor einigen Wochen im Tempelhofer Park veranstaltet wurde. Der Eindruck, den die dort in einer Anzahl von über 200 000 Personen Versammelten bei der Abstimmung erzeugten, als sie die Hände hoch hoben und von der in diesem Augenblick aus Gewölk hervorbrechenden Sonne beleuchtet wurden, ist mir unvergänglich.

Sehr wichtig ist, daß bald ein internationaler Kongreß zusammentritt, und wie Euch schon berichtet ist, ist er auf den 24. November nach Basel einberufen worden.. Nachdem ich in Brüssel an der Sitzung des Internationalen Bureaus als Vertreter Deutschlands teilgenommen habe, kann ich mich dem Kongreß nicht entziehen. Die Königsberger Dispositionen, die bereits festgelegt waren, haben umgestürzt werden müssen. So tief einschneidende Ereignisse wie ein Krieg werden auch auf Eure Pläne nicht ohne Einfluß sein, zumal da Ihr doch keine Programm-Menschen seid.

Innigsten Gruß sendet Euch Euer Euch erwartender

Hugo.

Berlin, den 2. III. 1913.

(Brief nach Grénoble [Frankreich].)

Mein lieber Junge,

mit Briefen habe ich Dich nicht verwöhnt, aber Du wirst stets gefühlt haben, wie ich mit meinen Gedanken bei Dir war. Da die liebe Mutter den Mittler zwischen uns spielte, konnte ich mich auf die innere Verbindung mit Dir beschränken. Aber ich habe schon lange das Bedürfnis, auch zum Ausdruck zu bringen, was mich bewegt.

Ich bin überzeugt, daß Dir der Aufenthalt in Grénoble für Dein ganzes Leben wertvolle Anregungen gegeben hat, und so habe ich die Trennung von Dir, die mir zuweilen recht schwer zu tragen war, gern überwunden. Auf dem Wege nach Paris wirst Du gut tun, da Halt zu machen, wo Du Gelegenheit zur Erweiterung Deiner Kennt-

nisse hast, vielleicht in Lyon. Vielleicht kannst Du auch ein französisches Dorf und damit einen kleinen Ausschnitt der Landbevölkerung kennen lernen.

Die von Dir eingesandten Ausschnitte aus der dortigen Presse brachten mir, soweit die Pariser Presse in Betracht kommt, nichts Neues. Aber es war mir wichtig, auch einen Blick in die Provinzpresse zu werfen. Die Angst macht die dem Chauvinismus zugänglichen Kreise ganz rabiat. Frankreich ist in einer mißlichen Lage, da es bei seiner geringen Bevölkerungsziffer immer mehr gegen Deutschland in das Hintertreffen gelangt. Armeekorps lassen sich nicht aus der Erde stampfen, in Deutschland dagegen aus dem großen Menschenreservoir noch über das jetzige Maß hinaus schöpfen. In einer demokratischen Republik die militärische Dienstzeit auf drei Jahre zu verlängern, ist ein Akt der Verzweiflung, der den Geburtenmangel nicht ausgleichen kann. Daß die Bauern diesen Schritt gut heißen sollen, erscheint mir sehr unwahrscheinlich.

Das Rüsten bei uns grenzt an Wahnwitz. Nach den neuesten Mitteilungen wird die Militärvorlage eine einmalige Ausgabe von 1 Milliarde und eine fortlaufende von jährlich $\frac{1}{4}$ Milliarde M. erfordern. Die Regierung kann es nicht wagen, den breiten Volksmassen diese Last aufzubürden. Sie kündigt heute an, daß beabsichtigt sei, die einmalige Ausgabe durch eine einmalige Steuer auf große Vermögen, etwa von 50 000 M. an, zu decken — eine kleine Vermögenskonfiskation, also eine Maßregel, die die Sozialdemokratie als notwendig vorausgesagt hat und die früher stets als ein Schreckgespenst des Zukunftsstaats betrachtet wurde.

Die Sozialdemokratie wird einen energischen Kampf gegen die Militärvorlage führen, leider allein, da die Liberalen, die zu Eugen Richters Lebzeiten viel geringere militärische Forderungen leidenschaftlich bekämpften, jetzt zu allem, was der Kriegsminister verlangt, Ja und Amen sagen. Da wir noch nicht stark genug sind, allein das System des bewaffneten Friedens zu beseitigen, so wird auch diese Militärvorlage angenommen werden. Es wird uns wahrscheinlich jedoch gelingen, auch die fortlaufenden Ausgaben auf die Besitzenden abzuwälzen.

Mit der französischen Sozialdemokratie sind wir eines Sinnes. Gestern erschien in unserer gesamten Presse und in der Humanité ein gemeinsames Manifest der deutschen und französischen Sozialdemokratie gegen das Rüsten — ein glänzendes Zeugnis der Übereinstimmung beider Parteien. Hast Du es noch nicht gelesen, so sieh es Dir an. A n d l e r, der Professor an der Sorbonne und eingeschriebenes Mitglied der französischen sozialistischen Partei ist, hat durch seine die Anschauungen und die Tätigkeit der Deutschen Sozialdemokratie arg verkennenden und entstellenden Artikel nur Wasser auf die Mühlen der französischen Chauvinisten geleitet. Wenn eine Partei von jeher mit zäher Konsequenz den Militarismus und Imperia-

lismus in klarer Erkenntnis der diesen Erscheinungen zugrunde liegenden Ursachen bekämpft hat, so ist es die deutsche Sozialdemokratie; und die Entwicklung gibt ihr immer mehr recht.

Lebe wohl, mein lieber Ernst, und erfreue bald durch einen Brief Deinen Dich herzlich liebenden

Vater.

Mai 1914.

Sehr verehrter Genosse Vaillant.

Ihr mit dem Genossen Keir-Hardie gestellter Antrag hat mich und meine Kollegen im Parteivorstand wiederholt beschäftigt. Ich selbst habe ihn besonders eindringlich nochmals geprüft, als ich mein Referat über den Imperialismus und die Schiedsgerichte für den Wiener Kongreß vorbereitete. Das Ergebnis ist und bleibt, daß wir für Ihren Antrag nicht stimmen können. Ich zweifle nicht, daß auch unsere Wiener Genossen diesen Standpunkt einnehmen werden.

Schon die Tatsache, daß die deutschen Genossen in diesem Punkt alle einer Meinung sind, weist darauf hin, daß es sich hier um eine Frage handelt, deren Beantwortung sich aus unserer politischen Situation mit so zwingender Notwendigkeit ergibt, daß Meinungsverschiedenheiten nicht auftauchen. Wäre der Massenstreik namentlich der Waffen-, Munitions-, Transportarbeiter ein geeignetes Mittel zur Verhinderung eines Krieges, so wäre es nach unserer Auffassung ein taktischer Fehler, den Regierungen im voraus anzukündigen, daß wir von diesem Mittel in einem bestimmten Fall Gebrauch machen werden. Eine solche Ankündigung wäre da, wo es sich um vitale Interessen der herrschenden Klasse handelt, das Signal für die Regierung, sich gegen diese Eventualität sofort zu rüsten und die proletarischen Organisationen zu zertrümmern.

Das vorgeschlagene Mittel können wir auch schon deshalb nicht als wirksam (efficace) ansehen, weil die Eisenbahnarbeiter, die Arbeiter der staatlichen Militärwerkstätten und der privaten Rüstungsindustrien bei uns zu einem sehr großen Teil unorganisiert sind.

Wir würden unsere Pflicht gegen die Internationale schwer verletzen, wenn wir ihr eine Kraft vortäuschten, die wir augenblicklich noch nicht haben. Es wäre auch verfehlt, gegen unsere Gegner Drohungen auszustößen, die wir auszuführen nicht imstande sind. Wir in Deutschland sind trotz unserer intensiven Propaganda gegen den Militarismus noch nicht stark genug gewesen, die Wehrvorlage zu verhindern. Ihr habt trotz Eures bewundernswerten Kampfes gegen das Dreijahresgesetz seine Annahme nicht verhüten und trotz Eures glänzenden Wahlsieges nicht seine Aufhebung durchsetzen können. Obgleich uns das nicht gelungen ist, sollen wir dennoch fast in demselben Moment den Glauben erwecken, daß wir im Kriegsfall den Massenstreik durchführen werden?

Wo man die Frage auch anfaßt, überall zeigen sich Bedenken. Nehmen wir folgenden Fall: Ein Volk überfällt das andere in frivoler Weise. Die Sozialisten des angreifenden Landes fordern zum Massenstreik auf, um den Überfall zu verhindern, aber die Massen folgen der Aufforderung nicht. Sollen in dem angegriffenen Lande, wo vielleicht viel kräftigere proletarische Organisationen vorhanden sind, die Sozialisten gezwungen sein, den Massenstreik durchzuführen und dem räuberischen Überfall dadurch zum Erfolg verhelfen? Das ist sicherlich nicht Ihre und Keir-Hardies Ansicht.

Ich will die Frage, ob bei drohendem Kriege der Streikgedanke bei den Massen unter keinen Umständen einen Widerhall finden kann, unerörtert lassen. Bebel hat sich darüber 1911 auf dem Parteitag in Jena ausgesprochen. Sicher aber ist, daß der Massenstreik sich nicht im voraus für den Eintritt eines bestimmten Ereignisses durch eine Resolution festlegen läßt. Wir teilen noch die Auffassung, die Sie 1891 auf dem Brüsseler Kongreß mit Liebknecht vertreten haben. Wir haben keinen durchschlagenden Grund, über den Beschluß des außerordentlichen Kongresses in Basel vom November 1912 hinauszugehen, der jeder der Internationale angeschlossenen Partei freien Spielraum in der Auswahl der Mittel gegenüber der Kriegsgefahr läßt. Wozu sollen wir also in Wien den Eindruck der Uneinigkeit erwecken, während wir alle ohne Ausnahme darin übereinstimmen, daß wir mit der wachsenden Kriegsgefahr unsere Anstrengungen verdoppeln müssen, und daß die uns zu Gebote stehenden Mittel mit der politischen Situation und der Stärke des Proletariats sich ändern.

Ich würde mich sehr freuen, wenn ich mich mit Ihnen verständigen könnte und wenn wir nicht in die Lage gebracht würden, einen von Ihnen gestellten Antrag ablehnen zu müssen.

II. Briefe aus der Kriegszeit.

Lieber Ernst,

Berlin, den 30. X. 1914.

über meine Königsberger Reise bist Du wohl gut unterrichtet. Das Bild der Stadt hat sich durch die starke Einquartierung sehr verändert, und überall stecken in den Uniformen alte Bekannte. Ein komisches Bild bot sich mir, als in der Tragheimer Kirchenstraße ein Trupp Soldaten mit Musik anrückte und der Tambour-Major mich kordial grüßte: hinter der Vermummung entdeckte ich schließlich F., den Stadtverordneten. . . . Die Geschäfte blühen, und beim Ausbruch des Krieges lag die Befürchtung nahe, daß der Konkurs unvermeidlich sei! Die Volkszeitung hat zum größten Teil ihre Abonnenten in Kasernen. Tempora mutantur*). Ich hoffe jedoch, daß es schließlich nicht auch noch heißen wird: „et nos mutamur in illis“**). Die Zeit scheint mir eher zur Vertiefung als zur Umwandlung der Anschauungen geeignet.

Unerfreuliche Erscheinungen erleben wir in der Öffentlichkeit genug, und quälend ist es, der Möglichkeit beraubt zu sein, ihnen so zu Leibe zu rücken, wie es aus Rücksicht auf Menschlichkeit, die Zukunft unseres Landes und die Entwicklung der Menschheit erforderlich ist. An vielen Stellen tritt freilich auch schon Selbstbesinnung zutage.

Wie sich die kriegерischen Ereignisse vollziehen werden, ist vorläufig noch ganz unklar. Die Hoffnung, in raschem Schlag Warschau zu besetzen, hat sich nicht erfüllt. Die Kämpfe der letzten Zeit müssen, namentlich auch an der Westfront, sehr verlustreich gewesen sein. Was müssen die Soldaten bei diesem Hundewetter nur in den Schützengräben aushalten! Und wann wird das Ende sein? Überall gärt und brodeln es. Die Italiener haben sich in Valona festgesetzt und kommen damit der Herrschaft über die Adria näher. Die Griechen haben „provisorisch“ Epirus besetzt; wie es scheint, im Einvernehmen mit den Italienern. Die Österreicher haben das Nachsehen, und am Ende des großen Ringens wird es mit ihnen vielleicht noch schlimmer aussehen. Die Stimmung ist dort bedrückt. . . .

An Ernst H.

Berlin, den 21. XI. 1914.

. . . . In der äußeren Politik hängt viel davon ab, wie sich die Dinge auf dem Balkan gestalten werden: Bulgarien und Rumänien werden von allen Seiten stark umworben. Sie werden erst eingreifen, wenn sie sicher sind, dadurch Vorteile zu erringen. Dann ist die Welt bis auf Amerika an dem gewaltigen Völkerringen beteiligt, dessen Wahnwitz täglich deutlicher wird. Immer wieder wirft sich die Frage

*) Die Zeiten ändern sich.

**) Und wir ändern uns mit ihnen.

auf: „Soll es auf allen Seiten bis zum Weißbluten gehen?“ Die Verluste aller kriegführenden Staaten sind enorm, mit keinem früheren Krieg vergleichbar. Bis zur 70. Verlustliste wurden ca. 70 000 Tote (darunter über 4000 Offiziere), ca. 370 000 Verwundete (darunter fast 9000 Offiziere) gezählt, und schon ist die 82. Verlustliste erschienen, und über die zum Teil schweren Kämpfe der letzten 3 bis 4 Wochen fehlen noch die Angaben. Wie bei uns, so in den anderen Staaten, wahrscheinlich noch schlimmer! Nachdem sich bald vier Monate die Soldaten auf allen Seiten tapfer und zäh geschlagen haben, könnte jeder Staat, ohne den Eindruck der Schwäche zu erwecken, friedensbereit sein. Die Forderung nach einem raschen Abschluß des Friedens muß jedenfalls erhoben werden. Leider darf man sich aber der Einsicht nicht verschließen, daß sie an den maßgebenden Stellen wenig geneigtes Gehör finden wird. Wie der Friede geschlossen werden soll, bleibt auch vorläufig noch schleierhaft; seit dem Eintritt der Türkei sind die Vorbedingungen schwieriger geworden. Aber das darf nicht dazu führen, den Friedenswillen zu unterdrücken; um so energischer muß er vielmehr zum Ausdruck gebracht werden. Wenn er nur überall gleichzeitig mit Wucht hervorbräche! Eine Organisation zu diesem Zweck läßt sich — wenigstens im Augenblick — noch nicht durchführen. Das ist schmerzlich und verstärkt das Gefühl der Ohnmacht, das auf die Friedensfreunde ohnehin drückt.

Die Stimmung im Volke ist sehr gedämpft. Der Sieg in Polen, mit dem ich rechne, wird sie gewiß etwas heben. Aber es ist zu optimistisch, in diesem Sieg das Ende des Schlachtens zu erblicken, wie es hier in einzelnen Kreisen, jedoch nicht unter meinen Freunden, geschieht. So müssen wir uns mit dem Alldruck noch vorwärts schleppen

Berlin, den 11. I. 1915.

Mein lieber Ernst.

Deine Nachrichten aus dem neuen Jahr atmen eine freiere, frischere Stimmung. Möchte sie Dir erhalten bleiben! In der Karte, die wir heute empfangen, klagtest Du, daß die Zeit sehr langsam dahinfließt. Ich habe dasselbe Gefühl; und ich trage schwer daran, daß ich in raschem Tempo zum Abschluß der niederdrückenden Ereignisse gelangen möchte, aber noch immer nicht sehe, wie der erste Schritt getan werden soll. Von dem Kopenhagener Kongreß erwarte ich nicht viel. Wir können uns nicht bei dieser Gelegenheit sehr vorwagen, da sonst die Franzosen mißtrauisch werden, die in ihrer großen Mehrzahl noch immer in dem Glauben befangen zu sein scheinen, als ob wir von oben herab alles dirigieren. Dennoch kann der Kongreß eine Tat bedeuten, wenn er den Anstoß zu Friedensaktionen gibt, die für lange Zeit nirgends mehr zu unterdrücken sind.

Ich bin entschlossen, auf etwa zehn Tage nach der Schweiz zu fahren, um in anderer Umgebung einen Gedankenaustausch herbeizuführen. . . .

Berlin, den 5. III. 1915.

Werter Kollege Ebert,

wie ich schon bei Anberaumung der Sitzung zum Parteiausschuß bemerkte, ist es mir zu meinem größten Bedauern nicht möglich, an ihr teilzunehmen, da die für meinen Wahlkreis nur unter der Voraussetzung, daß ich referiere, gestattete öffentliche Versammlung nicht verschoben werden kann. Ich bitte, mein Ausbleiben zu entschuldigen.

Bei der Wichtigkeit, die der Abstimmung über den Etat zukommt, habe ich die Frage wiederholt geprüft, ob die Zustimmung des uns vorgelegten Etats einen Verstoß gegen einen Parteitagsbeschluß enthält. Nach meiner Ansicht ist die Zustimmung mit der Nürnberger Resolution und der von Bebel sowie namentlich auch von Ihnen gegebenen Begründung zu dieser Resolution unvereinbar. Diese verlangt strikt, daß jeder gegnerischen Regierung — und eine solche ist ja wohl auch die des Herrn von Bethmann-Hollweg — das Staatsbudget bei der Gesamtabstimmung zu verweigern sei, wenn nicht der speziell angeführte Ausnahmefall gegeben ist. Diese Forderung wird ausdrücklich mit unserer grundsätzlichen Auffassung und der Tatsache, daß die Zustimmung zum Budget als Vertrauensvotum für die Regierung angesehen werden muß, begründet.

Der Ausnahmefall liegt hier nicht vor und kann auch nicht konstruiert werden, wenn wir auf die Lübecker Resolution zurückgehen, deren Interpretation durch Bebel Sie in Ihrem Schlußwort ausdrücklich als korrekt bezeichnet haben. Nur darum kann es sich also handeln, ob Parteiausschuß und Fraktion bewußt den nach harten Kämpfen gefaßten Beschluß des Parteitages durchbrechen wollen, indem sie ihn unter Übernahme der Verantwortung vor der Gesamtpartei für dieses Mal außer Kraft setzen wollen.

Wie ich über die Konsequenzen eines solchen Schrittes denke, darüber habe ich mich bereits ausgelassen.

Nun scheint die Absicht zu bestehen, vor der Abstimmung zu erklären, daß die Zustimmung nur ausnahmsweise wegen der außerordentlichen Situation erfolge und an unseren bisherigen Grundsätzen nichts ändere, so daß aus ihr kein Präjudiz für die Zukunft hergeleitet werden dürfe. Das hilft meines Erachtens nicht über den Widerspruch zu dem Parteitagsbeschluß hinweg.

Ob auch die Frage erörtert werden soll, wie wir uns bei der Abstimmung über die Einzeletats zu verhalten haben, ist mir nicht bekannt. Darüber dürfte ja wohl auch Übereinstimmung herrschen, daß die auf dem bisherigen System aufgebauten Forderungen für Heer und Marine für die Zeit nach dem Friedensschluß nicht bewilligt werden.

Mein lieber Ernst,

seit mehreren Wochen habe ich das Bedürfnis, Dir Deinen lieben Brief zu beantworten, aus dem mir soviel Wärme und ein Fluidum von Seelenverwandtschaft entgegenströmte. Für einen Vater kann es nichts Belebenderes geben, als die Gewißheit, daß sein Kind ihm Verständnis entgegenbringt und den Weg einschlägt, auf dem er selbst sein Lebensziel verfolgt. Es war mir eine Herzensfreude, daß Du ganz mit mir fühltest.

Immer deutlicher stellt sich heraus, daß wir in einem großen historischen Moment unsere Stellung besser gewahrt hätten, wenn es nach mir gegangen wäre. Gar mancher meiner alten Freunde, der sich auf einen anderen Standpunkt stellte, erklärt jetzt, daß er sich mir von vornherein angeschlossen hätte, wenn er vorausgesehen hätte, was sich seitdem ereignet hat. Aber nicht alle haben die Kraft, den Rückzug anzutreten. Wer sich nicht festgelegt hat, ist nicht schwer zu gewinnen. Mit Zuversicht gehe ich deshalb auch nach Hamburg, Lübeck, Nürnberg, Frankfurt.

In Wien*) konnte nicht etwas Gigantisches geschehen. Ich bin in diesen Zeitläuften bescheiden geworden und bin schon mit einem kleinen Schritt vorwärts zufrieden. Alle Welt lechzt nach dem Frieden; jeder Feldpostbrief, ob von einfachen Soldaten oder Offizieren geschrieben, enthält geradezu einen Schrei nach dem Abschluß des sinnlosen Gemetzels. Und wenn nicht wir die Herolde dieser Stimmungen, dieses Friedenswillens, sein sollten, wer denn? Dieser Gedanke läßt sich nicht mehr zurückdrängen und erheischt Verwirklichung.

Im Haag hat sich ein Antioorlog-Raad (Antikriegsrat) gebildet, der Männer aus allen Ländern sammelt, um für den Frieden zu wirken. In der Hauptsache setzt er sich aus den bekannten Führern der pazifistischen Bewegung zusammen, der auch einzelne Sozialisten angehören. Im Mai wird er wahrscheinlich an die Öffentlichkeit treten. Gelingt es ihm, französische Delegierte, die hinter sich eine Macht haben, zu sich heranzuziehen, so kann er einige Wirksamkeit erreichen.

Mehr Erfolg verspräche es freilich, wenn die gesamte Internationale zu diesem Zweck in Funktion träte. Ihre einzelnen Glieder suchen sich, und sie werden sich finden, hoffentlich nicht zu spät.

Manche Anzeichen deuten darauf hin, daß auch in die Regierungen sich die Kriegsmüdigkeit einschleicht. Die Franzosen und Engländer setzen noch große Hoffnungen auf die Offensive, die jetzt eingesetzt hat und durch die Engländer verstärkt werden soll. Wahrscheinlich wird sie trotz enormer Opfer an der ehernen Defensivkraft, die das bedeutungsvollste Ergebnis der modernen Waffentechnik ist, zusammenbrechen. Dann muß die Überzeugung Platz greifen, daß alles weitere Schlachten umsonst ist, und damit ist der Boden für Friedens-

*) Sozialistenkonferenz.

verhandlungen geëbnet. Die Tatsache der Unbesiegbarkelt aller Beteiligten kann auch auf den Inhalt des Friedens heilsam einwirken.

Aus solchen Erwägungen neige ich der Annahme zu, daß der Krieg sich bei Beginn des Sommers seinem Ende nähern wird. Das X in dem Kalkül ist immer wieder Italien. In Wien hieß es am vorigen Sonntag, daß die Verhandlungen abgebrochen seien. Das trifft jedoch nicht zu. Aber zu welchem Ergebnis sie kommen werden, ist unsicher. Die Forderungen der Italiener, die sich mit dem Trento nicht begnügen wollen, sind stark — um nicht zu sagen: unverschämt. Liest man die italienische Presse, so sollte man meinen, daß der Krieg unvermeidlich sei. Aber so viel Tollheit wir auch erleben, das ist kaum zu glauben, daß die Italiener es nicht vorziehen sollten, das, was ihnen geboten wird, anzunehmen, anstatt sich in den entsetzlichen Strudel des Weltkrieges zu stürzen. Tun sie es dennoch, so folgen ihnen die Rumänen; und daß mit diesen die Reihe der Kriegführenden abgeschlossen ist, ist unwahrscheinlich.

Das Eingreifen der Italiener kann freilich auch zur Abkürzung des Krieges beitragen. Für mich ist es jedoch wichtiger, den friedlichen Geist bei uns zu verstärken, als solche Konjunkturalpolitik zu treiben. Daneben erwächst uns die Aufgabe, darauf schon jetzt aufzupassen, daß der Friede in einer den Interessen der Demokratie und der Kultur förderlichen Weise gestaltet wird. Aus den Zeitungen hast Du wohl ersehen, daß die Frage, ob wir uns in Zukunft an den Osten oder an den Westen anlehnen sollen, die Gemüter stark beschäftigt. Stärkung Rußlands — als Folge dieses Krieges — ein unerträglicher Gedanke, aber die Gefahr ist groß. . . .

Bad Salzbrunn, den 17. VII. 1915.

Liebe Freunde!

Nach dem lärmenden Berlin ist die Ruhe hier sehr wohltuend. Zwei Tage habe ich sogar auf den Genuß von Zeitungen verzichtet.

Über die vielen Angriffe, denen ich in letzter Zeit ausgesetzt war, seid Ihr unterrichtet. Sie haben mir nicht sehr wehe getan, da ich von dem Bewußtsein erfüllt bin, meine Pflicht getan zu haben. In großen Dingen müssen kleinliche Bedenken weichen. Die gute Wirkung meines Vorgehens ist nicht ausgeblieben und wird bald noch mehr hervortreten. Daß meine Königsberger Parteifreunde treu zu mir halten, habe ich erwartet. Der warme Ausdruck, in dem dies geschah, hat mich jedoch erfreut. Die vielen Zuschriften der Anerkennung aus dem Felde und von mir fernstehenden Personen aus vielen Teilen des Reichs haben die Freude erhöht. Die großen Anstrengungen und mancherlei Sorgen haben freilich doch einige schlaflose Nächte gebracht. Hier hoffe ich der Nerven bald Herr zu werden.

. . . . Lebet wohl! Herzlich grüßt Euch

Euer H.

Mein lieber Ernst!

... Die Königsberger haben mir noch in einem besonderen Schreiben ihr volles Vertrauen ausgedrückt. Eine Freude war es mir, daß zu der Ausschußsitzung Gottschalk selbst gekommen war, wohl wegen der Wichtigkeit der Sache, aber auch aus persönlichem Freundschaftsgefühl für mich. Wertvoll war mir seine Äußerung, daß meine Ausführungen weit die anderen überragten — wertvoll, weil er urteilsfähig ist und weil es seiner Natur im allgemeinen widerstrebt, einem Freunde direkt etwas Günstiges zu sagen. Freilich war es offensichtlich, daß meine beiden Reden, die ich hielt, eine am Anfange und eine am Schluß, mit der gespanntesten Aufmerksamkeit angehört wurden. Ebenso klar war es mir von vornherein, daß trotz alledem der Ausschuß nach seiner Zusammensetzung das von der augenblicklichen Mehrheit des Vorstandes gewünschte Votum abgeben würde. Ich betonte schon vorher mit dem größten Nachdruck, daß an meiner Ansicht nicht nur — was ja selbstverständlich ist —, sondern auch an meiner Haltung nichts geändert werde, wie auch immer das Votum ausfalle. Den Vorsitz im Partei-Vorstand habe mir der Parteitag übertragen, und nur nach einer Entscheidung eines Parteitages würde ich ihn niederlegen; ich dachte nicht daran, fahnenflüchtig zu werden, so viel Anwürfe auch gegen mich gerichtet würden. Den Vorsitz in der Fraktion könne mir die Fraktion jederzeit entziehen; am 4. August hätte ich in Konsequenz der politischen Situation selbst demissionieren wollen, damals habe mich die Fraktion in Kenntnis meines Standpunktes daran gehindert und obwohl ich mir die Freiheit des Handelns vorbehielt. Auf welcher Seite die Mehrheit der Parteigenossen steht, ist nicht mit Sicherheit festzustellen.

Nur so viel ist klar, daß überall da, wo ich meine Ansichten habe entwickeln können, die Mitgliederversammlungen für mich gewesen sind. Heute habe ich noch gelesen, daß Dresden sich in diesem Sinne ausgesprochen hat und daß die Redakteure des Niederrheins den gesamten Redaktionen in einer Zuschrift die Billigung meines Verhaltens ausgesprochen haben.

Von den Mitgliedern der Fraktion haben bereits mehrere erklärt, daß sie an ihrer bisherigen Auffassung nicht festhalten könnten. Wie viele es bis zum 10. August sein werden, die sich so weit durchringen, ist allerdings noch nicht bestimmt zu sagen.

Deine Bemerkung: „Manche demokratischen Grundsätze haben sich als von zweifelhaftem Werte in diesem Kriege erwiesen“, verstehe ich nicht. Welche Grundsätze meinst Du? Welche anderen Maximen haben sich besser bewährt? Von zweifelhaftem oder richtiger: unzweifelhaftem Wert sind manche Führer, wie sich im Kriege gezeigt hat. Es wäre Demagogie, zu behaupten, daß die Massen im Besitz der Weisheit seien. Aber sie treffen, soweit die Klasseninteressen und die mit ihnen zusammen-

hängenden Gesamtinteressen in Frage kommen, meist das Richtige und finden sich, wenn sie in die Irre gehen, schnell auf den rechten Weg zurück, zumal wenn die Führer sie nicht irreleiten.

Schreibe bald, welcher Meinung Du bist. Herzlich grüßt Dich...

Dein Vater

Berlin, den 25. VIII. 1915.

Mein lieber Ernst,

Deine traurige Stimmung spiegelt mein eigenes Innere wieder. Wie weit sind wir nur gekommen! Die Davidsche Rede anzuhören, war für mich eine Seelenqual, aus der ich mich nur durch den Gedanken herausreißen konnte: In der Politik ist das Vertuschen immer gefährlich; klar aussprechen, was ist, stets von Nutzen. Und Klarheit hat D. geschaffen. Wer sich noch von den Augustphrasen betören ließ, muß jetzt sehen, wohin die Reise geht. Die Minorität kann im Reichstage nicht reden, sie hat deshalb die Pflicht, es außerhalb zu tun, und trotz aller Polizeischränken werde ich es wieder versuchen.

Zunächst hat der Vorwärts festgestellt, daß die Minorität auf 36 angewachsen ist und hat die Namen derjenigen veröffentlicht, die, ihrem Gewissen folgend, den Reichstagssitzungssaal kurz vor der Abstimmung verließen. Wenn ich das Amt als Fraktionsvorsitzender nicht niederlegte, so geschah es auf einstimmigen Wunsch der Minorität, um sie zusammenzuhalten, und weil sie meint, daß ich für die Gewinnung neuer Anhänger so am besten wirken kann. Demokratisch habe ich gehandelt, weil ich der Majorität schon im August vorigen Jahres mein Amt angeboten und sie jetzt zu einem Vorstoß gegen mich direkt gereizt habe. Aber die Schreier in der Presse blieben in der Fraktion trotzdem stumm. — —

Berlin, den 11. IX. 1915.

Liebe Else, lieber Adolf,

... In Anknüpfung an einige politische Fragen, die wir erörterten, sende ich Euch eine Broschüre, die aus bürgerlichem Lager stammt. Ihr Verfasser ist, wie ich Euch vertraulich mit der Ermächtigung, Siegfried Stern einzuweihen, mitteile, Quid d. e. Der Militärbehörde ist seine Verfasserschaft freilich schon bekannt geworden, und die Folge ist die Postsperrung, die über ihn verhängt worden ist. Dennoch ist die Broschüre in weitem Maße zur Verbreitung gelangt.

Ihr werdet bei der Broschüre sofort sehen, inwieweit ich von dem Inhalt abweiche. Aber in ihren Grundgedanken erhebt sie sich turmhoch über das Gerede der Bierbankpolitiker, der „maßgebenden“ bürgerlichen Politiker und das Gros der Universitätsprofessoren.

Die „Berner Tagwacht“ ist seit kurzem vom Postversand für Deutschland ausgeschlossen. Ich werde Euch binnen kurzem eine andere ausländische Zeitung empfehlen.

Innigste Grüße Euch und den lieben Kindern von

Eurem Hugo.

Berlin, den 1. X. 1915.

Mein lieber Ernst,

für Deine Glückwünsche zu meinem Geburtstage besten Dank! Wenn die Wünsche in sich die Kraft hätten, ihre Erfüllung zu erzwingen, so säßen wir schon vereinigt unter dem schützenden Dach des Friedens. Wie lange wird es noch dauern, bis dieses Sehnen Wirklichkeit geworden ist! Meine Gedanken fliegen in letzter Zeit noch häufiger zu Dir als vorher; und ich warte Tag für Tag auf eine Nachricht, wo Du jetzt bist. Es kommt in die Vorstellung eine größere Festigkeit, wenn ich Dich dabei auf einen bestimmten Platz stellen kann.

Die Zeitung habe ich für Dich wieder bestellt, und ich hoffe, daß sie Dir regelmäßig zugehen wird. Viel Erfreuliches bringt sie nicht. Gewisse Anzeichen sprechen dafür, daß auch in den oberen Regionen die Überzeugung aufzutauchen beginnt, daß, um eine Erschöpfung zu verhüten, das Ende des Krieges bald herbeigeführt werden muß. Aber die Gegenkräfte sind noch sehr stark. Die Erklärung, die der engere Ausschuß der konservativen Partei veröffentlicht hat, wirft auf diese Strömungen ein bezeichnendes Licht.

Die Stimmung der Bevölkerung wird immer ernster; der Gedanke eines Winterfeldzuges quält die Volkspsyche. Die Nachrichten vom Westen, die Ungewißheit der Balkanlage erzeugen eine beängstigende Spannung.

In meiner Praxis ist es sehr still geworden, was seine ausreichende Erklärung im Niedergang des gewerblichen Lebens und in der Verminderung der tatkräftigen Bevölkerung findet. In meiner öffentlichen Tätigkeit bleiben die Reibungen fast keinen Tag aus. Sie hemmen zwar die Lust an der Arbeit, scheinen aber meiner Gesundheit nicht nachteilig zu sein.

Halte Dich gesund! Herzinnig grüßt Dich

Dein Vater.

Berlin, den 7. X. 1915.

Lieber Gottschalk,

von Freund Liebknecht habe ich zu gleicher Zeit wie Du einen jammervollen Brief erhalten, dessen Inhalt der Parteivorstand auf meinen Antrag zum Gegenstand einer sachlichen Beschwerde beim Kriegsminister gemacht hat. Das war auch L.'s Wunsch, und insofern kann ich ihn beruhigen. L. leidet schwer unter den Erlebnissen dieser schrecklichen Zeit, jedesmal wenn er draußen weilt. Wie frisch war er dagegen, als er mit uns in K. plauderte und sich von den

Eindrücken des von ihm vorher Geschauten und Erlebten frei gemacht hatte — allerdings nur vorübergehend. Gewiß wäre militärische Sicherheitshaft in Berlin für ihn kein Schrecken.

Meyer ist aus der Haft entlassen und wieder im Beruf tätig, der mit ihm verhaftete Genosse auch. Die Freilassung ist erfolgt, bevor ich offiziell als Verteidiger auftrat.

Für Clara*), die ich vor 14 Tagen in Karlsruhe besucht und mehrere Stunden gesprochen habe, habe ich einen Haftentlassungsantrag gestellt. Bis zu dieser Stunde ist noch keine Entscheidung getroffen worden.

Das Karlsruher Verfahren übertrifft alles, was das Sozialistengesetz gezeitigt hatte. Wie man — von allen anderen Gründen abgesehen — von Fluchtverdacht sprechen kann, während alle Grenzen hermetisch abgeschlossen sind, bleibt das Geheimnis des Reichsgerichts, wenigstens für denjenigen, der den Fall „juristisch“ betrachtet. Ich habe mir diese Betrachtungsweise für politische Prozesse längst abgewöhnt, gespannt bin ich jedoch, wie das Reichsgericht sich gegenüber meinen Ausführungen verhalten wird.

Clara war verhältnismäßig in guter Gesundheitsverfassung. Gestern schrieb sie mir in schlechter Stimmung, da auch ihr zweiter Sohn ins Feld hat rücken müssen, ohne daß sie ihm zum Abschied noch einmal die Hand hat drücken können. Möchte sie nur die Haft gut überstehen! — —

Berlin, den 21. X. 1915.

Sehr geehrte Genossin Zetkin!**)

Das Gerücht, Sie seien auf Betreiben des Parteivorstandes aus der Haft entlassen worden, entbehrt jeder Grundlage. Der Beschluß des Reichsgerichts, der dieses Gericht wieder in seinem vollen Glanze zeigt, enthält auch nicht die Spur einer milden Beurteilung des Sachverhalts, sondern wird den Tatsachen auch nicht im geringsten gerecht. Es ist im Hinblick auf den Inhalt des Beschlusses geradezu absurd, anzunehmen, daß der Oberreichsanwalt — nur um diesen könnte es sich handeln — zu Ihren Gunsten beeinflußt sei.

Als in der letzten Sitzung der Kontrollkommission die Anfrage an den Parteivorstand gerichtet wurde, ob er nicht für Sie etwas tun wolle, habe ich darauf erwidert: Der Parteivorstand sei sich bald nach Kriegsausbruch darüber schlüssig geworden, daß weder er noch ein einzelnes Mitglied bei der Regierung irgendeine Gefälligkeit, irgendeinen Vorteil für einen Parteigenossen nachsuchen dürfe. Daran müßten wir unter allen Umständen festhalten, und Sie würden es mit Recht am allerschärfsten verurteilen, wenn wir zu Ihren Gunsten von dieser Maxime abweichen. Alle Teile stimmten dieser Auffassung zu.

*) Zetkin.

**) Antwort auf einen Brief Clara Zetkins nach ihrer Entlassung aus der Untersuchungshaft, in dem sie der Befürchtung Ausdruck gab, sie habe ihre Freilassung der Vermittlung des Parteivorstandes zu danken.

Wenn das Gerücht, daß Sie erwähnen, überhaupt einen Anhalt hat, so kann dazu nur die Beschwerde gedient haben, die auf meine Veranlassung der Parteivorstand bei dem Reichskanzler wegen der Praxis der militärischen Sicherheitshaft, der Redeverbote im Rheinland-Westfalen und wegen des Schweigegebots gegenüber dem Karlsruher Prozeß eingereicht hat. In dieser Beschwerde ist nicht einmal Ihr Name erwähnt, geschweige denn ein Eingreifen in das Gerichtsverfahren gefordert worden. Es handelt sich um eine politische Aktion, über deren Dringlichkeit wir beide ja einig waren.

Für Westmeyer habe ich heute den Haftentlassungsantrag gestellt. Es ist ein starkes Stück, ihn festzuhalten, während er Ihnen einen Besuch abstatten will.

Auf dem gesamten Volke lastet ein schwerer Druck. Die Majorität in der Partei geht gedrückt umher: trotz allem und allem wird ihr nicht einmal die geringste reale Konzession gemacht. Die Worte „Tat“ und „handeln“, die von ihr verspottet und brüsk zurückgewiesen wurden, erscheinen jetzt auf ihren Lippen. Das hat die Teuerung zuwege gebracht!

Von Ihren Kindern haben Sie hoffentlich gute Nachricht. Mein Junge, der sich in Polen eine böse Darmerkrankung zugezogen hatte, hat sich wieder erholt.

Herzliche Grüße an Sie und Genossen Zundel

Ihr H. H.

Ende Oktober 1915.

Mein lieber Ernst!

. . . Das Rededuell in der letzten Nacht endigte mit einer Zustimmungserklärung zu meinen Ausführungen, für die bis auf fünf Personen alle die Hände erhoben. Ich bin jedoch innerlich so müde, daß ich keine rechte Freude daran habe. Nicht, daß ich etwa verzweifelt wäre. Aber die Wahrnehmung des wachsenden materiellen Elends, der Nahrungssorgen, der seelischen Qualen, der geistigen Zerrüttung und des moralischen Bankerotts auch bei Personen, von denen ich etwas anderes erwartet hatte, greift an die Nieren. Zuweilen taucht in mir der Wunsch auf, nur auf eine Woche zu einem fernen Planeten zu fliegen, um in anderer Atmosphäre zu atmen. . . .

Berlin, den 27. XI. 1915.

Liebe Else,

inmitten stürmischer Debatten, in die ich als Leiter von Zeit zu Zeit begütigend einzugreifen genötigt bin, riskiere ich es, zugleich den Verhandlungen zu folgen und meine Gedanken nach Königsberg zu lenken. . . .

Für meine Auffassung über die parlamentarische Behandlung der Friedensfrage habe ich schon fast die Hälfte der Fraktion gewonnen. Montag beginnen die Erörterungen über diesen Punkt, die von beiden

Seiten wahrscheinlich mit großer Leidenschaftlichkeit werden gepflogen werden. Ich bin entschlossen, mich aus der Ruhe nicht aufpeitschen zu lassen; vielleicht gelingt es diesmal, die Mehrheit dann zu mir herüberzuziehen. Kompliziert wird freilich die Situation dadurch, daß entgegen den Erklärungen, die noch vor zwei Tagen die Regierung abgab, wahrscheinlich eine Kreditvorlage gemacht werden wird, die die unter uns bestehende Streitfrage in aller Schärfe wieder aufwerfen wird. Die 30 Milliarden sind bis zum Schluß dieses Jahres aufgebraucht, und das Reich muß, um im Januar nicht ohne Geld dazustehen, von neuem pumpten.

Die Friedensaussichten sind leider gering, obwohl die Kriegsverdrossenheit, nicht nur die Müdigkeit, rapide wächst. Symptomatisch sind die gedrückten und besorgten Mienen von Parlamentariern und Regierungsleuten, die noch vor wenigen Monaten keck und eroberungslustig ihr Haupt erhoben. Beachtenswert ist auch ein Aufsatz in dem soeben erschienenen Heft von Naumanns „Hilfe“, der eindringlich mahnt, den Kriegsanfang nicht zu vergessen und in erster Linie, daß wir nicht zum Zweck der Eroberung, sondern zur Verteidigung den Krieg führen wollten. Das schreibt Naumann, der noch vor kurzem, ganz im Fahrwasser seines hyper-imperialistischen Freundes Rohrbach schwimmend, nicht genug erobern konnte.

Versuchsballons steigen auf, in England und hier. Unverbindliche Vorschläge werden im neutralen Auslande besprochen. Aber ein Erfolg ist nicht zu erwarten, so lange nicht von deutscher Seite ohne alle Klauseln eine Friedensverhandlung auf der Grundlage der Wiederherstellung der vollen Selbständigkeit Belgiens konzidiert wird. Ein trüber Winter! Ein sehr patriotischer Zentrumsmann sagte mir gestern: „Ein denkender Mensch kann das Leben kaum noch ertragen“. Wie groß ist aber der Troß der Denkrägen, der Urteilslosen!

Berlin, den 16. XII. 1915.

Liebe Else!

Ich war körperlich zerschlagen und seelisch verstimmt gerade aus dem Reichstag gekommen, als Dein Gespräch aus Königsberg angemeldet wurde, und so stark auch die Erwartung war, sie konnte die Hemmungen nicht sprengen. Darf ich annehmen, daß Du auf Grund mancher Erfahrungen mich doch besser verstanden hast, als ich zunächst geglaubt habe?

Von der Sitzung des Reichstags vom vorigen Donnerstag kannst Du Dir selbst nach dem Vorwärts-Bericht, den Du wohl gelesen hast, kaum eine Vorstellung machen. Selbst bei den erregten Zolldebatten im Winter 1902/1903 ging es kaum so stürmisch zu, wie dieses Mal. Noch niemals habe ich einem Menschen so viele Liebenswürdigkeiten ins Gesicht geschleudert wie Kämpf, bis er sich gezwungen sah,

mir das Wort zu erteilen. Ich war infolge Anstrengung der Stimme und nervöser Abspannung schon heiser, als ich das Wort ergriff; es gelang mir aber dennoch, mit Nachdruck zu sagen, was der Moment erforderte. Die so gerettete Situation verdarb dann leider . . . Landsberg. Wenn irgendwo Friedenskeime zu sprießen begannen, so hat sie Bethmann mit seiner provokatorischen Rede vernichtet. Lasziate ogni speranza!*) Geschieht nicht ein Wunder, so endet dieser Krieg als Aufreißungskrieg. Der Gedanke an die Zukunft ist fürchterlich, die Gegenwart niederdrückend und der Rückblick auf die letzten 16 Monate immer wieder schaudererregend. Der Rausch ist auch bei den bürgerlichen Parteien geschwunden, in den intimen Beratungen lassen sie die Masken fallen und zeigen sich recht besorgt. Jetzt taumeln sie mit offenen Augen dem verderbensvollen Abhang zu. Und in den anderen Ländern ist es ebenso, und doch gibt es keine Rettung, weil die oppositionellen Elemente nicht stark genug sind. Sie erstarken aber zusehends.

Bei uns in der Fraktion ist die Zahl der Kreditverweigerer auf 43 gestiegen, und auf Zuwachs ist zu rechnen, schwankten doch jetzt schon mehrere, die sich jedoch zu einem „Nein“ nicht aufraffen konnten. Bei unseren Freunden in Frankreich soll sich eine ähnliche Entwicklung vollziehen, die begreiflicherweise schwerer sich durchsetzen kann, weil der Feind in ihrem Lande steht. Ich muß sogleich nach Schluß des Reichstags noch eine weite Reise machen, hoffe jedoch am Freitag schon wieder in Berlin einzutreffen und dann mit Thea und Hilde nach Königsberg zu kommen. . .

Dein Hugo.

Berlin, den 21. XII. 1915.

Liebe Freunde!

Endlich bin ich mein Amt als Fraktionsvorsitzender los, und ich atme so frei wie schon sehr lange nicht. Ich bin nicht mehr im Widerstreit mit mir und glaube, durch meine Haltung im Reichstage der großen Sache, an der mein Herz hängt, einen Dienst geleistet zu haben. Die Erklärung, die im Reichstage heute namens der Minderheit der Fraktion abgegeben wurde, ist von mir verfaßt. Während ich hier schreibe, berät die Fraktion über unseren „Disziplinbruch“. Dabei ist es mir angenehm, daß die wütendsten Gegner anerkennen müssen, daß an dem Inhalt der Erklärung mit Ausnahme der Schlußfolgerung eigentlich nichts auszusetzen sei, daß sie sehr sachlich gehalten sei. Ich hoffe Eure Ruhe durch die „Sonderaktion“ nicht gestört zu haben. Herzliche Grüße

Euer H.

*) Laßt alle Hoffnung fahren!

Berlin, Ende Dezember 1915.

Mein lieber Ernst,

das Jahr 1915 geht zu Ende, ohne uns die geringste Hoffnung auf einen nahen Frieden zu hinterlassen. Die „Friedensbedingungen“, die die „Neue Züricher Zeitung“ vor einigen Tagen veröffentlichte, geben die Ansichten wieder, die augenblicklich in einigen Regierungen geäußert werden. Gegenüber den excessiven Plänen, die früher aufgestellt wurden, sieht man in ihnen den Anfang der Selbstbesinnung. Aber eine Grundlage für Friedensverhandlungen bilden sie nicht. England scheint mit Einführung der Dienstpflicht zu antworten. So wird es bis zum bitteren Ende weitergehen.

Bei uns wird der Philister bald an dem wundesten Punkt getroffen werden und sich wild gebärden. Preußen wird die Steuern verdoppeln. Das Reich will Verbrauchs- und Verkehrssteuern einführen, die noch vor kurzem für undenkbar gehalten wurden. Die wirtschaftliche Entwicklung wird zurückgeschraubt, und das im Zeichen der Weltpolitik und der Weltwirtschaft. Da haben uns die Lensch und Konsorten noch vor kurzem höhnend zugerufen, wir Kurzsichtigen merkten noch immer nicht, daß der Krieg die Lokomotive der Entwicklung sei.

Trotz Burgfriedens wird es im Frühjahr heftige Parteikämpfe geben; denn in Geldsachen hört allemal die Gemütlichkeit auf. Den Leisetretern und Patrioten in der Partei schwindelt bei dieser Aussicht. Meine Auffassung, die ich bei Ausbruch des Krieges und seitdem konsequent vertreten habe, bestätigt sich immer mehr. Vor den harten Tatsachen wollen manche meiner Gegner nicht mehr wahr haben, was sie noch vor wenigen Monaten als blanke Weisheit verkündeten. Ich bin froh, die Bürde des Fraktionsvorsitzenden los zu sein und im Kampf dadurch freier zu werden.

Hätte ich Dich, mein lieber Junge, heute bei mir, so würde ich Dir viel erzählen. So kann ich nur manches andeuten. Meine Gedanken werden bei Beginn des neuen Jahres zu Dir eilen und bei Dir verweilen. In der Hoffnung, Dich bald gesund auf Urlaub begrüßen zu können, bin ich in Liebe

Dein Vater.

Werter Genosse Ernst*),

Januar 1916.

in der letzten Sitzung des Zentralvorstandes hat sich, wie mir mitgeteilt worden ist, Genosse Richard Fischer auf eine Äußerung von mir berufen, die ich in der Fraktion getan haben soll. Zu den Er-rungenschaften der großen Zeit gehört es, Äußerungen aus internen Sitzungen in Abwesenheit derjenigen zu verbreiten, denen sie in den Mund gelegt werden.

Für meine Person habe ich nichts dagegen, daß das, was ich in politischen Angelegenheiten gesagt habe, die weiteste Verbreitung

*) Eugen Ernst, Berlin.

findet. Ich muß jedoch darauf bestehen, daß meine Worte nicht aus dem Zusammenhang gerissen werden, und daß namentlich nicht halbe Sätze wiedergegeben werden. Ich soll über Bethmanns Haltung gegenüber den Annexionspolitikern meine Befriedigung in der Fraktion ausgesprochen haben. Vor Jahr und Tag habe ich bei einem Bericht über eine Unterredung mit Bethmann-Hollweg wahrheitsgemäß mitgeteilt, daß Bethmann die Eroberungspläne der Alldutschen als grotesk bezeichnet hat. Das gab mir den Anlaß zu der Bemerkung, ich sei befriedigt, daß Bethmann die grotesken Annexionspläne verwerfe, aber ich knüpfte an diesen Vordersatz sofort den Nachsatz, es sei jedoch durchaus irrig, aus Bethmanns Äußerung zu schließen, daß er Antiannexionist ist. Er sei nur klug genug, einzusehen, daß die verrückten Pläne der Alldutschen undurchführbar seien; er unterscheide sich von ihnen im Maß, nicht im Prinzip.

Diese Gedanken habe ich wiederholt in Fraktionssitzungen entwickelt und im Anschluß daran namentlich die wirtschaftlichen Annexionspläne Bethmanns in bezug auf Belgien scharf kritisiert. Haupt- und Nebensatz, die untrennbar zusammengehören, beweisen das gerade Gegenteil von dem, was die Anhänger der Mehrheit mit der nur halbziitierten Äußerung beweisen wollen. Es zeigt sich hier wieder, daß halbe Wahrheiten gefährlicher sind als ganze Unwahrheiten. Bei der Stellung, die ich seit Ende Juli 1914 ohne jedes Schwanken eingenommen habe, sollte es freilich kaum nötig sein, Parteigenossen über meine Äußerungen in bezug auf die Kriegspolitik aufzuklären. Für alle Fälle bitte ich Sie jedoch, dieses Schreiben in der nächsten Sitzung zu verlesen, damit nicht aus der Fischerschen Bemerkung falsche Schlüsse gezogen werden.

Mit bestem Gruß

Ihr H.

Berlin, den 3. II. 1916.

Liebe Else,

... Deinen lieben Brief erhielt ich, als ich nach Reuß fuhr. Es war eine anstrengende Reise, einen Abend Debatte bis nachts gegen 2 Uhr, am nächsten Tage von 2 Uhr mittags bis abends 9 Uhr. Die Stimmung in beiden Versammlungen war, obwohl Cohen geschickt sprach und viel persönliche Sympathie hatte, gegen ihn. Nach seinen Vorträgen rührte sich nicht eine Hand zum Beifall, während ich lauten Anklang fand. In seinem Schlußwort legte er es darauf an, Stimmenenthaltung durchzusetzen, da er Zustimmung bei der Mehrheit nicht erreichen konnte. Dennoch wurden Resolutionen zugunsten der 20 und ausdrücklich gegen seine Haltung angenommen. Sie sind heute im „Vorwärts“ abgedruckt. Spießbruten mußte er laufen, als ihm der Kreisvorsitzende vorhielt, daß er noch am 31. Juli 1914 über die Schuld am Weltkriege, über den

Wert der Kolonialpolitik und anderes mehr das Gegenteil von dem ausgeführt habe, was er seit dem 4. August vertrete. Interessant war, daß der Beamte des Textilarbeiter-Verbandes und der Beamte des Metallarbeiter-Verbandes entschieden für die Aktion der 20 eintraten und dabei den „Disziplinbruch“, den sie als Gewerkschaftler sehr ernst nehmen würden, verneinten. Aber — setzte der erste hinzu — wäre es ein „Disziplinbruch“, so würden ihn die außergewöhnlichen Umstände rechtfertigen: es läge dann ein Konflikt von Pflichten vor, in dem die höhere Pflicht den Ausschlag zu geben habe. Übrigens hatten schon vorher die Funktionäre des Kreises sämtlich bei einer Stimmenthaltung sich für die 20 und gegen ihre Abgeordneten erklärt.

In Hamburg hat inzwischen eine große Versammlung gegen das „Hamburger Echo“ Stellung genommen; von einer der Hamburger Organisationen habe ich die Einladung zu einem Vortrag erhalten, die ich werde annehmen müssen, obwohl ich mich müde und recht abgespannt fühle. Mehr als je habe ich das Dir nicht unbekannte Verlangen, wenn auch nur eine Woche, auf einer einsamen Insel auszuweichen. Man hat eben noch phantastische Gefühle, für die man vergeblich nach einer realen Unterlage Umschau hält. . . .

Dein H.

Berlin, den 17. II. 1916.

Werter Genosse Eisner,

Ihr Brief an Genossen Kautsky gibt mir Veranlassung, an Sie zu schreiben. Während der ganzen Dauer des Krieges habe ich mit lebhafter Sympathie Ihre Artikel gelesen und bedauert, daß manche von ihnen, die eine weite Verbreitung verdienten, so diejenigen über den französischen Kongreß, der Zensur zum Opfer gefallen sind. Das Bedürfnis, Ihnen meine Zustimmung zu vielen Ihrer Ausführungen auszusprechen, habe ich stark empfunden; und nur die Besorgnis, aufdringlich zu erscheinen, hat mich davon abgehalten, ihm zu genügen.

Ihren Wunsch, über die über mich kolportierten Äußerungen direkt unterrichtet zu werden, will ich heute gerne erfüllen. Ich habe nie gesagt: „Ich wolle keinen Sieg“. Ich habe betont, daß, wenn kein Wunder eintritt, wahrscheinlich keine der kämpfenden Gruppen einen entscheidenden militärischen Sieg erringen werde. Kein mir bekannter Genosse, auch Liebknecht nicht, hat jemals die Niederlage Deutschlands gewünscht. Wohl aber sind die Ansichten über die Wirkung eines niederschmetternden Sieges durchaus geteilt. Hätte Deutschland mit raschen Schlägen Frankreich niederwerfen und dann Rußland ein Sedan bereiten können, so würden die Annexionspolitiker eine unwiderstehliche Macht gehabt haben. Ein so „glorreicher“ Sieg würde aber für den künftigen Frieden der Welt und für die innerpolitischen

Zustände im Deutschen Reiche verhängnisvoll gewesen sein. Alle solche Erwägungen laufen jetzt jedoch auf eine müßige Gedanken-spielerei hinaus. Jetzt haben wir uns damit zu beschäftigen, wie wir uns zur Fortsetzung des Krieges stellen, der nicht nur vom sozialistischen Standpunkt aus sinnlos ist, sondern auch für die herrschende Klasse jeden Sinn verloren hat. Hat doch selbst Helfferich schon offen zugestehen müssen, daß eine Verarmung Europas kolossale Steuern zur Folge haben werde.

Die Rede Bethmanns, die er als Antwort auf die Fraktions-interpellation Scheidemanns gegeben hat, ist keine Friedens-, sondern eine Kriegsrede gewesen. Gewiß wünscht auch Bethmann das Ende des grausigen Ringens, wie jeder verantwortliche Staatsmann. Aber wie die anderen uns den Frieden diktieren wollen, so will auch er nur einen Frieden, bei dem er den anderen seine Bedingungen auf-zwingen kann. Es ist deshalb eine Selbsttäuschung oder eine Täuschung der Genossen, wenn Bethmann als friedensbereit ge-schildert wird.

Sie ersehen aus dieser Darstellung, daß meine Äußerungen in das Gegenteil verkehrt worden sind. Da den Genossen, die sie weitergeben, die Ehrlichkeit nicht abgesprochen werden kann, so liegt hier ein Symptom der intellektuellen Verwüstung vor, die der Krieg angerichtet hat. . . .

Berlin, den 13. III. 1916.

Lieber Gottschalk,

Dein Schrei nach Propagandamaterial ist berechtigt. Die Gegen-seite nutzt in der Tat völlig skrupellos die ihr von den Behörden gewährte Freiheit aus, und was Du der Linken vorwirfst, ist richtig. Die Zersplitterung ist geradezu herzbeklemmend, und ich habe unter diesem Bewußtsein, wie freilich unter dem Gefühl des gesamten Elends, wochenlang sehr schlecht geschlafen.

Gegen Scheidemann hat mir vorgestern Professor Schücking, mit dem ich zum erstenmal persönlich ein paar Stunden zusammen war, ein ausgezeichnetes Material gegeben*); er hat mir nämlich in die Feder diktiert, wie im April v. J. die Verhandlung zwischen Dresselhuys und ihm in Gegenwart von Tepper-Laski und de Jong gewesen ist. Ich sende diesen Bericht, so, wie er ihn diktiert hat, unter Berufung auf Schücking und Tepper-Laski, der ihn als richtig bestätigte, an sämtliche Fraktions-kollegen, die Redakteure und Sekretäre. In der Öffentlichkeit wird jede Andeutung über diese Vorgänge unterdrückt, wie Kautsky und Bernstein wieder erfahren haben. Sehr begreiflich, denn das

*) Scheidemann hatte die Behauptung Haases, es hätte sich schon im Jahre 1915 eine Gelegenheit zur Anknüpfung von Friedensverhandlungen durch Vermittlung holländischer einflußreicher Persönlichkeiten geboten, als „Friedensente“ zu entkräften gesucht.

Scheidemannsche Märchen von der jederzeit friedensbereiten Regierung wird durch das unanfechtbare Zeugnis Schückings, der denselben Bericht im vorigen Jahre der Regierung erteilt hat, widerlegt.

Als Schücking und Dr. Goldscheid im April 1915 bei der Regierung dahin wirkten, Dresselhuys zu empfangen, fanden sie taube Ohren, während sie vor der Reise nach Holland sehr freundlich empfangen waren. Was war geschehen? Die ersten Siege in den Karpathen waren erfochten. Man rechnete mit der Neutralität Italiens, man glaubte, Rußland bald zum Frieden zwingen zu können und darauf gegen England und Frankreich die bekannten Pläne durch militärische Siege durchsetzen zu können. Diese Auffassung, die meine Gewährsmänner hier damals antrafen, spiegelte sich dann in der „Nordd. Allg. Zeitung“ vom 23. IV. 1915 wider.

Berlin, den 25. III. 1916.

Liebe Else,

Donnerstag in Königsberg zu sein, ist ein schöner Gedanke, viel zu schön für diese rauhe Wirklichkeit mit ihren mich umtobenden Stürmen. Ich muß standhalten und kann namentlich nicht weg, wenn der Reichskanzler seine schon oft angekündigte Rede hält. Da kann mir das Wort nicht abgeschnitten werden, weder von Kämpf noch von den früheren Fraktionskollegen. Was ich zu den gestrigen Vorgängen zu sagen habe, verzapfe ich in Königsberg. Alle Quisquilien kommen nicht gegen die Tatsache auf, daß die Mehrheit in einen Sumpf geraten ist, aus dem sie nicht einmal die Steuervorlagen heraustreiben konnten. Daß die 18 nicht in den Sumpf mitversinken wollten, das entfesselte die Wut. Die „Treue“ erfordert nach dieser famosen Auffassung das moralische und intellektuelle Versinken. Ich habe Scheidemann so rechtzeitig von meiner Absicht, zu sprechen, unterrichtet, daß er in die Lage versetzt wurde, sich vor mir zum Wort zu melden und zu reden. Dies hielt ich persönlich für ein Gebot des Anstands. Die kleine Gruppe der 18 — die sich als Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft konstituiert hat — hatte (übrigens in meiner Abwesenheit) aus politischen Gründen beschlossen, von der beabsichtigten Aktion der Fraktion keine Kenntnis zu geben, um nicht vorher Skandalszenen zu veranlassen und die Vereitelung der Aktion heraufzubeschwören. Der „Treubruch“ ist wie der „Disziplinbruch“ nur ein Täuschungsversuch.

Die Kollegen im Parteivorstand machten ein Zusammenarbeiten ohne persönliche Reibungen zur Unmöglichkeit. Deshalb mußte ich meinen früheren Standpunkt aufgeben und mein Amt als Vorsitzender niederlegen. Ich bin glücklich, das Amt, das nur noch eine Fessel war, los geworden zu sein und dadurch für sachliche Kämpfe Kräfte frei zu haben.

Soviel Anforderungen jetzt auch an mich gestellt werden — ich spreche es mit Zuversicht aus: auf baldiges Wiedersehen!

Berlin, den 2. V. 1916.

Liebe Else,

Ich mußte heute schon am frühen Morgen mein Haus verlassen, um Karl Liebknecht aufzusuchen, der gestern abend verhaftet ist. Seine Frau ist sehr stark mitgenommen, da sie das Schlimmste befürchtete; ich selbst bin auch aus dem Gleichgewicht geraten, in dem ich mich seit dem Osterausflug befand.

Eine nicht sehr beträchtliche Gruppe von Personen hat gestern abends einen Mai-Spaziergang über den Potsdamer Platz gemacht. Liebknecht soll in Zivil: Hoch der Friede! Nieder mit der Regierung! gerufen haben. Darauf wurde er gepackt und in das Gefängnis abgeführt. Ich war gerade zu Bett gegangen, als mir dieser Vorfall telefonisch mitgeteilt wurde. Ich machte dann noch in der Nacht den Versuch, festzustellen, in welches Verließ er gebracht worden war, aber vergeblich. Und auch heute habe ich ihn noch nicht sprechen können, da der zuständige Polizeirat noch nicht die Akten hatte, und ohne Akten ist ein preußischer Bürokrat bekanntlich hilflos.

Wenn nicht höhere politische Erwägungen dahin führen, die Sache en bagatelle zu behandeln, wenn man „der Gerechtigkeit freien Lauf“ läßt, so müssen wir um ihn besorgt sein. Seine Tat ist zwar gewiß nicht so schwer, aber die allgemeine und namentlich die Behördenpsychologie ist ihm nicht günstig.

Du wirst es verstehen, daß ich von diesem Ereignis im Augenblick so erfüllt bin, daß das Persönliche, das heißt: das meine Person Angehende, in den Hintergrund gedrängt ist.

Berlin, den 4. V. 1916.

Mein lieber Ernst,

Du verstehst es, mein lieber Junge, daß ich nicht häufig an Dich schreibe. Nicht nur das Übermaß von Arbeit, das seit langem auf mich einströmt, hindert mich daran, sondern auch die Überlegung, daß ich in einem Briefe nicht frei heraus meine Gedanken und Gefühle ausströmen lassen kann. Aber sie fliegen oft unsichtbar zu Dir, und wenn sie sich Dir auch nicht bemerkbar machen, so wirst Du doch davon durchdrungen sein, wie lieb ich Dich habe und wie ich an Dir hänge. Geht auch mein Sehnen über das Persönliche hinaus, so verhehle ich mir nicht, daß sich mit dem Verlangen nach dem Frieden für die Welt für mich der Wunsch vermählt, mit Dir wieder vereinigt zu sein. Bei aller Nüchternheit, mit der ich die Realitäten der Weltlage betrachte, neige ich der Hoffnung hin, daß es nochmals zu einem Winterfeldzug nicht kommen dürfte. Verdun bestätigt die Erfahrungen, die wir seit 1½ Jahren bei allen Offensiven machen. Trotz alledem wird auch dieses Beispiel die Beteiligten nicht zur Vernunft bringen. Von der einen und der anderen Gruppe aus sind Offensiven zu erwarten. Aber,

est modus in rebus*). Lange genug dauert es freilich, bis der Höhepunkt erreicht wird. Inzwischen bluten und hungern die Völker.

Mit Amerika wird ein Ausgleich versucht werden. Die Lage bleibt jedoch auch im Falle augenblicklichen Gelingens gespannt, und ein frondierendes Torpedo kann nach einiger Zeit doch den Bruch herbeiführen. Ich habe diese Situation, die wirklich für Deutschland nichts Erhebendes hat, bei dem Lusitania-Fall sofort vorausgesehen und vorausgesagt. Nicht nur aus Gründen der Menschlichkeit, sondern auch aus politischer Klugheit und wohlverstandenen nationalen Interesse mußte gegen die Lusitania-Taktik eingeschritten werden. Ein Antrag, den ich damals stellte, wurde in der Fraktion aus blödem Hyperpatriotismus und „Staatsmannstum“ abgelehnt. Wie gut, daß ich wenigstens noch vor der amerikanischen Note im Reichstag meinen Standpunkt in der U-Boot-Frage klarstellen konnte. Wenn ich nicht schärfer sprach, so hatte das seine guten Gründe, über die Du wohl schon unterrichtet bist. Meine Haltung drängt die Rechtssozialisten jetzt dazu, zuweilen scharfe Töne anzuschlagen. Wen werden sie täuschen? Sie bilden eine schrille Dissonanz zu der Gesamtpolitik, von der sie nicht mehr loskommen. Dauert der Krieg noch lange, so werden noch manchem die Augen aufgehen.

Dein Vater.

Berlin, den 17. V. 1916.

Lieber Gottschalk,

das Zentrum hat den schlaun Plan, die Sozialdemokratie zu Mitschuldigen bei der Steuergesetzgebung zu machen. Helfferich erklärte heute in der Steuerkommission, daß die Steuern nur einheitlich verabschiedet werden könnten. In gleichem Sinne hat sich die Kölnische Volkszeitung ausgesprochen. Es scheint die Absicht zu bestehen, das Steuerbündel durch ein Mantelgesetz zusammenzufassen. Ausgezeichnet! Dann muß die alte Fraktion Farbe bekennen, dann muß sie zeigen, ob sie auch indirekte Steuern (Zigarettensteuer) und die Verkehrssteuern schlucken will. Ein Teil ist bereits dazu entschlossen, und mit welcher Motivierung? Dadurch trügen sie dazu bei, eine indirekte Steuer, nämlich: die Tabaksteuer, zu Fall zu bringen — so raunen die Staatsmänner den Naiven ins Ohr. Ich brauche den groben Schwindel vor Dir nicht aufzudecken — von dem Programm der Partei ganz zu schweigen.

Sollten die Staatsmännlein mit ihrer Meinung durchdringen, so wäre die Situation für die Partei so klar, daß auch die Schwankenden zu einer festen Stellung gezwungen werden. Nur immer zu!

Sobald die Entscheidung in der Steuerkommission fällt — was in den nächsten Tagen geschieht — bin ich bereit, meinen Vortrag in Königsberg zu halten.

*) Schließlich gibt es in allen Dingen ein Maß.

Um hier nichts Wichtiges zu versäumen, würde mir Sonntag, der 28. Mai am besten passen. Am Himmelfahrtstage werde ich wohl in Elberfeld sprechen müssen. An einem Wochentage werde ich jetzt, wo wichtige Entscheidungen bevorstehen, mich kaum von hier entfernen können.

Lebe wohl! Herzlichen Gruß an Dich und die Freunde

Dein

Hugo Haase.

Mai 1916.

Liebe Else,

in dieser rauhen, trüben Zeit erhascht man sehnsüchtig jeden Sonnenschein, und ich bin Dir von Herzen dankbar für die Wärme, mit der Du Deinen Brief angefüllt hattest. Mein Schritt vom Dezember ist nachträglich, und zwar in überraschend kurzer Zeit, voll gerechtfertigt worden. Der U-Boot-Antrag, dem Ebert und Scheidemann ihren Segen gegeben haben, ist ein untilgbarer Schandfleck. Wären wir nicht aus der alten Fraktion ausgeschieden, so wären wir mitverantwortlich dafür. Meine Rede wäre nicht gehalten worden, sondern die Sozialdemokratie hätte widerspruchslos den Bethmannschen Kriegsfanfaren zugestimmt. Zuschriften in Menge — und nicht nur aus parteigenössischen Kreisen — beweisen, wie notwendig diese Rede war, und das Echo von Paris ist nicht ausgeblieben, wie die Nachrichten über die Nationalrats-Sitzung beweisen. Sollte die Volkszeitung meine Rede nicht im Wortlaut abdrucken, so sende ich Dir den stenographischen Bericht, der Dir erst einen richtigen Eindruck von dem vermitteln wird, was ich gesagt habe. Ich hätte meiner Rede einen agitatorischen Charakter geben können, aber mir lag daran, sie so einzurichten, daß ich, ohne meiner Ansicht irgend etwas zu vergeben, sie ohne Tumult zu Ende führen konnte. Mehrere Mitglieder der alten Fraktion haben schon Zehntausende Exemplare bestellt, um sie zu verbreiten, selbstverständlich gehören diese Genossen der Minderheit der alten Fraktion an.

Der Streich, den Scheidemann am Montag unternahm, mich persönlich zu diskreditieren, um seine undemokratische Handlungsweise zu verdecken und sich lieb Kind bei den Bürgerlichen zu machen, bleibt diesmal nicht ungerächt. Fischer, auf den er sich berief, hat ihm und mir heute geschrieben, daß Scheidemann mir nicht nur „bitteres Unrecht zugefügt hat“, sondern auch eine Darstellung gegeben, die die Verlogenheit Scheidemanns in häßlichstem Licht zeigt. Diese Darstellung soll, um ein Exempel zu statuieren, veröffentlicht werden.

Berlin, den 6. VI. 1916.

Mein lieber Ernst,

gestern abend ist der Reichstag bis zum 26. September vertagt worden.

Die Stimmung im Volke ist niedergedrückt. Seitdem die Regierung den Untergang der „Elbing“, der „Rostock“ und der „Lützow“ hat zugeben müssen, sinkt das Vertrauen zu den amtlichen Angaben auch in denjenigen Kreisen, welche unbedingt glaubten. Das gebluffte neutrale Ausland zeigt schon einen Stimmungswechsel, der sehr zu unseren Ungunsten ausschlägt.

Friedenskeime, die vorhanden waren, sind wieder zerstampft. In der nächsten Zeit wird — schrecklich! — noch viel Blut fließen. Dann wird wahrscheinlich der Boden für den Frieden auch in der offiziellen Sphäre bereitet sein. Ich kann trotz meines Pessimismus nicht das Gefühl los werden, daß im Laufe dieses Jahres die Friedensverhandlungen beginnen werden. Wäre es erst so weit!

Herzlichste Grüße in Liebe

Dein Vater

Berlin, den 21. VI. 1916.

Liebe Freunde,

Euer Pfingstbesuch hat Euch, wie mir mitgeteilt wird, verlassen. Da wird Euch ein Eindringling, wenn er zunächst auch nur in papierner Gestalt erscheint, nicht ungelegen kommen. . . .

Ginge es nach mir, so würde ich keine Ferien machen. Die Vorstellung, in einem Badeort oder einer Sommerfrische zu sein, in der die meisten Menschen sich putzen und nach reichlicherem Mahl gierig sind, als ihnen in der Heimat zur Verfügung steht, bereitet mir ein unbehagliches Gefühl, von dem ich auch schwer durch die Erwägung loskomme, daß ich nach recht anstrengender Arbeit eine Erholung verdient habe und frische Kraft bald brauchen werde. Thea und Freunde operieren mit diesem Einwand so energisch, daß ich mich ihm wohl schließlich nicht werde entziehen können. . .

Die Verhältnisse in der Partei spitzen sich unheimlich zu. Der Parteivorstand ist von allen guten Geistern verlassen. Er begreift noch immer nicht die große historische Aufgabe, die der Partei gestellt ist, und er treibt es in seiner Verblendung geradezu zur Auflösung der Partei in verschiedene Organisationen. Es steht uns noch eine Zeit tieferregtester Kämpfe bevor. . .

Berlin, den 2. VII. 1916.

Mein lieber Gottschalk,

ich fange nach vielen Unterbrechungen den Brief von vorne an. Daß ich eine bewegte Zeit hinter mir habe, weißt Du. Am vorigen Sonntag war ich frischer als vorher, wohl auch angeregt durch den

günstigen Verlauf der Generalversammlung*). Aber nach meiner kurzen, ohne Erregung und ohne Stimmaufwand vorgebrachten Rede war ich in Schweiß gebadet, und seitdem bin ich wieder in den alten Zustand geraten. Freilich lastete die Liebknecht-Affäre sehr auf mir. Das Gefühl, von jeder Hilfe für ihn ausgeschlossen zu sein, war sehr drückend. Mit Rechtsanwalt Bracke hatte ich am Tage vor der Verhandlung noch eine Unterredung über die Art der Verteidigung, wobei ich von ihm einen günstigen Eindruck empfang. Er war mit der Materie, insbesondere auch mit den ausländischen Presseäußerungen, die ich zum Teil hatte beschaffen können, vertraut, kannte den Akteninhalt gut und war auf das taktvollste bemüht, von dem Boden aus, auf den sich Karl selbst gestellt hatte, die Verteidigung zu führen. Seinen — vielleicht nur zur eigenen Stärkung vorgetragenen — Optimismus konnte ich nicht teilen. Er rechnete mit einer Freisprechung von Kriegsverrat und Verurteilung wegen einfachen Ungehorsams. Ich habe dagegen, da es sich um einen politischen Prozeß kat exochen handelt, nicht an die Zugkraft juristischer Argumente geglaubt und eine Verurteilung zu 2½ Jahren Zuchthaus für den günstigsten Fall angenommen. Sehr tapfer hält sich seine Frau, die auf dieses Ergebnis vorbereitet war und mehr als je auf Karl stolz ist. Die Demonstration auf dem Potsdamer Platz war viel größer als die Mai-Demonstration. Selbst Gegner schätzen die Teilnehmer auf etwa 12 000. Auf dem Potsdamer Platz ist allerdings eine zuverlässige Schätzung nicht möglich, da die Demonstrierenden sich dort mit dem übrigen Publikum mischen. Der Zug, der in geschlossenen Reihen mit rund 6000 Personen auf dem Alexanderplatz ankam, war viel wuchtiger.

Eine fast allgemeine Überraschung lieferten die Streiks der nächsten drei Tage, die sich auf etwa 40 Fabriken erstreckten. Am ersten Tage nahmen etwa 40 000 Arbeiter teil, nach den Zählungen von Sanguinikern sogar 55 000. Am nächsten Tage nahmen diese so vollzählig, wie sie die Fabriken verlassen hatten, auch ihre Plätze wieder ein. Ihnen folgten (so aus den bekannten Firmen Mix & Genest und Görz) für je einen Tag dann noch etwa 10 000 Arbeiter. Sehr würdig und imposant war der Abmarsch von den Fabriken und der Durchmarsch durch die Straßen; nur von Zeit zu Zeit erschollen Rufe: „Hoch Liebknecht!“ oder „Hoch der Frieden!“

Die Gewerkschaftsführer sind aus dem Konzept gebracht. Die Herrschenden sind in Unruhe versetzt. Außer in Berlin ist ein Sympathiestreik auch in Braunschweig vor sich gegangen. Der Hinweis der Fabrikleiter auf die Verpflichtungen gegenüber der Regierung, die sie in ihren Verträgen übernommen haben, verfiel bei den Braunschweiger Arbeitern nicht. In dieser Mittelstadt wirkte die Arbeitsniederlegung sehr eindringlich.

*) Generalversammlung der SPD. Groß-Berlin, in der mit überwältigender Mehrheit ein oppositioneller Vorstand gewählt wurde.

Jedenfalls ist eine Unruhe in die Arbeiter gekommen, die sich sicherlich auch anderwärts bemerkbar machen wird. Die Sorge, daß es zu einem dritten Winterfeldzug kommen wird, erfüllt die Gemüter in steigendem Maß und treibt sie zur Aktivität. Sie möchten nicht mehr stumm alles über sich ergehen lassen.

Wenn ich richtig unterrichtet bin, so hat der Kommandierende General bereits die Gewerkschaftsleiter auf die schweren Folgen hingewiesen, die ein neuer Streik mit sich führen würde. Vorläufig ist ein tüchtiger Metallarbeiter, wohl, weil man in ihm einen spiritus rector vermutet, in das Heer gesteckt worden.

Der Berliner Aktionsausschuß hat vorgestern seine erste Sitzung abgehalten und ist völlig einig gewesen. Auch mit den Anhängern der Rosa-Gruppe ist eine volle Verständigung erzielt. Zunächst ist der Vorstand der Partei zu Verhandlungen über den „Vorwärts“ eingeladen. Lehnt er ab, oder verharret er auf seinem Herrenstandpunkt, so werden die Berliner doch ihren Willen durchzusetzen verstehen. Der alte Berliner Vorstand ist in Ruhe abgezogen und hat dem neuen Platz gemacht. Gern hätte ich energischere und gewandtere Personen auf diesem Platz gesehen. Es ist unbegreiflich, daß in dem großen Berlin nicht andere Persönlichkeiten zur Verfügung stehen. Aber mit Hilfe einiger anderen werden sie schließlich ihre Aufgabe erfüllen und jedenfalls, worauf es vor allem ankommt, das Mundstück der Berliner sein und nicht das Gegenteil von dem tun, was diese wünschen.

Auf der Generalversammlung hatte Rosa durch eine überaus geschickte Rede, die schon durch die glänzende Form und die wohlklingende Vortragsart fesselte, stark gewirkt, um so mehr, als sie die Beitragssperre preisgab. Ihr Vorschlag war aber gefährlich, da er die Deutung zuließ, daß neue Organisationen („organisatorische Maßnahmen“) gebildet werden sollten. Daran hätte der Parteivorstand sofort eingehakt, und so bekämpfte ich ihn, mit solchem Erfolg, daß für Rosa nur ihr kleines Häuflein übrig blieb. Wie taktisch richtig dies war, hat sich sofort gezeigt. Der Parteivorstand hat die angenommenen Resolutionen nicht angreifen können.

Mit Dir bin ich der Ansicht, daß der Zusammenschluß zwischen der Opposition im Lande gefestigt werden muß. . . .

Liebe Else,

Berlin, den 9. VII. 1916.

die umwälzenden Ereignisse der Welttragödie haben die Grundlagen meines Denkens und Fühlens, wie Dir bekannt ist, nicht berühren können. Aber sie haben seit fast einem Monat meine persönlichen Wünsche und die darauf gegründeten Pläne über den Haufen geworfen. Es ist Dir kein Geheimnis, daß im Anschluß an den Liebknechtschen Prozeß eine große Straßendemonstration stattfand, an die sich in den nächsten drei Tagen umfangreiche Streiks anschlossen. Alle Verhafteten haben meinen Beistand nachgesucht. Ich habe, da ich die Arbeit allein nicht mehr leisten konnte, Dr. Herzfeld zu Hilfe

gezogen — den einzigen, der in dem großen Berlin gegenwärtig in Betracht kommt. Von Heine und Heinemann will keiner der Verhafteten etwas wissen; Rosenfeld, Cohn, Weinberg stecken im bunten Rock und scheiden deshalb aus.

Vorher war bereits wegen Verbreitung von Flugblättern ein hochnotpeinliches Verfahren gegen andere Genossen eingeleitet worden, die ebenfalls auf meine Hilfe angewiesen waren. Karski ist seit Wochen in militärischer Sicherheitshaft. Seine Frau hat auf meinen Antrag schließlich nach drei Wochen die Erlaubnis erhalten, ihn zu besuchen. Ich darf nach einer Wartezeit von etwa 14 Tagen täglich zu ihm mit der einzigen Beschränkung, daß der Unterhaltung ein Feldweibel beiwohnt. Selbstverständlich kann ich von dieser Genehmigung nur beschränkten Gebrauch machen, da die Zeit zu täglichen Besuchen nicht ausreicht. Aber für den Eingesperrten ist es ein Trost, wenigstens einmal wöchentlich einen Menschen neben sich zu sehen, der sich für ihn interessiert. Für unsere Zustände ist es sehr bezeichnend, daß der Kommandierende General auf mein Ersuchen, mir die Gründe der Verhaftung mitzuteilen, damit ich den etwa fälschlich aufgetauchten Verdacht zu zerstören in die Lage käme, kurz antwortete, er müsse das Ersuchen ablehnen. Dabei hat vor kurzem der Reichstag einstimmig mit Einschluß der Konservativen an die Regierung die Aufforderung gerichtet, den Personen, über die militärische Sicherheitshaft verhängt werde, jedenfalls Gelegenheit zur Rechtfertigung zu geben.

Manche Tage bin ich in den letzten Wochen in fünf Gefängnisse gewandert. Ein junges Mädchen, das drei Monate in Untersuchungshaft war, ist am 23. Juni in Freiheit gesetzt, und heute wird mir bestätigt, daß das Verfahren gegen sie überhaupt eingestellt ist. Eine Freundin von ihr, 17 Jahre alt, ein sehr wackeres „Kind“ — so nennen sie die Gefängnisbeamtinnen — ist leider nicht in das gerichtliche Verfahren mit verwickelt worden; leider, denn sonst hätte ich sie sicherlich längst aus der Untersuchungshaft befreien können. Sie hat vielmehr das Oberkommando in liebevolle Fürsorge genommen, und gegenüber der militärischen Sicherheitshaft gibt es auch nicht die geringsten Rechtsgarantien. Ich hoffe jedoch, daß eine Eingabe, die ich am letzten Donnerstag bei dem Oberkommando eingereicht habe, auch ihr zur Freiheit verhelfen wird. An diesem Tage ist, nachdem ich am Tage zuvor eine geharnischte Eingabe an das Oberkommando gerichtet hatte, Lilli Jannasch, die Dir dem Namen nach wohl bekannt ist, nach mehrmonatiger Haft in Freiheit gesetzt worden, wenn auch unter Kautelen, die ihr jede über den engsten Rahmen privater Angelegenheiten hinausgehende Tätigkeit unmöglich machen.

Wie mich Liebnechts Schicksal innerlich beschäftigt, brauche ich Dir nicht auseinanderzusetzen. Ich habe mit seinem Anwalt vor dem Termin den Verteidigungsplan besprochen und etwas Verteidigungsmaterial beschafft. Mehr vermochte ich nicht zu tun. Mit seiner Frau komme ich fast gar nicht zusammen; ich bedaure es sehr, bringe aber

die dazu erforderliche Zeit nicht auf. Sie hält sich sehr tapfer und ist in ihrem Urteil über die Haltung ihres Mannes durchaus fest. Er selbst ist in seiner mutigen Konsequenz über jedes Lob erhaben.

Lieber Gottschalk,

Berlin, den 15. VII. 1916.

das Verhalten des Parteivorstandes läßt sich kaum noch anders wie durch die Absicht, die widerspenstigen Elemente aus der Partei herauszudrücken, erklären. Im „Vorwärts“ herrscht er wie ein Pascha; im Streit Teltow-Beeskow läßt er dem Vorstand von Groß-Berlin gegenüber den alten Kreisvorstand im Stich. Dienstag findet auf Einladung von Groß-Berlin eine gemeinsame Besprechung des Aktionsausschusses von Groß-Berlin und der Pressekommission mit dem Parteivorstand statt, in der versucht werden soll, den Parteivorstand in Güte zur Vernunft zu bringen. Niemand hofft auf einen Erfolg. Dann aber ist die Langmut von Berlin bis zum äußersten getrieben, und den Versöhnungspolitikern wird es schwer werden, auch dann auf Berlin herumzuhacken.

Wird der Parteitag beschlossen, dann ist die Konferenz der Opposition, die ohnehin sehr nötig ist, unaufschiebbar...

Der Gang der allgemeinen Politik wird in nächster Zeit unsere Aufmerksamkeit und unsere Tätigkeit in besonderem Maße erfordern. Der „Deutsche Nationalausschuß“, bei dem Exzellenz Wahnschaffe, Exzellenz Hamann und — Erzberger Paten standen, wird schon nach zwei Wochen sein Debut veranstalten. Wir können die Dinge nicht laufen lassen. Ich will für die Arbeitsgemeinschaft beim Reichskanzler den Antrag stellen, auch uns zur Vorbereitung des Friedens Versammlungsfreiheit zu gewähren. Dann muß in Massen ein Flugblatt verbreitet werden. Die Arbeiter sind, wie es scheint, aus der Passivität erwacht.

Seit Dienstag mittags ist Rosa in Sicherheitshaft genommen. Wie ich heute konstatierte, ist sie noch im Polizei-Präsidium interniert; ein Strafverfahren scheint nicht beabsichtigt zu sein!

Mehring's Artikel über Lensch's Glück und Ende, die wohl zu den glänzendsten zählen, was er geschrieben hat, haben erfreulicherweise auch in unserer Volkszeitung einen Platz gefunden.

Herzliche Grüße

Dein Hugo Haase.

Mein lieber Ernst!

Berkenbrück, den 19. VII. 1916.

Seit Sonntag sind Mutter und ich hier. Auch wenn Du eine große Landkarte zur Hand hättest, würdest Du den Ort nicht finden. Er liegt nur eine Stunde von Berlin entfernt an der Bahnstrecke Frankfurt a. d. Oder, eine Station hinter Fürstenwalde. Unser Haus lehnt sich an einen großen Laub- und Nadelwald an, der die Spreeufer umsäumt. Die wenigen Einwohner haben die Fähigkeit, sich nicht bemerkbar zu machen. Kein Fußtritt stört die Ruhe im Hause, und

es ist ein seltenes Ereignis, im Dorfe, im Walde, auf den Wiesen einem Menschen zu begegnen. So rasten die Nerven nach hochgetriebener Spannung und ich schwelge in friedlicher Stimmung. Eine solche Abgeschiedenheit entspricht ganz dem, was ich suchte, aber nur gegen meinen Willen fand.

Wenn mich auch der Gedanke quälte, unter vielen — und vielleicht aufgeputzten Menschen auszuruhen, so hatte ich mich doch entschlossen, in Reichenhall eine Inhalationskur durchzumachen. Kurz vor der Abreise erfuhr ich, daß der Parteivorstand den Parteiausschuß für den 20. Juli zusammenberufen habe, um von ihm sich ein „Gutachten“ darüber ausstellen zu lassen, daß die Tagung eines Parteitages notwendig sei. Fernab von Berlin zu weilen, während tief einschneidende Entscheidungen fallen, ist unbehaglich, wenn nicht unerträglich, und in jedem Falle unzweckmäßig. Denn tritt in den nächsten Wochen ein Parteitag zusammen, dann muß ich auf dem Posten sein, Versammlungen abhalten, organisieren, den Kampf vorbereiten. Wochen der Unruhe und der Erschütterung sind dann unausbleiblich. Parteitag unter dem Belagerungszustand bedeutet aller Wahrscheinlichkeit nach — Parteispaltung. . . . Die Partei, an deren Größe man ein Menschenalter mitgewirkt hat, zerfallen zu sehen, ist ein tiefschmerzliches Erleben, freilich innerlich ist sie schon seit zwei Jahren zerbrochen oder noch länger. Die Ideen haben auch in den Stürmen des Weltkrieges keinen Riß erhalten und werden in lebenskräftigen Organisationen ihre Träger finden, wenn die alten versagen.

In den Arbeiterkreisen regt sich eigener Wille, die lange Dauer des Krieges bewirkt, daß vielen die Augen geöffnet werden. An Stelle dumpfer Resignation tritt der starke Wunsch, etwas zu tun, einzugreifen, um das grauenvolle Massenschlachten abzukürzen. In anderen Schichten der Bevölkerung trifft man immer mehr auf die Einsicht, daß dieser Krieg, selbst vom Standpunkt der herrschenden Klassen betrachtet, sinnlos sei, weil er uns für die Opfer keine „Vorteile“ bringen werde. Am Schluß voriger Woche besuchte mich ein aktiver Major, der an der Westfront steht. Von ihm erfuhr ich, daß nicht nur er, sondern auch andere aktive Offiziere von der Zwecklosigkeit des Kämpfens überzeugt seien. Und dennoch fließen täglich Ströme des Blutes, fürchterlich gerade jetzt infolge der Offensive anschwellend. Diese Offensive hat manchen Übermut ins Wanken gebracht. Ein Symptom dafür ist der Artikel des Herrn von Zedlitz-Neukirch, den Du in der Tagespresse gelesen hast. So habe ich die Hoffnung, daß die wachsende Einsicht in die wahre Kriegslage, die ja nicht nur durch militärische Operationen, sondern auch durch die Wirtschaftsverhältnisse bestimmt wird, uns noch im Laufe dieses Jahres zu den ersten Friedensverhandlungen führen wird.

Unsere Felder standen, wie mir zuverlässige Sachverständige bestätigten, sehr gut. Aber der anhaltende Regen (seit Wochen kaum ein Tag ohne Regen) kann doch noch Überraschungen bringen. . . . Wir müssen damit rechnen, daß für die Ernährung noch mehr

Beschränkungen auferlegt werden. Die Ernte ist in dieser Gegend glatt in die Scheuern gekommen; mehrere trockene und windige Tage trieben die Landwirte zur Eile an, und die Roggenfelder sind leer. Wie es in anderen Gegenden gewesen ist, und wie der Ertrag ist, darüber fehlt noch ein sicherer Überblick. Der Mangel an Düngung wird sich an vielen Stellen sicherlich fühlbar machen. Das geringe Quantum würde leicht ertragen werden, wenn die Verteilung zu angemessenen Preisen erfolgte. Ein Preis von 11 M. für den Zentner Frühkartoffeln, wie wir ihn hier hatten, ist ein Skandal. Der hohe Preis reizte zum gesteigerten Anbau, so daß weite Flächen anderen Früchten entzogen wurden, sowie zur Ernte unreifer Kartoffeln, und bewirkte dadurch das Verfaulen nicht unbeträchtlicher Mengen. So hat die Rücksicht auf gewisse Produzentenschichten wieder großen Schaden verursacht. Die Schattenseiten der auf dem Profitinteresse beruhenden Wirtschaftsordnung haben sich schärfer als je in der Kriegszeit gezeigt. Auf dem wirtschaftlichen Gebiet haben diejenigen, welche unbefangen sehen können, überhaupt einen lehrreichen Anschauungsunterricht erhalten. Die Durchführbarkeit einer geregelten Bedarfswirtschaft mit planmäßiger Produktion und Distribution ist für große Staaten, wie das Deutsche Reich, evident nachgewiesen. Wird das individuelle Gewinninteresse ausgeschaltet und der freie Weltaustauschverkehr hergestellt, so ist die reichliche Versorgung eines jeden mit allem Nötigen und Nützlichen möglich. Interessant ist, daß jetzt eine Zentralstelle für den Bezug von Rohstoffen eingerichtet ist, um die Industrie beim Ende des Krieges mit Produktionsmitteln zu versehen. Nicht mehr so wie früher kauft der einzelne Fabrikant anarchisch wild darauf los.

Sehr eingehend mit diesen Problemen hatte sich mein Freund Eckstein beschäftigt, der, wie Du ja wohl schon gelesen hast, an den Folgen einer Operation gestorben ist, und mit ihm sind manche wertvolle Ideen und Pläne begraben. Mich hat dieser Tod sehr ergriffen. Du wirst gewiß auch den Eindruck gehabt haben, was für ein feiner Mensch Eckstein war, wie gründliche Kenntnisse er hatte, wie gewissenhaft er allen Fragen der Wirtschaftsgeschichte und der Naturwissenschaft nachging, und wie klar er sein Wissen anderen zu vermitteln verstand. In der Beurteilung der politischen Situation teilte er seit Kriegsausbruch ganz meinen Standpunkt, und er hat theoretisch manche Probleme sehr klar entwickelt, die eine große Rolle spielen. Vieles ist ungedruckt und wohl auch verstreut. . . .

2. XI. 16.

Liebe Else,

. . . . Der letzte Monat gehört zu den traurigsten, die ich kenne, da kein Tag Erhebendes, ein jeder nur Niederdrückendes und Quälendes brachte, und ich habe nicht die Leichtigkeit gefunden, die auf-

reibenden Gedanken zu zerstreuen und mich an Zukunftsbildern aufzurichten.

Die Trostlosigkeit der allgemeinen politischen Lage, das Schwinden der Friedensaussichten, die schrecklichen Fälle der Sicherheitshaft, die ich aus meinen Akten für Dittmann zurechtgestellt habe und die nur einen Teil meiner Erlebnisse als Rechtsbeistand der Unglücklichen bilden, das furchtbare und schwer erklärbare Vorgehen Fritz Adlers, zerrten nicht nur an den Nerven, sondern auch am Gemüt. Zur Verzweiflung konnte man geradezu gebracht werden durch die Bübereien und Schurkereien des Parteivorstandes, dem jedes Mittel der Gewalt und der Lüge recht ist, um seine rohe und der Verachtung verfallene Politik zu stützen, und der kurzsichtig genug ist, nicht zu erkennen, daß ihm für die Dauer alles nichts nützt. Das Maß von Arbeit, das mir jetzt erwachsen ist, kannst Du Dir schwer vorstellen, und manchmal hatte ich schon die Empfindung: jetzt geht es nicht weiter. Es geht, aber wie? Ich möchte seit Wochen wenigstens einige Tage heraus. Montag, den 13., habe ich die Genossin Wurm wegen eines Vortrages, den sie vor Jugendlichen gehalten hat, vor der Strafkammer in Hagen zu verteidigen. . . .

Berlin, den 4. XI. 1916.

Werter Genosse Eisner!

. . . Die Erklärung Eberts zu den letzten Kreditvorlagen zeigte deutlich, daß die alte Fraktion den Weg zu selbständiger Politik nicht mehr findet; sie sinkt immer tiefer in die Abhängigkeit von der Regierungspolitik. Herr von Jagow und Zimmermann freuten sich diebisch, als David seine Geschichtsklitterung über die Kriegsursache vortrug; sie selbst hatten nicht den Mut, die Wahrheit in gleicher Weise umzudrehen. Es tat mir sehr leid, daß mir das Wort abgeschnitten wurde, wollte ich doch wenigstens etwas von dem Material, welches schlagend die — sei es naiven, sei es bewußt gefälschten — Argumente Davids widerlegt, vorbringen. Ihr Schreiben an Heilmann, von dem ich Kenntnis erhalten habe, ergänzt trefflich das Bild, das jeder Unbefangene und Wahrheitsliebende längst gewonnen hat. Und das wagt David nach der Reichskonferenz! Anfangs schien es so, als ob der Verlauf dieser Konferenz die Scheidemänner etwas nachdenklich gestimmt hätte. Aber sie sind auf ihrer Bahn nicht mehr aufzuhalten. Der Handel mit dem Oberkommando zur Unterdrückung des „Vorwärts“ als Oppositionsorgan ist das Schädigste, was ich in der Politik erlebt habe. Jetzt habe ich aufgehört, mich noch über eine Gemeinheit zu wundern.

Die Berliner stehen in einem schweren Kampf, um den Schlag zu parieren und zu ihrem Recht zu kommen. Wäre der Belagerungszustand nicht da, so würden sie ein neues Blatt gründen. Jetzt ist aber weder die behördliche Genehmigung noch — das Papier zu

erbringen. Immerhin überlassen sie dem Parteivorstand nicht kampflos das Feld. Sie glauben, daß doch eine beträchtliche Zahl der Leser dazu übergehen wird, die „Leipziger Volkszeitung“ oder ein anderes Parteiblatt an Stelle des „Vorwärts“ zu abonnieren. Gelingt dies wirklich in größerem Umfang, dann ist der Punkt getroffen, an dem Richard Fischer verwundbar ist.

Die hohe Politik wird weiter dilettantenhaft betrieben. In der ganzen Stadt, in den Etappen und an der Front kursieren Gerüchte über einen Sonderfrieden mit Rußland. Neben abenteuerlichen Erzählungen finden sich detaillierte Angaben ernster Männer. So haben wir aus Bern von einer Seite, die nicht der Vorwurf der Leichtgläubigkeit trifft, Mitteilung erhalten, daß am 11. November die Verhandlungen in Bern beginnen sollen, und es werden auch die Personen bezeichnet, die diese führen sollen. Das Manifest über das selbständige Polen, dessen Veröffentlichung durch den deutschen und österreichischen Kaiser unmittelbar bevorsteht, widerlegt mit einem Schlage das Gerede von den Friedensverhandlungen mit Rußland. — Wieder wird das Volk in einer wichtigen Frage, die nach langem Schwanken von den Regierungen in der dümmsten Weise behandelt wird, vor ein *fait accompli**) gestellt, und der Deutsche Reichstag, das Musterparlament, schweigt. Könnten wir uns doch einmal aussprechen!

Die besten Grüße von Ihrem

Haase.

Berlin, den 16. XI. 1916.

An einen Freund innerhalb der Fraktionsmehrheit.

Meine Absicht, mit Dir über die Situation der Partei eine Aussprache herbeizuführen, habe ich mehrere Male aufgegeben, da ich immer zu der Überzeugung kam, daß sie resultatlos verlaufen müsse und schließlich nur eine Verschlechterung unserer persönlichen Beziehungen herbeiführen würde.

Verschiedene Momente treiben mich jetzt jedoch dazu, Dir meine Meinung zu schreiben, weil mein Schweigen sowohl als eine Vernachlässigung von Parteiinteressen als auch als ein Mangel an Rücksicht auf unser altes persönliches Verhältnis von mir empfunden wird und von andern später wahrscheinlich so betrachtet werden würde.

Als die alte Fraktion mir und denjenigen, welche sich mit mir solidarisch erklärten, das Verbleiben in ihrem Schoße unmöglich machte, habe ich leidenschaftslos und streng objektiv Dein und Deiner Freunde Verhalten gewürdigt, die aus taktischen und disziplinarischen Gründen glaubten, in der Fraktion weiter tätig sein zu sollen. Obwohl die seitdem verflossene Zeit ein klares Urteil darüber gestattet, ob Eure

*) Vor eine fertige Tatsache.

damaligen Erwägungen richtig gewesen sind oder nicht, möchte ich doch diese Frage ausscheiden, schon um auch nicht den Schein der Rechthaberei aufkommen zu lassen. Soviel darf ich doch wohl als unbestreitbare Tatsache feststellen, daß in der alten Fraktion eine unerschütterliche Mehrheit für jene Politik vorhanden ist, die nach unser beider Anschauung verkehrt und unheilvoll ist. Auch derjenige Teil der Mehrheit, der zuweilen mit innerem Widerstreben dem Fraktionsvorstand auf seinen Wegen gefolgt ist, hat sich längst so festgerannt, daß er nicht mehr loskommt.

Daraus ergibt sich immer von neuem die Erkenntnis, daß die Minderheit der alten Fraktion in den für das Schicksal des Proletariats und für die gesellschaftliche Fortentwicklung entscheidenden Fragen völlig lahmgelegt wird. Sie predigt in der Fraktion tauben Ohren und ist im Parlament zum Schweigen verurteilt. Nach außen hin tritt die Fraktion — auch wenn die Minderheit bei gewissen Abstimmungen den Saal verläßt — als die große Fraktion von 90 Mitgliedern auf. Als diese große geschlossene Fraktion erscheint sie nicht nur im Inlande, sondern noch mehr dem Auslande, wenn dieses die Stellung der Sozialdemokratie zu den Kriegsfragen und zur Regierung beurteilt, wie die Ausslandspresse beweist. Von welcher Bedeutung diese Tatsache ist, wurde mir klar bei einer Unterredung, die ein Amerikaner, der zu dem amerikanischen Botschafter und führenden amerikanischen Politikern gute Beziehungen hat, in diesen Tagen vor seiner Rückkehr nach Amerika mit mir hatte. Obwohl kein Sozialdemokrat, bemüht er sich doch für einen Frieden in unserem Sinne; er hält die Opposition für friedensfördernd und meinte, es sei bedauerlich, daß die Opposition im Reichstage nur 20 Mann umfasse. Als ich ihn auf die Minorität in der alten Fraktion hinwies, erwiderte er, diese scheide für das Urteil des Auslandes ganz aus, da doch alle Erklärungen namens der gesamten Fraktion abgegeben würden.

So ist es in der Tat; die Minderheit stärkt als integrierender Bestandteil der alten Fraktion deren Ansehen und hat selbst in den großen Fragen allen Einfluß eingebüßt. Der allgemeine Eindruck, den Eberts Erklärung zu der letzten Kreditvorlage hervorgerufen hat, ist der, daß sie noch hinter den früheren Erklärungen in dem zurücksteht, was von einer selbständigen sozialdemokratischen Politik im Interesse des Friedens und der Belebung internationaler Beziehungen verlangt werden muß. Davids Auftreten wird als Hyperoffiziösentum empfunden, haben doch die Regierungsvertreter selbst nicht gewagt, der Welt das vorzumachen, was David im Anschluß an die bekannte Helfferichsche Broschüre und einen sehr anfechtbaren Aufsatz in den Preußischen Jahrbüchern aufzutischen für gut findet.

Für dies alles wird die Minderheit in der Fraktion mitverantwortlich gemacht, so sehr sie auch innerhalb der Fraktion Kritik geübt haben mag. Aus den mir zugesandten Briefen von Parteigenossen, die ursprünglich Deinen Standpunkt teilten, entnehme ich, daß sie es jetzt allerdings nicht mehr verstehen, daß nach dem Auftreten des

Parteivorstandes in der Vorwärts-Sache dieser Standpunkt noch aufrecht erhalten wird. Ich kenne den Einwand, das sei keine Angelegenheit des Fraktions-, sondern eine solche des Parteivorstandes. Dieser spitzfindige Formalismus kann ernstlicher Betrachtung wirklich nicht standhalten. Seit Kriegsausbruch stützt der Parteivorstand die Politik des Fraktionsvorstandes und dieser alle Schritte des Parteivorstandes, zum größten Teil liegt eine Identität der Personen vor und in jedem Falle arbeiten beide Körperschaften einander dauernd in die Hand. Sie wollen mit Gewalt ihre neue Politik durchsetzen und die Opposition — wenn es sein muß, auch unter Zertrümmerung des Parteistatuts, aller Grundsätze der Demokratie und des Anstandes — jedes Machtmittels berauben. Sie sind jetzt mit klarem Bewußtsein zur offenen Parteispaltung vorgeschritten. In voriger Woche ist in Berlin der Lese- und Diskutier-Klub „Vorwärts“ gegründet worden, mit Eintrittsgeld und regelmäßigen Mitgliedsbeiträgen und mit dem ausgesprochenen Vorbehalt, Sektionen zu bilden. Es handelt sich um eine Parteiorganisation im Gegensatz zu den nach dem Parteistatut bestehenden Organisationen, zu dem Zweck, die in der Generalverbandsversammlung in Berlin gefaßten Beschlüsse zu hintertreiben, und die sogenannte Mehrheitspolitik zu unterstützen. Als erster Redner ist Scheidemann bestimmt, der heute über das Thema „Die Sozialdemokratie und der Krieg“ spricht. Damit ist von vornherein klar gestellt, daß es sich um einen politischen Verein handelt, der neben dem auf Grund des Parteistatuts bestehenden Verein und im Gegensatz zu ihm wirken soll. Im Vorstand dieses Vereins ist das Parteivorstandsmitglied Wels und das Fraktionsvorstandsmitglied Krätzig.

So haben Partei- und Fraktionsvorstand die Parteispaltung offensichtlich und ohne alle Bemäntelung vollzogen. Die Wirkung zeigt sich darin, daß die Spartakus-Gruppe jetzt mit Erfolg den Austritt aus der Partei propagiert. Wie weit meine Bemühungen, das zu verhindern, gelingen werden, läßt sich nicht voraussehen. Ich habe in den beiden Verbandsgeneralversammlungen in Berlin den Antrag bekämpft und zu Fall gebracht, der eine Organisation der Opposition im ganzen Reiche über den bisher üblichen, notwendigen und selbstverständlich erlaubten Rahmen der freien Zusammenkunft Gleichgesinnter hinaus bezweckte. Jetzt erhebt sich jedoch die dringende Frage, ob nicht die oppositionellen Wahlkreise zum gegenseitigen Schutz, zur Abwehr von Rechtsbrüchen und Gewalttätigkeiten der obersten Parteibehörde und zur Verhütung vollständiger Parteierzerstörung miteinander werden Fühlung suchen müssen. Geschieht dies nicht, so werden sie sich dem Vorwurf aussetzen, daß sie gleichgültig zugesehen haben, wie die Gewaltpolitiker mit allen Mitteln ohne Rücksicht auf Parteistatut, Parteitagsbeschlüsse und politische Ehre die Partei in das Fahrwasser einer von Regierungen wegen geduldeten — gehätschelten kann man nicht sagen — sozialreformerischen Partei hineintrieben. In den parteigenössischen Kreisen, in denen die Empörung wächst, wird das Schweigen der Minorität der Fraktion ein-

fach nicht begriffen. Immer wieder hört man, der Vorstand hätte sich gar nicht so weit vorgewagt, wenn die Minorität sich nicht nur auf eine Kritik innerhalb der Fraktionsmauern beschränkt, sondern dem Vorstände die Gefolgschaft aufgesagt und ihren Platz da genommen hätte, wohin sie ihre eigene Anschauung wies.

Das Bedenken, das sie ursprünglich hatte, hat seine Geltung verloren. Denn jetzt bestehen zwei Fraktionen, und nachdem Lipinski, der als Kandidat der Arbeitsgemeinschaft auftritt, sogar vom Vorstands-Vorwärts als gemeinsamer Kandidat der gesamten Sozialdemokratie bezeichnet worden ist, versteht es sich von selbst, daß jeder sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete sich nur derjenigen Fraktion anschließen kann, welche seinen Anschauungen am nächsten steht und in welcher er für diese auch nach außen wirken kann.

Nur noch ein persönliches Wort. Zu dem vielen Tragischen dieser Zeit gehört es, daß Du Dich stumm machst, über das Wichtigste, was Dich bewegt, von der Parlamentstribüne und auch sonst öffentlich zu reden, während, wie ich weiß, Dir das Reden ein Bedürfnis ist.

Soll das von den Parteibehörden skrupellos angerichtete Unheil weiter seinen Gang gehen, ohne daß die oppositionellen Elemente ihm wirksam, das heißt, nicht bloß passiv, in geschlossenem Aufmarsch entgegenzutreten?

Lebe wohl! Nimm beste Grüße entgegen

von Deinem H.

21. XI. 1916.

Lieber Ernst,

ich würde mich sehr freuen, wenn es Dir gelänge, den Urlaub auszudrücken. Fern von Berlin — ich denke an Lyck oder Dresden — würde ich die Last der Politik, die gerade während Deines letzten Urlaubs mir recht drückend war, von mir abwälzen und der Familie ganz gehören.

Das Arbeitszwangs-Gesetz ist eine Ungeheuerlichkeit, wie sie die Weltgeschichte noch nicht kennt. Da die Frauen nicht in das Gesetz einbezogen werden sollen, da die Kategorie der reichen Müßiggänger zahlenmäßig keine Rolle spielt, so ist es auf die Fesselung der Arbeiter aus der Textil- und Lederindustrie und auf die Unschädlichmachung der unruhigen Köpfe aus den freien Berufen, auf die Stillegung gewisser Redaktionen — alles kraft Gesetzes — abgesehen. Die alte Fraktion hat heute in der Budgetkommission zwar gedonnert, aber es war nur ein Theaterdonner. Die Regierung wird eine schon mit den Gewerkschaften vereinbarte Scheinkonzession machen, und dann wird, unter Hinweis auf die große Errungenschaft, die in dieser Konzession liegt, die Zustimmung zum Ganzen erteilt. Der Ekel wächst

mir jetzt zum Halse heraus. — Vom Frieden wird jetzt nicht mehr gesprochen. Jetzt will man es den Engländern in Munitionsbeschaffung gleich tun. Dann soll die gesteigerte Kampftätigkeit vor sich gehen.

Herzliche Grüße

Dein Vater.

Berlin, den 25. XI. 1916.

Liebe Else,

die plötzliche Einberufung des Reichstags hat meine Pläne über den Haufen geworfen. Vorigen Sonntag fand hier eine wichtige Besprechung oppositioneller Politiker statt, an der von Königsberg Gottschalk teilnahm. Dadurch war ich vorige Woche gefesselt, da der Zusammenkunft Vorbesprechungen vorhergingen, die ohne mich nicht stattfinden konnten. Die Hoffnung, dann wenigstens von Montag ab für mehrere Tage frei zu sein, wurde dadurch zu nichte gemacht, daß ich für Mittwoch der laufenden Woche in das Reichsamt eingeladen war, wo ich mit dem ungeheuerlichen Gesetz über den Arbeitszwang mit dem euphemistischen Titel: „Vaterländischer Hilfsdienst“ bekannt gemacht wurde. Seitdem bin ich tags über mit dieser Materie beschäftigt. Wenn ich auch Dittmann aus persönlichen Gründen den Platz in der Budgetkommission eingeräumt habe, so muß ich doch den Verhandlungen beiwohnen. Von unserer Fraktion spricht zur ersten Lesung Vogtner. Bei der dritten Lesung werde ich jedoch wohl einspringen müssen. Wir lehnen das Gesetz, das kriegsverschärfend und -verlängernd wirkt, das die persönliche Freiheit begräbt und jeden Mann bis 60 Jahren der Militärdiktatur ausliefert, grundsätzlich ab, wenn wir auch an seiner Verbesserung mitarbeiten. Außer den Arbeitern der Textil- und Lederindustrie, die der Munitionserzeugung zugeführt werden sollen, wird es die „politisch unzuverlässigen Elemente“ der übrigen Arbeiterschaft und sonstiger Gesellschaftsschichten treffen. Die Stillegung von Betrieben wird dagegen behutsam und schonend erfolgen. In der Textilindustrie werden mehrere Betriebe zu lukrativerer Ausnutzung zusammengelegt werden, so daß die Herren dieser Industrie keinen Schaden erleiden werden. Die Großgrundbesitzer lachen sich ebenso wie einzelne Unternehmer ins Fäustchen, daß der Staat ihnen die Arbeitskräfte beschafft.

Die Militarisierung und Bürokratisierung des Volkes ist eine „köstliche“ Frucht des großen Krieges, von dem die Illusionisten demokratische Freiheiten erwarteten. Es trifft ein, was ich immer befürchtet habe: je länger der Krieg dauert, desto härter trifft die gepanzerte Faust des Militarismus auch im Innern das Volk. Es ist der herrschende Zustand schwer, sehr schwer zu ertragen.

Mich fröstelt, und ich brauche Wärme. Wie ich sie entbehre, vermag ich nicht zu sagen. . . .

Sobald ich sicher feststellen kann, wann der Reichstag auseinander gehen wird, schreibe ich über meine Pläne. Inzwischen nimm herzliche Grüße entgegen und übermittle sie Adolf wie Euren lieben Kindern von

Deinem H.

Berlin, den 14. XII. 1916.

Mein lieber Ernst,

sehr oft bedaure ich es, daß ich Dich nicht um mich haben kann, und wie gern hätte ich in den letzten Tagen mit Dir gesprochen!

Du wirst Dir schon selbst ein richtiges Urteil über die Friedensaktion gebildet haben. Hoffnungen zu erwecken liegt kein Anlaß vor. Mutters Stimmung schlug plötzlich in den hochfliegenden Optimismus um, und sie kann sich nur schwer darin finden, daß ich jetzt skeptisch dem Friedensangebot gegenüberstehe, obwohl anscheinend meine bis in den Herbst hinein verkündete Prophezeiung wahr geworden ist, daß noch vor Abschluß dieses Jahres die ersten Friedensverhandlungen eingeleitet werden würden. Die Situation ist aber eine andere geworden, wie ich sie mir vorgestellt habe. Zwar ist die Somme-Offensive trotz starker Einzelerfolge der Alliierten im Endeffekt gescheitert. Die gewaltige Kraftanstrengung der Gegner, ihre artilleristische Überlegenheit, ihre Leistungen auf dem Gebiet des Fliegerwesens haben jedoch auch bei uns Bewunderung erweckt und die Geringschätzung ihrer organisatorischen und militärischen Fähigkeiten beseitigt. Schien so der psychologische Moment für Friedensneigungen sich vorzubereiten, so wurde er doch durch die Ereignisse in Rumänien wieder hinausgeschoben. Rumänien, dessen Eintritt in den Krieg von unserer Regierung wie von unseren Militärs mit einer offensichtlichen Beklemmung aufgenommen wurde, hat die Stimmungselemente verschoben. Die Niederwerfung Rumäniens zeigt uns im Lichte des Siegers; und die Entente wird nicht geneigt sein, in diesem Augenblick in Friedensverhandlungen einzutreten, wenn sie auch nur so gedeutet werden können, als ob der Sieger dem Besiegten die Hand reiche. Das Ausland beurteilt bei Prüfung der Friedensnote nicht nur die augenblickliche militärische Lage — die, von Südosten abgesehen, steht — sondern auch die finanzielle und wirtschaftliche. Es fühlt sich trotz des Mißbehagens über Rumänien und Griechenland und der Sorge für die Saloniki-Armee nicht als Besiegter und die Kriegstreiber glauben — *tout comme chez nous**) — an den vollen Sieg. Deshalb hält der Jubel über das Friedensangebot, der als Ausbruch leidenschaftlichen, sehnächtigen Gefühls wohl begreiflich ist, einer kritischen Überlegung nicht Stand. Schon die Umwandlung der Ministerien in Frankreich und England deutet ebenso wenig auf

*) ganz wie bei uns.

Bereitwilligkeit zum Kriegsabschluß hin wie die Rede Trepows. Die Note wird in den zur Entente gehörigen Groß-Staaten als deutsches Manöver aufgefaßt werden, unternommen mit dem vollen Bewußtsein, daß es scheitern wird, und in der Absicht, die deutsche Regierung als wahre Friedensfreunde im In- und Auslande herauszustreichen, die Sympathien des Papstes und der Neutralen zu gewinnen, die Friedensströmungen in den gegnerischen Ländern und damit die Opposition gegen die dortigen Regierungen zu stärken und bei uns die Leidenschaft, die längst einer Müdigkeit und Erschlaffung Platz gemacht hat, hervorzulocken und bis zur Gluthitze zu steigern. Die Ablehnung der Note wird auch sicherlich eine kriegsverschärfende Wirkung ausüben: das Hilfsdienstgesetz erhält dann Leben; ein Gesetz über Hinausschiebung der Grenze für die Wehrpflicht und der rücksichtslose U-Boot-Krieg rücken dann in greifbare Nähe. Die Friedens-Enthusiasten werden also sehr wahrscheinlich eine starke Enttäuschung erfahren. Diese Aussicht stimmt mich traurig, aber ich mag mir nichts vormachen.

Die Frage ist nur, ob die Entente die Note a limine (ohne weiteres) ablehnen wird, oder ob sich noch ein kleines diplomatisches Geplänkel anschließen wird. Grey hätte wohl nicht eine unbedingt schroffe Zurückweisung empfohlen. Wie Lloyd George und Balfour sich verhalten werden, ist nicht vorauszusehen. Sicherlich würden sie ihre Position verbessern, wenn sie zuerst nach den Bedingungen fragen würden, unter denen Bethmann Frieden schließen wolle. Damit fiel der Einwand weg, daß sie a tout prix*) den Krieg fortzusetzen beabsichtigen, Bethmann würde dann sich klarer und deutlicher als bisher äußern müssen, und das trüge zur Reinigung der politischen Atmosphäre bei. Wiche er der Frage nach den Friedensbedingungen mit zweideutigen Redewendungen aus, so würde die Stimmung bei den Neutralen sofort gegen ihn umschlagen.

Wenn ich mich über den Charakter der Friedensaktion auch keinen Augenblick täusche, so bleibt ihr doch insofern eine Bedeutung, als in ihr zum ersten Mal in offizieller Form der Wunsch nach Verhandlungen ausgesprochen wird.

Das Verfassungselend, in dem wir uns befinden, zeigte sich in der Art, wie diese wichtige Angelegenheit von der Regierung und dem Reichstage behandelt wurde. Die Regierung stellte den Reichstag wieder vor eine vollendete Tatsache, und der Reichstag nahm diese Mißachtung nicht nur ruhig hin, sondern schloß sich selbst den Mund. Daß die Scheidemänner auch bei dieser Gelegenheit für die Ablehnung jeder Debatte stimmten, wundert mich nicht mehr, alles demokratische Empfinden ist bei diesen Regierungs-Offiziösen verloren gegangen. Der Kanzler hatte mich nicht vor der Reichstags-Sitzung von dem Inhalt der Note in Kenntnis gesetzt; er grollt mit mir, weil ich

*) um jeden Preis.

selbständig meinen Weg wandle. Aber kurz vor der Sitzung, als er den Versuch, eine Reichstagsdebatte zu hintertreiben, den K a e m p f vorher vergeblich gemacht hatte, persönlich unternahm, erinnerte er sich meiner. Er fand selbstverständlich keine Gegenliebe. Aber die Mehrheit des Reichstags war ihm zu Gefallen.

Innerlich bin ich wund: der Verfall der Partei vollzieht sich unter peinvollen Erscheinungen. Daß die alte Fraktion für ein Gesetz stimmen würde, das, wie das Hilfsdienstgesetz, die Arbeiter fesselt, habe ich doch nicht für möglich gehalten. Wenn das Gesetz erst seine Wirksamkeit entfaltet, dann wird sie etwas erleben. Die Erbitterung ist groß und kann sich unter dem Belagerungszustand nur nicht genügend äußern. Am Sonntag sprach ich in Magdeburg, L a n d s b e r g, der Abgeordnete für Magdeburg, vertrat seinen Standpunkt sehr geschickt, aber obwohl er persönliche Sympathien genießt und durch Bekämpfung des Hilfsdienstgesetzes und der Scheidemannschen U-Boot-Resolution in der Fraktion manches gut gemacht hat, unterlag er doch bei der Abstimmung.

Nächsten Dienstag soll ich in Königsberg sprechen.

In Liebe umarmt Dich

Dein Vater.

Berlin, den 24. XII. 1916.

Liebe Freunde,

sofort nach meiner Ankunft stürmten auf mich schwierige und unangenehme Dinge ein. Die erste Post brachte mir die Anklageschrift gegen E i c h h o r n und W e i s e, die wirklich auf versuchten Landesverrat lautet. Ich habe in einer Verteidigungsschrift versucht, das Reichsgericht von der Unhaltbarkeit dieser Auffassung zu überzeugen, habe aber wenig Hoffnung auf Erfolg. Das Reichsgericht ist jetzt, da der Krieg nicht so verläuft, wie sich die patriotischen Herren gedacht haben, empfindlich und hyperrigoros im Urteil. Ich sehe deshalb auch der Verhandlung mit einigem Grauen entgegen.

Eine mildere Stimmung habe ich bei der Regierung gefunden. Bei meiner Rückkehr lag auf meinem Tisch von ihr die Nachricht, daß sie auf eine von mir angebrachte Beschwerde eine neue Untersuchung des Falles M e h r i n g veranlaßt habe, und gestern ist er aus der Haft entlassen worden. Wäre er im Gefängnis zugrunde gegangen, so hätte es einen europäischen Skandal gegeben, und den konnten wir uns nicht leisten. Mir liegt die menschliche Seite der Angelegenheit näher als die politische. Der alte Mann tat mir leid und noch mehr seine Frau, die von Pontius zu Pilatus Tag für Tag lief und sich in Sorge verzehrte.

Die Friedensfrage hält hier alles in Atem. Ihr wart ja nach der Mitteilung, die ich Euch machen konnte, nicht mehr ganz überrascht von der W i l s o n s c h e n Note. Ihr kennt auch den Zusammenhang

zwischen dieser und unserer Note. Heute hat sich die Schweiz gemeldet, morgen wird wohl der Papst antreten, und wahrscheinlich werden die übrigen neutralen Staaten binnen kurzem mit zustimmenden Erklärungen folgen. So kommt die Erörterung über den Frieden nicht zur Ruhe, und das ist gut, da die suggestive Wirkung auf die Massen in allen Ländern nicht zu unterschätzen ist. Trotz alledem halte ich Friedensverhandlungen in der nächsten Zeit für unwahrscheinlich. Überraschungen sind freilich nicht ausgeschlossen; vertrauliche Mitteilungen, die mir soeben zugegangen sind, beweisen, daß an einer Stelle der Regierung die Absicht besteht, erhebliche Konzessionen zu machen, um rasch zu einem Frieden zu gelangen. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, daß auch mächtige Gegenströmungen vorhanden sind. Nur so viel ist sicher, daß im Jahre 1917 der Krieg zu Ende gehen wird.

Berlin, den 12. II. 1917.

Lieber Ernst,

etwas Erfreuliches Dir mitzuteilen, bin ich leider nicht in der Lage. Die Hoffnung auf Deine baldige Heimkehr ist gering. Die Kriegspolitik nimmt ihren unabwendbaren Lauf. Der hemmungslose U-Boot-Krieg hat, wie ich erwartete, eingesetzt, und der notwendige Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Amerika ist sofort erfolgt. Der Krieg mit den Vereinigten Staaten wird wahrscheinlich nicht ausbleiben. Die Welt steht auf dem Kopf. Auch Amerika führt den Wehrzwang ein. Wer das vor einem Jahr behauptet hätte, würde als Phantast verschrien worden sein. Meine Ansicht über den Ausgang des Mordens kennst Du. Immer deutlicher kennzeichnet sich die zukünftige Situation Europas und namentlich Deutschlands ab.

Aber auch die Auseinandersetzung zwischen Amerika und Japan scheint sich vorzubereiten. Amerika wird die Rüstung nicht so leicht wieder ablegen, wenn nicht etwa internationale Rüstungsbeschränkungen vereinbart werden. So günstig die Last der Steuern einem solchen Plan ist, so ist ihm doch der militaristisch-imperialistische Geist in Japan und anderswo, dessen Stärke nicht gebrochen ist, hinderlich.

In der Partei werden die Kämpfe von Tag zu Tag schärfer. Die Gegenseite wendet, begünstigt von oben, skrupellos alle Mittel an. In Königsberg arbeitet B. seit einer Woche im Geheimen gegen mich. Sonntag ist öffentliches Rededuell. Wird er abgeführt, so gründet er einen neuen Verein und reißt die Volkszeitung unter Bruch des Treuhandverhältnisses an sich.

Meine schwierigen politischen Prozesse sind bis jetzt gut abgelaufen. Wenn ich am 22. noch Erfolg habe, so werde ich aufatmen. Lebe wohl, lieber Junge, herzlich grüßt Dich

Dein Vater.

Berlin, den 12. III. 1917.

Liebe Else,

. . . . Unsere Konferenz haben wir für Karfreitag in Aussicht genommen. Konferenzort sollte Leipzig sein. Gestern wurde mir mitgeteilt, daß die Polizei in Leipzig, die gegen die Veranstaltung keinen Einspruch erhoben hat, darauf aufmerksam gemacht hat, daß mehrere Personen, die unter Redeverbot stünden, nicht als Redner auftreten dürften. Darunter hat sie mich auch genannt. Bisher war nichts davon bekannt, daß die Behörde um meine Schonung in diesem Maße besorgt sei. Ein geheimes Redeverbot ist übrigens eine merkwürdige Sache. Nun glaube ich, daß die Konferenz auch stattfinden könnte, wenn ich ihr als stummer Teilnehmer beiwohnte, zumal da ich ja an der Vorbereitung, an der Entwerfung von Anträgen u. dgl., nicht behindert wäre. Die Genossen sind jedoch anderer Meinung. So ist vorläufig wieder Leipzig in Frage gestellt. Verhandlungen werden jedoch noch fortgeführt.

Potsdam—Osthavelland*) halte ich trotz unserer Bemühungen für uns für verloren, nachdem sich alle bürgerlichen Parteien offen oder versteckt für den Regierungssozialisten **Stahl** ausgesprochen haben. Zu erwarten ist, daß wir eine respektable Stimmenzahl aufbringen, wenn auch die Gegner mit allen Mitteln arbeiten, während uns Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden.

Das Urteil im Vorwärts-Prozeß, das in seiner Begründung juristisch unhaltbar ist, hat in einer Zeit, in der Auffrischung dringend nottut, verstimmend gewirkt. Erfreulich ist dagegen, daß sich allen behördlichen Hemmungen zum Trotz an vielen Orten die Opposition mächtig regt. Ich hätte Lust, dauernd auf Reisen zu sein und überall anzufeuern. Aber woher die Zeit und die Kraft nehmen?

In der Politik treibt alles auf die Spitze. Der burleske Brief **Zimmermanns** an **Carranza** legt doch den Gedanken nahe: „Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit!“ . . .

Dein H.

Berlin, den 21. III. 1917.

Mein lieber Ernst,

. . . ich habe mir die schwere Erkältung wohl zugezogen, als ich in zwei großen Versammlungen in Spandau sprach und später in etwas erhitztem Zustand lange Zeit auf dem eiskalten Eisenbahnperron zubringen mußte.

Die bürgerlichen Parteien haben dort dem Regierungssozialisten das Mandat in die Hand gespielt. Die 5000 Stimmen für **Mehring** haben dadurch ihren Wert, daß sie ausschließlich überzeugten, und

*) Nachwahl für Liebknecht.

zum größten Teil auch klar blickenden Sozialisten entstammen. Bei der letzten Hauptwahl hatten die Bürgerlichen übrigens auch die Mehrheit, und Liebknecht konnte erst das Mandat in der Stichwahl erringen, so daß ich bei der gegenwärtigen Konstellation auf einen Sieg Mehrings nicht rechnen konnte und nicht gerechnet habe. In einer meiner Versammlungen sprach Mehring selbst nach mir — wenige Sätze, ohne rednerischen Schmuck, aber eindrucksvoll durch den Inhalt und die Persönlichkeit.

In den Landtag ist er gestern gewählt worden — trotz der öffentlichen Stimmabgabe. Die Berliner haben sich also gut gehalten, und die Scheidemänner haben einen wohlverdienten Reinfall erlebt.

In der Osterzeit wollen wir uns organisieren. Die Vorarbeiten sind gemacht, und dann wird, so stark auch die Hindernisse des Belagerungszustandes sind, der Grund für eine kräftigere Propaganda gelegt werden.

Die politischen Ereignisse werden sicherlich bald in ein rascheres Tempo kommen, und es mehren sich die Anzeichen, daß das letzte Stadium des Krieges, in dem wir uns befinden, in diesem Jahre zu Ende gehen wird.

Wie weit in Rußland die Sozialdemokratie und die Trudowiki (Tschaidse und Kerenski) die Kraft haben werden, auf die Einleitung von Friedensverhandlungen hinzuwirken, läßt sich nicht übersehen. Eine Intensivierung des Krieges ist, wenn die neue Regierung Lebensmittel beschaffen kann und das Transportwesen zu regeln vermag, unter der Parole: „Den heimatlichen Boden vom Feinde befreien!“ wohl möglich. Aber Verschärfung des Krieges bedeutet noch nicht Verlängerung.

Die russische Revolution darf meines Erachtens nicht ausschließlich unter dem Gesichtswinkel des gegenwärtigen Krieges, sondern muß sub specie aeternitatis*) betrachtet werden. Welche Gegenschläge auch kommen werden, sie ist ein gewaltiger Fortschritt auf der Bahn der Freiheit für Rußland und die Welt.

Hinter der politischen Umwälzung stehen die sozialen Gegensätze, die hart miteinander ringen, wie alle Zeitungsnachrichten erkennen lassen, auch in der Kriegsfrage. Den Eroberungsplänen der liberalen Bourgeoisie arbeiten jedenfalls starke Kräfte entgegen.

Schreibe uns bald, lieber Ernst, ausführlich über Dich.

Von Herzen grüßt Dich

in Liebe Dein Vater.

Gotha, den 8. IV. 1917.

Liebe Else,

bedrückten Gemüts in den Kongreßsaal**) zurückkehrend, wurde ich an das Telephon gerufen, wo mir Trudel eine niederdrückende

*) im Hinblick auf eine weite Zukunft.

**) Gründungskongreß der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Nachricht übermittelte. Wie ich fürchtete, ist Ernst aus politischen Gründen — weil er sich an der Zeichnung der Kriegsanleihe zu beteiligen ablehnte — Knall und Fall an die Front abgeschoben worden. Er fährt jetzt um 6½ Uhr durch Gotha in Begleitung von Thea. Ich schließe mich ihnen an, damit wir drei noch ein paar Tage in Darmstadt zusammenbleiben, bis Ernst in den Schützengraben kommandiert wird.

Die Debatte geht zu Ende. Den Höhepunkt erreichte K a u t s k y , der sehr eindrucksvoll die Ausführungen H e c k e r t s zurückwies. Heckert, der soeben das Schlußwort hat, steht ebenfalls auf der Höhe. Er spricht jetzt noch viel besser als in seinem Referat. . . .

Es ist sehr schade, daß Du die Polemik, die in diesem Augenblick L e d e b o u r wirkungsvoll in Anerkennung der glutvollen freiheitsdürstenden Seele Heckerts zum Abschluß bringt, nicht mehr hast anhören können. Jetzt ist es 5¼ Uhr, und wir werden noch etwa eine Stunde zu tun haben.

Trotz Deines Widerstandes bin ich zum Vorsitzenden gewählt worden, und zwar mit 114 Stimmen. L e d e b o u r hat erhalten 90 Stimmen, D i t t m a n n 92 Stimmen, Z i e t z 115 Stimmen, H o f e r 108 Stimmen, W e n g e l s 106 Stimmen, L a u k a n t 67 Stimmen. Damit ist das Zentralkomitee zusammengesetzt.

Berlin, den 25. IV. 1917.

Lieber Freund Gottschalk!

Die Friedensresolution des Parteiausschusses, an der Du wohl auch die Hand Viktor Adlers entdeckt hast, ist auf die Anbietung an die Russen berechnet. Vor vier Wochen hat sich S c h e i d e m a n n dagegen gewehrt, daß ihm die Forderung: „Jeder trage seine eigene Last“, unterschoben wurde. Jetzt wird das Programm „Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegsentschädigung“ als etwas Selbstverständliches aufgestellt. Es soll auf die Russen Eindruck machen, daß der Parteiausschuß sich ausdrücklich auf die Übereinstimmung mit dem Beschluß des Arbeiter- und Soldaten-Delegiertenrats beruft. Die Russen durchschauen diese Absicht, und die Aktion ist um die gewollte Wirkung gebracht. Die internationale Konferenz, die am 15. Mai in Stockholm beginnen soll, wird nicht vom Internationalen Büro einberufen, sondern von Genossen neutraler Staaten. Gestern habe ich T r o e l s t r a gesprochen, der hier schon mehrere Tage weilt, um mit den Scheidemännern — und der Regierung zu verhandeln. Die Regierung bearbeitet er, damit sie keine Paßschwierigkeit der „Minorität“ bereitet. Er geht nämlich davon aus, daß die Konferenz unmöglich sei, wenn wir von der „Minorität“ nicht an ihr teilnehmen. Im „Het Volk“ hat er kurz vor seiner Abreise von Holland in einem Artikel, den die „Frankfurter

Zeitung“ am Sonnabend abends wiedergibt, die Gründe dafür darlegt. Dabei erklärt er sehr offen, daß die „Mehrheitsparteien im Grunde genommen ja nur als die Vertreter ihrer Regierungen“ erschienen.

Wie wir uns zu der Konferenz verhalten werden, werden wir morgen beraten. Schon bevor die Konferenz-Idee auftauchte, habe ich mich um einen Paß zu einer Reise nach Stockholm bemüht. Ich habe zu diesem Zwecke in Begleitung von Dittmann den Staatssekretär Wahnschaffe aufgesucht und ihm gesagt, daß es die Pflicht des Reichskanzlers sei, auf die Beseitigung der Paßschereien bei der Paßbehörde hinzuwirken, ich wollte nach Stockholm reisen, um ein zuverlässiges Bild über die Zustände in Rußland durch Rücksprache mit maßgebenden russischen Politikern zu gewinnen. Ich wollte aber als freier Mann reisen und lehnte jede Instruktion, auch jede Information von der Regierung ab, ich würde auch keinen Regierungspass nehmen, sondern wünsche nur, daß ich den gewöhnlichen Polizeipass erhielte, auf den ich Anspruch zu haben glaubte. Die Angelegenheit ist dann dem Auswärtigen Amt übergeben worden, das aus den kleinlichsten Gründen persönlicher Natur mir den Paß verweigerte, aber gnädigst einigen anderen Genossen aus der Arbeitsgemeinschaft, die die Scheidemänner einzuwickeln wännen, einen Paß beschaffen wollte. Ich habe mich sehr energisch mit dem Staatssekretär auseinandergesetzt; er berief sich auf seine ostpreußische Offenheit, ich diene ihm mit derselben Tugend. Den Inhalt der sehr interessanten Unterredung zu erzählen muß ich mir bis zu meinem nächsten Besuch aufsparen. Zum Schluß sagte er mir: „Alles, was Sie mir heute erklärt haben, hat wirklich Hand und Fuß“. Aber nun schützte er die Militärbehörde vor, die den Paß wohl verweigern würde.

Erhalte ich den Paß wirklich nicht, so ist das eine Kapitaldummheit der Regierung, da die russischen Genossen das Liebeswerben um sie dann noch deutlicher einschätzen werden.

Außer Troelstra hatte ich gestern infolge eines merkwürdigen Zufalles noch den Besuch von Grimm-Bern, der nach Stockholm reiste, und von Platten-Zürich, der als Begleiter Lenins von Stockholm heimreiste. Die russischen Genossen stehen selbstverständlich auf unserer Seite, wie beide bestätigten.

Die letzte Woche war hier sehr bewegt. Gestreikt haben zunächst zwei Tage etwa 300 000 Arbeiter und Arbeiterinnen; etwa 30 000 blieben danach mehrere Tage im Streik, darunter die Arbeiter der Waffen- und Munitionsfabriken, die Freitag unter Militärgewalt gestellt sind. Die AEG. in Hennigsdorf nimmt erst morgen den Betrieb auf. Drei Vertrauensleute der Waffen- und Munitionsfabriken sind in Schutzhaft genommen worden. So ist der augenblickliche Stand. Die Brotfrage verschwand immer mehr hinter der Friedensfrage. Am dritten Streiktag wandten sich die Arbeiter an uns als an ihre Parlamentsvertreter.

Danzig hat sich ja ausgezeichnet gehalten.

Der Zietzsche Aufruf wird, nachdem er die Zensur glücklich passiert hat, gedruckt. Der Aufruf der Zentralleitung, der von der Zensur verstümmelt ist, wird Euch bald zugehen. Das Flugblatt ist aus Gründen, die von uns unabhängig sind, nicht mehr vorhanden. Ich erfahre, daß es wieder erscheinen soll.

Nach Königsberg käme ich gar zu gern. Die internationalen Angelegenheiten, insbesondere die unerwarteten Besuche, von denen ich vorher sprach, und der Plan der Stockholmer Reise hinderten mich jedoch und stehen meinem Wunsche auch jetzt noch im Wege. Ich mußte deshalb auch das Referat, das ich gestern in Essen halten sollte, auf Dittmann übertragen . . .

Berlin, den 24. V. 1917.

Mein lieber Gottschalk,

Dich wie Mertins begrüße ich auf das wärmste in der Freiheit, soweit wir heutzutage überhaupt — auch außerhalb des Gefängnisses — von Freiheit sprechen können.

Unter dem Belagerungszustand habe ich manche Gerichtsurteile erlebt, die mich tief erregten, aber kaum eines, dessen Vollstreckung mit einer solchen Härte vor sich ging wie das Königsberger. Den zu einem Monat Gefängnis Verurteilten nicht die Gelegenheit zu geben, daß sie vor Antritt der Strafe ihre häuslichen Angelegenheiten ordnen — das blieb Königsberg vorbehalten. Ich hoffe, daß Ihr beide gesund und kampfesfroh in Euer Heim zurückkehren werdet. Neue Kämpfe harren unser aller. Gegen Hoffmann, Ledebour, Vogtherr, Dittmann, Büchner ist ein Ermittlungsverfahren wegen Landesverrats eingeleitet worden. So töricht die Denunziation ist, die zu diesem Verfahren den Anstoß gegeben hat — wer ist sicher, daß es nicht dennoch bis zur Gerichtsverhandlung fortgetrieben wird! Je länger der Krieg dauert und je mehr er den Regierenden über den Kopf wächst, desto größer wird die Verfolgungssucht. Nur ein kleiner Teil der Verhaftungen und der neuesten ohne Urteilsspruch verhängten Strafen der Einsteckung in das Militär werden bekannt. Ich rechne noch mit anderen Schlägen. Die Sympathie für unsere Partei ist im Steigen; so sehr auch das politische Leben eingeengt ist, an vielen Stellen regen sich die Genossen.

Die „Volksstimme“ in Königsberg, die ja zu Eurer Begrüßung rechtzeitig auf dem Plan erscheinen wird, wird gewiß die Schar unserer dortigen Anhänger sammeln und festigen, bis nach Überwindung der harten Zeiten die Bahn wieder frei wird. Bis dahin wird es, fürchte ich, noch lange dauern: Die Friedensaussichten sind gering. Von den Stockholmer Besprechungen, die jetzt im Gange sind, verspreche ich mir nichts; sie können im günstigsten Falle eine breite

Grundlage für die Sozialdemokraten aller Richtungen und Schattierungen bilden, die für den Frieden nichts Wirkungsvolles tun können und bei der ersten Gelegenheit wieder auseinanderfallen. Zu diesen Besprechungen mich zu drängen, habe ich deshalb kein Verlangen. Dagegen lege ich dem Kongreß, den der russische Arbeiter- und Soldatenrat plant, große Bedeutung bei. In ihm und hinter ihm steckt eine Macht, von der ein Einfluß auf die anderen Völker ausgehen kann. Meine Reise nach Stockholm, für die ich jetzt einen Paß erhalten habe, will ich so einrichten, daß ich an diesem Kongreß teilnehme.

Meine ganze Familie sendet Dir und Mertins die besten Grüße. In alter Freundschaft grüßt herzlich

Dein Hugo Haase.

Berlin, den 6. V. 1917.

Mein lieber Ernst,

wieder bist Du genötigt, Deinen Geburtstag fern von uns als Soldat zu verleben. Alles spricht dafür, daß es das letzte Mal ist. Der Gedanke, es könnte anders sein, ist auch zu entsetzlich. In den oberen Regionen herrscht nach einem Depressionszustand augenblicklich starke Zuversicht. Worauf sie sich gründet, ist mir nicht klar geworden, obwohl ich die U-Boot-Erfolge, die gewiß starken französischen Verluste an der Aisne, die vorläufig geschwächte Offensivkraft der Russen in Rechnung stelle. Die Kriegsmüdigkeit Österreichs wird von Woche zu Woche offensichtlicher, und die österreichische Regierung tut nichts, um sie zu verbergen. Sie betont vielmehr auf das nachdrücklichste ihr Friedensbedürfnis und begünstigt die Friedensbestrebungen der Sozialdemokraten. Den Türken ist nicht wohl zu Mute, und die Bulgaren möchten lieber heute als morgen Frieden schließen. Bei uns gilt dagegen die Durchhalte-Parole, von den nächsten zwei bis drei Monaten verspricht man sich Wunder. Die Methode, die im Kriege so oft versagt hat, nämlich bei uns alles ruhig, bei den Gegnern alles düster anzusehen, steht in voller Blüte. Da die Massenstreiks nach dem ersten Anlauf versandeten, so ist man beruhigt, und bemerkt nicht, wie es in der Tiefe gährt. So geht das sinnlose Massenschlachten weiter. Helfferich hat gestern nach einer sehr entschiedenen Rede Oskar Cohns erklärt, er wolle jetzt keinen Frieden, da er uns nicht günstig sein würde. Und später, wenn sich noch mehr Staaten unseren Gegnern zugesellt haben, wenn der Mangel an Rohstoffen bei uns noch empfindlicher wird, soll er besser werden? Aber wer heute von Vernunft redet, ist ein Prediger in der Wüste.

Von der Stockholmer Konferenz ist nicht viel zu erwarten. Das Spiel, eine alle Gegensätze verkleisternde Resolution zu fabrizieren, machen wir nicht mit. Die Konferenz kann nur dann einen Sinn haben, wenn die Sozialisten in allen Ländern zu einer scharfen Oppo-

sition gegen die krieglerische Regierungspolitik sich entschließen. Mit Phrasendrescherei ist nichts gemacht. Wer kann jedoch solche Hoffnungen in die Scheidemänner setzen?

Die Regierung hatte mir anfangs den Paß verweigert. Nach einem Angriff gegen sie in der Budget-Kommission, an dem sich auch David beteiligte, hat sie den Vetospruch gegen die Erteilung von Pässen an mich und meine Freunde aufgegeben. Sehr hübsch war das Bekenntnis, das David in der Kommission ablegte, als er der Regierung vorhielt, sie mache eine große Dummheit und hinzusetzte: „Die Welt wird sagen: die ehrlichen Sozialisten erhalten keine Pässe, Pässe erhalten nur die Regierungssozialisten“. So war es in der Tat; die Regierung wollte die Scheidemann, Ebert, David gern als ihre Werkzeuge in Stockholm benutzen, uns dagegen, die wir unabhängig, nichts anderes wie eine ehrliche internationale Friedenspolitik betreiben, von dort fernhalten. Gestern ist die Nachricht aus Stockholm eingetroffen, daß die Konferenz verschoben werden wird. Wann ich von hier abfare, ist danach unbestimmt. Länger werde ich die Reise nicht hinauszögern, da ich in jedem Falle bei meinen guten Beziehungen mir ein klares Bild über die Verhältnisse im Auslande zu verschaffen und vielleicht auch friedensfördernd zu wirken vermag.

Halte Dich trotz der schweren Zeit aufrecht und — so weit es geht — froh!

Berlin, den 13. VI. 1917.

Liebe Else,

heute ist die ärztliche Untersuchung bei Rotter gewesen und hat ein völlig günstiges Ergebnis gehabt. Habe ich mich in dieser Zeit der großen Ereignisse auch nicht viel mit dieser persönlichen Geschichte beschäftigt, so bin ich doch froh, darüber Klarheit gewonnen zu haben. Sie soll auch nicht einen Augenblick meine Gedanken und Stimmungen in Stockholm durchkreuzen.

Am 21. d. M. dampfe ich bestimmt dorthin ab, — nicht sehr zuversichtlich. Ich erblicke den politischen Himmel schwarz in schwarz und entdecke nirgends auch nur die kleinste Stelle, an der das Licht durchdringen will. Der russische Arbeiter- und Soldatenrat will den Frieden; er braucht ihn, schon um die innere Freiheit auszubauen. Aber er ist zu schwach, um England, Frankreich, Amerika, Japan mitzuziehen. Ribots Rede, das Manifest Wilsons an Rußland, die Haltung Englands beweisen, daß sie den Krieg auch gegen den Willen Rußlands fortzusetzen beabsichtigen. Amerika hat, wie mir aus guter Quelle versichert worden ist, Frankreich in verbindlicher Form die Unterstützung mit Truppen zugesichert und trifft alle Vorbereitungen für die Truppentransporte, wobei es mit starken Verlusten rechnet. Die militärischen Aktionen, die sich darauf gründen, können noch nicht

in nächster Zeit durchgeführt werden. So ist das Ende des Krieges nicht abzusehen.

Die U-Boot-Hoffnungen sind hier in Kreisen, die lange im Überschwang lebten, sehr gedämpft. Von oben wird zwar Siegestimmung zu erzeugen versucht und bei den Kritiklosen nicht ohne Erfolg. Die Schar der Entmutigten nimmt aber zu.

Stockholm wird zur Herabdrückung der Erwartungen auch noch beitragen. Die Verhandlungen vor dem schwedisch-holländischen Ausschuß haben weder für die Anbahnung von Friedensverhandlungen, noch für den Aufbau einer lebenskräftigen Internationale einen Wert. Die Scheidemänner haben auch im Anblick der russischen Entwicklung nichts gelernt; sie treten als Apologeten der Regierung auf und gebärden sich so, als ob sie direkt Beauftragte der Regierung wären. Sie verbreiten damit Licht über unsere Parteiverhältnisse, enthüllen aber auch unseren ganzen politischen Jammer. Wie soll dadurch die Friedensbewegung gefördert werden?

Eine Konferenz unter Leitung des russischen Arbeiter- und Delegiertenrats könnte trotz alledem einen kräftigen Anstoß geben. Sie ist ja auf den 28. Juni zusammenberufen; ob sie stattfinden wird, ist jedoch nicht sicher. Wenn ich dennoch jetzt nach Stockholm fahre, so bestimmt mich dazu die Annahme, daß wenigstens „Minderheitsvertreter“ eine Zusammenkunft haben werden, und daß es gelingen wird, jedenfalls wertvolle Informationen einzuziehen.

Für mich persönlich verspreche ich mir in der reineren Atmosphäre einen freieren Kopf und einen kräftigeren Pulsschlag. Du weißt, wie sehr ich das brauchen kann. . . .

Stockholm, den 24. VI. 1917.

Mein lieber Junge,

am Freitag bin ich vormittags nach einer sehr erfrischenden Seefahrt und einer bequemen Eisenbahnfahrt hier eingetroffen und habe von dem Dir bekannten Standpunkt aus, frei von allen Illusionen, aber auch von lähmendem Pessimismus, meine Tätigkeit aufgenommen, die zunächst positiv nur aufklärend wirken kann. Ich bin mit Leuten aus den verschiedensten Lagern bereits zusammengewesen und vermag die Aussichten nicht anders zu beurteilen wie vorher. Die Informationen sind freilich noch nicht erschöpfend. Freundlichkeiten werden mir sehr viele erwiesen. Die schwedischen Freunde hatten mich vorgestern nach einer längeren Sitzung zu einem Abendessen in einem am Meer gelegenen Garten, und ein holländischer Freund gestern, nachdem ich drei Stunden im Zusammenhang gesprochen hatte, zu einem Mittagessen eingeladen. Diese intimen privaten Veranstaltungen sind märchenhaft. Von Stockholm habe ich noch nicht viel gesehen, aber, wo ich auch gehe, überall empfangen ich den Eindruck ungewöhnlicher Schönheit.

Stockholm, den 24. VI. 1917.

Meine Liebste,

die Ereignisse jagen sich. Ich bin in steter Bewegung, fühle mich jedoch wohl. Gestern habe ich eine dreistündige Rede gehalten unter Zustimmung meiner Freunde und mit Eindruck auf die anderen. Ich bin im Rahmen meines Programms geblieben und habe mich nicht auf diplomatische Exkurse eingelassen. Troelstra, der am Anfang seinem revisionistischen Herzen Luft machen zu müssen glaubte, hat am Schluß meiner Ausführungen einen anderen Ton angeschlagen. Zur körperlichen Stärkung hatte mich und die Freunde van Kol zu einem Lunch eingeladen, das in der bekannten nordischen Art zubereitet war und durch Herzlichkeit der Gastgeber gewürzt wurde. Am Nachmittag folgte eine Unterredung mit anderen, mit Weinberg vom Sowjet, mit Goldfarb, mit Grimm und Kyrkoff. Das Heer der Journalisten kann man nur mit Mühe abwehren. Wir haben uns dahin verständigt, hartnäckig im Widerstand zu bleiben, und falls Erklärungen zweckmäßig erscheinen, sie nur gemeinsam abzugeben. Wann unsere von allen erwarteten Genossen eintreffen werden, ist noch nicht sicher. Viktor Adler habe ich nur flüchtig gesprochen. Die böhmischen Genossen haben uns soeben eine Stunde lang unterhalten. Jetzt ist eine gemeinsame Besprechung, bei der Bernstein und Kautsky das Wort ergreifen werden. . . .

Herzlichste Grüße

Dein Hugo.

Berlin, den 10. VII. 1917.

Mein lieber Ernst,

ich bin glücklich wieder hier in der Arbeit, zu der es mich nach den Nachrichten über die Krisis in Deutschland schon sehr trieb. Über den Verlauf der Krisis war ich mir von vornherein im klaren: der Reichstag wird eine Resolution beschließen, die so zu rechtgestutzt wird, daß ihr im Grunde auch der Kanzler zustimmen wird. Gestern nachmittags suchte mich der Vertreter des Fortschritts auf, um zu sondieren, ob ich die Resolution unterschreiben würde; er begründet den Schritt damit, daß seine Partei und die mit ihr jetzt gemeinsam handelnden Parteien in ihrer Auffassung sich der Auffassung, die ich schon lange vertrete, sehr näherten. Richtig ist dabei, daß den Herren allmählich klar geworden ist, daß ein Sieg mit Eroberungen unmöglich ist. Der Gegensatz zwischen uns bleibt aber doch ein klaffender.

Lyck, den 27. VII. 1917.

Mein lieber Ernst,

. . . mit den Ausführungen Deines letzten Briefes bin ich voll einverstanden. Du wirst den stenographischen Bericht der Reichstags-

sitzung erhalten und kannst an Hand der Reden beurteilen, ob die von Dir vermißten Parolen ausgegeben sind. Es bestand der Plan, nicht zu unterbrechen, um nichts zu unterstreichen. Der ganze Bericht soll in großer Auflage verbreitet werden, um weitere Kreise über die Situation aufzuklären. Gegenüber der Zensur ist das noch der einzige Weg, um an das Publikum zu gelangen. Die aktive Teilnahme des Publikums an den Verhandlungen, auf die Du gewartet hast, hat auch zu meinem Bedauern gefehlt. An Versuchen, sie zu erwecken, hat es nicht gemangelt.

Ich würde mich gern ausführlich mit Dir über öffentliche Angelegenheiten aussprechen. Aber es ist gut, wenn wir beide uns in unserer Korrespondenz Beschränkungen auferlegen.

Aus den Zeitungen ersiehst Du, wie sich jetzt schon wieder das alte Spiel fortsetzt, darüber zu streiten, was eigentlich der Reichskanzler denkt. In der Reichstagssitzung war das Verhalten der Scheidemanns erbärmlich, die so taten, als ob es ganz klar wäre, daß der Reichskanzler mit ihrer jetzigen Auffassung übereinstimme. Hat ihre Politik sie auch verdummt, so mußten sie doch einsehen, daß Michaelis nur das Sprachrohr von Ludendorff ist. Es handelt sich bei ihnen nicht mehr um einen Selbstbetrug, sondern um eine grobe Täuschung der Arbeiter. Eine Versammlung in Frankfurt a. M. zeigte, daß sich der Katzenjammer schon jetzt einstellt. Bald wird er allgemein werden. Inzwischen bluten die Völker weiter und ihnen ist nicht zu helfen, wenn sie sich nicht selbst helfen.

Stockholm, den 6. IX. 1917.

Liebste Thea,

unsere Verhandlungen gehen langsam vorwärts, ich nehme jedoch an, daß ich von hier werde am Sonntag abfahren können. Die Stimmung ist selbstverständlich nicht eine gehobene. Gestern verbrachte ich den Abend allein mit Axelrod und Panin. Der letztere ist von dem Typ Simon F., ruhig, klar, aber wohl etwas konstruktiv. Er steht der Ministerfrage von vornherein kritisch gegenüber, beurteilt aber die Persönlichkeiten sehr anerkennend; hält sie für ehrlich und der großen Sache selbstlos ergeben. Axelrod, der Lehrer Panins, ist nicht so bestimmt in seinem Urteil. Beide haben die uns bekannten Tatsachen hin und wieder neu beleuchtet, aber in die Gesamtsituation mir doch keinen tieferen Einblick verschafft. Es bleibt alles zweifelhaft.

Huysmann, den ich heute morgens sprach, pflanzt noch am Grabe die Hoffnung auf. Er trägt sich mit neuen Konferenzplänen, er ist in seinem Optimismus trotz aller Mißerfolge unverwundlich, und er wird bald erfahren, daß seine Pläne totgeboren sind.

Soeben ist eine interessante Debatte gewesen, die beweist, wie groß die Differenzen über die russischen Zustände auch bei sehr guten Kennern ist.

Heute ist Hofer gekommen, frisch, von bester Verfassung. Von Österreich sind Therese Schlesinger und eine weniger bekannte Genossin angelangt. Für alle Fälle bringt die Aussprache über manche Punkte Klärung.

Berlin, den 30. IX. 1917.

An Frau Sophie F.

... Wir waren am Abend gemütlich zusammen, und ganz vorübergehend war ich auch von dem Druck frei, der jetzt auf mir dauernd lastet und durch die erbärmliche Sitzung des Haushalts-Ausschusses noch verstärkt wurde. Michaelis ist das Non-plus-ultra der Impotenz, und daß die Methode des Herrn v. Kühlmann uns dem Frieden näher bringen wird, ist nicht zu hoffen. Beide drücken sich um den entscheidenden Punkt herum, und so geht das Morden weiter. Es ist manchmal zum Verzagen, aber es muß weitergekämpft werden.

Berlin, den 1. X. 1917.

Meine lieben Freunde,

an meinem Geburtstage sind mir überraschend große Freundlichkeiten erwiesen worden. Euer Brief hat mir viel Freude bereitet und sehr dazu beigetragen, den Tag zu erhellen. Es ist wirklich ein schweres Unrecht, daß wir uns solange auf unausgesprochene Gedanken beschränkt haben, und ich mache mir selbst darüber die heftigsten Vorwürfe, und zwar nicht erst seit heute und gestern, sondern die ganze Zeit hindurch. Das Persönliche wird in mir zu meinem Kummer seit Monaten ganz durch das Allgemeine zurückgedrängt. Die schicksalsschwere Frage: „Können einzelne durch Einsatz ihrer Persönlichkeit nicht doch zur rascheren Beendigung des Krieges beitragen?“ verstummt nicht mehr. Wer kann sie richtig beantworten? Es scheint so, als ob die Arbeitermassen der Deutschen Vaterlandspartei das Feld überlassen, und doch kann dies nicht sein. Wann aber werden sie sich regen? Im Auslande schüttelt man den Kopf zu der Energielosigkeit der deutschen Arbeiter, die früher überall als Elitetruppe gefeiert wurden. Der Kampf für den Frieden wird so den tatkräftigen Elementen in den anderen Ländern erschwert oder ganz wirkungslos gemacht.

Dabei denken auch hier alle Leute mit Entsetzen an den bevorstehenden Winter, und es ist kaum anzunehmen, daß noch in diesem Jahre die Friedensverhandlungen eingeleitet werden. Die Reden von Michaelis und Kühlmann, von denen die erstere geradezu qualvoll anzuhören war, haben auch die Hoffnungsfreudigsten pessimistisch gestimmt. Bis jetzt hat die neue Regierung nur den Erfolg buchen können, daß wieder mehrere Neutrale, darunter das für unsere künftige Weltwirtschaft wertvolle Argentinien, in das Lager unserer Kriegs-

gegner übergegangen sind, und daß andere Neutrale, die uns noch mit etwas Wohlwollen behandelten, zur scharfen Kritik herausgefordert sind. Der „Vorwärts“, der wochenlang verkündete, die Regierung werde beim Zusammentritt des Reichstags offen den Entschluß, Belgien als völlig unabhängigen Staat herzustellen, verkünden und dies als unerläßlich für jedes Zusammenarbeiten mit ihr erklärte, findet sich jetzt schon wieder mit der „diplomatischen Taktik“ des Schweigens ab. Es wäre zum Verzweifeln, wenn nicht die Gewißheit bestünde, daß trotz alledem, und gerade durch den Krieg gefördert, die Entwicklung in der Richtung der Demokratie und des Sozialismus sich vollzieht.

Obwohl unserer Partei fast überall die Versammlungen verboten werden, obwohl die Herausgabe von Druckschriften mit den größten Schwierigkeiten verbunden ist, obwohl bei der Marine unsere Zeitungen verboten sind, geht unsere Parteibewegung vorwärts. Am Sonntag ist der Wahlkreis Hof einstimmig zu uns übergetreten und der Abgeordnete, Genosse Simon, eine schätzenswerte Kraft, dadurch Mitglied der Fraktion geworden.

Die Absägung Kautskys, von der Ihr gelesen habt, wird manchen Schwankenden festigen, zumal wenn erst klar wird, daß die Wahl Cunows als sein Nachfolger die Auslieferung der „Neuen Zeit“ an die imperialistische Richtung bedeutet.

In Stockholm habe ich die russische Delegation, die aus Italien, Frankreich, England heimkehrte, gesprochen und dabei viel Interessantes über die Zustände in diesen Ländern erfahren. In Italien gährt es stark. Die Abneigung gegen den Krieg bricht, wie die Aufstände in Turin und anderen Städten gezeigt haben, kraftvoll hervor. In Frankreich und England wächst die Friedensstimmung auch, und die Friedensfreunde blicken erwartungsvoll nach Deutschland hin. Die Vorgänge in Rußland halten mich oft in atemloser Spannung. Der Sozialdemokratie ist eine Aufgabe gestellt, die sie nicht restlos erfüllen kann: das alte Regime revolutionär zu überwinden und gleichzeitig den Krieg zu führen, den sie beenden will, und aus dessen Verstrickung sie sich doch nicht lösen kann. Nur wenn überall die Sozialdemokratie zur herrschenden Macht gelangt, würde das russische Proletariat aus diesem Widerspruch herauskommen. Wenn, ja wenn!...

Euer H.

Berlin, den 15. X. 1917.

Mein lieber Ernst,

Für Deinen Brief drücke ich Dir in inniger Liebe die Hand. Ich bin glücklich, daß alle Familienangehörigen mit Verständnis und Vertrauen zu mir stehen. Ich bin am 9. Oktober*) in einer fast gehobenen

*) Reichstagsverhandlung mit der Anklage gegen die Unabhängigen wegen angeblicher Begünstigung der Matrosenmeuterei.

Stimmung gewesen. Der heimtückische Überfall ließ mich ganz kalt, so daß ich mit ruhiger Kraft meine Schläge führen konnte. Erst nachträglich habe ich erfahren — was Du inzwischen auch in den Zeitungen gelesen hast —, daß die Angreifer längst wußten, daß der Oberreichsanwalt die Einleitung eines Strafverfahrens für unmöglich erklärt hatte. Aber auch ohne diese Kenntnis war ich mir über den politischen Zweck der verunglückten Attacke sofort im klaren und enthüllte diesen so vollständig, daß die Michaelis und Capelle darauf nichts zu sagen wußten. Sie spielten eine ebenso erbärmliche wie dumme Rolle, und diese Dummheit, die Bloßstellung unserer Zustände vor dem In- und Auslande, nicht Gerechtigkeitsgefühl, brachte auch die Mehrheit des Reichstages in Harnisch. Ebert fand zum erstenmal energische Töne; allmählich dämmert ihm, daß er und seine Freunde nach uns an die Reihe kommen, wenn sie zu mucksen wagen. Und da sie jetzt dauernd schlecht behandelt werden und da der Würzburger Parteitag stattfindet, so kommen radikale Allüren zum Vorschein, die jedoch keineswegs eine innere Umwandlung bedeuten.

Meine Reise ist erfolgreich gewesen. Die Tage in Leipzig werden anstrengend sein, und ich fürchte, daß mir diesmal das Glück, das ich bis jetzt beim Reichsgericht hatte, nicht treu bleiben wird. Das liegt in der Sache selbst, nicht etwa in meiner persönlichen Affäre. Für Zietz bin ich Verteidiger, und der Untersuchungsrichter will mich, den angeblich Verdächtigen, in ihrem Prozeß sogar als Zeugen vernehmen.

Berlin, den 17. XI. 1917.

Lieber Genosse Eisner!

Ihren köstlichen Artikel über Hertling sende ich Ihnen mit bestem Dank zurück. So sieht der Mann aus, der mit überragender Geschicklichkeit das Reich durch alle Stürme steuern soll. Ich kenne ihn noch aus seiner Reichstagstätigkeit als den glatten, wohl vorbereiteten Redner, und es ist mir interessant, von Ihnen zu erfahren, wie gering seine Schlagfertigkeit gegenüber einem unerwarteten Angriff ist.

Der Block wird seine Freude an ihm erleben. Zunächst posauenten die Regierungssozialisten in die Welt, daß er ihnen wichtige Versprechungen gemacht habe. Dann mußten sie zugeben, daß sie bestimmte Zusagen nicht erhalten hätten, daß Hertling aber in ihnen den „Eindruck hervorgerufen habe“, er sei mit ihnen über das — sagenhafte — Blockprogramm einig. Das mindeste sei, daß ein Fortschrittler in das Preußische Ministerium als Handelsminister berufen werde. Als auch diese Bedingung nicht erfüllt wurde, blieben sie dennoch glücklich über die große Errungenschaft. Herr Payer — pardon: Herr von Payer — erhalte die Verbindung mit dem Parlament aufrecht und erhöhe die Bedeutung des Parlaments dadurch, daß er sich nicht zum Bundesrats-Bevollmächtigten bestellen lasse, sondern Mitglied des Reichstages bleibe. Neueste Nachricht: Payer ist zum Bundesrats-

Bevollmächtigten bestellt. Die Regierungs-Sozialisten werden jetzt sicherlich entdecken, daß sich gerade darin der Anfang zur Parlamentarisierung zeige. Hertling, der klerikale Reaktionär, Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident, und Friedberg, der national-liberale Gegner des gleichen Wahlrechts, Vize-Präsident — was will man noch mehr, um der Welt zu demonstrieren, daß wir mit Siebenmeilenstiefeln in die Demokratie marschieren? . . .

Die Stampfersche Taktik, uns zu helfen, indem er tagtäglich das Sprüchlein herunterleiert: „Wir haben durch das Dreigespann Hertling-Payer-Friedberg soeben in unblutiger Weise eine Revolution durchgemacht, und zwar von derselben Bedeutung wie die Revolution der Bolschewiki in Rußland“, ist geradezu blödsinnig.

Wie die Dinge in Rußland verlaufen werden, ist schwer zu beurteilen. Die günstigste Lösung wäre es, wenn die sämtlichen sozialistischen Gruppen mit Einschluß der Sozialisten-Revolutionäre (unter Ausscheidung der kleinen Plechanow-Gruppe), vielleicht sogar zusammen mit den Trudowiki die Herrschaft antreten und schnell die Konstituante einberufen würden, die als legales Organ eine Konsolidierung des Staats herbeiführen könnte. Dann wäre der Einfluß der imperialistischen Bourgeoisie und der ihr ergebenen Generäle ausgeschaltet. Einigen sich die Sozialisten nicht, so kommt es wahrscheinlich zu einem alle Teile aufreibenden Ringen, das schließlich nur einem anderen Imperialismus zugute kommt. Ein Telegramm, das ich gestern vom Auslands-Komitee der Bolschewiki in Stockholm erhielt, enthält die Nachricht, daß in Rußland bis jetzt weder durch Sieg noch durch Niederlage eine Entscheidung getroffen sei. Ein etwas rätselhaftes Telegramm von heute berichtet, daß Verhandlungen mit unserer Mehrheit, den Regierungs-Sozialisten, gepflogen seien. Es fehlt jede Andeutung über den Inhalt und den Zweck dieser Verhandlungen, so daß allen Vermutungen Spielraum gelassen ist. Morgen soll ich ein Kommuniké darüber erhalten. Bietet es etwas Wichtiges, so werde ich Sie benachrichtigen.

Für einen Zusammenschluß aller russischen Sozialisten sprechen zwei Momente: Die besten Freunde und Mitkämpfer Lenins, Sinowjeff und Kamenjeff, haben sich kurz vor der revolutionären Erhebung*) gegen ihn ausgesprochen, werden also zu einem Kompromiß vielleicht geneigt sein. Ferner soll Dan, der Freund und sibirische Genosse Zeretellis, der Inspirator der früheren Koalitionsregierung, mit den Bolschewiki verhandeln und bereit sein, mit ihnen zusammen einen Wohlfahrts-Ausschuß zu bilden. Das deutet auch auf eine Verschmelzung hin.

Meine Spannung ist groß. Unerträglich ist es für die Dauer, hier so gefesselt zu sein. Der Aufruf in der „Leipziger Volkszeitung“, Versammlungen zu veranstalten, ist von der obersten Zensurstelle unterdrückt worden. Die Versammlungen sind verboten. Wir sollen mund-

*) Bolschewistische Revolution vom 7. November 1917.

tot gemacht werden. Wird sich das Proletariat diesen Zustand noch lange gefallen lassen?

Daß Sie verstummen, bedauere ich lebhaft. Die „Vossin“ ist für Arbeiten von Ihnen unter keinen Umständen eine Stätte. Würden Sie nicht regelmäßig für die „Leipziger Volkszeitung“ Beiträge liefern, auf die die übrige, auch die bürgerliche, Presse aufmerksam gemacht werden könnte?

Es grüßt Sie bestens

Ihr Hugo Haase.

Liebe Else,

Berlin, den 25. XI. 1917.

der zweitägige Aufenthalt in Leipzig war nicht übermäßig aufregend und anstrengend. Mein Klient, ein intelligenter, fein organisierter Süddeutscher, der nach den schwersten Kämpfen an der Westfront aus einem Lazarett zum Reichsgericht zitiert worden war, bedauerte, daß er nicht wenigstens eine mehrmonatige Strafe abzubüßen hat, um Gelegenheit zum Ausruhen und Schutz vor den amerikanischen Stahlgranaten zu finden. Ich war nicht geschickt genug, diesen Wunsch zur Erfüllung zu bringen.

Wann ich wieder nach Königsberg kommen kann, läßt sich noch gar nicht übersehen. Der Reichstag soll allerdings nur kurze Zeit zusammenbleiben. Der Regierung genügt es ja, wenn ihr die 15 Milliarden bewilligt werden. Dann mag man sich wieder wegtrollen. Ich bin nicht in kampfesfreudiger Stimmung. Woher soll sie auch kommen? Die russischen Zustände sind bei dem Mangel zuverlässigen Tatsachenmaterials schwer zu beurteilen. Die Bolschewiki scheinen sich zunächst am Ruder zu halten und ihre Herrschaft zu befestigen. Um sie nicht zu verlieren, dürfen sie das Volk nicht enttäuschen. Sie werden deshalb die größten Anstrengungen machen, um den Frieden herbeizuführen, und dabei rücksichtslos verfahren. Es ist in der Situation, in der sie sich befinden, nicht ausgeschlossen, daß sie sogar zum Sonderfrieden schreiten, der uns selbstverständlich nicht befriedigen kann.

Die Scheidemänner haben die Gelegenheit nicht versäumen wollen, sich den Bolschewiki, als ihre Macht im Aufsteigen war, zu nähern, nachdem sie sie als „Putschisten“, „Anarchisten“ lange Zeit von oben herab behandelt hatten. Das Stockholmer Auslandskomitee der Bolschewiki, dem sie als ihren Vermittler Parvus sandten, hat ihre Ergebnheits-Kundgebung zu Protokoll genommen und nach Petersburg gesandt. Wenn sie in dieser Woche wieder die Kriegskredite bewilligen, so ist das die charakteristische Illustration zu dieser „revolutionären“ Aufwallung. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß sie jenen Schritt nicht ohne Vorwissen der Regierung getan haben. Es ist zu erbärmlich. Das Auslandskomitee der Bolschewiki hat mir das mit Parvus aufgenommene Protokoll mittels Einschreibebrief am

17. November zugesandt. Aber es ist bis heute nicht in meinen Besitz gekommen; es scheint einer anderen Stelle gut zu gefallen.

Als ich mit Ledebour am Dienstag im Auswärtigen Amt war, um ein uns von Stockholm angekündigtes Telegramm dort abzuholen, sandte mir zwei Tage später Herr von Kühlmann in meine Privatwohnung seine oben links eingekniffene Visitenkarte. Du siehst: er ist ein höflicher Mann. Wie er sich in der auswärtigen Politik bewähren wird, bleibt abzuwarten.

Dein Hugo.

Berlin, den 30. XI. 1917.

Lieber Ernst,

Ich habe sehr das Verlangen, Euch zu sehen und mich für einige Tage aus der drückenden Atmosphäre der Politik zu entfernen. Die Chancen eines Sonderfriedens mit Rußland abzuwägen, ist schwer. Es ist ein großes Wagnis der Bolschewiki, das Band mit der Entente und Amerika ganz zu zerreißen. Wie der wirtschaftliche und finanzielle Aufbau Rußlands, das nach seiner sozialen Gliederung für ein sozialistisches Gemeinwesen noch nicht die erforderlichen Vorbedingungen hat und eine Periode der Industrialisierung noch durchlaufen muß, lediglich im Anschluß an die ausgepowerten Zentralmächte vor sich gehen soll, ist schwer vorstellbar. Die Bolschewiki werden vielleicht trotz ihres früher bekundeten Widerstrebens doch zu einem Separatfrieden bereit sein, um sich zu halten. Ohne Frieden bleiben die Massen nicht in ihrer Gewalt. Geben sie beim Friedensabschluß einen ihrer Grundsätze preis, so haben sie ihre Zukunft verspielt und den Grund zu neuem Kriege gelegt. Das möchte ich ihnen nicht zutrauen. Ob unsere Regierung aber die Grundsätze der Bolschewiki akzeptiert, ist zweifelhaft, auch wenn die Rede Hertlings plötzlich für das Selbstbestimmungsrecht eintrat. Es fragt sich, wie dieses Selbstbestimmungsrecht aussieht. Ich habe jedenfalls nach beiden Seiten nicht unbegründete Bedenken. Sicher scheint mir zu sein, daß die Entente auch nach einem Sonderfrieden weiterkämpft. Ich sehe also nicht in eine rosige Zukunft. Mit herzlichstem Gruß bin ich in Liebe

Dein Vater.

Berlin, Ende Dezember 1917.

An Frau Sophie F.

Die Einleitung von Friedensverhandlungen durch die Bolschewiki erzeugt bei mir eine fieberhafte Spannung. Froh können wir nur werden, wenn ein allgemeiner Friede zustande kommt. Jetzt könnte und müßte die Entente eingreifen, da die Situation für die Erringung eines demokratischen Friedens im Sinne der russischen Sozialdemo-

kratie günstig ist, solange sich die Entente zu diesem Zwecke an die Seite Rußlands stellt oder wenigstens in derselben Richtung wirkt. Aber die Furcht, daß die von Amerika zugesagte Hilfe namentlich Frankreich den gegebenen Zeitpunkt verpassen läßt, werde ich nicht los. Dazu kommt, daß unsere Regierung über Belgien sich ausschweigt und dadurch die Wirkung der Lansdownschen Rede in England abschwächt.

Berlin, den 5. I. 1918.

An Frau Sophie F.

... Der Zustand wäre aber erträglich, wenn nicht die aus der allgemeinen Weltlage entspringende Unruhe mich bedrückte und um den Schlaf brächte. Die Friedensverhandlungen sind durch die offenkundigen Annexionspläne unserer Regierung in der Erklärung vom 28. Dezember zum Scheitern gebracht. Die Entente wird jubilieren. Nach dem Friedensangebot vom Dezember 1916 wurde die Entente gescholten, daß sie sich nicht an einen Friedentisch mit unserer Regierung gesetzt habe, um die deutschen Kriegsziele zu erfahren. Die Entente antwortete damals, daß sie sich nicht in eine Falle locken lasse; am Friedentisch würden die Deutschen Forderungen aufstellen, wie sie ein Eroberer nach einem Siege dem Besiegten aufzuerlegen pflege. Jetzt wird sie frohlockend darauf hinweisen, daß die deutsche Regierung, nachdem sie sich am 25. Dezember grundsätzlich auf den Boden der russischen Grundsätze gestellt habe, schon drei Tage später ihr wahres Eroberergesicht gezeigt habe. Sie erfährt auf diese Weise eine Stärkung gegenüber den Friedensfreunden in ihren Ländern.

In Rußland sind ja die Friedensverhandlungen wieder aufgenommen worden. Aber wie gering sind die Aussichten, daß ein demokratischer Friede zustande kommt! Wahrscheinlich werden die Kämpfe verschärft weitergehen. In dieser Situation will sich nicht einmal der Wunsch, daß wir bald zum Frieden kommen möchten, auf die Lippen drängen, kann man doch kaum an die Erfüllung glauben.

Berlin, den 20. I. 1918.

Liebe Else,

... Die politischen Ereignisse gestatten mir nicht, mich von hier zu entfernen. Seit den Verhandlungen in Brest-Litowsk vom 28. Dezember ist die Erregung stark gesteigert. In Österreich ist es am letzten Montag zu einem Streik gekommen, der sich am Mittwoch zu einem Generalstreik ausgewachsen hat. Gestern mittags haben sich die Eisenbahner angeschlossen. Die Zeitungen erscheinen nicht. Czernin ist von Brest-Litowsk zurückgekehrt, und wie ich soeben

erfahren habe, soll es ihm gelungen sein, die gestern abends von den Vertretern der Streikenden mit dem Minister Togg enburg abgebrochenen Verhandlungen aufzunehmen und zu einem Vergleich zu führen. Nähere Nachrichten fehlen noch. Alle Tage haben die demonstrierenden Massen — nicht nur Sozialdemokraten — auf dem Ring in Wien und in Budapest vor dem deutschen Konsulat heftige deutschfeindliche Kundgebungen veranstaltet, die deutschen Generäle, namentlich Hoffmann, geschmäht. Hier sind die Berichte, die die Wiener Arbeiterzeitung bis Freitag, ungehindert von der Zensur oder im siegreichen Kampf gegen die Zensur über die Streikbewegung veröffentlicht hat, sämtlich unterdrückt worden. Es genügt der Regierung, daß sie selbst „mit ernstester Aufmerksamkeit“ die Vorgänge in Österreich verfolgt, die nach meinem Dafürhalten nicht übertrieben zu bewerten sind, aber auf den Gang der Friedensverhandlungen von Bedeutung sein können. Da in dem Streik die wirtschaftliche Frage, die Herabsetzung der Wahlquote, ganz in den Hintergrund getreten ist und ein annexionsloser allgemeiner Friede zum Kampfpruf geworden ist, so ist damit zu rechnen, daß die österreichische Regierung unter Berufung auf die Volksstimmung auf Deutschland mäßigend einwirken wird. In dieser Situation könnte die Scheidemann-Partei ihr verblaßtes Ansehen vor der Internationale und der Weltgeschichte auffrischen. Aber sie hat sich zu tief in die Taktik des Mittelblocks hineinmanövriert, als daß sie noch eines kühnen Rucks fähig wäre. Bei uns ist zu fürchten, daß die Regierung, begünstigt durch die Rechte, die Mitte und die Linke bis Scheidemann, ihre versteckten Annexionspläne im Osten weiter verfolgen wird. Entweder scheitern daran die Friedensverhandlungen, oder es kommt ein Kompromiß zustande, das Deutschland die Möglichkeit bietet, Kurland und Litauen in Wahrheit zu seinen Vasallenstaaten zu machen. Das bedeutet aber neue Kriegsgefahr.

Um die Offensive im Westen, die alles überbieten wird, was wir schon schauernd in diesem Kriege erlebt haben, werden wir wahrscheinlich nicht herkommen, obwohl Amerika, wofür neben anderen Anzeichen die letzte wohlabgewogene Note Wilsons spricht, vorher allgemeine Friedensverhandlungen einleiten möchte. Beginnt erst diese Offensive, dann ist voraussichtlich mit einem noch recht langen Krieg zu rechnen. Alles das deprimiert dauernd.

Schlochau, den 10. II. 1918.

Liebe Else,

ich habe die schwerste und aufregendste Zeit meines Lebens hinter mir, über die ich Dir vieles erzählen möchte, was sich gegenwärtig nicht gut schreiben läßt.

Der politische Streik ist das größte Ereignis in der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse, und er wird dadurch nicht verkleinert,

daß er ohne greifbaren Erfolg abgeschlossen ist. Ein so starker Opfersinn und Idealismus ist sehr lange nicht zu beobachten gewesen. Nie ging in Deutschland eine Massenbewegung unter so schwierigen Umständen vor sich, wie diese. Die Hemmungen, die das Sozialistengesetz den Kämpfenden auferlegte, bedeuten nichts gegenüber den Hindernissen, die jetzt zu überwinden waren.

Ich bin seit zwei Monaten so herunter, daß ich längst für mich etwas hätte tun müssen, um nicht eines Tages einen Zusammenbruch zu erleben. Es verstand sich von selbst, daß ich nicht vom Platze wich und durch äußerste Willensenergie mich aufrecht erhielt, so lange ich irgendwie erforderlich war. Die letzte größere Anstrengung bot ich am vorigen Montag auf, um Dittmann zu verteidigen und vielen Ratsuchenden zur Seite zu stehen. Dittmann ist knapp am Zuchthause vorbeigekommen. Die fünfjährige Freiheitsstrafe bleibt auch so ein Bluturteil, das nicht juristisch, sondern nur politisch zu verstehen ist. Wenn das Landesverrat ist, was jetzt von der gesamten bürgerlichen Preßmeute als solcher ausgeschrien wird, dann können Millionen als Landesverräter verurteilt werden. Aber die Behauptungen, auf die sich das Urteil gegen Dittmann stützt, sind unwahr. Sie wurden aufgestellt von vier Schutzleuten, die fünf Worte ohne jeden Zusammenhang und — psychologisch sehr verdächtig — bis auf den I-Punkt übereinstimmend bekundeten, sie wurden von vier Zivilpersonen bestritten, und ich benannte noch zehn weitere Zeugen gegen die Schutzleute und erbot mich, 100 vor die Gerichtsschranken zu führen. Alles war vergebens. So ging schon ein Aufatmen durch den Saal, als Dittmann nur mit Festungshaft belegt wurde. Viele andere Urteile des außerordentlichen Kriegsgerichts lassen das Blut in den Adern erstarren. Die Polizei erhebt eine Beschuldigung, der Beschuldigte erhält keine Anklageschrift, er wird binnen zwei bis drei Tagen vor das Gericht gestellt und auf Grund einer Polizeiaussage, ohne daß er auch nur in die Lage gekommen ist, Entlastungsbeweis anzutreten, zu horrender Strafe abgeurteilt. Mit einigen Berufskollegen bin ich dahin übereingekommen, jeden Angeklagten, ob wir ihn kennen oder nicht, ob er mit uns etwas zu tun hat oder nicht, zu verteidigen. Der Schranken unserer Wirksamkeit sind wir uns sehr wohl bewußt, im Einzelfall läßt sich jedoch, wenn auch nicht. Unrecht, so doch allzu große Härte abwehren, und in jedem Falle erlangen wir einen Überblick über die Einzelheiten dieser sogenannten Rechtsprechung.

In Königsberg sind inzwischen die Jugendlichen auch der herrschenden Stimmung zum Opfer gefallen. Ich kenne sie nicht und war auch nach den Berichten, die ich über sie erhielt, nicht imstande, mir ein festumrissenes Bild von ihnen zu machen. Zu meiner Freude erfahre ich, daß sie sich tapfer gehalten und mehr Reife bewiesen haben, als ich ihnen zutraute.

Was ist gegen Linde und Gottschalk geschehen, gegen die eine lächerliche Anklage erhoben ist? Dort treibt ein gemeiner Denunziant sein verbrecherisches Spiel.

Bitte, liebe Else, schreibe mir bald ein Wort. Herzlichste Grüße Dir und den Deinigen

von Deinem H.

Berlin, den 26. IV. 1918.

Mein lieber Ernst,

meine Gedanken sind jetzt andauernd bei Dir. Ich erlebe mit Dir alle Schrecken und Grauen, alle Abscheu und alle Nöte, die Dich erfüllen. Wie sehne ich den Tag herbei, an dem Du wieder wirst bei uns sein können, nicht als Höhlenbewohner, umgeben von Schmutz, Ungeziefer und Gefahren, sondern in freundlicher, liebevoller Umgebung als Kulturmensch!

... Die Presse, die von der Zensur mehr denn je geknebelt ist, kann, wenn sie sich nicht freiwillig in den Dienst des Kriegspresseamts stellt, zum großen Teil nur noch referieren. An der Entwicklung selbständiger Gedanken wird sie auf Schritt und Tritt gehindert. Die Alldutschen herrschen überall. Ihre Stimmung ist jedoch trotz alledem gedämpfter als vor einem Monat. Die Dinge entwickeln sich doch nicht so glatt, wie sie damals annahmen. Österreich, Ukraine, Bulgarien, Türkei bereiten Sorgen. In Österreich werden offen und versteckt Pfeile gegen den Kaiser gerichtet, der bis vor kurzem allgemein umjubelt wurde. Die ukrainischen Bauern rücken nicht mit dem Getreide heraus; die Rada*) ist ohnmächtig, und die deutschen Waffen können zwar dreinschlagen, aber nicht dem Boden Getreide entlocken. Die Türken möchten von den Bulgaren wiedererlangen, was sie im letzten Balkankriege verloren haben.

Es ist ein Hexenkessel, in dem Millionen Menschen und Menschlichkeit zugrunde gehen. Und das Ende des Wahnsinns ist schon so, wie ich es verkündet habe.

Ich umarme Dich, mein lieber Ernst, und bin in Liebe

Dein Vater.

Berlin, den 15. V. 1918.

Mein lieber Ernst,

aus der groß angelegten Rede Lenins, die er auf dem letzten Moskauer Sowjetkongreß gehalten hat, habe ich die wichtigsten Stellen für die Korrespondenz angestrichen, soweit auf die Genehmigung des Abdrucks durch die Zensur zu rechnen ist. Werden sie auch aus dem Zusammenhang gerissen, so geben sie doch die Grundgedanken wieder, in denen erkenntlich ist, welche Riesenaufgaben er sich ge-

*) Ukrainische Nationalregierung.

stellt hat, wie er sich, frei von Utopismus, die Durchführung denkt, und zu welchen Kompromissen ihn die harten Tatsachen zwingen. Sein Plan ist, sofort die Gesellschaft zu organisieren, um die Produktion auf die höchste Stufe der Entwicklung zu bringen und die Verteilung nach sozialistischen Grundsätzen zu ermöglichen. Der Widerstand der Unternehmer, die in den Fabriken Sabotage verübten, ist überwunden. Aber es fehlen die „Spezialarbeiter“, die technisch durchgebildeten, intelligenten Leiter im Wirtschaftsbetriebe und in den staatlichen sowie kommunalen Verwaltungen. Um sie heranzuziehen, hat er das Prinzip, einen Einheitslohn für die Arbeiter zu zahlen, durchbrechen müssen. Mit der Aussicht auf höheren Entgelt kommen allmählich auch die Spezialisten aus dem Bürgertum zu den Bolschewiki. Für die Verteilung knüpft er an die Konsumgenossenschaften an, die etwa 12 Millionen Mitglieder und deren Angehörige umfassen. Auch diesen Genossenschaften, die zum größten Teil bürgerlichen Charakter haben oder in bürgerlichem Geist geleitet werden, hat er Konzessionen machen müssen, um sich ihrer bedienen zu können. Er ist sich über das große Erziehungswerk klar, das er zu vollbringen hat. Der russische Arbeiter muß arbeiten lernen — heißt es an einer Stelle seiner Rede. Von innen glaubt er nur noch den Kampf mit den „Anarchisten“ aufnehmen zu müssen, die, soweit sie ehrlich sind, die Marxsche Auffassung bestätigten, daß sie ebenso wie die Syndikalisten bourgeois Natur wären, hinter denen sich aber auch viele unehrliche Elemente versteckten. Heute ist gerade die Nachricht eingetroffen, daß blutige Kämpfe mit den Anarchisten stattgefunden hätten, die zugunsten der Bolschewiki verlaufen sind. In Lenin steckt ein gigantischer Wille, und sein Wirken bleibt jedenfalls von weltgeschichtlicher Bedeutung. Klarer denn je ist es mir, daß in England und Deutschland die Überleitung in eine höhere Wirtschaftsordnung bei den gegebenen sehr günstigen subjektiven und objektiven ökonomischen Vorbedingungen sofort, wenn selbstverständlich auch nach Überwindung großer Schwierigkeiten durchführbar wäre. Aber die ökonomischen Vorbedingungen wirken nicht automatisch.

Laß es Dir gut gehen, lieber Ernst. Schreibe uns noch etwas über Deinen Aufenthaltsort, damit wir in Gedanken uns in Deine Umgebung versetzen können. Auf das herzlichste grüßt Dich in Liebe

Dein Vater.

Berlin, den 19. VI. 1918.

Liebe Else,

unter dem Haufen von Schriftstücken, die in den wenigen Tagen meiner Abwesenheit von hier eingegangen sind, finde ich auch die Erklärung von Dresselhuys und zwei anderen Mitgliedern des holländischen Parlaments über die augenblicklichen Aussichten einer

Friedensvermittlung durch die holländische Regierung mit der Aufforderung, mein Urteil über dieses Dokument abzugeben. Eine abschließende Ansicht kann ich noch nicht äußern, weil ich die Druckschrift in toto zu lesen noch keine Zeit gehabt habe. Ich halte aber Friedensverhandlungen für sehr unwahrscheinlich, so günstig manche Momente einem solchen Unternehmen auch gerade in diesem Augenblicke sind. Die Herabsetzung der Brotraten in Österreich auf 630 g bedeutet, daß nur eine Schnitte Brot täglich auf den Kopf der Bevölkerung fällt, weil das Maisbrot schwerer als unser Brot ist. Die Wahrheit ist aber, daß Österreich von nächster Woche vis-à-vis de rien*) steht, nicht 1 g Brotgetreide aus eigenem Vorrat verteilen kann. Soeben hat Deutschland, um den Generalstreik der Eisenbahner in Österreich zu verhindern, aus dem Reservoir der Militärverwaltung auf Kosten der kämpfenden Truppen Getreide in Eiltransporten nach Österreich verladen, und so wird vorläufig der Zusammenbruch vermieden. Ein Volk nach dem anderen wandelt an den Abgrund, in der großen Gefahr, hineinzustürzen. Die kapitalistischen Regierungen können sich aber nicht zur Umkehr entschließen, solange ihnen der Atem nicht ganz ausgeht. . .

Lyck, den 6. VIII. 1918.

Lieber Freund Kautsky,

schon eine Woche bringe ich hier mit Nichtstun zu. Bis Sonntag konnte ich wenig ins Freie, da es stark regnete. Seitdem scheint die Sonne und ich kann wieder laufen, was mir ein großes Bedürfnis ist.

Die großen Weltereignisse lassen mich freilich nicht zur inneren Ruhe kommen. Der Herzenserguß, mit dem die Gewerkschaften das fünfte Kriegsjahr eingeleitet haben, riecht noch widerlicher nach Chauvinismus als ihre früheren Expektorationen. Könnten wir doch jetzt vor den Arbeitern reden und schreiben! Ich möchte jetzt zu gern die Siering und Genossen, von denen ich Ihnen ja vor meiner Abreise erzählte, fragen, was sie gegenüber der Generalkommission zu tun beabsichtigen, die so diametral gegen die von ihnen bekundete Auffassung handelt.

Die französischen Arbeiter haben sich sehr gut gehalten. Über den Kongreß der C. S. T. habe ich im „Populaire“ einen ausführlichen Bericht gelesen, den ich Ihnen empfehle. Bernstein hat sicherlich ebenso wie ich die Nummern mit dem Bericht erhalten. Könnten wir unseren Arbeitern diese Vorgänge wie die Kämpfe der Arbeiter in England und Italien eindringlich und mit Kommentar massenhaft unterbreiten, so würde das zur Klärung viel beitragen.

Der „Populaire“ ist jetzt sehr interessant, besonders beachtenswert ist auch seine Stellung gegenüber den Bolschewiki. Ohne jedes Schwanken hat er mit großem Nachdruck die Interventionspolitik der

*) Gegenüber dem Nichts.

Entente in Rußland bekämpft und das Verständnis für die Politik der Bolschewiki zu fördern gesucht — für die Politik des Proletariats gegen die Bourgeoisie, des Sozialismus gegen den Kapitalismus. Das ist für den „Populaire“ der leitende Gedanke. Die Lage der Bolschewiki ist nach dem Vordringen der Engländer bis Onega, den Fortschritten der Tschechoslowaken, dem Vormarsch der Japaner nach Sibirien eine verzweifelte. Gegenüber der deutschen Regierung sind sie allerdings gestärkt, da sie nach den militärischen Niederlagen an der Westfront und den Wirren in der Ukraine, die auf unsere Herrschenden offensichtlich mäßigend eingewirkt haben, eine andere Sprache führen können. Nach meinen Informationen, die ich inzwischen erhalten habe, sind sie sich dessen bewußt und handeln in diesem Sinne. Die Behauptung des „Lokal-Anzeiger“, auf die sich ein Leitartikel der Wiener Arbeiter-Zeitung stützt, daß sie in die Lostrennung von Estland und Livland eingewilligt hätten, ist für mich unglaublich. Jedenfalls ist es sehr bedenklich, auf solche Nachrichten hin ein Urteil zu fällen.

Gerade jetzt, wo die Bolschewiki von allen kapitalistischen Regierungen umdrängt werden, halte ich es für einen schweren Fehler, gegen sie eine Polemik zu führen. Wir würden dadurch Kämpfe innerhalb unserer Partei entfesseln, während wir den engsten Zusammenschluß gegen die Imperialisten aller Richtungen, auch der regierungssozialistischen, brauchen.

Mehr als je vertrete ich die Meinung, daß die Soz. Ausl. Korr. objektive Berichte über Rußland zur Orientierung der Leser bringen soll, etwa auch Auszüge aus Artikeln des „Populaire“, daß sie aber Angriffe gegen die Politik der Bolschewiki vertagen soll. Gen. Stein erzählt mir, daß H. einen Artikel pro Bolschewiki eingesandt habe, der zuerst erscheinen soll, und dem ein ruhiger und sachlicher Artikel contra folgen solle. Bei der internationalen Situation, die sich entwickelt hat, würde ich beide Artikel zurückstellen. Dringend warnen möchte ich vor jeder Ausführung, die auch nur so ausgelegt werden könnte, als ob die konterrevolutionären Kräfte in Rußland, als ob die kapitalistischen Kreise — wenn auch gegen die Absicht des Verfassers — gestützt würden. Hier kann ein Hinausschieben der Polemik nur nützen.

Mit herzlichen Grüßen an Sie, Ihre liebe Frau, Ihren Sohn und unsere gemeinsamen Freunde bin ich Ihr

Hugo Haase.

Berlin, den 9. IX. 1918.

Mein lieber Ernst,

mit großer Freude habe ich Deinen Brief gelesen. Die Psychologie der Massen hast Du richtig geschildert. Deine Auffassung ist jetzt die allgemeine. Gerade, weil bei dem tiefen Friedens-

bedürfnis jede Aktion mit Zustimmung begleitet wird, kommt alles darauf an, daß nur eine solche unternommen wird, die Erfolg verspricht, da sonst die Enttäuschung einen starken Rückschlag hervorruft. In diesem Punkt liegt die Schwierigkeit, die aber überwunden werden muß.

In der offiziellen Politik herrscht Ratlosigkeit. Hertling wird nur noch eine kurze Frist gesetzt. Bülow — er, der am meisten zu der Politik beigetragen hat, die uns in den Krieg getrieben hat — bemüht sich wieder um die Nachfolge Hertlings, und er hat zu seinen Stützen Fehrenbach und — Ebert auserwählt.

In Frankreich, wo die sozialistische Gruppe um Longuet die Mehrheit erlangt hat, mit der sich Renaudel, Sembat und sogar Thomas nolens volens abfinden müssen, tritt die Arbeiterklasse sehr energisch für einen demokratischen Frieden ein. Der Populaire führt eine klare, erfrischende Sprache. In der letzten Nummer, die ich erhalten habe, wendet sich Romain Rolland im Gegensatz zu einigen Schweizerdeutschen, die einseitig nach der Entente-Seite sich orientieren, scharf gegen jeden Imperialismus und tritt für die Bolschewiki ein.

In Italien hat die überwältigende Mehrheit der Sozialisten ihren oppositionellen Kampfcharakter bewahrt. In England ist nach den Berichten über den Trade-Union-Kongreß so viel ersichtlich, daß die Chauvinisten à la Havelock Wilson kräftig abgeschüttelt werden. Es geht also vorwärts, aber für unser Sehnen viel zu langsam. . .

Apropos: von Bekannten hören wir jetzt öfters, daß die von der Front gesandten Briefe von der Zensur geprüft worden sind.

Allenstein, den 25. IX. 1918.

Liebe Else,

vor meiner Abfahrt von Berlin habe ich in der Versammlung, in der mir der Vortrag untersagt wurde, noch eine Gefahr glücklich überstanden. Thea und ich fielen unter dem Ansturm der vor dem Polizeisäbel davoneilenden Massen im Saal zu Boden, gerieten unter Stühle und konnten uns eine Zeitlang nicht freimachen, während die Menge über uns stürmte. Nur kleine Abschürfungen habe ich aus dieser Situation davongetragen. Einige beherzte und geschulte Männer errichteten im Nu eine Barrikade aus Stühlen, die die Polizei von den übrigen Personen trennten, so daß der Säbel die Arbeit nicht verrichten konnte.

Ich habe ja viele Brutalitäten erlebt, selten eine solche Provokation wie diese. Seit Tagen war ich an den Litfaßsäulen in großen Plakaten als Redner angezeigt worden. Die Polizei verhielt sich mäuschenstill, erst in dem Augenblick, als mir das Wort erteilt wurde, erklärte der Überwachende, daß ich nicht sprechen dürfe. Die Versammlung, die über 2000 Personen umfaßte, ließ sich dadurch, so empörend die Haltung der Polizei war, nicht reizen. Erst die Auflösung der Ver-

sammlung, die ohne einen gesetzlichen Grund geschah, brachte die Menge in Harnisch. Aber auch da äußerte sich der Unwille nur in Zurufen ohne schmähenden Charakter. Erst, als Hoffmann verhaftet werden sollte, stieg die Erregung so, daß die parlamentarischen Formen begreiflicherweise nicht mehr beachtet wurden.

Gegen mich scheint ein geheimes Redeverbot zu bestehen. Niederträchtig ist die Methode, dem Betroffenen von der gegen ihn verhängten Maßnahme nichts mitzuteilen. Ich rechne mit noch größeren Verfolgungen, wenn die Herrschaften fühlen, daß ihnen das Messer zur Kehle dringt. Innerlich bleibe ich trotzdem ruhig. Daß ich wochenlang nicht zur Besinnung gekommen bin, schmerzt mich jedoch. Ich denke oft an Königsberg und bedauere sehr, daß wir bei den vielen tief einschneidenden Ereignissen ohne Konnex miteinander sind.

Mit den herzlichsten Grüßen bin ich Euer

H.

Berlin, den 28. IX. 1918.

Liebe Else,

... Du wirst Dir vorstellen, in welcher Atmosphäre der Spannung ich jetzt lebe. Das herrschende System kracht in allen Fugen. Die Ebert und Scheidemann sind dazu berufen, es zu stützen. Unser vorjähriges Stockholmer Memorandum kommt zur Geltung. Gestern hat sich das Zentrum in vertraulicher Sitzung bei der Regierung erkundigt, wie hoch der Ersatz der Schäden für Belgien sein würde. So weit sind wir schon. Im Hauptquartier soll gestern die Frage Ludendorff als Reichskanzler oder Koalitionsministerium erörtert sein. Die Angst hat zum letzteren Weg geführt. Ebert, Südekum, Legien wurden gestern abends als Ministerkandidaten genannt neben Erzberger, Fischbeck und Payer als Reichskanzler.

Mit Zuversicht verfolge ich die weitere Entwicklung. Innige Grüße

H.

Berlin, den 1. X. 1918.

Mein lieber Ernst,

für Deinen lieben Glückwunsch danke ich Dir herzlich. Je älter ich werde, desto geringer ist für mich der Wert eines solchen Tages. Aber diesmal habe ich schmerzlich Deine Anwesenheit vermißt. Ich hatte nicht nur das Verlangen, Dich zu sehen, Dich, soweit es in meiner Kraft steht, in einer friedlicheren Umgebung als der Deinigen aufzufrischen, sondern auch mit Dir die Gedanken auszutauschen über die Weltlage und ihre künftige Gestaltung.

Die Ereignisse überstürzen sich. Der aufmerksame Leser der ausländischen Presse konnte schon seit Wochen nicht mehr im Un-

klaren sein über den Umschwung, der sich in Bulgarien vorbereitete. Unsere Regierung hat sich wieder einmal von den Ereignissen überraschen lassen. Die bulgarischen Bauern, die im achten Jahre Krieg führen und ihre Äcker nicht mehr bebauen können, werfen die Waffen weg und treten die „Rückwanderung“ an. Diesen Ausdruck gebrauchte der Vertreter unseres Kriegsministeriums, als er die Niederlagen im Cerna-Bogen zu erklären versuchte, worauf ihm Erzberger, der als erster nach ihm zu Wort kam, witzig antwortete: „Ich verstehe den fremden Begriff „Rückwanderung“ nicht, wenden Sie doch das deutsche Wort „Desertion“ an.“ Die bulgarischen Soldaten sind nicht nur durch die Dauer des Krieges zermürbt, sie sind auch völlig zerlumpt und ausgehungert. Noch im Juni dieses Jahres hatte die deutsche Regierung den Bulgaren $\frac{1}{4}$ Million Uniformen geliefert, in voriger Woche ist ihnen die Nord-Dobrukscha überlassen worden, um sie bei der Stange zu halten. Die Kriegsmüdigkeit ist so groß, daß keine Verlockungen mehr nützen. Der Zar Ferdinand hat am Donnerstag Malinow die Abberufungsurkunde gesandt, die dieser ihm zurückgesandt hat. Der Thron wackelt aber stark, und Ferdinand, der Umsichtige, hat seine Kinder bereits in Wien untergebracht. Unsere Regierung setzt ihre Hoffnungen noch auf ihn. Dabei ist kein Zweifel, daß er die Unterhändler nach Saloniki geschickt hat.

Der Zusammenbruch des türkischen Heeres in Palästina deutet darauf hin, daß die Türkei bald dem bulgarischen Beispiel folgen wird und dann knüpft auch Österreich Sonderverhandlungen an. Der Minister Hußarek hat vor Parlamentariern bereits vor einigen Tagen Anspielungen in diesem Sinne gemacht.

Von der Stimmung hier im Lande kannst Du Dir schwer eine Vorstellung machen. Gestern hat das Zentrum bei der Regierung angefragt, wie groß die Entschädigung sei, die wir eventuell an Belgien zu zahlen hätten. Es ist auch noch nicht lange her, daß ich Landesverräter gescholten wurde, als ich von unserer Entschädigungspflicht gegen Belgien sprach. Im Bürgertum, in Zirkeln, die monarchisch bis auf die Knochen sind, wird offen davon gesprochen, daß die Hohenzollern weichen müßten, wenn anders der Frieden nicht zu erlangen sei. In den Eisenbahnwagen hört man öfters Äußerungen wie: „Lassen wir doch die Franzosen Elsaß-Lothringen nehmen, wenn wir nur den Frieden erhalten.“

Die Einwilligung des Kaisers in die Bildung eines quasi-parlamentarischen Kabinetts spricht Bände. Die Angst ist auf allen Seiten groß. Schwindet sie, so kommt wieder ein Rückfall in alte Zustände, wenn nicht das Volk inzwischen eine gründliche Systemänderung vollzogen hat. Das Koalitionsministerium, das jetzt in der Bildung begriffen ist, wird in einigen Monaten wahrscheinlich abwirtschaften. Auf der Ministerliste standen gestern Ebert, Legien, Südekum, deren Vertrauen bei den denkenden Arbeitern nicht groß ist und die bei

ausländischen Arbeitern geradezu auf Mißtrauen stoßen. Wir können zur Klärung der Situation nichts mehr wünschen als das Koalitionsministerium. Die Toten reiten schnell.

Berlin, den 8. X. 1918.

Lieber Ernst.

Der Umschwung ist rascher gekommen, als ich ihn erwartet habe. Seit zwei Monaten habe ich ihn freilich für ganz sicher gehalten. Er wirkte schließlich doch als große Überraschung, da in vielen vertraulichen Sitzungen in der letzten Septemberwoche die Lage von militärischer und politischer Seite ganz anders dargestellt wurde, wie sie sich jetzt herausstellt. Ich habe der Darstellung nie geglaubt, sie war schönfärberisch. Dennoch vermochte ich mit Sicherheit nicht zu übersehen, welches bis in alle Einzelheiten der tatsächliche Zustand war. Den Zusammenbruch Bulgariens und der Türkei erkannte ich wohl früher als die Regierung und über den Auflösungsprozeß Österreichs war ich im klaren. Was ich nicht genau wußte, war der noch vorhandene Grad der Festigkeit bei uns. Das heißt, mir fehlte ein zuverlässiger Anhalt dafür, zu beurteilen, inwieweit die Festigkeit gelockert war.

Ich rechne jetzt bestimmt mit nahen Friedensverhandlungen, auch wenn das gegenwärtige Angebot auf Schwierigkeiten stoßen sollte. Solche sind zu erwarten. Die Bedingungen der Entente für den Waffenstillstand werden nicht milde sein. Es besteht Hoffnung, daß sie angenommen werden, wenn sie nicht exorbitant sind und von vornherein eine Demütigung in sich schließen. Die Zurückziehung der Truppen bis zur Grenze des Jahres 1914 halte ich für eine annehmbare Bedingung. Freilich haben die Alldeutschen, unterstützt von einigen Generälen, die zunächst wie vor den Kopf geschlagen waren, sich von der Betäubung soweit erholt, daß sie schon daran arbeiten, die Friedensverhandlungen zum Scheitern zu bringen. Dabei kommt es ihnen nicht darauf an, selbst gegen diejenigen, die sie bisher vergöttert haben, Steine zu werfen.

Wir veröffentlichen heute einen Aufruf über die politische Situation. Ob ihn die Zensur auch jetzt unterdrücken wird? Zu den Massen wird er jedenfalls seine Wege finden. Schändlicherweise haben die Regierungssozialisten nicht einmal eine Amnestie unter ihre Bedingungen aufgenommen. Bei der Rede des Reichskanzlers wurde von uns „Amnestie! Amnestie!“ gerufen. Das hat gewirkt, „Vorwärts“ und „Berliner Tageblatt“ haben den Gedanken aufgegriffen, und die Regierung beschäftigt sich jetzt mit ihm. Daß ich ihr kein Vertrauen entgegenbringe, brauche ich Dir gegenüber nicht noch zu betonen. Das Waffenstillstandsangebot entspringt übrigens nicht ihrer Initiative. Es lag schon vor, als sie die „Zügel“ ergriff.

In der Hoffnung, Dich bald zu sehen, bin ich mit herzlichstem Gruß

Dein Vater.

20. X. 1918.

Mein lieber Ernst,

In den letzten Tagen habe ich mich der Sorge um Dich nicht entschlagen können, und sie wurde täglich drohender. Sehr glücklich bin ich, daß heute endlich Nachrichten von Dir eingetroffen sind.

Du hast mir ja immer gefehlt, aber in den letzten drei Wochen, in denen sich die wichtigsten Ereignisse überstürzten, ganz besonders. Wie gern hätte ich Dir täglich berichtet, wie die Dinge auf der Weltbühne stehen!

Das Ministerium Scheidemann — Gröber — Haubmann sollte ursprünglich zu dem Zweck gegründet werden, die „nationale Verteidigung zu organisieren“. Der „Vorwärts“ vom 28. September, der unter Entwerfung eines schändlichen Gemäldes die Gefahren einer Invasion schilderte, sollte die Aktion einleiten. Aber es kam infolge des militärischen Vorgehens der Gegner an der Westfront ganz anders. Ludendorff und Hindenburg forderten die Regierung auf, sofort einen Waffenstillstand und Frieden nachzusuchen. Auch dieser wichtigste Schritt in der deutschen Geschichte ist der Initiative der Heerführer entsprungen, freilich nicht aus freiem Antrieb, sondern unter militärischem Zwang. Diese Situation fand die neue Regierung vor, und sie mußte statt der „Organisierung der nationalen Verteidigung“ Friedensnoten redigieren.

Alle Parteien wollen jetzt ehrlich den Waffenstillstand, weil sie alle überzeugt sind, daß eine Besserung der militärischen Lage nicht möglich ist. Aber nicht alle können sich entschließen, in voller Aufrichtigkeit die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. So schleppen sich die Verhandlungen hin, kostbares Blut fließt inzwischen, und es ist die Gefahr, daß es trotz der Bemühungen um den Waffenstillstand doch noch zur Fortsetzung des Krieges für einige, wenn auch nicht lange Zeit, kommen könnte, nicht ganz von der Hand zu weisen. Die Welt verrückt sich jetzt offensichtlich. Die Dänen, Polen, Elsässer, Tschechen, Jugoslawen erhalten das Recht, über sich zu bestimmen.

Die neue Regierung macht einen kläglichen Eindruck. Sie war als Übergangsministerium erforderlich. Nicht zu lange wird es dauern, bis sie abgewirtschaftet hat.

Berlin, den 21. X. 1918.

Liebe Else,

ich glaube jetzt, d. h. seit dem 2. Oktober, an einen nahen Frieden, weil der militärische wie der politische Zusammenbruch ihn erheischt. Dabei halte ich Verwickelungen nicht für ausgeschlossen, die jedoch einen nicht zu langen Aufschub des Waffenstillstandes verursachen können. Die Tatsache, daß Hindenburg und Ludendorff die Regierung — und zwar noch die alte Regierung — um sofortige

Einleitung der Verhandlungen ersucht haben, beleuchtet klarer die Situation als die größte Rede. Die Größe der Katastrophe zeigt sich darin, daß die Heerführer plötzlich am 30. September mit ihrem Verlangen ganz dringlich hervortraten, während sie bis dahin noch immer die Zuversicht, die Front zu behaupten, aufrechterhielten.

Sie wollen gern um eine offene Kapitulation herumkommen, und so erklären sich auch Unklarheiten und Halbheiten in der Note, die wir jetzt abgesandt haben. Ein Skandal ist, daß die Formulierung dieses Schriftstückes, obwohl man über die Richtlinien einig war, so lange kostbare Zeit erfordert hat, während deren viele Menschen ihr Leben haben lassen müssen.

Der irrsinnige Aufruf von Körte und Dirichlet beruht auf dem Korpsstudenten-Standpunkt: „Lieber untergehen, als im point d'honneur im geringsten nachgeben!“ Das deutsche Volk wird in Zukunft schon genug leiden, es wäre der Gipfelpunkt des Verbrechens, es um des Prestiges willen noch mit neuen Leiden und Lasten zu überhäufen. Aber, wenn wir nicht auf der Hut sind, kann der Irrsinn triumphieren. Ein mir bekannter Journalist fragt freilich, mit welchem Material die nationale Verteidigung organisiert werden soll, ob mit den 110- bis 120-Jährigen und den Embryonen. In der Tat ist der Mangel an Reserven gegenüber dem stets wachsenden frischen amerikanischen Heer neben dem Massenaufgebot der Tanks und Flugzeuge eine wesentliche Ursache der unaufhaltsamen Niederlage. Deshalb besteht selbst bis in die Reihen des Grafen Westarp hinein der aufrichtige Wunsch, daß unter glimpflichen Bedingungen der Waffenstillstand zustande kommen möchte.

Die großen Umwälzungen in Österreich-Ungarn, auf dem Balkan, in der Türkei sowie die uns bevorstehenden territorialen Veränderungen erinnern Dich und Adolf wohl an manche Gespräche, die wir seit Beginn des Krieges geführt haben. Bis auf wenige Monate des Zweifels, wie er durch die militärische Lage wachgerufen werden mußte, habe ich die Umgestaltungen, die sich jetzt vollziehen, für wahrscheinlich gehalten. Auch das Hervortreten Dänemarks hat mich nicht überrascht; ich habe das Verlangen nach Ausführung des Art. V des Prager Friedens erwartet. Erfüllt Deutschland in dieser Beziehung seine Vertrags- und Anstandspflicht freiwillig, um so besser.

In der Hoffnung gesunden glücklichen Wiedersehens grüßt Dich, wie Adolf und Eure lieben Kinder herzlich

Dein H.

Berlin, den 1. XI. 1918.

Geliebte Thea!

Nach Dir und Gertrud erkundigen sich fortgesetzt Verwandte und Bekannte. Rosenfelds waren mehrere Male bei mir, ohne mich zu treffen. Heute nachmittag sprach ich sie, sie sind, wie die

ganze Welt, in Erregung infolge der sich mit Rapidität vollziehenden Umwälzungen. Schon gestern erfuhr ich, daß Stambolinski Bulgarien zur Republik erklärt und König Boris abgedankt haben soll. In Österreich hat der Ruf nach einer Republik die Massen aufgerüttelt. In Ungarn hat die Revolution schnell gesiegt. In Deutschland hat sich der Kaiser gestern hinter dem Rücken der Regierung entfernt, und es liegt der Gedanke nahe, daß er nach dem einmütigen Treueschwur des Herrenhauses den Versuch machen will, sich auf die Generalität gegen das Volk zu stützen. Die „Abdankung“ ist die allgemeine Parole geworden. Die Zeitungen schreiben davon wie von einer selbstverständlichen Sache. Das Publikum hält sich öffentlich darüber auf, daß Wilhelm den Thron noch nicht aufgegeben hat. Die Stellung des Kaisers ist in der Tat unhaltbar geworden, und es ist nicht ausgeschlossen, daß mit ihm die ganze Dynastie fällt. Sehr auffallend ist ein Artikel Gröbers in der „Germania“, der in der Ausführung gipfelt, daß das Zentrum eine gute Position habe, da die katholische Religion jede Staatsform zulasse.

Die Regierung hat nicht die Courage gehabt, beizeiten einzugreifen, wenn Prinz Max auch bereit ist, um die Dynastie zu retten, Wilhelm zu opfern. In den Arbeiterkreisen herrscht eine ungewöhnliche Erregung, weil die Regierung Tausende von Gestellungsbefehlen denjenigen zugestellt hat, die bis jetzt reklamiert waren. Entweder haben die Militärs die nationale Verteidigung doch noch nicht ganz aufgegeben, oder sie beabsichtigen, die energischen Elemente aus Berlin und den Industriezentren zu entfernen. Die Zivilregierung scheint noch immer entschlossen zu sein, die härtesten Waffenstillstandsbedingungen — und sie sollen hart sein — zu akzeptieren, da die Fortsetzung des Krieges nach dem Abfall Österreich-Ungarns der hellste Wahnsinn wäre. Zu den Gründen, die sie früher geltend machte, tritt jetzt noch die Gefahr einer neuen militärischen Front und die Abschließung von allen Rohstoffquellen der Welt. Das leuchtet auch der Regierung ein. Sie ist sich auch dessen bewußt, daß sie nicht mehr eine „Einheitsfront“ im Innern herstellen kann, daß die Arbeiter nicht mehr folgen. Aber ob nicht unter dem Druck der Militärs doch noch das Unsinnigste unternommen wird, möchte ich nicht bestreiten. Freilich bedeutete dies nur eine kurze Galgenfrist. Eine Revolution von oben hätte eine Massenerhebung von unten zur unausbleiblichen Folge.

Gestern früh suchte Geheimrat Simons eine Unterredung mit mir nach, er erbot sich, zu mir zu kommen. Ich bestimmte, da ich einen neutralen Boden vorzog, den Reichstag als Ort der Zusammenkunft, und wir trafen uns in unserem Fraktionszimmer. Er ist jetzt die rechte Hand des Reichskanzlers und wird wohl binnen kurzem Unterstaatssekretär werden. Der Zweck war, meine Auffassung über die Entwicklung der Dinge im Innern zu eruieren. Die Regierung hat, wie es scheint, nicht zu großes Vertrauen in ihren

eigenen Bestand. Sie nimmt an, daß ein starker Ruck nach links eintreten wird und fürchtet den „Bolschewismus“. S. ist Vertreter der Rechtsidee und Ethiker. In Brest-Litowsk, wo er auch bei den Verhandlungen war, haben ihm Joffe und Trotzki als Verfechter von Prinzipien imponiert. „Der Opportunist muß hierhin und dorthin schwanken, die prinzipielle Politik ist auch die klügste“, so erklärte er gestern. „Unser Unglück ist, daß wir die sittlichen Kräfte der Kriegführung außer acht gelassen haben“, war eine andere Äußerung. Diese Bemerkungen kommen reichlich spät. Jedenfalls verstärkte er in mir meinen Eindruck, daß er zu den wenigen humanen Köpfen gehört. Ich erklärte ihm, daß bei der Rapidität, mit der sich die Weltrevolution vor unseren Augen abspielt, niemand voraussagen könne, was das Morgen uns bringen werde. Soviel sei aber sicher, daß, wenn die Regierung die Fortsetzung des Krieges beschließen sollte, sie auf den schärfsten Widerstand stoßen würde.

Von ihm wie von hundert anderen Stellen höre ich jetzt, daß ich in dem Urteil über den Verlauf des Krieges recht behalten habe. Diese verspätete Einsicht imponiert mir nicht.

In Mannheim war sogleich nach meinem Vortrag ein Fliegerangriff. Ich kam noch rechtzeitig in mein Hotel, konnte jedoch nicht mehr mein Zimmer aufsuchen und mußte im erhitzten Zustand zwei Stunden im Keller zubringen. Dort erzählte ein Herr: Österreich-Ungarn und Türkei hätten mit der Entente Frieden geschlossen. Auf die verwunderte Frage der Gesellschaft, woher er das wisse, antwortete er: „Von Haase, ich war in seiner Versammlung im Rosengarten.“ Darauf platzte ein jüdischer Kaufmann heraus: „Der Haase hat schon manchmal die Unwahrheit gesagt.“ Der Sprecher repliziert: „Haase hat erklärt, Deutschland ist jetzt von allen Bundesgenossen verlassen.“ Darauf ergriff ich das Wort und bemerkte: „Das hat er allerdings gesagt, aber er hat nicht geäußert, daß die Bundesgenossen schon mit der Entente Frieden geschlossen hätten, sondern die Türkei stehe vor dem Abschluß des Waffenstillstandes, und Österreich-Ungarn habe jetzt den Sonderfrieden angeboten.“ Mehrere aus der Kellergesellschaft, zu mir gewendet: „Waren Sie auch in der Versammlung?“ Ich: „Ja, ich habe dort selbst die Ausführungen gemacht und bin deshalb ihr zuverlässigster Interpret.“ Große Verblüffung. „Sie sind der Abgeordnete Haase?“ Der jüdische Herr: „Ich bitte Sie sehr um Entschuldigung.“ Ich fühlte mich wirklich nicht beleidigt und weidete mich an der Verlegenheit. . . .

Berlin, den 3. XI. 1918.

Liebste Thea,

. . . Gestern war eine wichtige politische Sitzung*), die sich mit der politischen Lage beschäftigen sollte. Sie dauerte von 8 Uhr abends bis 4 Uhr früh, ohne ein positives Ergebnis zu zeitigen. Da

*) des Aktionsausschusses.

kein Verkehrsmittel mehr im Betriebe war, so mußten wir alle zu Fuß heimkehren. Ich brauchte 1¼ Stunden für den Heimweg, der durch den Tiergarten sehr schön war. Geschlafen habe ich wenig. . . .

Die Waffenstillstandsbedingungen sind hier noch nicht eingetroffen. Die mit der Türkei vereinbarten geben einen Vorgeschmack von denjenigen, die wir zu erwarten haben. Trotzdem greift weit über die Arbeiterkreise die Anschauung Platz, daß nichts anderes übrig bleibt, wie sie zu schlucken. Am bezeichnendsten ist die Sitzung der Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Bank gewesen, die für die Annahme aller Bedingungen eintraten. Als praktische Kaufleute erkennen sie, daß es ihnen sonst noch schlechter gehen würde. Wenn die Spannung, die durch die Verzögerung der Bekanntgabe jener Bedingungen erzeugt ist, doch aufhörte! Dann kommt noch ein kritischer Moment. Wird die Regierung nicht dem militärischen Ansturm unterliegen? Geschieht es, so haben wir noch einige Wochen (allerdings nur Wochen) scheußlichen Mordens durchzumachen.

Dein Hugo.

Berlin, den 4. XI. 1918.

An Frau Thea H.

. . . . Entsetzlich ist ja, daß das Gemetzel seit dem Waffenstillstandsangebot jetzt schon einen Monat andauert. Die Bedingungen, die Österreich auferlegt worden sind, liefern Österreich-Ungarn ganz der Entente aus, die damit in bedrohliche Nähe Deutschlands rückt. Jetzt noch an Fortsetzung des Krieges denken, bedeutet Verbrechen in höchster Potenz. Für Dich und die Kinder teile ich noch folgendes mit: Die Hochseeflotte sollte in den letzten Tagen einen Angriff machen, um einen Sieg davonzutragen oder „in Ehren“ unterzugehen. Die Matrosen weigerten sich, mit der Erklärung, zur Abwehr eines Angriffs seien sie bereit, zu einer wahnsinnigen Offensive nicht. Sie seien lange genug im Kriege, es müsse Schluß gemacht werden.

Ich bin von dieser uns von beteiligter Seite mit allen Einzelheiten berichteten Meuterei überrascht. Wir hatten auch von einer Gärung in der Flotte nichts gehört. Es handelt sich um eine impulsive Erruption, die symptomatisch ist. . . .

Hamburg, den 5. XI. 1918.

An Frau Thea H.

Seit drei Tagen bin ich ohne Nachricht von Dir, und ich war heute morgen sehr enttäuscht, als sich der sehnstchtig erwartete Brief nicht einstellte.

Du wirst erstaunt sein, daß Du ein Kuvert des „Hamburger Echos“ als Umschlag dieses Briefes siehst. Ja, die Deutschen sind in Bewegung geraten. Kiel ist seit einigen Tagen in der Gewalt des Arbeiter- und Soldatenrates. Die von Lübeck zu einer Niederdrückung gesandten Truppen sind zu ihm übergegangen. Heute ist ein Teil der Kieler Flotte in Lübeck gelandet und hat von der Stadt Besitz ergriffen; soweit ich feststellen konnte, ist dieser Akt ohne Blutvergießen abgegangen.

Von Kiel kam heute das stürmische Verlangen, daß ich dorthin komme. O s c a r C o h n hatte es übernommen, zu fahren. Er erschien aber nicht, bevor der letzte nach Kiel gehende Zug angekündigt war. Ich entschloß mich, selbst dorthin zu fahren. Nach Kiel und Lübeck geht jedoch kein Zug. Mit meinen Kieler Begleitern beschlossen wir, über Hamburg zu fahren und von da ein Automobil zu benutzen. In einem Vorort Hamburgs hielt der Zug. Soldaten und Matrosen gingen durch die Kupees, forderten von allen Soldaten, auch Offizieren, Säbel und Gewehre, die Entfernung der Achselklappen und der Kokarden. Die meisten folgten gern, auch Offiziere; nur ein Offizier weigerte sich.

Von den Soldaten, die mir Auskunft erteilten, als sie erfuhren, wer ich sei, hörte ich dann, daß im Hamburger Hafen seit heute sämtliche Schiffe die rote Flagge führen und fast alle Truppen zu den Arbeitern übergegangen sind. Der Bahnhof bietet ein merkwürdiges Bild. Soldaten des Soldatenrats nehmen allen ankommenden Truppen die Gewehre ab. Ein General kommt ohne Säbel ins Gewerkschaftshaus, wo der Arbeiter- und Soldatenrat tagt. Der Senat verhandelt mit dem A.- und S.-Rat. Ich wohnte der Verhandlung bei und staunte über die Selbstverständlichkeit, mit der der Bürgermeister Dr. M e l l e und der Senator Dr. P e t e r s e n die Macht des Arbeiter- und Soldatenrates anerkannten.

Du begreifst es, daß ich mich nun einen Augenblick in das „Hamburger Echo“ — das Organ des Arbeiter- und Soldatenrates geworden ist — in eine Ecke geflüchtet habe, um Dir und den Kindern ein Lebenszeichen zu geben, aber nicht lange Ausführungen machen kann. Wie gern würde ich Dich jetzt neben mir haben! Du brauchst Dich nicht um mich zu sorgen.

Innigste Grüße

III. Politische Briefe aus der Revolutionszeit.

Berlin, den 26. XI. 1918.

Mein lieber Ernst,

von Herzen begrüße ich Dich in der Heimat. Tag und Nacht habe ich auf ein Lebenszeichen von Dir gewartet. Ich wußte, daß Du außerstande warst, einen Brief zu befördern. Ich hoffte, daß Du in den letzten Kämpfen des November uns erhalten sein würdest. Aber die Ungewißheit wurde immer drückender. So war Dein Telegramm aus Hellerthal eine Erlösung. Du hast sicherlich auf dem Rückmarsch schwere Strapazen erlitten. Bist Du erst zu Hause, so wirst Du Dich jedoch bald erholen.

Du hast mir in den Tagen der revolutionären Umwälzung sehr gefehlt. Ich hätte das große Erlebnis zu gern mit Dir geteilt. Die harten Waffenstillstandsbedingungen, die Notwendigkeit der überstürzten Demobilisierung, das Detail der Ernährungspolitik erheischen mehr als sonst die Aufrechterhaltung des eingearbeiteten Verwaltungsapparats. Die alten Beamten, die sich mit der Revolution abgefunden haben, da sie einsehen, daß das alte Regime unwiederbringlich dahin ist, sind im Innern radikalen Neuerungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet nicht geneigt, als bloße Techniker sind sie dennoch nicht zu entbehren. Die Scheidemänner haben aber Bürgerliche auch in wichtigen politischen Stellungen gelassen. So haben wir bis jetzt noch nicht die Entfernung *S o l f s* aus dem Auswärtigen Amt durchgesetzt, der ohne meine Kenntnis ganz im alten Stil Erlasse veröffentlicht hat. Das zu verhindern geht nicht ohne Reibungen ab.

Ich würde allein mit meinen Freunden die Regierung ergriffen haben, wenn nicht die Soldaten fast einmütig darauf bestanden, daß wir mit *E b e r t* die Gewalt teilen sollten, und wenn nicht ohne Ebert ein erheblicher Teil der bürgerlichen Fachmänner Sabotage treiben würde. So müssen wir manches in den Kauf nehmen, was uns *contre coeur* ist. Der revolutionäre Elan wird stark gedämpft.

Der revolutionäre Prozeß ist erst im Anfangsstadium. In welchen Formen er sich weiter vollziehen wird, hängt von der Arbeit ab, die die Regierung leisten wird....

Berlin, den 16. I. 1919.

Liebe Else,

über die Zustände in Berlin kannst Du Dir keine Vorstellung machen. Der weiße Terror wütet wie nur je unter dem zaristischen

Regime. Während selbst unter dem Sozialistengesetz die Machthaber wenigstens den Schein des Rechts zu wahren suchten, herrscht jetzt ganz unverhüllt die brutale Gewalt. Unter Mißachtung der geringen gesetzlichen Schutzbestimmungen dringen Soldaten — Regierungstruppen — mit gezücktem Gewehr zur Nachtzeit in die Wohnungen, verhaften ohne Haftbefehl, durchsuchen die Wohnungen ohne richterliche oder staatsanwaltliche Anordnungen. Bei O s k a r C o h n ist vorgestern eine solche Haussuchung gewesen. Seiner Verhaftung entging er wohl nur, weil er verreist war. Sein Vermögen ist beschlagnahmt. Die Landsberg, Ebert, Scheidemann, die sich als die Hüter der Gesetzlichkeit aufspielten, lassen die Soldateska, die sie aus den alten Offiziers- und Unteroffiziers-Elementen und Bourgeoisöhnchen zusammengesetzt und verhetzt haben, schalten. Das kann kein gutes Ende nehmen. Du verstehst, daß ich mir dies von der Seele schreiben mußte.

Berlin, den 23. I. 1919.

Liebe Else,

dein Herz ist wund, und ich möchte so gern lindernden Balsam einträufeln. Noch ist aber nicht der Moment, in dem eine Heilwirkung zu erwarten ist. Wer von uns ist jetzt nicht seelisch krank? Die Gemüterschütterungen, die die grauenvollen und abscheulichen Ereignisse der letzten Wochen hervorriefen, müssen auch den Stärksten erschüttern. Königsberg ist ja gegen Berlin wie ein Idyll, und doch bist Du von Abscheu erfüllt worden und in einen Zustand müder Resignation geraten, schon aus den Erfahrungen heraus, die Du dort gemacht hast. Du wirst sicher wieder zu kräftiger Aktivität gelangen und dabei Befriedigung finden.

Die Geschichte der Menschheit geht noch immer durch Greuel und Blut. Alle feiner empfindenden Naturen müssen von Entsetzen gepackt und rebellisch gemacht werden oder sich erstarrt fühlen und zur Verzweiflung getrieben werden. Die Erkenntnis, daß es trotz allem vorwärts geht, wenn auch nicht auf glatter, klarer Bahn, hilft schließlich über dumpfe Betäubung und Angewidertsein hinweg.

Ich schreibe Dir nichts über das Schreckensregiment, das wir hier erlebt haben. Die wildesten Schreier über den bolschewistischen Terror verübten oder duldeten entsetzliche Ausschreitungen, die, wenn sie von Petersburg oder Moskau berichtet würden, einen Aufschrei der sogenannten gesitteten Welt entfesseln würden.

Vorläufig ist etwas Ruhe eingetreten, und das plötzliche Erlöschen des Lichts infolge Streiks der BEW. habe ich mit kühler Gelassenheit ertragen. Neue Wirren werden kommen, ich hoffe freilich, daß es gelingen wird, der Partei einen sicheren Kompaß für die Zukunft zu geben. Dazu soll der Parteitag dienen, der eine Klärung der Geister herbeiführen wird. Da am 6. Februar die Nationalversammlung statt-

findet, werden die Debatten eingeschränkt werden müssen. Vor dem 2. Februar kann der Parteitag aus verschiedenen Gründen nicht zusammentreten, schon weil ich vorher noch an der internationalen Konferenz in Bern teilnehme, zu der ich heute fahre. Die Zusammenkunft mit belgischen, französischen, englischen, italienischen Freunden ist so wertvoll, daß ich mich ihr nicht entziehen konnte. Die Anwesenheit deutscher Rechtssozialisten in diesem Augenblick macht allerdings die Konferenz zu einer Qual, ich könnte es verstehen, daß ich in dieser Atmosphäre moralisch erstickte. Die Genossen aus den anderen Ländern werden wohl für Luftreinigung sorgen.

Die vielen Wahlreden haben mich heiser gemacht, und ich hatte die Absicht, mich ein paar Tage auszuruhen. Davon kann jetzt und in absehbarer Zeit keine Rede sein. Die Reise nach der Schweiz ist beschwerlich, sie erfordert wahrscheinlich drei Tage, und in Bern wird es auch Anstrengungen geben. Daran schließt sich der Parteitag und ihm folgt unmittelbar die Nationalversammlung. . . . Die Einberufung der Nationalversammlung nach Weimar ist eine richtige Kateridee, die in die ernste Zeit nicht gut hineinpaßt, aber uns nicht zu stören braucht. . . .

Weimar, den 17. II. 1919.

Liebe Else,

. . . Ich fühle mich hier nicht wohl. Ich friere, da die Wohnung auf Kälte nicht eingerichtet ist, möchte sie aber nicht aufgeben, weil meine Wirtin, eine alte jüdische Dame, für mich sehr sorgt. Das Arbeiten ist sehr erschwert, fehlt es doch im Theater an geeigneten Räumen. Dieser Mangel wird sich besonders fühlbar machen, wenn die Kommissionen ihre Beratungen beginnen werden. Das Theater war im übrigen die passende Stätte für die bisherigen Geschehnisse, die den Charakter von Galavorstellungen tragen und nur durch die bösen Unabhängigen zweimal gestört wurden. Sehe ich von der äußeren Umgebung ab, so fühle ich mich ganz in den alten Reichstag versetzt: die alten Gesichter und — was schlimmer ist — die alte Denkweise, als ob eine Revolution gar nicht gewesen wäre. Die Taktik der Rechtssozialisten kräftigt Bourgeoisie und Klerikalismus und schmiedet sie zusammen. Um eine „breitere Basis“ zu gewinnen, haben sie, obwohl sie mit der Deutschen Demokratischen Partei eine sichere Mehrheit bildeten, auch noch die Christliche Volkspartei zur Regierung herangezogen. Damit sind sie in allen Kulturfragen zur Untätigkeit verdammt und auch sonst gefesselt. Sie bilden sich wirklich ein, die Revolution sei abgeschlossen, während es nur zweifelhaft ist, wann und unter welchen Formen die zweite Phase anheben wird.

Die Berner Reise war eine große Strapaze für mich und nicht sehr ertragreich, da ich gerade abfahren mußte, als die Tagung gerade begonnen hatte. Die Grundlage für eine neue Internationale ist noch

nicht gefestigt. Immerhin bildet die Anknüpfung persönlicher Beziehungen die Vorbedingung dafür. Wahrscheinlich ist, daß unsere englischen Freunde auch auf den Pariser Friedenskongreß einen Einfluß ausüben werden.

Berlin, den 22. IV. 1919.

Liebe Else,

ich habe den Auftrag, an einem der nächsten Tage nach Amsterdam zur internationalen Konferenz zu fahren. Große Lust habe ich nicht, einmal weil ich mir von den Beratungen wenig verspreche und die persönlichen Besprechungen mit den Freunden aus den anderen Ländern im Augenblick auch kaum eine Klärung der Ansichten oder gar eine Festigung des politisch-revolutionären Arbeiterbundes bringen werden, ferner weil ich mich recht müde fühle und die Anstrengung der Reise fürchte. Leichter würde ich mich auf die Reise machen, wenn ich mich nach Schluß der Konferenz noch in Scheveningen ein paar Tage erholen könnte. Daran ist jedoch nicht zu denken, muß ich doch bei der Maifeier hier sprechen und kann ich doch auch die Sitzung des Friedensausschusses nicht versäumen, die hier stattfinden wird, sobald unsere Friedensdelegation ihren ersten Bericht der Regierung übermittelt haben wird. Der Torheit, den Friedensvertrag nicht zu unterschreiben, dürfen wir nicht Vorschub leisten. Als sich Trotzki in Brest-Litowsk mit einer genialen Geste auf diesen Standpunkt stellte, erregte er große Bewunderung für seine Kühnheit, aber materiell behielt Lenin recht, der gegen diese Taktik war und in der Besorgnis, daß die Weigerung der Unterschrift einen noch schlechteren Friedensschluß nach sich ziehen würde, für die Unterschrift mit Protest eintrat. Lehnt unsere Friedensdelegation die Annahme des Vertrages ab, so ist die Folge eine Verschärfung der Blockade und eine noch weitergehende Besetzung deutschen Gebietes. Die politischen Wirkungen dieser Maßregeln im Innern liegen auf der Hand. Unterschreibt die Regierung, so zieht sie sich freilich die Feindschaft der Hurra-Patrioten und der von ihr liebevoll gezüchteten Militaristen zu und wird so von zwei Seiten bedrängt, von der revolutionären Arbeiterklasse und von den Nationalisten. Sie setzt sich außerdem der Lächerlichkeit aus, nachdem sie mit vollen Backen in die Welt hinausposaunt hat, daß das Unterschreiben mit ihrer nationalen Ehre unvereinbar sei.

Wir können unsere Hoffnung nur auf die politische Entwicklung in den anderen Ländern setzen, die den Pariser Frieden ebenso korrigieren wird, wie der Brester korrigiert worden ist. Die französischen und englischen Arbeiter führen bereits eine scharfe Kampagne gegen jeden Gewaltfrieden, von der man freilich einen sofortigen Erfolg nicht erwarten darf.

Die Vertreter der Exportindustrie des Westens, die mich in voriger Woche besuchten, sind von der Regierungsdrohung, daß der Friedens-

vertrag abgelehnt werden würde, nicht sehr erbaut. Sie rechnen für diesen Fall mit unwiderstehlicher Offensive der Massen gegen die Regierung, die Hungerblockade und Vermehrung der Erwerbslosigkeit verschuldet hat, und sehen die Hoffnung auf den beginnenden Wiederaufbau des Wirtschaftslebens schwinden.

Vom Gesichtspunkt der Bosheitspolitik müßten wir für die Ablehnung des Friedensvertrages eintreten, aber es versteht sich, daß wir solche Politik nicht treiben können. Im Friedensausschuß will ich wenigstens meine Schuldigkeit tun. Die Praktiker der Industrie werden, wenn sie energisch vorgehen, mehr Einfluß ausüben als ich. Ich kann aber nicht wählen.

Dein H.

Weimar, den 12. VI. 1919.

Liebe Else,

diese ganze Zeit hindurch bin ich in gefahrvoller Lage gewesen, aber trotz oder vielleicht wegen dieser Erkenntnis bin ich unter dem Zwang gestanden, auf dem Posten auszuharren. So habe ich nicht einmal die Pfingsttage ausspannen können. Sollte die politische Lage eine Entwirrung erfahren, so möchte ich am liebsten auf einige Wochen nach Dänemark fahren, Seeluft und Sonne schlucken, in kleinsten Dosen Zeitungen genießen und die Erinnerung schweifen lassen in jene Zeit, als wir dort inhaltsreiche Stunden voll seltener Schönheit verlebten. Freilich fürchte ich, daß dieser Plan im Reich der Träume stecken bleiben wird. Ich sehe für die nächste Zeit keinen Ausweg aus den Wirren, in denen wir uns befinden. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß wir noch tiefer in sie hineingeraten, sowohl wenn der Friedensvertrag unterzeichnet wird als auch im Falle der Nichtunterzeichnung. Die Idee, die Walter Rathenau vor einer Woche in der „Zukunft“ produzierte: Ebert solle die Nationalversammlung auflösen und dann sein Amt niederlegen, die Minister sollten zurücktreten und die Friedensdelegation solle dann die Alliierten einladen, selbst die Verwaltung Deutschlands zu übernehmen — hielt ich für so skurril und abstrus, daß sie mir nicht ernsthafter Beachtung wert zu sein schien. Zu meinem großen Erstaunen erfuhr ich vorgestern von einem sehr klugen Mitglied der Friedensdelegation, Dr. Melchior, dem Prokuristen des Hamburger Bankhauses Warburg, der mich vor seiner Abreise nach Versailles zum politischen Gedankenaustausch besuchte, daß jene Idee nicht einem krausen Gehirn entsprungen sei, sondern vielfach erwogen werde. Sollte dieser Weg beschritten werden, so wäre die Wirkung, daß die Entente uns so behandeln würde, als ob wir die Friedensofferte direkt abgelehnt hätten, und wir wären gezwungen, nach einigen Wochen unter ungünstigeren Bedingungen zu unterschreiben, — wenn nicht etwa die Streikbewegung in Frankreich inzwischen dort zum Sturz des Regimes

der Bourgeoisie führte. Auf diese Karte allein kann ein gewissenhafter Politiker aber nicht alles setzen. Gerade wer mit der Revolution in Frankreich und Italien, aber nicht mit einem bestimmten Zeitpunkt der Umwälzung rechnet, kann getrost den Vertrag unterschreiben, nachdem alle Bemühungen, ihn zu verbessern, erschöpft sind. Nach einigen Tagen werden wir klarer sehen, und es wird vielen, sicherlich mir, eine Erleichterung gewähren, daß man dann aus dem Zustand der Erwägungen und Kombinationen zur Aktivität getrieben wird. Wie gern säße ich mit Euch zusammen, um in Frage und Gegenfrage zu erörtern, was uns bewegt! Laß die Verbindung zwischen uns nicht wieder für lange Zeit unterbrechen.

Weimar, den 17. VI. 1919.

Geliebte,

hier ist über die Antwort der Entente noch nicht mehr bekannt, als die Presse berichtet. Was die Entente bewilligt — das ist klar — ändert nichts an dem Grundcharakter des Vertrages. Im „Leipziger Tageblatt“ las ich einen Leitartikel: „Ja oder Nein?“, aus dem die Schmerzen des Liberalismus herausstöhnten. Ja oder Nein — hieß es da — bedeutet eine gleich schwere Verantwortung. Der Rathenausche Vorschlag ist eine Halbheit. Die Regierung wird bei Ja und Nein in eine sehr schwierige Lage kommen. Sie wird es aber schon machen. Wir dürfen ihrer weisen Entschließung nicht durch Ratschläge vorgreifen.

Ich legte die Reise mit Waldstein von der Demokratischen Partei zurück. Wir behandelten begreiflicherweise dasselbe Thema. Die Demokraten, die bis jetzt die „unentwegten“ Neinsager waren, fühlen sich jetzt, da das Mundspitzen nicht genügt, sondern gepfiffen werden muß, nicht wohl in ihrer Haut. Die Regierung befindet sich, nachdem sie sich festgelegt hat, auch in Schwulitäten. „Samiel hilf!“ Brockdorff-Rantzau wird heute erwartet. Daß dann die Erleuchtung über sie kommen wird, ist nicht zu erwarten. Vor Freitag wird die Nationalversammlung sicherlich nicht tagen.

Dein Hugo.

Weimar, den 18. VI. 1919.

Liebste Thea,

gestern abends trat der Friedensausschuß zusammen. Ich war also rechtzeitig zur Stelle. Die Sitzung war sehr unbedeutend. Die Stimmung unter dem Eindruck der kurz vorher bekanntgegebenen Mantelnote der Entente beklommen. Viele der größten Schreier haben sich noch immer Illusionen gemacht. Sie haben sich eingebildet, daß sie durch ihre trotzigten Gebärden den Partner bluffen könnten. Nun

zerstört die Note mit ihren vielen bitteren Wahrheiten grausam alle Truggebilde. Oder doch noch nicht? Scheidemann bat nach zerfahrenen nichtssagenden Worten, doch nicht ein „voreiliges Urteil zu fällen, die Entente könne vielleicht nur zur Beruhigung ihrer Völker den harten Ton angeschlagen haben, während die Einzelnoten, deren Veröffentlichung bevorstehe, vielleicht doch wesentliche Erleichterungen brächten“. Diese klägliche Haltung war nicht geeignet, die Stimmung seiner Leute zu heben. Katzenjammer, wohin man blickt. Im Grunde wünscht die Mehrheit den Abschluß des Friedensvertrages. Aber wie das bewirken, ohne der Lächerlichkeit zu verfallen? Soviel scheint sicher zu sein, daß im Zentrum eine starke Strömung für Unterschrift des Vertrages ist und daß insbesondere die namhaften Führer dafür eintreten. Diese Beobachtung stimmt mit der Tatsache überein, die ich Dir vertraulich über meine Unterredung mit dem einen Zentrumsführer mitteilte. Die Demokraten um Theodor Wolff, Haubmann, Haas, Dernburg lehnen auch jetzt noch die Unterschrift ab, unter ihnen sogar Gothein. Richthofen will unterschreiben, wie viele mit ihm aus der Reihe der Demokraten ist noch nicht sicher. Die Entscheidung hängt bei den Rechtssozialisten. Ihre Führer in der Fraktion, Löbe und Müller, glauben, daß man sich der Unterschrift nicht entziehen könne, und sie würden trotz Stampfers „Nein“ jetzt am liebsten „Ja“ sagen. Aber sie sind unsicher, weil sie von seiten ihrer Genossen aus den Ostprovinzen starken Widerstand befürchten, und weil sie sich schwer von den Demokraten loslösen können. Gestern abends trat schon wieder die korrumpierende Einrichtung der „interfraktionellen Beratung“ in Funktion. Bleiben die Demokraten fest geschlossen, dann werden die Rechtssozialisten kaum den Mut finden, anders als diese zu stimmen. Scheidemann scheint zum Opfer des Rücktritts bereit zu sein. Er erklärte gestern im Anschluß an die oben wiedergegebene Äußerung: „Über meine eigene Stellung zum Friedensvertrage habe ich mich in Übereinstimmung mit dem Kabinett deutlich ausgesprochen.“ Der Passus über die Hand, die verdorren soll, war allerdings in Verbindung mit dem dröhnenden „Unannehmbar“ sehr deutlich. Will er durch den Zusatz „in Übereinstimmung mit dem Kabinett“ die Erzberger und Genossen mit in die Versenkung ziehen?

„Nichts Gewisses weiß man nicht!“ Heute ist Senioren-Konvent, in dem wir auch nichts Sicheres erfahren werden.

Unter den vielen Briefen, die ich hier fand, befand sich eine Anzahl aus den verschiedensten Teilen des Reiches, deren Verfasser sich mir für die künftige Regierung, an deren Spitze sie mich zu sehen glauben, als Mitarbeiter anbieten. Die Provinzpresse scheint sich mit dem Gedanken, ich müßte unterschreiben, in letzter Zeit wieder beschäftigt zu haben. Ich danke.

Lebe wohl, Liebste! Herzliche Grüße . . .

von Deinem H.

Weimar, den 19. VI. 1919.

Liebste Thea,

ich bin von dir ohne Nachricht. Ich sehne mich schon nach Dir und wenigstens nach ihr.

Die Versailler Delegation hat einstimmig ein Memorandum gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages verfaßt; was Dr. Melchior mir vor einer Woche sagte, beherrscht also alle Mitglieder der Delegation. Dadurch sind 3 Stimmen im Ministerium — Landsberg, Giesberts, Brockdorff — gebunden. Ihnen gesellen sich die Demokraten Preuß, Dernburg, Gothein zu. Scheidemann wollte einer Entscheidung ausweichen, mußte sich aber schließlich äußern und konnte, um nicht unrettbar dem Fluch der Lächerlichkeit zu verfallen, nun nicht anders als Nein sagen. Auf der anderen Seite standen im Ministerium — ganz, wie ich es Dir lange vorausgesagt hatte — Bauer, Rob. Schmidt, Wissell, Erzberger und sein Fraktionskollege Bell. Es hat sich aber auch bestätigt, daß David und Noske mit ihnen stimmten. So standen sich 7 gegen 7 Stimmen gegenüber, und da die Stimme des Ministerpräsidenten den Ausschlag gibt, so hatte das Kabinett die Ablehnung des Vertrages beschlossen. In der Nationalversammlung mehren sich die Stimmen für Unterzeichnung. Danach muß ein neues Ministerium gebildet werden. Erzberger wird sich schon vorsehen. Ich habe Dir bereits in voriger Woche diese Absicht mitgeteilt und die Erfolgsaussicht erörtert.

Hie Landsberg-Scheidemann, hie David-Noske! Für die Rechter keine leichte Entscheidung. Wie die Demokraten scheinen sie auf den schlauen Einfall zu kommen, sich zwar für Unterschreiben zu erklären, aber noch den Versuch zu machen, etwas herauszuschlagen. Dies ist ein geradezu kindisches Verkennen der Realitäten. Die Denkschrift der Entente, die im Gegensatz zu dem schroffen Ton der Mantelnote etwas versöhnlich und entgegenkommend klingt und literarische Finessen enthält, bedeutet das letzte Wort. Eine Kuriosität voll Pikanterie ist es, daß in der Kolonialfrage sich die Entente „besonders“ — auf die Reichtagsreden von Noske und Erzberger beruft.

Weimar, den 20. VI. 1919.

Liebste Thea,

bei dem Schneckengang der Post sind meine politischen Nachrichten wohl meistens überholt durch die Zeitungen, obgleich ich sie Dir früher mitteile, als sie den Zeitungen übermittelt werden. Dennoch interessieren Dich und die Kinder wahrscheinlich einige Betrachtungen, die sich mir hier aufdrängen. Das Zentrum will „Ja“ sagen, wenn es sich auch zunächst den Anschein gibt, daß es sein Votum an Bedingungen knüpfe. Die Rechtssozialisten haben Angst, mit dem Zentrum allein ein Ministerium zu bilden, sie möchten die

Verantwortung auf die „bekannten breiten Schultern“ verteilen und schon aus Parteipolitik sich nicht noch einen Gegner in den Demokraten schaffen. Das Zentrum, das sich für seine Zwecke auch mit dem Teufel verbindet, sträubt sich immerhin, nur mit den Roten in eine Koalition zu treten. Beide Parteien wirken deshalb auf die Demokraten ein, daß diese sich wieder ihnen nähern sollten. Könnte in der außenpolitischen Situation eine Formel das Bindemittel bilden, so wäre die Vereinigung bald vollzogen. Die Demokraten scheinen den Formelglauben zu haben. Die anderen sind klug genug, zu erkennen, daß sich die Entente auf Mätzchen nicht mehr einläßt.

Die Regierung forderte in der letzten Nacht von den Mehrheitsparteien, daß sie die Unterschrift unter den Vertrag verweigern sollten, wenn die Entente auf die vom Zentrum formulierten Bedingungen nicht eingehen sollte. Darauf konnten sich die Rechtssozialisten nicht einlassen, nachdem zwei Drittel ihrer Mitglieder entschieden für die Unterzeichnung waren. So demissionierte das Kabinett, und die Ministersuche beginnt. Das Unternehmen ist ver-teufelt schwierig, solange nicht die Parteien feststehen, aus deren Mitte die Kandidaten entnommen werden sollen. Als Ministerpräsident wurde — Noske genannt. Die Generäle Gröner, Märcker, Lüttwitz hatten ihm erklärt, daß ein Widerstand gegen die Entente nicht möglich sei und hatten ihn dadurch in seinem Kampf gegen die Landsberg und Konsorten gestärkt. Aber Noske scheint selbst von den Rechtssozialisten als eine Provokation empfunden zu werden. Man spricht jetzt von Hermann Müller und David. Aber alles liegt noch im Dunkel.

Der Friedensausschuß, der endlich heute nachmittag 4 Uhr tagen sollte, ist wegen des allgemeinen Kuddelmuddels auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Lange Frist zur Überlegung bleibt aber nicht, da das Ultimatum — falls es nicht mit Rücksicht auf die Ministerkrise um einige Tage verlängert wird — Montag abend abläuft. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Sonntag die Nationalversammlung zusammentreten wird. Das würde ich sehr bedauern, weil ich gern für diesen Tag heimkehrte, nicht nur, um an einer wichtigen Konferenz teilzunehmen, sondern vor allem auch um Dich, Liebste, und die Kinder zu sehen und zu sprechen. Die Gefahr*), die Dich ängstigt, besteht nicht.

Weimar, den 21. VI. 1919.

Liebe Thea.

Die Komödie der Irrungen und Wirrungen ist vorläufig beendet. Sie war weniger belustigend als lächerlich. Ratlosigkeit, Hin- und Herschwanken, Beschließen, Annullieren der Beschlüsse, halbe Entschlüsse, Zurückweichen — das alles war die Signatur der letzten

*) eines Attentates.

Tage. Um die Demokraten zu gewinnen, waren die Vertreter der Sozialdemokraten gestern abend auf ihren Vorschlag eingegangen, daß den Alliierten die Annahme des Vertrages unter sechs Bedingungen, die gewiß inzwischen durch die Presse bekannt geworden sind, erklärt werde. Die rechtssozialistische Fraktion schreckte aber doch davor zurück, auf diesen Leim zu kriechen. Es war ihr klar, daß diese Note den Einmarsch der alliierten Truppen bedeutete, und darauf wollten sie es nicht ankommen lassen, während sich die Demokraten, völlig borniert wie Theodor Wolff, damit abfanden. So wurde das Telegramm, das diese Note enthielt, um 9 Uhr von der Post zurückgeholt, noch rechtzeitig, bevor es nach Versailles gelangte. Der Wechsel der Entschlüsse vollzog sich so schnell und häufig, daß noch heute um 11 Uhr Fehrenbach von der Zurücknahme des Telegramms nichts wußte.

Die Haltung der Demokraten macht den Sozialdemokraten böse Beschwerden. Sie müßten jetzt mit dem Zentrum allein die Verantwortung tragen. Aber sie machten keinen Schnitt zwischen sich und den Demokraten. Sie glaubten Dernburg — nicht als Vertreter seiner Fraktion, sondern als Fachmann — im Ministerium festhalten zu können, und im Seniorenkonvent verkündeten sie um 11½ Uhr aufatmend, daß das Ministerium um 1 Uhr mittags gebildet sein werde. Kaum war das Wort ausgesprochen, da kam die Nachricht, daß die Demokraten in keiner Form an der Regierungsbildung sich beteiligten, daß deshalb auch Dernburg und Bernstorff nicht mitmachten. Nun begann von neuem die Suche nach Ministern. Jetzt endlich — zwischen 2 und 3 — ist eine Ministerliste fertig, die aus Sozialdemokraten und Zentrumsleuten besteht. Bauer ist Ministerpräsident — eine komische Vorstellung. Ist der Friede unter Dach und Fach, dann kann das Zentrum sich mit Grazie der Sozialdemokraten entledigen und mit den bürgerlichen Parteien eine Regierung bilden. Die Demokraten schmolten nicht, sie wollen zwar die wichtigste Vorlage der neuen Regierung, die Friedensvorlage, ablehnen, ihr jedoch das Vertrauen aussprechen. So reiht sich Burleske an Burleske.

Eine schwere Angst drückt noch die Rechtssozialisten. Werden wirklich die Unabhängigen dem Friedensvertrag zustimmen? Von drei Seiten sind wir schon deshalb interpelliert worden. Sie können sich gar nicht mehr denken, daß eine Partei aus klaren Grundsätzen fest auf ein Ziel losgeht. Für sie ist die Politik so sehr ein Schiebergeschäft geworden, das auf taktischen Kunststückchen sich aufbaut, daß sie eine andere gar nicht mehr verstehen. Ohne uns haben sie keine Mehrheit, wie sie fürchten. Daher ihre Beklemmungen.

Morgen nachmittag tagt nun die Nationalversammlung. Infolgedessen kann ich leider morgen nicht bei Euch sein. Ich hoffe aber bestimmt, Montag wenigstens für einen Tag zu kommen, wahrscheinlich bin ich schon mittags zu Hause — wenn die Eisenbahnzüge überhaupt gehen.

Auf gesundes Wiedersehen. . . .

Weimar, den 2. VII. 1919.

Liebste Thea,

die Verhandlungen sind nicht aufregend in Weimar. Von dem Pulsschlag einer „großen Zeit“ ist nichts zu spüren.

Die Arbeiter werden von der Regierung immer wieder von neuem gereizt. Man ist selbst von Empörung erfüllt. Der Verstand zügelt die Erregung. Aber man hat das Gefühl, daß bei den Arbeitern das Maß jeden Tag überlaufen könnte. Wie soll man es hindern?

Die Regierung wendet die schäbigsten Mittel an, um über die Absichten der Unabhängigen und Kommunisten unterrichtet zu sein. Halbwahres mischt sich in den Spitzelberichten mit direkt Erfundenem. Und solche Berichte bilden die Grundlage für ihre folgenschweren Entschlüssen. . . .

Berlin, den 8. VII. 1919.

Liebe Else,

Ich kam von Weimar hier vor 14 Tagen nachts 2 Uhr an und wurde vom Bahnhof sofort in die im Herrenhaus noch tagende Reichskonferenz geholt, um dort zu referieren. Um 6 Uhr früh war Schluß der Verhandlungen, aber auch Schluß meiner Kraft. Ich wohnte nicht zu Hause, und so kam es, daß ich zunächst von Deinem Brief keine Kenntnis erhielt. . .

In der Luft lag Pogromstimmung. Ich brachte zwar von Weimar die Überzeugung mit, daß ein Militärputsch nicht bevorstehe, und daß das Aufflammen des Krieges im Osten vereitelt worden sei, aber in Berlin hatten sich besonnene Köpfe in Angst jagen lassen, so daß sie eine Militärrevolte mit allen Einzelheiten voraussagten. Wärest Du damals nach Berlin gekommen, so hätte ich mich, während ich für meine Person ohne die geringste Aufregung war, um Dich gesorgt, und wir hätten sicherlich keine Möglichkeit ungestörten Zusammenseins, vielleicht kaum einer flüchtigen Begegnung gehabt.

Überarbeitet und erkältet quäle ich mich seitdem. Am Sonnabend habe ich Weimar im Fieber verlassen, um mich hier zu kurieren. Ich bin soweit hergestellt, daß ich morgen zur Friedensratifikation wieder nach Weimar fahren kann. Obgleich sich die Ratifikation ohne große Schwierigkeiten vollziehen wird, so möchte ich doch für alle Fälle auf dem Posten sein. Hat doch unsere kleine Fraktion das unbestreitbare Verdienst, daß der Friede zustande gekommen ist, und daß in diesem Augenblick nicht blutige Kämpfe, Zerstörungen und Verwüstungen stattfinden. Das Friedenswerk nicht gefährden zu lassen, muß unsere Sorge bleiben.

Erbärmlicheres als die Haltung der Demokraten mit Herrn Haubmann an der Spitze ist nicht zu denken. Er und seine Freunde zitterten vor 14 Tagen ebenso wie die Deutschnationalen, als die Krise der neuen Regierung sieben Stunden vor dem Ablauf des Ulti-

matums ausgebrochen war. Der Gedanke, es könnte die Frist ablaufen ohne Unterzeichnung des Vertrages bereitete ihnen Qualen, und sie atmeten erleichtert auf, als ihnen gezeigt wurde, welcher Ausweg sich der Regierung biete. Eine nochmalige Abstimmung in der Nationalversammlung war nämlich sehr riskant. Eine Vorabstimmung in den Fraktionen hatte 153 Stimmen für unbedingte Unterschrift und 152 dagegen ergeben, und die Regierung konnte ihr und des Volkes Schicksal auf eine Stimme stützen, die sich noch nach der anderen Seite vielleicht verschob. In dieser Situation griffen sie, die Demokraten und Nationalsozialen, gierig nach dem Strohhalbm, den unsere Fraktion am Tage vorher schon dem Zentrum und den Rechtssozialisten aufgenötigt hatte: Sie verkündeten es der Regierung, daß sie schon ermächtigt sei, zu unterschreiben, und daß eine neue Abstimmung nicht erforderlich sei. Danach stellen sich aber dieselben Leute hin und wollen dem Volke glauben machen, daß sie für eine Ablehnung des Friedensvertrages gewesen seien, und daß darin das Heil des Volkes gelegen hätte. Das Maß von Verlogenheit ist selten so groß gewesen wie jetzt. . . .

Jena, den 17. VII. 1919.

Meine Liebste, guter Junge,

bis gestern am späten Nachmittag bin ich nicht zur Besinnung gekommen. Die Verhandlungen*) begannen schon pünktlich um 8½ Uhr, und da das Gericht weit entfernt vom Mittelpunkt der Stadt ist, so war ich gezwungen, bald nach 6 Uhr aufzustehen. Die Sitzungen dauerten die ersten beiden Tage bis spät in den Abend, am Dienstag hatte ich noch nach meinem Plädoyer ein Referat vor den Vertrauensleuten der Partei, gestern fuhr ich während der Pause nach dem Gefängnis Stadelheim, das von dem Endpunkt der elektrischen Bahn nach einer Fußwanderung von 20 Minuten zu erreichen ist, weil Axelrod und Frau M. Bischoff, die Schwester des verstorbenen Malers Bischoff-Culm, die beide in nächster Woche wegen Hochverrats zur Aburteilung kommen, dringend eine Unterredung mit mir wünschten. Nach Abschluß der Tollerverhandlung hatte ich eine Parteibesprechung und eilte dann in das Polizeipräsidium, wo Sauer sich vorübergehend aufhält, der nach bestimmten Anzeichen schließt, daß ihm das Schicksal von Jogiches und Dornbach bestimmt ist, und meinen Schutz nachsuchte. Ich habe mich an den bayerischen Justizminister gewandt und seine sowie zweier anderer politischer Gefangener Befreiung aus der Gefahr drohenden Anstalt gefordert unter der Ankündigung, daß das Ministerium sonst die volle Verantwortung für eine Bluttat zu tragen habe.

Der Prozeß selbst war anstrengend, aber wegen des Milieus und der Hauptpersonen interessant. Der bekannte Theaterintendant Mar-

*) im Toller-Prozeß.

tersteig, Halbe, Björnson, Thomas Mann, Karl Hauptmann und Dr. Marcuse, der aus genauer Beobachtung Tollers aus mehrmonatigem Aufenthalt eine meisterhafte Seelenanalyse von ihm entwarf, hoben übereinstimmend und ohne voneinander zu wissen, die außerordentliche Phantasie Tollers und sein Ethos hervor, die Dichter erklärten, daß sie von seinem Drama, das übrigens im Herbst zur Eröffnung einer neuen Bühne, der „Tribüne“, aufgeführt wird, tief ergriffen worden seien, und daß der Autor eine sittlich starke Persönlichkeit von dichterischer Begabung sei. Dieses Urteil schöpften sie nicht aus persönlicher Bekanntschaft, sondern aus dem Werk. Martersteig ließ sich über die Frage aus, ob aus der markanten Figur eines Dramas der Dichter selbst zu erkennen und als Mensch zu beurteilen sei, und bejahte sie. Der Politiker Toller trat zurück, er ist sicherlich nicht ausgereift, wies aber sympathische Züge auf.

Beim Abendbrot setzte sich plötzlich Stresemann an meinen Tisch, der aus einem Badeort kam. Er erzählte mir viel Interessantes aus den interfraktionellen Sitzungen des vorigen Jahres, darunter, daß am 9. November vormittags David noch die Nationalliberalen zum Eintritt in ein gemeinsames Kabinett eingeladen habe!

Lebe wohl, Liebste!

Berlin, den 29. VIII. 1919.

Liebe Freunde!

Schon unterwegs erfuhr ich, daß am 9. IX. bereits eine Parteikonferenz stattfindet, in der mir ein Referat obliegt. Aus der Berliner „Freiheit“ werdet Ihr inzwischen ersehen haben, wie hoch die Reaktionswelle anschwillt. Die Verbotsandrohung an „Freiheit“ und „Leipziger Volkszeitung“, die unverhüllte Forderung einer „Diktatur der Mitte“ mit dem Terror der Maschinengewehre durch den „Vorwärts“-Redakteur Barth und zahlreiche andere Tatsachen deuten darauf hin, daß wir auf rücksichtslose Gewaltmaßnahmen gefaßt sein müssen. Es ist nur zu wünschen, daß sich die Arbeiter nicht provozieren lassen.

Von den schweren politischen Gedanken wende ich mich gern zu den schönen Stunden zurück, die ich bei Euch verleben konnte. Ich danke Euch herzlich für alles, was Ihr mir geboten habt, und ich freue mich auf das Wiedersehen hier in Berlin.

Innige Grüße Euch und Euren lieben Kindern von

Eurem Hugo.

Persönliche Briefe.

Königsberg, den 6. VI. 1891.

(Brief an seine Braut.)

. . . . Du wirst vorgestern, als Du vor Zeitmangel und Müdigkeit Dich auf nur wenige Zeilen an mich einrichten mußtest, mir am besten haben nachempfinden können, wie mir in letzter Zeit zu Mut gewesen ist, da ich mir keinen Tag ein Mußestündchen, wie ich es mir wünschte, abhaschen konnte. Aber jedes Lebenszeichen von Dir ist mir ein Quell tiefinnigster, herzlicher Freude.

Bei uns hier senkt sich trotz heftiger Gewitter auf alle Lebewesen eine bleierne Schwüle, und ermattet flüchtet, wer es kann, in einen kühlen Winkel. Ich bin jedoch in der Erinnerung an Dich rege und freue mich, daß mir ein Stündchen frei geblieben ist, um mit Dir zu plaudern. Und was habe ich Dir nicht noch alles zu erzählen? Du möchtest gern wissen, ob mich eine starke Neigung der Jurisprudenz in die Arme geführt hat, ob ich aus einem inneren unwiderstehlichen Drang Jurist geworden sei? Ja, Lust und Liebe zur Juristerei war meine Triebfeder, aber zu jener Juristerei, wie sie in meiner Vorstellung lebte, wie sie aber auf dem rauhen Boden der Wirklichkeit leider nicht gewachsen ist. Ich glühte schon als Primaner in Begeisterung für den Beruf des Anwalts; ich konnte mir nichts Schöneres denken, als mit voller Kraft dafür einzutreten, daß das Recht zu seinem Sieg gelange, daß der rechtlos Verfolgte Schutz und Frieden finde. Meine Phantasie gaukelte mir in idealstem Schimmer das Schalten und Walten der Justitia vor. Ich sage: meine Phantasie; denn was weiß der Primaner vom Leben? Eine klare Erkenntnis der wirklichen Dinge ist ihm verschlossen. Es gibt ja keine verkehrtere Ausbildung, als diejenige, welche unsere Gymnasien gewähren. Überall wird der Blick in das Altertum gelenkt; von den staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen der Gegenwart erfährt der Primaner nichts oder doch so gut wie nichts. Der Geschichtsunterricht, den ich empfang, stellte sich mir fast nur als eine Aneinanderreihung von Schlachten dar. Über die Entwicklungsgeschichte der Kultur wurde nicht gesprochen. Nur selten fiel in das Gehirn ein Dämmerlicht, wenn ich durch Zufall ein Buch vor Gesicht bekam, das den Ausblick in diese Richtung eröffnete. Ein einziger Lehrer, Professor C l a u s s e n , der mir in Obersekunda lateinischen und in Prima deutschen Unterricht erteilte und der sich am Abend, da er augenleidend war, gern von mir vorlesen ließ, übte einen tieferen und nachhaltigen

Einfluß auf mich aus: er regte mich zu spekulativem Denken an, stellte meinem Urteil eine weitere Perspektive, zerstreute Vorurteile, leitete mich dahin, im Menschen den Menschen zu suchen, und erfüllte mich mit idealem Streben.

Mein Vater wünschte, als ich das Gymnasium verließ, aus praktischen Erwägungen, daß ich in ein Bankhaus eintreten sollte. Meine Mutter wünschte nichts sehnlicher, als mich einmal von der Kanzel herab das Gotteswort verkünden zu hören; sie hatte mich bei einigen Familienfestlichkeiten mit jugendlichem Schwung und fließender Beredsamkeit einen ernsten Toast ausbringen hören, dem ich einen tieferen Gehalt zu geben bemüht gewesen war und der einen gewissen Eindruck in den Zuhörern hinterlassen hatte; und sie war in mütterlichem Stolz beglückt durch die Vorstellung, daß ich dereinst das Volk Israel hinreißen und zur Gläubigkeit führen würde.

Als ich den Eltern indes erklärte, daß ich mich nur glücklich in der Jurisprudenz fühlen würde, da drängten sie in liebevollem Sinn sofort ihre Wünsche zurück. Der Vater sagte mir noch ausdrücklich, er würde in ernsten Lebensfragen niemals seinen Kindern hinderlich in den Weg treten.

So bezog ich frohen Muts, idealen Sinnes, lernbegierig die Universität, um nur zu schnell enttäuscht zu werden. Die Lehrer in den ersten beiden Semestern waren verknöcherte, einseitige Romanisten; ihr ganzes Treiben schien mir im besten Fall eitle Spintisiererei und Rabulisterei zu sein. Später wurde ich mehr angeregt durch Gegenstände, die in wichtiger Beziehung zum Leben stehen, und hatte Gefallen an der Gedankenarbeit. Aber Befriedigung fand ich doch mehr in der Beschäftigung mit Nationalökonomie und Philosophie, die ich nebenher — leider zu planlos — betrieb. Indes ich erwartete noch immer viel von der praktischen Ausübung des Berufs. Wie sich die Praxis gestaltet hat, das weißt Du ja. Dabei bin ich keineswegs unglücklich in meinem Beruf. Das, was ich erhofft hatte und was er auch in Deiner Auffassung vorstellt, hat er nicht geboten und kann er auch nicht bieten. Sieh, liebste Thea, der heutige Staat ist ein Klassenstaat, und dieser Charakter prägt sich auch in der Justiz aus. Die herrschenden Klassen haben die Klinke der Gesetzgebung in ihrer Hand, und sie schaffen solche Gesetze, welche ihren Interessen förderlich sind. Du hast ja, wie ich weiß, recht eifrig in den letzten Jahren die Politik verfolgt, und da wirst Du wahrgenommen haben, in wie schamloser Weise die Begehrlichkeit der bevorrechteten Klassen bei der Gesetzgebung ihre Orgien feierte, wie Schlot- und Krautjunker ihre Machtstellung benutzten, um durch die Gesetzgebung ihre Taschen auf Kosten der armen notleidenden Bevölkerung mit Millionen zu füllen. Oft besteht ja bei den Machtfaktoren nicht gerade das ausgesprochene Bestreben, die Gesetzgebungsmaschine zum eigenen Besten in Bewegung zu setzen. Aber regelmäßig wird, wenn auch unbewußt, der, welcher Gesetze schafft, sein Interesse zur Geltung bringen.

Solchen Gesetzen als Anwalt gegenüberzustehen — das ist nicht mehr ideal. Dazu kommt aber nach meiner Erfahrung noch ein wichtiges Moment. Die Richter, so sehr sie sich auch bemühen, unparteiisch zu sein, können doch nicht aus ihrer Haut; sie fühlen sich meistens als Stützen der herrschenden Gewalt und sind daher befangen, sobald sich Kräfte regen, die zu der herrschenden Ordnung, der herrschenden Gewalt in Gegensatz treten. Hart im Raum stoßen sich die Sachen — und wer sich aus seinem Kopf heraus, aus Theoremen, die Welt konstruiert, der erstaunt oder stolpert gar, wenn er erst in die Welt der Wirklichkeit hineingestoßen wird. Jene ideale Auffassung, die Du neulich vertratst, ist sehr dünn gesät und noch spärlicher aufgegangen. Ein kleiner Bruchteil der Studierenden — von diesen spreche ich zunächst — wählt aus hingebender Begeisterung seinen Beruf; und von diesem kleinen Bruchteil werden noch sehr viele bald ernüchtert. Auch die Ausübung des ärztlichen Berufs ist in den meisten Fällen eine bloß handwerksmäßige: Mitgefühl mit der kranken Menschheit und das brennende Verlangen, die Leiden zu lindern, finden sich leider sehr selten.

Was mir Freude in meinem Beruf verschafft, das habe ich Dir bereits mitgeteilt; und diese Lichtpunkte reichen aus. Heute erst wieder gelang es mir, nach heftigen Kämpfen in zwei eklatanten Fällen einen Erfolg zu erzielen. R ö c k n e r, ein Anverwandter des S c h m i d t'schen Hauses, als Redakteur der früher hier erschienenen sozialdemokratischen Zeitung vielfach verfolgt, war wieder einmal wegen Beleidigung angeklagt. Diese Anklage war jedoch selbst der hiesigen Strafkammer zu stark und sie lehnte die Eröffnung des Hauptverfahrens ab. Das Oberlandesgericht beschloß jedoch auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft, daß der Verbrecher zur Rechenschaft gezogen würde. Der Beschluß schlug dem gesunden Menschenverstand, der Logik und juristischen Grundsätzen gleich stark ins Gesicht. Tut nichts, der Jude wird verbrannt. R. wurde von der Strafkammer nunmehr verurteilt. Auf meine Revision hob das Reichsgericht dieses Urteil auf, und heute sprach ihn dann dieselbe Strafkammer aus den von mir hervorgehobenen Gründen frei.

Und vor fünf Minuten erhielt ich eine Depesche, daß das Kammergericht eine Reihe armer Schlucker, die das große Verbrechen begangen hatten, ohne polizeiliche Erlaubnis für gemäßregelte Arbeitslöhne Gelder zu sammeln, auf meine Revision freigesprochen habe.

Den größten Genuß bereitet mir aber auch jetzt noch das Studium der Nationalökonomie und der Philosophie. Und ich freue mich von Herzen auf die Zeit, wo ich mit Dir zusammen diesen Genuß haben werde. . . .

Königsberg, den 20. VI. 1891.

Meine innig geliebte Thea!

Hier sitze ich seit einer Stunde im Gerichtsgebäude, um auf die Verhandlung einer Sache zu warten, in der ich das Plädoyer zu führen

habe; und diese Sache kommt noch immer nicht an die Reihe. Ungeduldig durchblättere ich einmal über das andere die Akten; aber aus den toten Buchstaben guckt mir überall Dein lebensprühendes Antlitz herzerhebend und geisterfrischend hervor.

Ogleich ich von den Späherblicken spöttischer Kollegen umlauert werde, so kann ich doch dem Reiz nicht widerstehen, auf diesem soeben in einem abgelegenen Papierladen aufgestöberten Bogen mit Dir in Gedankenaustausch zu treten.

Ich knüpfe an eine Äußerung von Dir an, die ich in meinem vorletzten Brief aus dem Raisonnement ausgeschieden habe, weil ich mir mit Rücksicht auf die gar zu kurz bemessene Zeit eine Selbstbeschränkung auferlegen mußte. Ich habe nach Absendung meiner Briefe fast immer ein drückendes Gefühl, weil ich Dir nicht alles habe sagen können, was ich so gern wollte; aber ich beruhige mich selbst in dem Gedanken, daß wir ja noch so lange Zeit innigsten Beisammenseins vor uns haben, daß ich nachholen kann, was ich jetzt versäume.

Deine Äußerung ging dahin, daß Du es nie habest verstehen können, wie die meisten Männer, auch solche mit guten Eigenschaften, für das Unglück armer verführter Geschöpfe nichts weiter als ein rohes Lachen hätten, während diese unglücklichen Wesen auch ohne den Spott und die Verachtung der Welt für ihre Sünde schon genug zu büßen hätten. Zu erklären ist diese leider wahre Erscheinung aus der Entwicklung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse und der durch sie bedingten Abhängigkeitsstellung der Frau. Die Frau gilt als Wesen niederer Ordnung, die erst in unterwürfiger Anlehnung an den Mann ihren Lebenszweck erfüllt — und dies nicht nur in den Augen der Männerwelt, sondern auch vor den eigenen Geschlechtsgenossinnen. Ich habe mich immer erregt, wenn ich aus dem Munde selbst intelligenter Frauen hörte, daß der Mann der „Herr der Schöpfung“ sei, dem die Frau als nicht ebenbürtig unterworfen sei. Da kann es kein Wunder nehmen, wenn die Männer kraft ihrer Herrschaftsstellung ihre Interessen verfolgen und von dem Weibe niedrig denken. Die „Herrscher“ haben zu allen Zeiten und unter allen Verhältnissen das, was i h r e m Wohlbefinden dienlich war, als das naturgemäße ausgegeben; und so hat denn auch auf diesem Gebiet die Anschauung Wurzel geschlagen, daß die Vorrechte der Männer in der Natur begründet seien. Die Bevorrechteten, im Genuß ihrer Vorteile, und großgezogen in der Anschauung, daß ihnen diese Vorteile von Natur und Rechts wegen zukämen, gelangen vielfach gar nicht zu der Erkenntnis, daß die Lage der Minderberechtigten elend und daß ihr Verhalten zu diesen brutal, mit den Grundsätzen der Humanität unvereinbar ist.

So sehen es die Männer als ihr natürliches Vorrecht an, daß sie sich dem geschlechtlichen Verkehr auch vor der Ehe hingeben, aber wehe dem Mädchen, welches in einem Augenblick, in dem sie ihrer nicht mächtig war, von hervorbrechender Leidenschaft über die von

der Sitte gesetzten Schranken sich hinwegreißen läßt. Der Mann, der vielleicht in elendem Raffinement diese Leidenschaft des Mädchens angestachelt und in einem Augenblick der Schwäche des Mädchens ausgebeutet hat — er verliert nichts an offizieller Achtung, er kann die höchsten Stellen im Staate bekleiden und wird als Ehrenmann von seinen lieben Mitbürgern unter allgemeiner Rührung gefeiert. Das Mädchen wird dagegen meistens von der Gesellschaft geächtet und von dem Manne, der an ihrem Unglück mindestens dieselbe Schuld hat wie sie selbst, beiseite geworfen. Und das alles, weil sie, die die besten Eigenschaften des Geistes und Gemüts besitzen und auch willensstark sein kann, in einem unseligen Moment einer mächtigen Leidenschaft unterlag.

Besonders hat es mich empört, wenn Frauen, die den in Liebesverhältnissen ausschweifenden jungen Mann für ganz besonders interessant ansehen, vor sittlicher Entrüstung triefend den ersten Stein erhoben und mit tugendhaftem Augenaufschlag gegen das unglückliche Mädchen schleuderten. Wie können nur die Frauen sich selbst so häßlich den Stempel der Erniedrigung aufdrücken? Ja, der Sklave wird sklavisches Denken. Erst wenn die Frau aus ihrer Abhängigkeitsstellung vom Mann befreit wird, wird das Verhältnis des Mannes zu ihr ein würdiges werden.

Heutzutage gelingt es selbst hochherzigen, ideal veranlagten Männern nur schwer, das Gift jener „Herrscheranschauung“, welches ihrem Geist von früh auf eingepflanzt worden ist, aus sich herauszutreiben. Daher gehören diejenigen zu den Ausnahmen, welche vorurteilsfrei und gerecht an die Frauen denselben Maßstab wie an die Männer anlegen.

Ich kann von meinem Standpunkt aus nur einen Unterschied zwischen Mann und Frau anerkennen, und zwar den Unterschied, welchen die Verschiedenheit des leiblichen Organismus bedingt. Mir erscheint es daher als eine der vorgeschrittenen Kultur Hohn sprechende Roheit, wenn die Männer verächtlich von den Frauen denken oder sie etwa gar nur als Mittel zum Genuß betrachten.

Allein der siegesgewisse Glaube an den Fortschritt der Menschheit hilft auch über diese so trüben sozialen Erscheinungen hinweg.

Du kannst es ja gar nicht ermessen, wie glücklich mich Deine Ausführungen gemacht haben. Ich habe stets an meine zukünftige Frau die Anforderung gestellt, daß sie Selbstachtung für ihr eigenes Geschlecht und Mitgefühl für die armen Opfer der heutigen Gesellschaft hat. Und als in mir die Liebesflamme zu Dir emporschlug, da wußte ich auch schon, daß alles in Deiner Gestalt verwirklicht sei, was ich erträumt, erhofft, ersehnt hatte.

Inzwischen bin ich in den Besitz Deines heutigen Briefes gelangt, der mir wieder köstliche Stunden reinsten Genusses bereitet. Du hast recht: der Mann, welcher mit der Frau ehelich lebt, ohne den Schritt zum Standesamt zu tun — er liebt die Frau nicht wahrhaft. Aber das

Standesamt scheint mir mit der Schicklichkeitsfrage gar nichts zu tun zu haben. Ich gehe zum Standesamt, weil ich das von mir geliebte Weib in allen bürgerlichen Beziehungen als meine Ehefrau angesehen wissen will, weil sich an die standesamtliche Vereinigung die wichtigsten, in das Leben tief einschneidenden Rechtswirkungen knüpfen, weil ich meine Frau nicht der Mißachtung der Gesellschaft preisgeben will. Für das Verhältnis zwischen Mann und Frau selbst ist dagegen das Standesamt auch in meinen Augen eine leere Form; nur der Moment ist von entscheidender Bedeutung, in dem sich die beiden Herzen in Liebe fanden und das Geständnis der gegenseitigen Liebe von beider Lippen floß. Hochentwickelte Staaten haben an die bloße Erklärung der Liebenden, daß sie die Ehe eingehen wollen, die Wirkungen der Eheschließung geknüpft. Und sicherlich kann doch weder Priestersegen noch staatlicher Ausspruch zu der Weihe, die die Herzen erfüllt, etwas hinzufügen. . . .

Mein lieber Vetter Koppel!

Königsberg, den 2. X. 1891.

. . . Meine glückliche Verlobungszeit ist in den letzten Wochen an Aufregungen reich gewesen. Du kennst meine politische und religiöse Überzeugung. Du weißt wohl auch, daß ich nicht der Mann bin, meine Überzeugung heuchlerisch zu verleugnen und mich vor mir selbst zu erniedrigen. Ich habe keinen Augenblick Bedenken getragen, mich in den vielen Prozessen, in denen ich das Plädoyer führte, zu der Sozialdemokratie zu bekennen, obwohl ich mir dessen bewußt war, daß dieses Bekenntnis eine gesellschaftliche Ächtung nach sich ziehen könne. Richter, Staatsanwälte und Kollegen achten jedoch meine Überzeugung, weil sie zum größten Teil von deren Ehrlichkeit durchdrungen sind, und weil sie eingesehen haben, daß ich mich in den Dienst meiner Idee selbstlos ohne pekuniäres Interesse stelle. Dennoch ist meine Position gegenüber den tief eingewurzelten Vorurteilen eine schwierige. Meine Stellung zu den religiösen Fragen ist seit Jahren durch praktische Betätigung gleichfalls geklärt. Ich besuche nie einen Gottesdienst; und so wehe diese Tatsache auch der lieben Mutter anfangs tat, schließlich hat sie sich mit ihr ausgesöhnt, sah sie doch immer wieder, daß ich ihr in zärtlicher Liebe zugetan bin. Um ihr die Möglichkeit zu gewähren, in meinem Hause ihrer Anschauung gemäß zu leben, habe ich meine Wirtschaft ganz nach ihrem Wunsch eingerichtet; und ich habe denn auch die Freude gehabt, meine Eltern öfter bei mir zu sehen und zu bewirten. Ich nahm deshalb an, daß mir die Mutter bei einer bloß standesamtlichen Verbindung nur einen vorübergehenden Widerstand entgegensetzen würde. Darin habe ich mich getäuscht. Von Verwandten und guten Bekannten aufgestachelt und aus Angst vor dem Urteil der Welt ist mir mein Vater auf das schroffste und entschiedenste entgegengetreten, während Mutter sich in Tränen auflösen scheint, jetzt, wo ich meine ihr längst bekannten und mit ihr besprochenen Ansichten in die Tat

umwandeln will. Ich habe mit Vater, wie sonst, in ernster Erörterung zu einer Verständigung gelangen wollen; ich habe mich dabei der mildesten, zartesten Form befleißigt und der Herzlichkeit, die mich erfüllte, Ausdruck verliehen. Aber die stereotype Antwort blieb: „Das mag alles richtig sein; läßt du dich aber nicht trauen, so werden wir weder deiner Hochzeit beiwohnen, noch jemals im Leben deine Schwelle betreten.“ Alle Versuche, durch meine Braut auf mich einzuwirken, sind an deren eigenem vorurteilsfreien Sinn abgeprallt. Wenn ich auch weiß, daß die Vorwürfe und Drohungen nicht auf eine Goldwage gelegt werden dürfen, und daß, wie in anderen Fällen, auch hier eine ruhige, nüchterne Stimmung mit der Zeit Platz greifen wird, so möchte ich dennoch gern, weil mir der Kummer der lieben Mutter tief zu Herzen geht, und weil durch diesen Kummer auch Vater stark ergriffen wird, einen ehrlichen Ausweg aus dieser prekären Situation suchen; selbstverständlich unter völliger Wahrung meiner Grundsätze und mit offenem Visier.

Mir scheint es nun, daß Du mir einen solchen Ausweg eröffnen könntest. Und ich frage Dich hiermit an: Möchtest und könntest Du bei meiner Hochzeit, die zwischen Weihnachten und Neujahr stattfindet, ohne Talar und ohne religiöses Zeremoniell, insbesondere ohne den üblichen Segensspruch, zur Einleitung des Festes eine Festrede halten mit allgemein-menschlichem Charakter? Ich weiß, daß diese Aufgabe Deinen Anschauungen nicht widerspricht, und ich glaube, daß sie auch sehr wohl mit Deiner Stellung vereinbar ist, da Du ja eben als mein Vetter an der Hochzeit teilnimmst. Du würdest mir damit einen sehr großen Dienst leisten und mich zu tiefem Dank verpflichten. Mir scheint es nämlich, als ob die Eltern sich zufrieden geben werden, wenn das Fest durch eine Rede auch nicht religiösen Inhalts von Dir eingeleitet wird, und ich brauche mich nicht durch Unterwerfung unter einen für mich heuchlerischen Akt zu beflecken. Selbstverständlich werde ich den Vater und den Schwiegervater vorher über den Charakter der Rede aufklären, da ich auch mit ihnen nicht Komödie spielen will. Die Unwahrhaftigkeit nach der einen wie nach der anderen Seite ist für mich unerträglich. Ich bitte Dich sehr, mir doch sofort, wenn Du zu einem bestimmten Entschluß gelangt bist, zu antworten; vielleicht sogleich nach Empfang dieser Zeilen. Mir liegt natürlich recht viel daran, den entfesselten Sturm sehr bald zu beruhigen. . . .

Lieber Koppel!

Königsberg, den 11. X. 1891.

Du befindest Dich nach zwei Richtungen im Irrtum. Mir ist es nicht eingefallen, mich mit meinen Eltern in eine religiös-theologische Erörterung einzulassen. Mit meiner Mutter habe ich bis jetzt gar nicht gesprochen, und meinem Vater habe ich in der ausführlichen Unterredung, von der ich Dir berichtete, nur die Duldung meines Standpunktes abringen wollen. Ich habe mich bemüht, ihm klar-

zumachen, daß eine innige Herzlichkeit zwischen Eltern und erwachsenen selbständigen Kindern auch bei grundverschiedenen Anschauungen bestehen könne, daß es gar nicht die Aufgabe der Eltern sei, ihre selbständigen Kinder zu ihren Ansichten zu pressen. Ich habe ihn darauf hingewiesen, daß er mit seiner Auffassung des Lebens weit über den Gedankenkreis seiner Eltern hinausgewachsen sei, und daß er dies doch gewiß nicht als ein Unglück betrachte. Ich habe ihn daran erinnert, daß ich seine und der Mutter Anschauungen und Lebensweise nie belächelt oder bspöttelt, daß ich sie vielmehr stets mit Achtung aufgenommen habe, und daß ich ebenso auch nur eine Achtung meines Standpunktes beanspruche, ohne ihnen denselben aufdrängen zu wollen. Ich habe ihm erklärt, daß überall da, wo es sich um die Eltern handele, deren Ansichten maßgebend sein müßten, daß dagegen hier, wo i c h mich verheirate, wo es sich um m i c h handelt, meine Meinung ausschlaggebend sei. . . .

Die Pietät erfordert bei einer Verschiedenheit der Meinungen, bei einem Widerstreit derselben, zwar Milde, Zartheit, Herzlichkeit in der Vertretung der eigenen Ansichten; nicht aber Aufgebung derselben. Wer in einer wichtigen Angelegenheit auch nur eine „Kleinigkeit“ von seiner Überzeugung opfert, der opfert damit das ganze Prinzip.

Nein, zu einem heuchlerischen Kompromiß kann ich mich nicht verstehen.

Der Konflikt zwischen mir und den Eltern ist ja tragisch, aber er muß dann ausgekostet werden, wenn es ein ehrliches, mit meiner Überzeugung zusammenstimmendes Auskunftsmittel nicht gibt.

Dennoch wäre es mir sehr lieb, wenn die beiderseitigen Eltern ausgesöhnt und frohen Herzens an meiner Hochzeit teilnehmen möchten. Und könntest Du mir zu diesem Resultat verhelfen, so würdest Du mich sehr verbinden.

In jedem Falle bitte ich Dich um eine gefällige sofortige Antwort, da ich den Eltern einen definitiven Bescheid geben muß. Für Dein entgegenkommendes Wohlwollen nimm schon jetzt meinen herzlichen Dank entgegen. Beim Empfang dieses Briefes hast Du schon den schweren Jom-Kippur-Tag überstanden. Ich wünsche, daß er Euch gut bekommen möge. Mit herzlichen Grüßen an Euch wie die Kinder bin ich
Dein Vetter Hugo.

Mölle in Schweden, den 5. IX. 1910.

Liebe Kinder,

wie schön es hier ist, hat schon Mutter geschildert. Ich genieße die Natur in angenehmer Gesellschaft, wenn auch etwas Unruhe in meinem Gemüt nistet. Zu gern hätte ich Euch alle hier bei uns, und oft schweifen die Gedanken von Politik, von Wald, Wiese, Felsen, Meer zu Euch herüber.

Der letzte Tag in Kopenhagen bot wieder erhebende Momente. Von der hinreißenden, wuchtigen, geistvollen Beredsamkeit J a u r è s

läßt sich schwer eine Beschreibung geben; lest seine Rede im „Vorwärts“ und stellt Euch vor, daß die Worte in klangvollem Französisch leidenschaftlich mit lebhaften, massiven Gesten tief aus dem Innern herausgeschleudert wurden! Abends sprach er im Rathause auf fortgesetztes Drängen in deutscher Sprache, ebenfalls packend und interessant, bis — wie er sich ausdrückte — zwar nicht sein sozialistisches Herz, aber sein deutsches Wörterbuch erschöpft war. Über das Fest im Rathause müßte ich viele Seiten voll schreiben. Dazu mangelt es hier an Ruhe. Ich erzähle Euch daher lieber davon. Für uns war es schon ein unfafßbarer Gedanke, in dem Pracht-Rathause begrüßt zu werden. Die Wirklichkeit übertraf alles, was wir erwartet hatten: Der Empfang durch den Bürgermeister, die Musik, das — zu reichliche — kalte Buffet in den Festsälen. — Lebet wohl! Herzlich grüßt Euch Euer Euch liebender
Vater.

Inniggeliebte Mutter,

Königsberg, den 3. I. 1912.

so ist unsere letzte Hoffnung vernichtet: unser guter Vater ist nicht mehr. Noch gestern klammerte ich mich an den Gedanken fest, daß seine starke Natur schließlich siegen werde. Heute früh wurde ich verzagt, als ich aus einem Gespräch mit Hermann erfuhr, wie es um den lieben Vater stand. Eine unbezwingliche Unruhe trieb mich um 6 Uhr aus meinem Bureau in meine Wohnung, wo mich bald darauf die Trauerbotschaft traf. Was verlieren wir alle in ihm, was insbesondere Du, geliebte Mutter. Wie er Dich geliebt hat, wie zart und voll Rücksicht er in seiner schweren Krankheit um Dich besorgt gewesen ist, das trat immer wieder hervor, als er mir — am 27. November war es — seinen letzten Willen mitteilte. Was ihm an jenem Tage, wo ihn qualvolle Unruhe packte, das Gemüt erleichterte, war seine Überzeugung, daß alle seine Kinder, auch wenn er nicht mehr sein würde, Dir, geliebte Mutter, treu und innig zur Seite stehen würden. Und diese Überzeugung darfst auch Du hegen. Wir alle haben den herzlichen Wunsch, daß Du uns noch recht lange gesund am Leben erhalten bleiben und den Mittelpunkt eines innigen Familienbundes bilden mögest. Was wir tun können, um Dir Dein Los leichter tragen zu helfen, das wird geschehen — das weißt Du.

Vater wird Dir trotz alledem fehlen, wie wir ihn vermissen werden — er ist nicht zu ersetzen, gehörte er doch nicht zu den gewöhnlichen Menschen. Er hatte eine Anlage zum Großen, er war die verkörperte Gerechtigkeit, und hinter seinem leidenschaftlichen Temperament lag eine so tiefe Liebe — zu Dir und zu uns, seinen Kindern. War es ja seine größte Freude bis in die Tage der Krankheit, um sich und Dich alle seine Kinder und Schwiegerkinder und wenn möglich auch noch die Enkelkinder zu versammeln. Der Gedanke, daß dies nie mehr geschehen soll, ist in diesem Augenblick nicht zu fassen.

Was Dir, geliebte Mutter, und was uns einen Trost gewähren kann, ist das Bewußtsein, daß wir ihn mit allen seinen prächtigen

Eigenschaften so lange gehabt haben, ist doch schon seit Jahren der Todeskeim in seinem Körper und war uns doch jeder Tag geschenkt.

Grüße alle Lieben und empfangen von mir einen warmen Gruß und innigen Kuß.

In Liebe Dein Hugo.

Lieber Alfred*),

Berlin, den 12. X. 1913.

endlich kann ich Dir mitteilen, daß ich höchstwahrscheinlich noch im Laufe dieser Woche werde nach dem Süden reisen können. Am Freitag abends war die Wunde nur noch $\frac{1}{2}$ cm lang, und der Arzt im Krankenhause nimmt ebenso wie mein Schwiegersohn, der beim letzten Verbandswechsel anwesend war, an, daß sie bis Dienstag ganz verheilt sein wird. Als ich gestern im Parteibüro an einigen Beratungen teilnahm, spürte ich zwar, wie die Quellen der geistigen Regsamkeit wieder frisch zu sprudeln anfangen. Aber ich traue diesem Frieden nicht sehr, und ich werde, namentlich auch eingedenk Deiner freundschaftlichen Ermahnungen, mich noch einige Wochen von der Arbeit fernhalten und nur meiner Kräftigung und Erfrischung leben. Rechtzeitig vor der Eröffnung des Reichstages treffe ich wieder hier ein, und dann hoffe ich mich wie neugeboren mit Löwenstärke in die politische Arena stürzen zu können.

Die Krankheit liegt bald wie ein böser Spuk, der dem hellen Sonnenlicht weicht, hinter mir, und es umfängt mich fast das Gefühl, daß ich sie nicht missen möchte. Ich habe schon lange das Bewußtsein, daß mir viel Liebe entgegenschlägt, mehr, als ich verdiene. Unauslöschlich eingeprägt hat sich mir, was ich in den letzten Monaten an Freundschaft und Liebe empfangen habe.

Wie nahe Du mir stehst, habe ich noch eindringlicher, als sonst, jetzt gefühlt. . . . Ich danke Dir, lieber Alfred, für Deine freundschaftliche Gesinnung, die, wenn sie auch zuweilen übervoll quillt, mich immer erfreut. Lebe wohl! Ich drücke Dir warm die Freundeshand; meine Angehörigen grüßen Dich herzlich.

Dein Hugo Haase.

Liebe Else,

Berlin, Januar 1915.

in den Stürmen der Zeit gewinnt für uns alles an Bedeutung, was nicht schwankt, und so weile ich mit Befriedigung an Deinem Geburtstage bei der Tatsache unserer Freundschaft, die fest geblieben ist in der Erscheinungen Flucht. Und so soll und wird es bleiben.

In der Erinnerung an die Vergangenheit tauchen vor mir die vielen schönen Stunden auf, die wir gemeinsam verlebt haben, und wie gern käme ich wieder einmal nach Königsberg! Vorläufig ist jedoch die Bahn noch nicht frei, da fast täglich an mich Aufgaben herantreten, die meine Anwesenheit in Berlin erforderlich machen.

*) Gottschalk - Königsberg.

Meine besten Wünsche eilen indessen zu Dir und werden, wie ich weiß, bei Dir eine gute Stätte finden.

Eine Reise nach der Schweiz, die ich in diesen Tagen machen wollte, habe ich aufgegeben, weil ich dort die Freunde nicht treffen kann, die ich zu sprechen hoffte. Wahrscheinlich reise ich nach ein paar Wochen, wenn nicht etwa weitere Komplikationen der Weltlage mich daran hindern. Für den Frieden ist leider noch keine Aussicht. — Dieses Geständnis drückt und schmerzt Tag und Nacht.

Dich, Adolf, Eure lieben Kinder und Eure Gäste grüßt herzlich
Dein Hugo H.

Mein lieber Ernst,

Berlin, den 7. V. 1915.

mehr denn je von dem Gefühl inniger Zusammengehörigkeit mit Dir durchdrungen, denke ich an Deinen Geburtstag. Die tragischen Ereignisse, die die Welt durchrütteln und viele vorher Gleichgesinnte auseinandergerissen haben, haben uns noch mehr genähert. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch — horribile dictu — bist Du ja jetzt meinem Einfluß ganz entwachsen, völlig selbständig. Aber Du weißt, daß es für mich keine größere Freude gibt, als Dir ratend, helfend, fördernd auf den Wegen geistiger Entwicklung und auf den verworrenen Pfaden des praktischen Lebens zur Seite zu stehen. Vertrauensvoller Austausch der Gedanken, ein inniges Miteinanderleben, ist für beide Teile eine Quelle innerer Befriedigung und für mich auch — der Verjüngung. Diesen Schutz vor dem trockenen Philisterium kannst Du mir also bieten.

Wenn ich Dir zu Deinem Geburtstage einen Wunsch ausspreche, so greife ich weit aus. Du hast im letzten Jahre Fürchterliches erlebt; mögest Du bei einem langen Leben und mit Dir die Menschheit vor gleichen Schrecken bewahrt bleiben!

Die Hoffnung, daß die Vernunft bald siegen und die Völker vor dem Herabsinken in die Barbarei abhalten wird, habe ich freilich nicht. Rechnen doch schon einflußreiche Politiker trotz der entsetzlichen Greuel und Verwüstungen dieses Krieges mit dem nächsten. Die Rede P a a s c h e s in Kreuznach hat die Billigung der national-liberalen Partei gefunden. Und wenn Italien noch im letzten Augenblick wider alles Erwarten sich vor der Kriegsfurie zurückziehen sollte, so geschieht es nicht aus Abscheu vor dem Gemetzel, sondern weil es durch seine drohende Haltung alles erreicht hat, wonach es trachtete. Aber die Waffentechnik führt allmählich dahin, den Krieg auch vom Standpunkt der herrschenden Klassen sinnlos zu machen. Und mit dem Wachstum der Arbeiterklasse, die, wie ich auch bei meinen Vorträgen gesehen habe, im Krieg dieselbe geblieben ist, werden die zum Krieg treibenden Tendenzen zurückgedrängt. So ist die Hoffnung auf eine friedliche Zukunft nicht aufzugeben. In ihr sonne Dich an Deinem Geburtstage, mein lieber Junge!

Alles Gute wünscht Dir in Liebe

Dein Vater.

Berlin, den 22. IX. 1915.

Mein lieber Ernst,

ich stehe noch ganz unter dem Eindruck der schrecklichen Nachricht, die Dir die liebe Mutter übermittelt hat. Seitdem E. im Schützengraben war, schwand bei uns die Sorge um ihn nicht mehr. Seine zahlreichen Briefe aus dem August und September, die ich gestern bei seiner Mutter las, sind mit Friedenssehnsucht und Heimatsweh angefüllt. Die Stimmung, die ihn lange beherrschte, war also verflogen. Noch am Sonntag ist ein Brief von ihm an seine Eltern abgegangen, und gestern, Dienstag, mittags berichtet bereits ein Telegramm seiner Kompagnie seinen Tod. Es ist ein schwerer Schlag für seine Eltern und muß einen tiefen Schmerz bei den vielen hervorrufen, die den heiter veranlagten Jungen so gut leiden konnten. Und diese kommen nicht weit mit dem Trost, daß er einer unter einer halben Million ist — wenn wir nur an die Deutschen denken —, am wenigsten diejenigen, welche zu dem Kriege die Stellung einnehmen wie wir. Wahrlich, es ist hohe Zeit, daß ein Ende gemacht wird, aber nirgends zeigt sich ein Hoffnungsschimmer.

Lebe wohl! Herzlich grüßt Dich in Liebe

Dein Vater.

Berkenbrück, den 24. VII. 1916.

Liebe Freunde,

Ihr seid Meister in der Kunst des Schweigens, das muß Euch der Feind lassen, wenn es auch der Freund peinlich empfindet. Rafft Euch auf, versenkt Euren Groll, sofern von diesem Gift etwas in Euch steckt, in die Fluten, an denen Ihr ja ebensowenig wie wir Mangel habt, und laßt Eure Freundschaft strahlen. Wenn Freunde sich nicht gegenseitig Wärme spenden — woher soll sie denn sonst in dieser trostlosen Zeit kommen?

Das ist aber nicht als die Einleitung zu einer Jeremiade aufzufassen. Mir persönlich geht es noch immer besser als ich es verdiene.

Seit einer Woche bin ich hier, und obwohl der Regen regnet jeglichen Tag und obwohl ich in dieser kurzen Zeit schon drei Nachmittage in dem lärmenden Berlin zubringen mußte, so beruhigen sich doch meine Nerven. Im Hause, in dem ich am Waldesrand wohne, ist es es mäuschenstill, und in dem Dörflein und seiner Umgebung ist die Gattung Mensch eine seltene Naturerscheinung. Daraus bitte ich aber nicht zu schließen, daß andere lebende Wesen sich breit machen. Gestern sah ich freilich neben einigen Sonntags-Ausflüglern harmlosen Charakters eine leibhaftige bunte Kuh und 7 Gänse, die die Idylle nur ergänzen. Der Regen stört wenig; sobald er aufhört, und die Hälfte des Tages bequemt er sich ja dazu, so sind in dem mär-

kischen Sandboden, auf dem ich mich hier bewege, kaum irgendwo Spuren davon zu entdecken. An Spaziergängen, die für mich eine wesentliche Bedingung des Behagens sind, werde ich also nicht gehindert, und sonst sitze ich auf einer großen, nach drei Seiten gedeckten Veranda mit dem Blick auf Eichen und Birken — für den Großstädter allein schon ein großer Genuß.

Für mich ist es ein besonderer Vorzug, daß ich bequem in einer Stunde Berlin erreichen kann. Ich würde weitab von Berlin keine Ruhe gefunden haben. In dieser Woche ist eine wichtige Fraktions-Sitzung, an der ich teilnehmen muß, und es wird mir nichts anderes übrig bleiben, wie zum Sonnabend nach Stuttgart zu fahren, um dort eine Anzahl Parteigenossen, so unseren Landsmann Crispian, der schon eine mehrmonatige Gefängnisstrafe davongetragen hat, gegen eine schwere Anklage zu verteidigen. Eine Zeit ununterbrochener Ruhe ist vorläufig nicht zu erwarten. Der Parteitag, der turbulente Wochen mit sich geführt hätte, ist zwar einstweilen abgelehnt worden, aber an aufregenden Kämpfen wird es nicht fehlen. Gern würde ich mich in sie stürzen, wenn ein Ausblick aus den allgemeinen Wirren sich eröffnen würde. Immer wieder drückt der Gedanke an die gräßliche Menschenschlächterei nieder.

Dein H.

Berlin, den 2. I. 1918.

Liebe Freunde,

ich hätte Euch sofort nach der Rückkehr von Kolberg geschrieben, wenn ich nicht die Operation wie ein Damoklesschwert über mir gefühlt hätte. Weder konnte ich Euch die Besorgnis verschweigen noch wollte ich Euch unnütz beunruhigen. Ich selbst war wie immer in kritischen Situationen fest und frei von jeder Aufregung, aber beschwert von Gedanken an die lieben Menschen, denen ich noch etwas sein kann. Erich befürchtet eine schwere Krankheit, die mindestens einen Eingriff von derselben Art wie im Jahre 1913 erforderlich machen würde; und wenn er auch diese Befürchtung nicht laut werden ließ, so konnte ich doch nicht getäuscht werden. Thea hat noch jetzt eine harmlose Auffassung, die ich unter keinen Umständen zerstören möchte. Mit vieler Mühe gelang es, am Sonntag Professor Borchartd zu einer Untersuchung zu gewinnen, deren Ergebnis beruhigend klang, aber doch Zweifel ließ. Er wollte, daß mich noch Professor Rotter, der mich 1913 operiert hatte, untersuchen solle. Dieser gab mir die Versicherung, daß ich keinerlei Operation nötig habe.

So ist dieser Kelch an mir vorübergegangen. Das freie Atmen will sich indes noch nicht finden, da die Atmosphäre im allgemeinen noch zu schwer auf mir lastet. Ich vermag meine Gedanken kaum einmal von dem Grausigen abzulenken, was sich täglich auf den Kriegsschauplätzen ereignet und was in den nächsten Monaten bevorsteht.

Mit den Kindern verlebte ich in Kolberg*) beschauliche Stunden, die zum größten Teil mit Erinnerungen an die Freunde ausgefüllt waren und mehr wogen als irgendein rauschendes Fest. Dem ersten Sylvester wurde dadurch etwas Glanz verliehen, daß die Kinder unter Lauten- und Mandolinbegleitung Thea und mich gemütlich anulkten und daß die jungen Leute sich allmählich heiterer Stimmung hingaben. Sehr angenehm war es, daß alle dithyrambischen Töne fehlten und daß ich nicht in die Rolle eines Jubelgreises gedrängt wurde.

Für alle Eure Freundlichkeiten danke ich Euch bestens. Ich hoffe, Dich, liebe Else, bald hier zu sehen. Von nächster Woche ab bin ich voraussichtlich nicht so sehr besetzt, und es wird mir eine Freude sein, die viele Gastfreundschaft, die ich in Eurem Hause so oft genossen habe, in bescheidenem Maße auch einmal aktiv zu üben.

Zum neuen Jahre wünsche ich Euch von Herzen, daß Eure Kinder Euch stets gesund bleiben und daß Ihr selbst von Krankheit verschont sein möget. Wärmste Grüße von

Eurem Hugo.

Lyck, den 19. VIII. 1919.

Liebe Else,

der Erschöpfung nahe, habe ich unter dem Einfluß befreundeter Ärzte mich von Weimar entfernt, sobald die politische Debatte beendet war und habe nach einigen Tagen Berliner Aufenthalts vor einer Woche hier mein Zelt aufgeschlagen. Wie fast immer geht meine Erholung rasch vor sich, seitdem ich nicht in ununterbrochener Hetzjagd bin und wieder schlafe.

In Berlin fand ich die Sammlung meiner Reden gegen die Kriegspolitik, von denen ich Dir ein Exemplar zusandte, nicht etwa mit dem Wink, sie zu lesen, sondern in Erinnerung an die Stunden, in denen wir uns über die Ereignisse, ihren Verlauf, ihre Wirkung zu klären versuchten, und an die Stunden, in denen wir losgelöst von den Dingen dieser Welt waren. Vielleicht sind sie Dir in diesem Sinne eine nicht ganz unwillkommene Gabe.

Im letzten halben Jahre bin ich sehr aufgerieben, und trotz der Lockungen der ausländischen Freunde fühlte ich mich nicht mehr stark genug, nach Luzern zu fahren. Nach einer Woche hoffe ich soweit zu sein, um wieder etwas leisten zu können. Ich werde hier einen Vortrag halten, wo unsere Leute eifrig am Werke sind und mich nicht ungeschoren lassen wollen. In Königsberg will ich mich für einen Tag auch gern den Genossen zur Verfügung stellen. Ich sage: gern, weil die Anhänglichkeit an Königsberg doch stets von neuem diese Stimmung erzeugt, obwohl ich im Grunde noch einige Zeit von der Politik ausruhen und nur Mensch sein möchte.

Dein H.

*) 25. Hochzeitstag.

Reden und Aufsätze.

Plädoyer im Königsberger Geheimbund-Prozeß 1904.

(Gekürzt.)

Der Herr Staatsanwalt hat in den stärksten Worten seinem Abscheu über den Inhalt einzelner Schriften Ausdruck gegeben und im besonderen sich über diejenigen entrüstet, die Anschläge auf hochstehende Personen gemacht haben. Nur in dem Falle Karpowitsch neigte er zu einer milderen Auffassung, da dieses Attentat aus rein akademischen Gründen hervorgegangen sei. Mir ist nicht klar geworden, welcher moralische Unterschied zwischen einem Attentat aus politischen und einem solchen aus akademischen Gründen besteht. Wahrscheinlich aber verstand er dieses Attentat seinem Milieu nach besser.

Wenn man ein Attentat aus den politischen Verhältnissen eines Landes begreiflich findet, so billigt man es noch lange nicht. Ganz vermißt habe ich in den Ausführungen des Herrn Staatsanwalts ein Wort der Entrüstung über die politischen Zustände in Rußland, über die Rechtlosigkeit, die Willkür und Grausamkeiten, unter denen Tausende hochsinniger Männer und Frauen zugrunde gehen. Von Ihrem Standpunkte aus mögen Sie über einige Ausdrücke in den Schriften den Kopf schütteln. Sie werden sie aber verstehen, wenn Sie sich vergegenwärtigen, wie Platen, Freiligrath, wie in der Gegenwart Björnson und Tolstoi sich über den Zaren geäußert haben. Nach dem Erscheinen seines „Times“-Artikels, in dem Tolstoi den Zaren mit den Worten Henker und Meineidiger belegt, hat die russische Regierung beraten, ob sie nicht gegen Tolstoi strafrechtlich vorgehen müßte, aber sie tat es nicht, weil sie wußte, daß dann die ganze gebildete Welt sich zu seinen Gunsten erheben würde. Der Herr Staatsanwalt scheint auf dem Standpunkt zu stehen: „Alles was ist, ist vernünftig.“ Soll man denn glauben, daß diese Zustände in Rußland ewig sind? Der Herr Staatsanwalt hat uns keinen Weg zu ihrer Änderung angegeben. Ist es denkbar, daß ein kraftvolles Volk, welches Männer wie Dostojewski, Puschkin, Turgenjew, Tschekow, Gorki und Tolstoi hervorgebracht hat, dauernd diese Zustände erträgt? Das Volk müßte dann moralisch zugrunde gehen! Aus den Schriften klingt eine Sehnsucht heraus nach Fortschritt, nach Kultur, nach der Aufnahme in die Familie der westeuropäischen Völker. . . . Alle diese Revolutionäre sind glühende Patrioten.

Wie sind denn die Zustände in Rußland? Gestern ist hier bekundet worden, daß in Kischinew 45 Personen getötet und 586 verwundet wurden. Der Verzweiflungsschrei der gemordeten Männer, der durch die Fenster geworfenen Kinder, der vergewaltigten Frauen hallt wider in der ganzen Kulturwelt. Und das alles geschah unter Zustimmung der russischen Behörden. Wenn in Deutschland Graf Pückler in einer Broschüre zur Ermordung aller Juden auffordert, so trägt er die Verantwortung. Er steht nicht unter der Zensur. Aber wenn in Rußland im „Bessarabetz“ zu diesen Mordtaten aufgefordert wurde, so geschah es unter Billigung der Zensur, also der Regierung.

Von Recht und Gesetz ist in Rußland keine Rede. Die Arbeiter haben keine Koalitionsfreiheit, die Unabhängigkeit der Richter, die einzige garantierte, wird immer mehr illusorisch gemacht durch die Einsetzung von Hilfsrichtern. Der Gouverneur Fürst Obolenski läßt alle Männer eines friedlichen Dorfes in Gegenwart ihrer Frauen durchpeitschen, und der Kosakenhauptmann, der diese barbarische Prozedur leitet, überläßt dann die Frauen in Gegenwart ihrer Männer den Kosaken zur Vergewaltigung. Das war das Hauptmotiv für das Attentat auf den Fürsten Obolenski. Sie haben ja gehört, was Burzef in seine furchtbare Gemütsverfassung gebracht hat: Die entsetzliche Roheit im sibirischen Kara-Zuchthause, wo einem jungen Weibe 100 Peitschenhiebe auf den nackten Körper gegeben wurden, eine selbst in Rußland damals noch unerhörte Exekution. Wenn man Frauen, die in friedlicher Weise über ihre wirtschaftliche Lage beraten, mit dem gelben Billet versieht und als Prostituierte brandmarkt, so wird man die Attentate der zur Verzweiflung Getriebenen wohl entschuldigen können.

Die russische politische Bewegung begann mit friedlichen Aktionen. Erst eine Brutalität hat den Schuß der Vera Sassulitsch hervorgerufen. In den Verteidigungsreden der Attentäter Alexanders II. klingt noch immer der Schmerz hindurch über das Ende der „schwärmerischen, rosigen Jugend“. Sie bedauern, daß sie kämpfen mußten, weil das Vaterland ihr Opfer wollte. Man kann diese Attentate für verwerflich und politisch schädlich halten — Heroismus aber liegt in dieser Selbstaufopferung. Nach dem Attentat auf Alexander II. kam eine friedliche Zeit. Aber als die Studenten, die den Rektor bei einem akademischen Festakte auspiffen, mit Peitschenhieben mißhandelt wurden, da brach jene Empörung aus, die die nächste Reihe der Attentate zur Folge hatte. Als das Gerücht umging, daß einige der Studenten erschossen worden seien, da verließ Karpowitsch, ohne seinen Freunden ein Wort zu sagen, in seinem tiefsten Innern als Mensch und Kommilitone erschüttert, Berlin und ermordete den Kultusminister. Wer will leugnen, daß der Gedanke naheliegt: Wer so brutal handelt, wie dieser Minister, der muß beseitigt werden! Wir alle empfinden es schmerzlich, daß es so weit kommen mußte, aber wir begreifen die Taten, wir begreifen es, daß Lagowski

seinen Angriff gerade auf Pobjedonoszew richtete, der jeden Versuch einer freieren Bewegung in Rußland mit der Knute unterdrückte. Auch Ssipjagin war in einer für die ganze Kulturwelt unerhörten Weise vorgegangen. Er unterdrückte nicht nur die Protestkundgebungen der Studenten, sondern er verbot, für hungernde Bauern Sammlungen zu veranstalten und das Elend durch private Mildtätigkeit zu lindern. Die Antwort war das Attentat Balmascheffs.

Friedliche Arbeiter demonstrieren in Wilna am Sonnabend vor dem 1. Mai und lassen die konstitutionelle Freiheit hochleben. Nach ihrer Verhaftung empfängt sie Wahl mit den Worten: „Für Euch habe ich etwas Besonderes“ und läßt sie auf den entblößten Körper peitschen. Wir haben gehört, daß einige nach den ersten Schlägen ohnmächtig geworden sind. Die Gefängnisaufseher und die Bewohner der umliegenden Häuser flüchteten weit weg von dem entsetzlichen Wehgeschrei. Kann sich da nicht einem Freund und Mitarbeiter, dessen friedliche Kampfgenossen so aller menschlichen Würde beraubt wurden, gerade aus Gerechtigkeitsgefühl heraus der Gedanke aufdrängen, daß jemand, der derartige Brutalitäten verübt, nicht weiter leben darf; daß solche Schandtaten nicht ungesühnt bleiben dürfen! Damit komme ich zur Stellung der einzelnen politischen Parteien zum Terrorismus. . . .

Alle Zeugen und Sachverständigen haben übereinstimmend bekundet, daß die Sozialdemokratische Partei Rußlands in der schärfsten Weise den Kampf gegen den Terror in jeder Form führt, gegen den Terror des einzelnen und gegen den Terror einer Partei. Es wird mit aller Entschiedenheit ausgesprochen, daß man unmöglich allen Mitgliedern einer Partei die Verpflichtung auferlegen könne, Gewaltakte mit Gewalttaten abzuwehren. Die Art der Abwehr hänge eben ab von der Natur des einzelnen. Nach Prügelexekutionen würden einzelne glauben, daß sie nicht mehr den nächsten Tag erleben und die Sonne erschauen dürften und würden ihr Leben wegwerfen, andere würden sich durch einen Schuß rächen. Hätte der Staatsanwalt die Proklamation der südrussischen Gruppe der Sozialdemokratie, von der er einen Teil vorgelesen hat, zu Ende gelesen, so hätten Sie schon vorher gehört, daß es da heißt: „Die Gruppe tritt fest und entschieden gegen den Terror auf und verwirft als schädlich jeden Versuch, ihn wieder aufleben zu lassen. Sie fordert alle sozialdemokratischen Organisationen auf, ebenfalls entschlossen gegen den Terror aufzutreten und ihn mit allen Mitteln zu bekämpfen.“ Das ist doch die denkbar klarste und entschiedenste Stellungnahme, und genau auf demselben Boden steht der Jüdische Arbeiterbund, die Litauische Sozialdemokratie und die Sozialdemokratische Partei Polens. Nur aus nationalen Gründen haben sie verschiedene Organisationen. Keine einzige nimmt eine andere Stellung zum Terrorismus ein als die Sozialdemokratische Partei Rußlands.

Gegner aller dieser Parteien sind die Sozialisten-Revolutionäre, die den bedingten Terrorismus billigen. Nadeschdin schwankt;

er hätte sich, wenn er nicht gestorben wäre, zweifellos mit der Zeit zum Sozialdemokraten entwickelt. Er hat zum Schluß an die aufrüttelnde Bedeutung des Terrorismus nicht mehr geglaubt. Hochverräterisch sind seine Schriften jedenfalls nicht. Burzeff steht allein. Das ersieht man auch daraus, daß während der 18 Monate, die er im Gefängnis saß, kein Flugblatt seiner Tendenz verbreitet wurde.

Der Staatsanwalt sagt: Wenn die Sozialdemokratische Partei auch gegen den Terrorismus ist, so muß sie doch die Revolution wollen, denn anders wird Rußland eine Verfassung nicht erhalten. Liegt darin nicht eine Herabsetzung des jetzigen und aller künftigen Zaren? Heißt das nicht voraussetzen, daß kein Zar soviel Einsicht besitzen kann, um die notwendigen Forderungen der Zeit zu erfüllen, um an Stelle der Barbarei die Kultur zu setzen? Kann denn nicht einmal ein Zar auf dem Thron sitzen, der aus freiem Willen dem Volke eine Konstitution gibt? Hat es doch auch in Deutschland Herrscher gegeben, die vor 1848 friedlich eine konstitutionelle Verfassung gaben. Wenn es keinen solchen Zaren geben wird, dann wird es allerdings auf Grund der historischen Entwicklung zu einer gewaltsamen Revolution kommen müssen. Wenn aber das Verlangen nach Konstitution schon Hochverrat ist, dann waren auch alle unsere Großväter Hochverräter, dann waren es die Burschenschaftler, die vor 1848 für die Pressefreiheit eintraten.

Eine gewaltige Revolution ist immer ungesetzlich, aber sie ist nicht immer unrichtig, eine Revolution kann eine heilige Pflicht sein, wenn sie sich gegen Willkür und Unterdrückung richtet. Kant, der uns den kategorischen Imperativ und das Sittengesetz gegeben hat, schrieb über die französische Revolution im „Streit der Fakultäten“:

„Die Revolution eines geistreichen Volkes, die wir in unseren Tagen haben vor sich gehen sehen, mag gelingen oder scheitern: Sie mag mit Elend und Greueltaten dermaßen angefüllt sein, daß ein wohldenkender Mensch sie, wenn er sie zum zweiten Male unternehmend glücklich auszuführen hoffen könnte, doch das Experiment auf solche Kosten zu machen nie beschließen würde — diese Revolution, sage ich, findet doch in den Gemüthern aller Zuschauer, die nicht selbst in diesem Spiele mitverwickelt sind, eine Teilnahme, die nahe an Enthusiasmus grenzt, und deren Äußerung selbst mit Gefahr verbunden war, die also keine andere als eine moralische Anlage im Menschengeschlecht zur Ursache haben kann.“

Wir kennen zahllose Äußerungen Mohls, Bluntschlis, Gneists, Treitschkes über das Recht der Völker auf Revolution. . . . Und Professor Lipps schreibt in den „Ethischen Grundfragen“:

„Revolution ist Recht, wenn sie Pflicht ist. Und sie kann Pflicht sein, heiligste Pflicht. Kein Volk hat das Recht, sich sittlich zugrunde richten zu lassen. Und wehe dem Volke, das nicht die sittliche Kraft hat, seine Pflicht, wenn sie Pflicht ist, zu erfüllen.“ —

Die Aktionskomitees der Narodnaja Wolja können verglichen werden mit den deutschen Fehmgerichten. Wenn sich das Volk sagen muß: Es gibt kein Recht, wenn die Regierenden ungestraft Verbrechen auf Verbrechen häufen, dann wird das Volk geradezu getrieben, selbst ein Gericht einzusetzen. In diesen Aktionskomitees lebt also ein Rechtsgedanke. Bedenken Sie ferner das schlechte Beispiel, daß die russischen Herrscher in bezug auf Hochverrat gegeben haben. Elisabeth Petrowna ließ Johann VI. in den Kerker werfen; Katharina II. leistete ihrem Manne noch den Eid und ließ ihn dann erwürgen. Alexander I. leistete seinem Vater den Eid und gab dann seine Entthronung zu. Nikolaus I. huldigte Konstantin und setzte sich am nächsten Tage selbst auf den Thron. Paul I. wurde von Adelligen erwürgt. Aus dem Volke heraus ist nur Alexander II. getötet worden. Kann eine Regierung, die selbst mit Bomben und Attentaten arbeitet, gegen Attentäter mit moralischer Entrüstung auftreten? Die Attentäter eines solchen Staates sind durch mehr als einen Entschuldigungsgrund gerechtfertigt. . . .

Wenn nach der Meinung des Staatsanwalts eine Verfassung in Rußland nur durch eine Revolution erreicht werden kann, wie steht es dann mit dem liberalen Peter von Struve, der doch auch eine demokratische Verfassung fordert. Diesen hat aber der Staatsanwalt selbst aus der Reihe der „Hochverräter“ ausgeschieden. Entweder — oder! Hic Rhodus, hic salta! Wenn alle, die eine Verfassung wollen, Hochverräter sind, dann sind es auch die Liberalen und die Konservativen, die sich mit der Ständeverfassung begnügen. Man braucht diese Frage nur aufzuwerfen, um die Antwort zu finden. Der Staatsanwalt hat objektive und subjektive Merkmale durcheinander gemischt und nach keiner Seite etwas bewiesen. Und ich muß sagen: Soviel Plädoyers ich auch in meiner langen Praxis schon gehört habe — ein derartiges Plädoyer ist mir noch nicht vorgekommen.

Es handelt sich nun darum, ob die Angeklagten einem Geheimbunde angehört haben im Sinne des § 128 des Strafgesetzbuches. Es kommt, wie ich dem Staatsanwalt zugeben will, nicht darauf an, daß diese Verbindung geheim war, sondern darauf, ob ihre Geheimhaltung bezweckt war. Die Angeklagten können aber die Geheimhaltung nicht beabsichtigt haben. Sie haben bereitwillig die Schriften zur Prüfung herausgegeben. Aus vielen Beweisen geht die Öffentlichkeit der Schriftensendung hervor. Die Absicht ging nur dahin, sie den Blicken der russischen Spitzel zu entziehen. Es ist notorisch und vom Minister selbst zugestanden, daß es in Berlin eine Menge russischer Polizeiagenten gibt. Auch an der Grenze schnüffeln auf deutschem Gebiet russische Agenten herum. Von russischen Agenten hat die Polizei die Schriftenniederlage erfahren. So entfaltete die russische Polizei ihre vielfach abgeleugnete Tätigkeit auf deutschem Boden. Hat doch der russische Staat um 115 000 Rubel jährlich die Geheimausgaben für seine Grenzagenturen erhöht. Das alles zeigt deutlich, daß man nur vor der russischen Polizei die Versendung geheimhalten wollte und guten Grund dazu hatte. Vor der russischen Polizei Ge-

heimnisse zu haben, ist aber in Deutschland noch immer nicht verboten. . . .

Eine Bestrafung der Angeklagten kann auch schon deshalb nicht erfolgen, weil der § 128 des Strafgesetzbuches eine Verbindung voraussetzt, welche auf die öffentlichen Angelegenheiten des Deutschen Reiches einwirken will. Die Schriften bezwecken aber nur die Herbeiführung besserer politischer Zustände in Rußland. Die Konstruktion, daß eine Änderung der russischen Zustände auf die deutschen zurückwirken könne, ist schon deshalb verfehlt, weil es auf den Zweck und nicht etwa auf den möglichen Erfolg ankommt. Es heißt aber auch das feste Gefüge unserer Verfassung und Verwaltung verkennen, wenn man annimmt, daß schon die Einführung einer Konstitution in Rußland sie erschüttern könnte. Keinesfalls haben sich die Angeklagten das vorgestellt.

Der Staatsanwalt meinte, wenn das Haus unseres russischen Nachbarn brennt, müssen wir löschen. Ich aber glaube, wir haben weder kulturell noch sonst irgendwelche internationalen Gründe dazu. Bedenken Sie, daß nach den Verträgen Deutschlands mit anderen Staaten selbst die Terroristen, die die Zustände in ihrem Vaterlande mit Gewalt ändern wollen, nicht ausgeliefert werden. Und hier will man eigene Staatsangehörige, die weiter nichts getan haben, als daß sie schlimmstenfalls revolutionäre Schriften in Empfang genommen haben, verurteilen!

Von der ganzen Anklage bleibt nichts zurück! Die Angeklagten sind keine Geheimbündler, keine Hochverräter! Der russische Fürst Uchtomski soll vor kurzem gesagt haben: „Ich sehe keine Hilfe und keine Rettung für Rußland, um so weniger, als uns auch die öffentliche Meinung des Auslandes im Stiche läßt. Aus politischen und geschäftlichen Gründen schweifwedelt man vor uns.“

Ich hoffe, daß dieses Wort hier an dieser Stätte nicht Platz greifen wird! Wir haben hier nur unter Zugrundelegung des tatsächlichen Materials zu prüfen, was die Angeklagten getan und gewollt haben, und wenn Sie, meine Herren Richter, das auch tun, werden Sie zu einem Freispruch gelangen!

Strafrecht, Strafprozeß, Strafvollzug.

Rede auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim
am 29. September 1906.

(Gekürzt.)

Die Strafrechtsnormen sind nicht ewig, sind nicht unwandelbar, sondern wechseln mit Zeit und Raum. Selbst Mord, sogar Elternmord, und Diebstahl wurden keineswegs überall als strafbar angesehen. In Polynesien ist die Tötung der Greise erlaubt und sogar sittlich geboten. Diese Maßregel erklärt sich daraus, daß dort ein Mangel an Lebensmitteln der Ernährung der Greise die größten Schwierigkeiten bereitet. Es gilt deshalb als sittliche Pflicht, die Greise zu töten, bevor sie selber den langsamen und grausamen Tod des Verhungerns erleiden. Bei den Spartanern war Diebstahl gestattet; nur der Dieb wurde bestraft, der dabei ertappt wurde. Auch das erklärt sich aus den sozialen Zuständen des Landes, weil Geschicklichkeit und Schlaueit als wichtige Eigenschaften erachtet wurden, während die Gegenstände, welche gestohlen werden konnten, nur einen geringen Wert hatten. Bei den Scythen dagegen galt Diebstahl als das schwerste Verbrechen, weil für die Scythen als Hirtenvolk der Diebstahl der Herden einen ganz besonderen Verlust darstellte. So ist es klar, daß die gesellschaftlichen Bedürfnisse den Inhalt der Strafgesetze bestimmen. Das Strafrecht erscheint deutlich als der Überbau, der sich auf der Basis der Gesamtheit der Produktionsverhältnisse erhebt. Ich will mich heute nicht in eine metaphysische Spekulation über das dem Strafrecht zugrundeliegende Prinzip vertiefen. Nur so viel: Die Strafe ist ein Ausfluß des Selbsterhaltungstriebes. Alle bisherigen Gesellschaften haben die Strafe gegen solche Taten angewendet, welche das gesellschaftliche Zusammenleben, den Bestand der Gesellschaften gefährdet haben.

Im Klassenstaat identifiziert die herrschende Klasse ihre Interessen mit den allgemeinen; sie sieht deshalb ihre Interessen als die besonders schutzbedürftigen an. Unsere herrschende Klasse erklärt die bestehende Ordnung als göttliches Recht und alle Bestrebungen auf Umwälzung der Gesellschaft für strafwürdig. Diesem Verhalten gegenüber, das den Fortschritt hemmt, das deshalb kulturwidrig ist, haben wir die Pflicht, immer und immer wieder danach zu trachten, daß zunächst alle diejenigen Strafbestimmungen beseitigt werden, welche die freie Meinungsäußerung hemmen, welche die Bestrebungen der unterdrückten Klasse auf Verbesserung ihrer Lage und auf Machtentfaltung hindern. Aus diesem Gesichtspunkte heraus verlangen wir insbesondere Abschaffung der Strafbestimmungen wegen Majestätsbeleidigung, wegen Aufreizung zum Klassenhaß, wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen, wegen Beschimpfung der Kirchen, ihrer Einrichtungen und Gebräuche. Wir fordern, daß man das

Koalitionsrecht sicherstellt und nicht durch ausnahmegesetzliche Bestimmungen aufhebt. Die herrschende Klasse sieht durch alle Bestrebungen auf Hebung der Lage der Arbeiterklasse ihre eigenen Klasseninteressen bedroht und wird um so hartnäckiger darauf bedacht sein, gerade diese Strafbestimmungen aufrechtzuerhalten. Die Arbeiterklasse muß daher ihren ganzen Einfluß geltend machen, um wenigstens einen Teil ihrer Forderungen durchzuführen. Die Strafrechtsnormen haben durchweg das Bestreben, sich zu erhalten, auch wenn die gesellschaftlichen Bedürfnisse, aus denen heraus sie entsprungen sind, bereits einem Wechsel unterworfen gewesen sind.

Es erben sich Gesetz und Rechte
Wie eine ew'ge Krankheit fort,

und es empfinden deswegen immer größere Massen, daß Vernunft Unsinn, Wohltat Plage geworden ist. Je mehr die Arbeiterklasse an Einfluß gewinnt, je mehr deshalb die große Masse des Volkes in eine andere Gedanken- und Gefühlswelt eingelebt ist als die herrschende Klasse, um so krasser wird der Widerspruch empfunden zwischen den bestehenden Strafrechtsnormen und dem Denken und Fühlen der großen Masse des Volkes. Die Justiz, als Organ der herrschenden Klasse, hat, wie sich das im Klassenstaat von selbst versteht, die Aufgabe, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu stützen. Wie sie diese Aufgabe auffaßt und durchführt, darüber hat sich einmal unumwunden ausgesprochen der frühere Reichsgerichtsrat Mittelstädt, der zwar durch und durch Reaktionär war, aber von Zeit zu Zeit das Bedürfnis fühlte, das ungeschminkt auszusprechen, was er in der Justiz erkannte. Er sagt über die häufige Anwendung des Groben-Unfugsparagraphen, die ja in früheren Jahren gegenüber den Sozialdemokraten stets dann erfolgte, wenn sonst die Strafrechtsnormen nicht ausreichten:

„Da die böse Sozialdemokratie nun einmal nicht mehr in der Zwangsjacke des drakonischen Ausnahmerechts steckt, muß das gemeine Recht die erforderlichen Handhaben zu der gewünschten Fesselung darbieten. Da das gemeine Strafrecht aber nicht darauf zugeschnitten ist, speziell gegen die Sozialdemokratie Waffen herzugeben, so muß man diese Normen fein säuberlich durch juristisches Dehnen und Pressen dazu brauchbar machen. Noch haben wir, die Vertreter der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung, die richterliche Gewalt in Händen; machen wir davon rücksichtslos Gebrauch gegen den Todfeind unserer Staats- und Gesellschaftsordnung, ehe die soziale Revolution über uns kommt. So etwa fühlen, so denken die bewußtesten und ehrlichsten Köpfe des deutschen Richterstandes, denen die übrigen wohl oder übel nachgiebig folgen.“

Parteigenossen, wenn irgendein Sozialdemokrat es wagen würde, eine solche Behauptung gegenüber dem deutschen Richterstande auszusprechen, wieviel Jahre Gefängnis würde er wegen Beleidigung der

Richter erhalten? Ich erinnere Sie daran, daß in Deutschland die bloße Behauptung als strafbar angesehen worden ist, bei uns existiere eine Klassenjustiz, auch wenn diese Behauptung gar nicht den Vorwurf in sich schließt, daß die Richter, welche die Justiz ausüben, wider besseres Wissen das Recht anwenden, sondern lediglich, daß auch die Richter als Menschen nicht aus ihrer Haut heraus können, als Mitglieder einer bestimmten Schicht in den Anschauungen dieser Schicht befangen sind und deswegen das Recht auslegen im Geiste dieser ihrer Klassengenossen. Wie oft sind nicht Sozialdemokraten lediglich wegen dieser Behauptung bestraft worden!

Uns allen ist ja bekannt, wie der Minister Schönstedt in einer programmatischen Rede den Grundsatz vertrat: *si duo faciunt idem, non est idem*, wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe. Und der gegenwärtige preußische Justizminister hat sich nicht besser beim Parlament einführen zu können geglaubt, als daß er erklärte, er halte es für die Aufgabe der Justiz, daß gegen die Sozialdemokratie mit aller Strenge vorgegangen und ihr nichts nachgesehen werde. Das bedeutet aber nichts anderes wie das Messen mit zweierlei Maß. Durch die Äußerung des Ministers wird der Staatsanwalt geradezu genötigt, über alle mildernden Umstände bei Sozialdemokraten hinwegzusehen. Der gegenwärtige Minister hat es ja auch für seine Aufgabe gehalten, in dieser Richtung noch etwas mehr zu tun, er hat eine Neueuerung eingeführt. Er lud an einem Abend zu sich den berühmten Strafrechtslehrer Giercke und den Deutschen Kaiser und ließ durch Giercke einen Vortrag halten über die gegenwärtigen Justizzustände. Bei dieser Gelegenheit machte Giercke gegen die Sozialdemokratie scharf; er erklärte insbesondere: „Die deutsche Rechtsprechung darf keinen Schritt zurückweichen vor dem neuerdings immer lauter erschallenden und sogar im Reichstage sich immer kühner hervorwagenden Vorwurf der Klassenjustiz“. Wenn in Gegenwart des preußischen Justizministers und des Deutschen Kaisers so die herrschende Justiz verteidigt, wenn ausdrücklich nach außen hin der gesamten Juristenwelt, den Staatsanwälten und den Richtern erklärt wird, der Vorwurf der Klassenjustiz sei ungerecht, die Richter sollen fortfahren, in demselben Geist zu urteilen, so muß das von unheilvollem Einfluß auf die ganze Rechtsprechung sein.

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß wir in Deutschland eine Klassenjustiz haben, und diese Klassenjustiz wird in einer Weise ausgeübt, daß die Empörung immer breiterer Massen wachgerufen wird, ja, daß von Zeit zu Zeit selbst bürgerliche Kreise von dieser Empörung in Mitleidenschaft gezogen werden. Je mehr die Klassengegensätze sich zuspitzen, je mehr die politische Leidenschaft erregt wird, desto krasser fallen die Urteile aus, und wenn wir es auch begreifen, daß die Richter aus den Anschauungen ihrer Klasse heraus denken und fühlen, so müssen wir doch den entschiedensten Protest dagegen erheben, daß die Justizverwaltung alles tut, um die Richter in dieser Anschauung noch mehr zu befestigen, die „Reizbarkeit“ zu erhöhen,

während es ihre Pflicht wäre, gerade in erregten Zeiten der politischen Leidenschaft auf dem Richterstuhl Zügel anzulegen.

Bei uns liegen die Dinge allmählich so, daß es kaum mehr möglich ist, das gesetzlich garantierte Koalitionsrecht auszuüben, ohne mit dem Strafgesetz in Konflikt zu kommen.

Aber wann erleben wir es einmal, daß gegen die Unternehmer eingeschritten wird? Wie oft verlangen nicht die Unternehmer, daß die Arbeiter aus ihren Organisationen austreten, daß sie in eine bestimmte christliche Organisation eintreten? Wie oft wird nicht den Arbeitern mit Entlassung gedroht, wenn sie das nicht tun? Wo sind da die Staatsanwälte, die gegen die Unternehmer Anklage erheben? Wenn die Arbeiter merken, daß selbst da, wo die gesetzlichen Bestimmungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer die gleichen sind, gegen die Arbeitnehmer eingeschritten wird, gegen die Arbeitgeber aber nicht, so müßten sie ja geradezu Fischblut haben, wenn sie nicht mit aller Entschiedenheit gegen diese Art von Justiz Front machen würden. Mir selbst hat ein Staatsanwalt vor gar nicht langer Zeit, als ich ihn auf diese widersprechende Praxis aufmerksam machte — und es war ein kluger Staatsanwalt —, gesagt: Ja, was wollen Sie denn? § 153 der Gewerbeordnung ist doch seinem ganzen Geist nach nur gegen die Arbeiter gerichtet. Dieser Staatsanwalt hatte aus dem Geiste der herrschenden Klasse heraus die Situation ganz richtig beurteilt. Und wenn schon alle Tatbestandsmerkmale gegeben sind, daß der Staatsanwalt nicht mehr ausweichen kann, dann heißt es: die Unternehmer haben nicht die rechtswidrige Absicht gehabt. Wenn man doch mal bei den Arbeitern die rechtswidrige Absicht verneinen wollte! Aber nein, die einfachen, durch die Volksschule gegangenen Arbeiter müssen das Recht kennen, die in den höheren Schulen wohl vorgebildeten Unternehmer haben keine Ahnung vom Recht, ihnen mangelt das Rechtsbewußtsein! In immer weiteren Kreisen greift daher die Anschauung Platz, die der große Brite in die Worte kleidete:

Lackier' die Sünde nur mit Gold,
Gleich bricht die starke Lanze der Gerechtigkeit
Ohnmächtig ab. Bekleide sie mit Lumpen,
Und eines Narren Strohalm sticht sie durch.

Soll es so weiter gehen? Kann die Arbeiterklasse dulden, daß sie tagaus, tagein in den Formen des Rechts auf das schwerste in ihrem Rechtsbewußtsein gekränkt wird? Die ganze Rechtsprechung steht in schneidendem Gegensatz zu dem Rechtsbewußtsein der großen Mehrheit. Diesen Bestrebungen leistet Vorschub unser Strafgesetzbuch, das sich durch mangelnde Präzision, durch Kautschukbestimmungen an vielen Stellen auszeichnet. Und was die Gerichte mit Hilfe des Strafgesetzbuches machen, das macht in noch empfindlicher Weise die Polizei mit Hilfe des ihr eigenen Polizeistrafrechts. Das Streikpostenstehen, welches durchaus erlaubt ist, wird illusorisch gemacht durch Polizeivorschriften, die verordnen, daß

die Polizeibeamten die Pflicht haben, für die Aufrechterhaltung des Verkehrs und der öffentlichen Sicherheit zu sorgen, und daß das Publikum dem Befehle unbedingt Folge leisten muß. Es ist nun merkwürdig, daß der öffentliche Verkehr durch einen Passanten stets dann gestört wird, wenn sich in der Straße eine Fabrik befindet, in der gestreikt wird, und daß der Verkehr immer nur gestört wird durch Leute, die zu den Streikenden gehören. Früher war es wenigstens noch möglich, bei den Gerichten, wenn die Fälle gar zu kraß lagen, einige Remedur zu erzielen, bis das Kammergericht in Preußen als höchste Instanz erklärt hat, der Richter habe gar nicht das Recht, nachzuprüfen, ob die Anordnung der Polizeibeamten notwendig und zweckmäßig ist.

Es besteht vorläufig keine Hoffnung, daß irgendeine Änderung dieser Rechtsprechung eintritt bei der Art wie unsere Gerichte zusammengesetzt sind, denn auf das Gerichtsverfassungsgesetz wirkt der Einfluß von Interessen der herrschenden Klasse. Recht wird bei uns nicht gesprochen von Richtern, die das Volk aus seinen Kreisen herausgewählt hat, nicht von Richtern, denen das Volk sein Vertrauen entgegengebracht hat, sondern von Richtern, die die Regierung des Klassenstaats ernannt und die außerdem als eine Bürokratenkaste sich vom Volk abschließen. So erleben wir, wie diese Gelehrtenrichter jede Fühlung mit dem Volke verloren haben. Die Sozialdemokratische Partei hat deswegen die Aufgabe, immer wieder zu verlangen, daß die Gerichte zusammengesetzt werden aus Richtern, die das Volk selbst auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes gewählt hat. Es versteht sich für uns von selbst, daß die Wahl ohne Rücksicht auf das Geschlecht zu erfolgen hat. Ja, wir bedauern es im hohen Grade, daß in vielen Prozessen, namentlich gegenüber Jugendlichen und Sittlichkeitsverbrechern, nicht Frauen als Richter mitwirken; sind sie doch in vielen dieser Fälle in besonderem Maße befähigt, die Tat und den Täter richtig zu beurteilen. Bis unsere Forderung der Wahl der Richter durch das Volk durchgeführt ist, müssen wir an den Schwurgerichten festhalten, aber darauf drängen, daß mit dem herrschenden System der Aussiebung der Geschworenen aufgeräumt wird, daß insbesondere überall in Deutschland auch die Arbeiter als Geschworene zugezogen werden, haben sie doch längst bei den Gewerbegerichten den Befähigungsnachweis erbracht. Die Überhebung mancher Gelehrtengerichte über die Geschworenengerichte ist durchaus unbegründet. Gewiß kommen bei den Schwurgerichten Fehlsprüche vor, aber keinesfalls häufiger als bei den Strafkammern, mit dem Unterschied freilich, daß sie bei den Schwurgerichten eher zugunsten des Angeklagten, bei den Strafkammern eher zu seinem Nachteil erfolgen. Wir verkennen nicht, daß auch die Geschworenen sich nicht von ihren Klassenvorurteilen und ihren politischen Leidenschaften freimachen können, namentlich, wenn sie vom Staatsanwalt gegen den Angeklagten geradezu aufgestachelt werden. Aber ihr Vorzug besteht darin, daß sie dem Leben

nicht fremd gegenüberstehen, daß sie von der handwerksmäßigen Routine frei bleiben, daß sie den Angeklagten menschlich beurteilen und nicht nur in einen Strafgesetziparagraphen einzwängen.

Unsere Bürokratie ist immer mehr bestrebt, ihre eigene Macht zu verstärken. Sie wissen ja selbst, wie ängstlich die Richter darüber wachen, daß nicht ihre Würde irgendwie angegriffen oder verletzt wird. Dagegen werden die Rechtsgarantien der Angeklagten verkürzt. Unsere Pflicht ist es, dafür einzutreten, daß die individuelle Freiheit mehr geachtet und daß der Angeklagte mit stärkeren Rechtsgarantien versehen wird. Vor allem wenden wir uns dagegen, daß das Vorverfahren geheim geführt wird, daß der Angeklagte nicht in der Lage ist, von dem Gange der Verhandlungen Kenntnis zu nehmen, daß die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen in seiner Abwesenheit stattfindet. Erst wenn die Verhandlungen abgeschlossen sind, geht man öffentlich gegen den Angeklagten vor. Wir haben vor allen Dingen zu verlangen, daß die Bestimmungen über die Untersuchungshaft geändert werden.

Wir müssen zur Sicherstellung der Staatsbürger — und auch der Arbeiter ist ein Staatsbürger — verlangen, daß ihnen sofort, wenn sie verhaftet werden, ein Verteidiger gestellt wird. Der Verteidiger darf nicht, wie es heute vielfach aus fiskalischen Gründen oder aus Mißachtung der Verteidigung geschieht, aus der Zahl der unerfahrenen Referendare genommen werden, die noch nicht ihre Ausbildung abgeschlossen haben. Wenn der Staat einen bloß Verdächtigen plötzlich aus seinem Beruf reißt, von seiner Familie trennt, hinter Kerkermauern verschließt, oft dadurch physisch und psychisch zerbricht und dem Ankläger gegenüber kampfunfähig macht: so versteht es sich von selbst, daß er ihm wenigstens einen des Rechts kundigen Verteidiger zur Seite stellen muß, der das Entlastungsmaterial zur Stelle schaffen kann. Und der Verhaftete darf mit Recht beanspruchen, daß nicht in einem geheimen, schriftlichen Verfahren, sondern in schleuniger, kontradiktorischer Verhandlung der Grund der Verhaftung nachgeprüft wird. Nach unseren Erfahrungen können wir die Staatsanwaltschaft nicht als die „objektive Behörde“ bezeichnen. Wir haben oft beobachtet, daß unsere Justiz langsam arbeitet oder versagt, wenn es sich um die Verfolgung von strafbaren Taten in höheren Sphären handelt, daß sie insbesondere Unternehmer frei von Schuld und Fehle erachtet, wo sie gegen Arbeiter einschreitet. Wir müssen deshalb das Anklagemonopol der Staatsanwaltschaft ablehnen.

Die Zahlen der Strafstatistik liefern ein erschreckendes Bild der „Kriminalität“. Sie umschließen eine unsagbare Fülle von Leiden und Elend. Zu diesem Heer des Verbrechertums liefert die nicht herrschende unbemittelte Klasse den größten Teil. Und schon aus diesem Grunde muß die Sozialdemokratische Partei sich eindringlich mit diesem Problem beschäftigen. Von allen Kriminalpolitikern wird anerkannt, daß gegenüber den Verbrechen unser geltendes Strafrecht machtlos ist. Aber die Vertreter der modernen kriminalsoziologischen

Schule nehmen an, daß durch ein neues, ihren Anschauungen Rechnung tragendes Strafrecht das Verbrechenertum wirksam bekämpft werden könne. Diese Annahme ist durchaus trügerisch. Das Verbrechenertum hat, wie gerade diese Schule anerkennt, seine Wurzeln in den gesellschaftlichen Verhältnissen. Als soziale Erscheinung kann es nicht losgelöst von den anderen sozialen Fragen betrachtet werden. In seiner heutigen Gestalt und Zusammensetzung ist es eng verwachsen mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und schöpft aus ihr immer neue Nahrung.

Nicht — wie zuweilen angenommen wird — die wirtschaftlichen Faktoren im engen Sinn bieten eine ausreichende Erklärung für die Kriminalität, nicht die individuelle Not, sondern die ökonomische Struktur der Gesellschaft und die sich aus dieser Struktur ergebende Gliederung der ganzen Gesellschaft in Klassen, die mit dieser Gesellschaftsordnung verbundenen Erscheinungen des Massenelends, des Alkoholismus, der Prostitution, die Heranziehung der Frauen und Kinder in den Produktionsprozeß, die Auflösung der Familie, die Unsicherheit der Existenz, insbesondere auch der dem Untergang geweihten Mittelschichten der Bevölkerung. Mit diesen Ursachen schwindet auch das Verbrechenertum.

Die Kriminalsoziologen, welche die Wurzel des Verbrechens in den sozialen Verhältnissen erblicken, werden von ihrem Standpunkt dazu getrieben, eine entschiedene Sozialpolitik zu fordern. Aber die platonische Liebe zur Sozialpolitik verhindert kein Verbrechen. Es wäre besser, wenn sie, statt ihren Fleiß und Scharfsinn nur auf die Schaffung von Paragraphen zu verwenden, ihren ganzen Einfluß und ihre ganze Kraft darauf richteten, daß im Deutschen Reiche eine wirksame Sozialpolitik durchgeführt wird. Unsere Aufgabe ist es, ganz besonders in dieser Richtung tätig zu sein. Der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften kommt das Verdienst zu, daß die Zahl der Verbrechen heute nicht noch größer ist, denn wenn die Gewerkschaften nicht die Lebenshaltung der Arbeiter heben, nicht im Falle der Arbeitslosigkeit ihnen beistehen würden, so würde die Zahl der Verbrecher noch mehr gesteigert. Und wenn gegenüber den niederdrückenden Tendenzen des Kapitalismus die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften sich nicht bemühen würden, die Arbeiterklasse physisch, geistig, moralisch, finanziell emporzuheben, so würde das Verbrechenertum noch mehr anwachsen.

Wir verlangen infolgedessen, daß diejenigen, die ernstlich eine Minderung der Kriminalität herbeiführen wollen, eintreten für die gesetzliche Einführung des achtstündigen Maximalarbeitstages, damit die körperliche Kraft der Arbeiter nicht untergraben wird, damit sie Zeit gewinnen für ein geregeltes Familienleben, für ihre geistige Ausbildung, für die Teilnahme an den Bestrebungen zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Damit werden die Ursachen vieler Verbrechen beseitigt. Wir verlangen vor allem, daß alle Fesseln, welche den Arbeiter an der freien Ausübung seines Koalitionsrechts und an der

Hebung seiner Lebenslage verhindern, beseitigt werden. Wir verlangen eine Verbilligung und Verbesserung der Arbeiterwohnungen, weil eine große Zahl der Sittlichkeitsverbrechen mit dem heutigen Wohnungselend zusammenhängen. Wir verlangen eine Beseitigung aller Maßregeln, welche die Preise der Lebensmittel erhöhen, also eine Beseitigung der heutigen Zollpolitik. Wer diese Zollpolitik betreibt, fördert das Verbrechen. Wir verlangen an Stelle der verkrüppelten Schulen Verweltlichung der Volksschulen und eine derartige Ausgestaltung, daß sie geeignet sind, auf Gemüt und Verstand der Schüler veredelnd einzuwirken. Wenn es Personen gibt, die man verantwortlich machen kann für die gegenwärtige Zunahme der Verbrechen, so sind es diejenigen Politiker, welche die Sozialpolitik hemmen, welche das Schulgesetz geschaffen haben und die Zollpolitik betreiben.

Wir vergessen nicht, daß es die Gesellschaft ist, die den Armen schuldig werden läßt. Wir wollen nicht, daß er der Pein überliefert werde.

Wir sind Gegner der Todesstrafe.

Die Gesetzesverletzer, die die Gesellschaft infolge ihrer Struktur mit Notwendigkeit immer wieder erzeugen muß, müssen milde beurteilt werden. Obdachlose, Bettler, Landstreicher zu bestrafen, ist ebenso roh wie unnütz. Die Schilderungen Gorkis und Ostwalds über diese Opfer unserer Gesellschaft sollten von der herrschenden Klasse beherzigt werden. Die Überweisung an die Landespolizeibehörde muß abgeschafft werden, da das Arbeitshaus dem Zuchthaus gleichkommt. Die Stellung unter Polizeiaufsicht ist zu verwerfen, weil sie meistens nur dahin führt, den Verurteilten nach Verbüßung der Strafe an ehrlichem Erwerb zu hindern.

Wie die Jugend des arbeitenden Volkes heutzutage vor Gericht behandelt wird, das erfüllt uns alle, die wir es kennen, mit tiefstem Schmerz. Jeder von uns weiß, daß entweder er selbst oder viele seiner Bekannten, die heutzutage in den angesehensten Stellungen sich befinden, als junge Burschen etwas getan haben, was nach unserer Strafgesetzgebung eine strafbare Handlung ist. Die sittlichen Vorstellungen sind sehr oft noch nicht mit 14 Jahren zur Reife gelangt. Der Charakter kann regelmäßig in diesem Alter noch nicht genügend gestählt sein, um den Versuchungen zu widerstehen.

Die Kinder reicher Leute werden, wenn sie gegen das Strafgesetz verstoßen, auf Betreiben der Eltern ärztlich untersucht, und es kann — mit Recht — meistens dargetan werden, daß sie nicht die „Einsicht in die Strafbarkeit“ — ihres Tuns gehabt haben, aber bei den Arbeiterkindern werden diese Umstände nicht gemacht. Wir fordern, daß die Strafbarkeit erst mit dem Abschluß einer gewissen körperlichen, geistigen und sittlichen Entwicklung, nicht vor dem 16. Lebensjahr eintritt.

Unsere Gerichte sehen nicht auf die Motive der Tat, sie fragen nicht danach, welches die individuellen Faktoren gewesen sind, welche

die Tat bestimmt, ob krankhafte Veranlagung oder geistige Minderwertigkeit vorhanden ist. Unsere Forderungen müssen dahin gehen, daß die Personen, welche zum erstenmal in das Gefängnis kommen — das wird nicht nur von uns Sozialdemokraten, sondern auch von einsichtigen bürgerlichen Kreisen verlangt — nicht mit erfahrenen Verbrechern zusammengebracht werden dürfen, werden doch die Gefängnisse von allen Kennern als die Pflanzstätten des Lasters bezeichnet. Namentlich die jugendlichen Personen werden erst dadurch, daß sie mit Verbrechern zusammenkommen, oft selber zu Verbrechern gemacht. Wir verlangen deshalb, daß die jungen Personen abgetrennt werden von erwachsenen Verbrechern. Alle Gefangenen müssen so behandelt werden, daß sie wieder taugliche Mitglieder der Gesellschaft werden. Sie dürfen nicht gequält und mit brutalen Körperstrafen diszipliniert werden, sondern man muß versuchen, ihnen eine körperliche, geistige und sittliche, von allen muckerischen Bestrebungen freie Ausbildung zu geben, damit sie besser ausgerüstet werden für den Kampf ums Dasein. Man soll ihnen eine Arbeit geben, durch die sie wieder in die Höhe kommen. Die Arbeit soll nicht darin bestehen, Erbsen zu lesen und Werg zu zupfen; die Arbeiten sollen so sein, daß sich womöglich jeder in seinem Beruf weiter entwickeln kann. Es muß die Brutalität aufhören, daß Personen, welche vorher lediglich geistige Arbeit geleistet hatten, im Gefängnis mit geisttötenden körperlichen Arbeiten gequält werden. Gerade die sozialdemokratischen Redakteure hat man vielfach in dieser Weise behandelt. Der Staat muß den Personen, die er aus den Strafanstalten entläßt, seine Fürsorge zuwenden. Wenn diese wieder aus dem Gefängnis hinaus ins Leben treten und keine Arbeit finden, dann müssen sie notwendigerweise wieder auf die Bahn des Verbrechens gedrängt werden.

Das sind in Kürze ungefähr die Richtlinien für uns bei den Bestrebungen für neue Strafgesetze. Weniger Strafbestimmungen und mehr Sozialpolitik! Das ist in erster Linie unsere Lösung.

Glaubt die herrschende Klasse durch Vermehrung und Verschärfung der Strafbestimmungen unserer Bewegung Einhalt tun zu können, so irrt sie. Mögen die Strafbestimmungen noch vermehrt werden, mag man die Rechtsprechung noch ärger gegen die Arbeiter anwenden, die Wirkung ist eine ganz andere als die beabsichtigte. Alle, die wegen ihrer Überzeugung in die Gefängnisse gebracht werden, vermehren die Stimmen des organisierten Proletariats und führen zu einer Stärkung unseres Emanzipationskampfes. Durch die Verurteilung unserer Kämpfer wird nur noch mehr Groll und Erbitterung gegen die herrschende Gesellschaftsordnung erzeugt.

Kein Strafgesetziparagraph wird die elementare Volksbewegung der deutschen Arbeiter irgendwie in ihrem Laufe aufzuhalten vermögen.

Rede im Baseler Münster.

Internationaler Sozialistenkongreß am 24. November 1912.

Unter Glockengeläute und Orgelklang hat die Internationale Sozialdemokratie als Trägerin und Verkörperung der Friedensidee hier ihren Einzug gehalten. Revolutionäre Gedanken und Gefühle trägt sie dabei im Kopf und im Herzen. Aber sie plant nicht Zerstörung, sondern ihre Ideen stehen im Dienste der Freiheit und der Völkerversöhnung. Wie grell ist dagegen das Bild, das der Balkan bietet! Der wilde Aufschrei des roten Lachens, vom Wahnsinn verzerrt, dringt zu uns herüber. Erbarmungslos braust der Kriegssturm über den Balkan hin. Zehntausende sind hingeschlachtet worden. Man achtet nicht mehr der Zahl der Toten. Die kämpfenden Heere lassen sich nicht einmal Zeit, ihre Toten zu bestatten. Immer nur weiter vorwärts ist die Losung. Unzählige Verwundete, und niemand da, der sie pflegt. Über Leichen liegen Verwundete, gedeckt von Leichen, niemand hört ihr Stöhnen, sie verhungern und verbluten an ihren Wunden. Die Dörfer, die friedlichen Wohnstätten, sind niedergesengt, und ein Bild des tiefsten Jammers, zieht der mazedonische Bauer mit Weib und Kind frierend und hungernd gen Konstantinopel. Und wenn endlich der Friede geschlossen sein wird, welches Meer von Tränen, Massennot, Kummer und Verzweiflung wird sich dann erst über die Lande ergießen! Schon ist das Land entvölkert, das Wirtschaftsleben für lange vernichtet, schwarze Ruinen stehen an Stelle der Wohnhäuser, und wen die Kanonen verschont haben, der ist in Gefahr, dem diabolischen Würger, der Pest, zum Opfer zu fallen. Die apokalyptischen Reiter, Krieg, Brand, Hunger, Not und Pestilenz, traben über den Balkan hin. Alle Kultur, alles Glück der Völker zertraten sie unter den Hufen ihrer Rosse.

Die Sozialdemokraten der Balkanstaaten haben sich gegen die Entfesselung des Krieges mannhaft gewehrt. Sie forderten die friedliche Vereinigung der Balkanstaaten in einer Föderativrepublik unter Einschluß der Türkei. Noch waren unsere Genossen auf dem Balkan zu schwach, um diesen Plan durchzusetzen, noch ist die Zeit nicht gekommen, in der wir unsere Ideale zur Tat erheben können, aber es ist für uns ein tröstlicher und erhebender Gedanke, daß überall die Arbeiterklasse an Geschlossenheit, Einsicht, Energie, Kraft und Macht wächst, und daß die Sozialdemokratie einen großen Teil von dem wird aufbauen können, was gegen ihren Willen vernichtet worden ist. Unser Streben geht dahin, daß baldmöglichst ein Waffenstillstand geschlossen und dem mörderischen Würgen Einhalt geboten wird.

Vor allem gilt es, die Gefahr zu beseitigen, die über ganz Europa schwebt, die Gefahr einer entsetzlichen Ausdehnung des Krieges.

Noch ist die Gefahr nicht überwunden, denn noch sind die Fragen nicht gelöst, was aus Konstantinopel, Saloniki, den kleinasiatischen Provinzen, Albanien und aus den Ansprüchen Rumäniens werden soll. Wissen wir doch, daß die imperialistische Meute ihre Fangarme auch über den Rest des türkischen Reiches ausstreckt, und wenn es nicht dem Proletariat gelingt, diesen Angriff auf Kultur und Zivilisation zurückzuweisen, kann ein Weltkrieg in die Nähe rücken. Noch jetzt betrachten unsere Diplomaten die Völker als Figuren, die man wahllos auf dem Schachbrett hin und her schieben kann. Aber die Proletarier sind selbständig geworden und werden ihren Willen zur Geltung bringen. Wir wollen uns nicht überschätzen, wir verkennen nicht die Grenzen unserer Macht, aber wir wissen auch, daß man uns heute nicht mehr mit einer Handbewegung beiseite schieben kann. Die großen Demonstrationen des Proletariats der ganzen Welt können nicht ohne Eindruck auf die Machthaber bleiben. Sie müssen wie ein Menetekel in Flammenschrift an den Wänden der Paläste erscheinen und ihnen zeigen, daß die Proletarier niemals mit Begeisterung in einen Krieg ziehen werden, den die herrschenden Klassen in ihrem Profitinteresse angezettelt haben. Gerade der Balkankrieg sollte sie lehren, daß nur Truppen, die voll Begeisterung und Hingebung für eine große Sache in die Schlacht gehen, imstande sind, Siege zu erringen. Das internationale Proletariat verabscheut den Krieg aus tiefster Seele, und keine Gewalt der Erde wird es dahin bringen, daß es mit Begeisterung in den Kampf zieht und auf die schießt, die es schätzt, die es liebt, seine proletarischen Brüder.

Dunkles Gewölk umzieht den politischen Himmel, aber wir lassen die Hoffnung nicht sinken, daß im letzten Augenblick doch noch die Herrschenden vor den Konsequenzen zurückschrecken, und daß es uns gelingen wird, durch die einige, geschlossene Aktion des Proletariats die Kriegsgefahr zu bannen. Was die edelsten Geister geträumt, was die größten Denker erkannt und als Gebot der Vernunft verkündet haben, das wird — wir dürfen es ohne Überhebung sagen — das internationale Proletariat verwirklichen. Vereinigt und zusammengeschlossen im Kampf gegen soziale Ausbeutung und politische Unterdrückung wird es mit der Beseitigung jeder Klassenherrschaft die Grundlage schaffen, auf der gedeihen kann der ewige Friede, die Völkerverbrüderung und die Völkerfreiheit!

Imperialismus und Schiedsgericht.

Grundzüge für das Referat auf dem geplanten Internationalen Sozialistenkongreß in Wien 1914.

Die kapitalistische Produktion ist in allen Industrieländern, in Europa wie in Amerika, ins Riesenhafte gesteigert. Der Einzelunternehmer macht mächtigen Aktiengesellschaften Platz. Selbstständige Unternehmungen werden zu einem einzigen Großunternehmen vereinigt. An die Stelle der freien Konkurrenz tritt das Monopol. Kartelle und Trusts beherrschen das Wirtschaftsleben. Gleichzeitig vollzieht sich eine Konzentration der Banken.

Die mit der Großindustrie aufs engste verflochtenen Großbanken üben einen verhängnisvollen Einfluß auf die Produktion, den Handel, die innere und auswärtige Politik aus.

Der Drang nach ständiger Vermehrung des Profits treibt die herrschenden Klassen zur Eroberung neuer Rohstoffgebiete, neuer Absatzmärkte für die Industriewaren, neuer Ausbeutungsgebiete für das Kapital. Waren und Kapital werden in steigendem Maße exportiert.

Der Imperialismus wird zur bestimmenden Macht im Leben der modernen Staaten: das Streben nach Zusammenfassung des ursprünglichen Staatsgebiets und seiner Kolonien zu einem einheitlichen Imperium, das Streben nach Schaffung eines Reichs, das so groß ist, daß es alle Rohstoffe für seine Industrie selbst zu liefern und alle Industrieprodukte innerhalb der eigenen Grenzen absetzen vermag. So utopistisch diese Idee ist — sie zieht nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch weite, jedes großen Ideals bare Kreise des Mittelstandes und der Intellektuellen in ihren Bann.

Zum Angelpunkt der auswärtigen Politik wird die Kolonialpolitik mit ihrer gewalttätigen Expropriierung und Proletarisierung der Eingeborenen und die Expansionspolitik mit dem Ziel von Einflusssphären in kapitalistisch unentwickelten Ländern.

Der vordringende Kapitalismus stürzt überall die bestehende soziale Ordnung um, vernichtet die Unabhängigkeit der primitiven Völker, bedroht die Selbständigkeit der wirtschaftlich zurückgebliebenen Staaten. Die Unterdrückung und Ausbeutung fremder Völker, aber auch Steigerung der Kriegsgefahr unter den rivalisierenden kapitalistischen Staaten selbst sind seine unzertrennlichen Begleiterscheinungen.

Im Kampf um dieselbe Beute muß es zu Reibungen und Konflikten kommen. Um dabei dem Konkurrenten überlegen zu sein, werden dauernd die Kriegsmittel vermehrt, wird unaufhörlich der Krieg vorbereitet. Das bis zum Wahwitz getriebene Wettrüsten zehrt am Mark der Völker, entzieht die Staatseinnahmen in immer wachsendem Maße den Kulturaufgaben und verstärkt den Anreiz zum Losschlagen. Das stehende Heer wird durch den Zwang des Kadavergehorsams zu einem gefügigen Werkzeug der imperialistischen Politik gemacht.

Die heuchlerische Phrase von der „Mission“ der kapitalistischen Staaten zur „Verbreitung der Zivilisation“ auf der ganzen Welt vermag nicht den Charakter des Imperialismus zu verdecken. In Wahrheit betreibt er eine gewissenlose Raubpolitik im Interesse des heilig erklärten Profits und zum Verderben der Völker.

Alle Nutznießer des Imperialismus, insbesondere die Interessenten der Kriegsindustrie, sehen ihren Weizen blühen, wenn die Unruhe anhält und zunimmt. Sie lassen die Völker nicht zur Ruhe kommen, sie hemmen die friedliche Annäherung, sie säen immer von neuem Mißtrauen und Haß zwischen die Völker und vergiften durch die von ihnen abhängige, dem Imperialismus ergebene chauvinistische Presse die internationalen Beziehungen.

Diesem verbrecherischen Treiben tritt die Internationale nicht nur mit Abscheu, sondern auch mit dem Aufgebot ihrer ganzen Kraft entgegen. Sie fordert mit dem größten Nachdruck in allen Ländern die Umwandlung des stehenden Heeres in ein nur der Verteidigung dienendes Volksheer. Einig im Kampf gegen das stehende Heer und den Militarismus wendet sie sich mit flammender Leidenschaft gegen den völkerverderbenden Wahnsinn des Wettrüstens, und unablässig tritt sie für eine gleichzeitige Einschränkung der Rüstungen ein.

Mit aller Kraft wehrt sie sich dagegen, daß die Völker zum Spielball in den Händen der Diplomaten werden, die ihr Handwerk im Dienst der herrschenden Klassen ausüben, daß ihre Geschicke durch Geheimverträge der Diplomaten bestimmt werden. Sie fordert, daß etwaige Streitigkeiten unter den Völkern in jedem Falle durch Schiedsgerichte geschlichtet werden. Die angebliche Verletzung der „Ehre“ oder „Lebensinteressen“ der Nation, auf die sich die Diplomaten stets berufen, wenn sie einen Konflikt zum Kriege treiben wollen, ist kein Grund, das schiedsgerichtliche Verfahren abzulehnen.

Der Imperialismus ist eine spezifische Phase in der Entwicklung des Kapitalismus und kann nur mit diesem selbst überwunden werden. Aber die mit ihm verbundenen Gefahren für die Freiheit und Wohlfahrt der Völker können sehr wohl durch die Wachsamkeit und die Energie der arbeitenden Klassen gemildert und verringert werden. Je stärker die Arbeiterbataillone anwachsen und sich ihrer historischen Aufgabe bewußt werden, je zahlreicher und fester die proletarischen Massen im Geiste des Sozialismus organisiert sind, desto weniger können die Herrschenden den Krieg wagen, in dem sie dazu gezwungen sind, mit diesen vom Friedenswillen beseelten Massen zu operieren. . . .

Überall, in allen Staaten, werden die Sozialisten mit Anspannung aller Kräfte dem Imperialismus, der Völkerverhetzung und Völkerunterdrückung entgegentreten. Mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln werden sie den Frieden zu sichern und Kriege zu verhindern suchen, eingedenk der Grundsätze, die die internationalen Kongresse in Stuttgart, Kopenhagen und Basel verkündet haben.

Über die Haltung der Reichstagsfraktion zum Kriege.

Artikel für die Parteipresse vom Juni 1915.

Die Frage, wie sich die Fraktion zu den Kriegskrediten verhalten solle, ist von ihr auf das gründlichste erwogen worden. Jedes Mitglied ist sich seiner Verantwortlichkeit bewußt gewesen und hat mit seiner Abstimmung das Beste des Proletariats gewollt. Das darf aber nicht die Parteigenossen davon abhalten, nachzuprüfen, ob die von der Fraktion eingenommene Stellung richtig ist, oder ob die Fraktion etwa einen verhängnisvollen Weg eingeschlagen hat, von dem zurückzukehren es hohe Zeit ist. Wie würde noch einen Monat vor dem Kriege ein Parteitag die Frage entschieden haben: „Kann die Partei Militärkredite bewilligen, wenn auf Grund der im österreichischen Ultimatum enthaltenen Forderungen an Serbien ein Krieg zwischen diesen Staaten ausbricht, in den auch Rußland, Deutschland, Frankreich verwickelt werden?“ Noch jeder Parteigenosse, dem ich die Frage vorgelegt habe, hat sich dahin geäußert, daß der Parteitag mit überwältigender Mehrheit die Ablehnung der Militärkredite beschlossen hätte. Man hat sich gewundert, warum die Frage der Kriegskredite nicht auf den internationalen Kongressen behandelt worden ist. Die Erklärung ist einfach: man ist niemals vorher auf den Gedanken gekommen, daß Kriegskredite bewilligt werden könnten; man setzte in der Internationale eine Einigung über diesen Punkt voraus. Manche von den Bewilligern der Kredite, die sonst nicht auf Marx und Engels schwören, berufen sich für ihre Haltung auf diese großen Lehrer des Sozialismus. Aber keine Zeile läßt sich aus ihren Schriften beibringen, die sich dafür ausspricht, daß wir im Falle eines Krieges die Kredite zu bewilligen haben. Auch Bebel und Liebknecht werden als Zeugen für die Fraktionsmehrheit vorgeführt. In Wahrheit gibt es keine ungeeigneteren Zeugen. Ihr parlamentarisches Auftreten zeugt gegen die Auffassung der Fraktionsmehrheit. Sie haben am 19. Juli 1870 die Kredite nicht bewilligt und ihren Standpunkt damit begründet, daß die Zustimmung zu den Krediten „ein Vertrauensvotum für die preußische Regierung wäre, die durch ihr Vorgehen im Jahre 1866 den Krieg vorbereitet hat“. An dieser Auffassung haben sie stets festgehalten, wie durch die Memoiren, die Bebel kurz vor seinem Tode veröffentlicht hat, schlagend bewiesen wird. Liebknecht hat am 26. März 1892 durchaus in Übereinstimmung mit Bebel im Reichstage erklärt, er würde sich im Jahre 1870 bei der ersten Kreditforderung nicht nur der Stimme enthalten, sondern direkt gegen die Forderung gestimmt haben, wenn er schon damals gewußt hätte, daß „Bismarck die Haupt-

schuld am Kriege trug“. Daraus ergibt sich, daß die beiden großen Vorkämpfer des Proletariats, die stets die Notwendigkeit der Verteidigung des eigenen Landes anerkannt haben, daraus keineswegs den Schluß gezogen haben, die Sozialdemokratie müsse die Militärkredite bewilligen. Bebel und Liebknecht sind wegen ihrer damaligen Haltung von bürgerlicher Seite aufs schärfste angegriffen worden. In der Partei aber hat sie immer als eine große, die deutsche Partei und die Internationale befruchtende Tat gegolten. Soviel steht also fest, daß in der Vergangenheit unserer Partei die Bewilligung von Militärkrediten im Falle des Krieges nicht als Pflicht der Sozialdemokratie galt.

Man wendet ein: „Soll denn die Sozialdemokratie das Vaterland im Stich lassen, wenn ihm Gefahr droht?“ Das ist aber gar nicht der Streitpunkt. Bedeutete es, das Vaterland im Stich lassen, wenn wir die für die Verteidigung geforderten Militärkredite verweigern, dann wäre der Vorwurf, daß wir bis 1914 vaterlandslose Gesellen gewesen seien, begründet. Dann müßten wir den Stab brechen über unsere ganze Vergangenheit von 1870 bis 1914. Immer wieder haben Regierung und bürgerliche Parteien, wenn wir die Militär- und Flottenvorlagen ablehnten, uns vorgehalten, daß wir Vaterlandsfeinde seien. Wir haben trotzdem auf unserem Standpunkt verharret, auch wenn uns in geheimen Sitzungen erklärt wurde, der politische Himmel sei düster, die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes sei dringend, unsere Verteidigung gebiete die geforderten Mittel. Wir haben uns dennoch nicht in unserer Haltung schwankend machen lassen: keiner von uns hat daran gedacht, das Land wehrlos zu machen, aber wir blieben entschlossen, diesem militärischen und politischen System die Mittel zu verweigern. Es mutet deshalb recht sonderbar an, wenn jetzt aus sozialdemokratischem Munde der Einwand kommt: „Wer die Kriegskredite verweigere, der lasse das Vaterland im Stich. Sei der Krieg trotz aller Bemühungen, ihn zu verhindern, ausgebrochen, so müsse die Partei sich hinter die Regierung stellen. Krieg sei eben Krieg.“ Die so sprechen, urteilen ganz anders, wenn es sich um Parteigenossen anderer Länder handelt. Als ganz selbstverständliche Sache wird von allen Seiten anerkannt, daß z. B. die italienischen Genossen im Kriege gegen ihre Regierung stimmen mußten. Also gilt eben nicht, daß „Krieg eben Krieg ist“. Es kann Kriege geben, bei denen man verpflichtet ist, gegen die Regierung zu stimmen. Es sind also Unterschiede zu machen. Es kommt an auf den Charakter des Krieges und auf die Rolle der Regierung in ihm. Es ist heute nicht nur in sozialistischen, sondern in weiten bürgerlichen Kreisen eine beinahe billige Weisheit geworden, daß dieser Krieg ein imperialistischer Krieg ist.

Es ist klar, daß es nicht etwa die Bosheit einzelner Menschen, sondern ökonomische Triebkräfte sind, die zu ihm geführt haben. Aber war deshalb der Krieg unabwendbar? War er eine Naturnotwen-

digkeit? Das zu bejahen, wäre der reine Fatalismus. Unabwendbar sind Naturkatastrophen, der Krieg aber ist ein gesellschaftlich-politisches Ereignis, und diese unterliegen der Einwirkung unseres Willens.

Die tiefere Ursache des Krieges liegt in dem Ausdehnungsbestreben der kapitalistischen Klassen. Österreichs Industrie suchte Absatzgebiete auf dem Balkan. Deutschlands Ausfuhr dahin nahm zu. Österreich fühlte sich beunruhigt durch die Entwicklung Serbiens, das eine Anziehungskraft auf die Serben im österreichischen Staatsgebiet ausübte. Den Magyaren war die Ausfuhr der Agrarprodukte aus Serbien nach Österreich-Ungarn ein Dorn im Auge. Sie verfolgten seit langem das Ziel, Serbien wirtschaftlich einzuschnüren. Trotz der Erfolge in den Balkankriegen wurde Serbien vom Zugang zur Adria abgeschnitten. So waren zwischen Österreich und Serbien starke Reibungen vorhanden. Hinter dem Bestreben Österreichs, den wirtschaftlichen und politischen Einfluß Serbiens auf dem Balkan zu schwächen, stand Deutschland, für das die Parole: „Von Helgoland bis Bagdad“ immer mehr maßgebend wurde. Der Balkan sollte die Brücke zwischen dem Deutschen Reich und Kleinasien sein, wo durch das Bagdadbahnunternehmen starke finanzkapitalistische Interessen verankert waren. Hier kollidierten deutsche und englische Interessen. Englands Bestreben ist dahin gerichtet, eine Verbindung von Südafrika über Kairo durch Arabien nach Mesopotamien und Indien zu erlangen. Rußlands Politik ging auf Sicherung seines Einflusses auf dem Balkan. Das Vordringen Österreichs und Deutschlands führte deshalb zu Reibungen mit ihm. Daneben ging sein Bestreben nach einem eisfreien Hafen, nach der freien Durchfahrt durch die Dardanellen, nach der Herrschaft über Armenien und Konstantinopel. Dabei stießen wiederum russische mit deutschen Interessen zusammen. Die feindselige Stimmung Rußlands wurde noch verstärkt durch die Erbitterung über den Handelsvertrag, der unter Ausnutzung des japanischen Krieges Rußland aufgenötigt war. Ökonomische Triebkräfte sind es also, die den Zusammenprall vorbereiteten, und eine oberflächliche Auffassung wäre es, in einer mystischen Abneigung der Slawen gegen die Germanen die Ursachen des Krieges zu erblicken.

Ist denn nun das imperialistische Interesse auch das Interesse der Arbeiter? Wir wissen freilich, daß wir nicht in der Luft, sondern in der kapitalistischen Gesellschaft leben; aber haben wir deswegen je Konzessionen an die kapitalistischen Auffassungen gemacht? Die Kapitalisten und Imperialisten besorgen ihre Geschäfte schon allein. Unsere Aufgabe ist es, zu sorgen, wie wir am besten den Interessen der Arbeiterklasse dienen und dem sozialistischen Ziel näher kommen.

Wenn wir also den Charakter des Krieges in Betracht ziehen, so war kein Grund, für die Kredite zu stimmen. Dazu kommt aber noch ein weiterer schwerwiegender Grund. Hat man denn so schnell vergessen, wie der Krieg ausgebrochen ist? Als das österreichische Ultimatum kam, da war keine Parteizeitung, die nicht erklärte, das be-

deute den Krieg. Diese leichtfertige und verhängnisvolle Politik hat uns in den Krieg hineingeführt. Selbst die „Post“ und die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ erklärten, dieses Ultimatum sei nur Kriegsvorwand. Österreich hat schon lange den Krieg gegen Serbien vorbereitet. Das ist über allen Zweifel durch die Erklärung Giolittis vom 5. Dezember 1914 im italienischen Parlament klaggestellt. Am 5. August 1913 hat die österreichische Regierung Italien ihre Absicht mitgeteilt, gegen Serbien vorzugehen. Italien hat Österreich darauf deutlich geantwortet, daß es dabei auf seine Unterstützung nicht zu rechnen habe, da niemand daran denke, Österreich anzugreifen, es sich also nicht um eine Verteidigung handle, wie Österreich glauben machen wolle. Also lange vor der Ermordung des österreichischen Thronfolgers stand der Plan fest, einen Krieg mit Serbien herbeizuführen. Die Ermordung bildete lediglich den äußeren Anlaß, den Plan durchzuführen. Wie hat sich unsere Regierung dazu verhalten? Das deutsche Weißbuch selbst beweist, daß Österreich im Juli an Deutschland herangetreten ist, und die deutsche Regierung gibt zu: „Wir billigten dieses Vorgehen.“ Ja, noch mehr, das Weißbuch gibt zu, daß die deutsche Regierung sich bewußt war, daß Rußland durch das Vorgehen Österreichs gegen Serbien auf den Plan gerufen werden könne. Die deutsche Regierung hat aber „Österreich-Ungarn in seinem Vorgehen freie Hand“ gelassen.

Was bedeutete unser Ja am 4. August? Die Sanktionierung der ganzen Politik, die wir als gefährlich und verderblich erkannt haben, und als deren Resultante sich der Krieg ergab. So hatten wir am 4. August die Frage zu stellen, und von diesem Gesichtspunkte aus hatten wir sie zu beantworten.

Gegen das Wettrüsten, das die Vorbedingungen zum Kriege schuf, haben wir nicht nur gesprochen, sondern auch gestimmt. Und jetzt, wo die von uns vorausgesehenen Folgen eingetreten sind, brechen wir unsere eigene Politik ab? Wir negieren im einzelnen diese Voraussetzungen, und wir sollten uns vor der Tatsache des Krieges beugen, die nichts ist als ihr Resultat? Es wird eingewandt, wir haben die Verantwortung für den Krieg ja in unserer Erklärung selbst abgelehnt. Aber, wo Wort und Tat nicht übereinstimmen, da gilt allemal die Tat! Es ist dasselbe, als wollten wir im Frieden eine Erklärung gegen die Militärvorlage abgeben und im nächsten Moment die Vorlage selbst bewilligen.

Es ist eingewendet worden: Hätten wir am 4. August nicht Ja gesagt, was wäre aus der Parteiorganisation geworden? Darauf ist zu sagen, so groß und berechtigt die Sorge um unsere Organisation ist, so darf sie uns doch nie bestimmen, anders als nach unseren Grundsätzen zu handeln. Die Organisation ist das hervorragendste Mittel zu unserem Zweck, aber sie ist nicht Selbstzweck. So wenig übrigens ein Volk, so wenig ist auch die sozialdemokratische Organisation zu vernichten.

Wenn aber schon am 4. August unsere Haltung so zu beurteilen war, so jetzt erst recht. Es wäre geradezu ein Unglück für die deutsche Sozialdemokratie, wenn wir an der Stellung vom 4. August festhielten.

Die Umstände sind ganz andere geworden als zu Anfang des Krieges. Alle Parteien des Reichstages, alle großen wirtschaftlichen Verbände haben sich für Annexionen erklärt. Es mag nur erinnert werden an die Rede des Grafen von Schwerin-Löwitz vom 19. Mai, daß kein Friede ohne Annexionen geschlossen werden dürfe, an die letzte Rede Bethmann-Hollwegs, der Abgeordneten Westarp und Schiffer im Reichstag, an die des Königs von Bayern im Kanalverein, die alle den klaren Willen zu Annexionen erkennen lassen. Wenn es so dargestellt worden sei, als drohe eher Deutschland die Möglichkeit, daß von ihm annektiert werde, als daß umgekehrt Deutschland Annexionen mache, so spricht die ganze Kriegslage dagegen. Wenn diese Annexionspläne gelingen würden, so wäre das nicht nur eine große Gefahr für die deutschen Arbeiter, sondern für das deutsche Volk. Und da sei daran erinnert, daß, wenn zu Beginn des deutsch-französischen Krieges noch ein Teil der sozialdemokratischen Fraktion für die Kredite stimmte, nach Sedan, nach Auftreten der Annexionspläne, die Reichstagsfraktion mit der vollen Billigung des Braunschweiger Ausschusses, des damaligen Parteivorstandes, einhellig gegen die Kriegskredite gestimmt hat. Wenn die Gegner erst die Waffen strecken, dann ist es zu spät, gegen Annexionen aufzutreten, dann ist das Spiel verloren.

Wir haben die Pflicht, führend voranzugehen. Man sagt uns, unser Einfluß sei durch unsere Haltung gestärkt worden. Ich nehme eher das Gegenteil an. Wenn wir Sozialdemokraten nach dem Kriege, wenn das Wettrüsten, wie anzunehmen, weiter geht, wieder Militärvorlagen ablehnen, wird uns die Regierung sagen: Eure Donnerworte sind doch nur Worte! Sie wird uns nicht mehr so ernst nehmen wie zuvor.

Auf dem Felde der politischen Gleichberechtigung ist man uns gar nicht entgegengekommen. Daß aber politische Reformwerke während des Krieges möglich sind, das hat — die russische Regierung bewiesen, indem sie in Polen die Selbstverwaltung eingeführt hat. Wenn die Regierung den Mut hätte, könnte sie für alle Bundesstaaten das gleiche Wahlrecht durchsetzen. Gerade während des Krieges ist der Widerstand der Reaktion gelähmt. Aber nach dem Kriege wird er wieder in unveränderter Stärke hervortreten.

Inzwischen tobt der Krieg in der schrecklichsten Weise weiter. Selbst der dreißigjährige Krieg hat nicht das an Verwüstung von Menschenleben und wirtschaftlichen Werten gebracht wie die zehn Monate dieses Krieges. Und da wächst allenthalben das Verlangen, daß er endlich zum Abschluß kommen möchte. Was können wir tun? Es ist schon viel, daß die Regierungen wissen, wie die Massen darüber

denken. Sie wissen die Bedeutung der Volksstimmung wohl einzuschätzen, das beweisen ihre Bemühungen, sie im neutralen Ausland zu beeinflussen.

Aber wir können nicht warten, bis uns die Regierung erlaubt, für den Abschluß des Krieges einzutreten, dann ist es zu spät. Das wäre einfach das Bekenntnis zur Theorie des beschränkten Untertanenverstandes.

Ob die Sozialdemokraten anderer Länder in dieser Richtung alles tun, was wir von ihnen erwarten zu können glauben, ist nicht entscheidend. Worauf es ankommt, ist, daß zunächst wir unsere sozialdemokratische Pflicht erfüllen. Es ist indes nicht zu bestreiten, daß in allen anderen Ländern die Friedenssehnsucht immer mächtiger hervortritt. Ich erinnere an die rührige Tätigkeit der Independent Labour Party in England und an die Kundgebung der Partei-Föderation in Haute Vienne in Frankreich, hinter der Genossen von erheblichem Einfluß stehen.

Nach dem Kriege wird uns nichts auf dem Präsentierteller entgegengebracht werden. Die Kämpfe werden viel heftiger werden. Es wird, es darf, es kann dann nicht alles beim alten bleiben. Die Opferbereitschaft wird sich bei uns vermehren und stärken. In ungebrochener Schlachtreihe werden wir unsere Kämpfe führen. Und mag die Welt voll Teufel sein, wir werden uns befreien vom Kapitalismus und seinem modernen Gewächs, dem Imperialismus!

Das Gebot der Stunde.

**Gemeinsamer Aufruf von Haase, Bernstein und Kautsky,
veröffentlicht am 19. Juni 1915.**

Die Stunde der Entscheidung ist gekommen. Die deutsche Sozialdemokratie ist vor eine Frage gestellt, die für die Geschicke des deutschen Volkes, für die Zukunft der Kulturwelt von der größten Tragweite ist.

Forderungen, für die schon in früheren Monaten eine gewisse Presse sowie Vereinigungen, denen keine größere Bedeutung beigelegt wurde, systematisch Stimmung gemacht hatten, sind in den letzten Wochen von Persönlichkeiten in hervorragender Stellung sowie von einflußreichen Körperschaften in teilweise sogar noch verschärfter Form vertreten worden. Programme werden aufgestellt, die dem gegenwärtigen Kriege den Stempel eines Eroberungskrieges aufdrücken.

Noch ist es in aller Erinnerung, daß der Präsident des Preußischen Herrenhauses, Wedel-Piesdorf, in der Sitzung des Herrenhauses vom 15. März 1915 erklärte, Deutschland stehe jetzt als Sieger da: „Und wenn wir nichts weiter wollten, als den Angriff der Feinde abschlagen, so glaube ich, würde es nicht allzu schwer sein, einen Frieden in kurzer Frist zu erlangen. Damit aber kann sich Deutschland nicht befriedigt erklären. Nach den ungeheuren Opfern, die wir gebracht haben, an Menschen sowohl wie an Hab und Gut, müssen wir mehr fordern, wir können das Schwert erst wieder in die Scheide stecken, wenn Deutschland eine Sicherung erlangt hat dagegen, daß in ähnlicher Weise wie diesmal die Nachbarn über uns herfallen.“

In der Reichtagssitzung vom 29. Mai 1915 haben die Abgeordneten Graf v. Westarp als Vertreter der Konservativen und Schiffer als Vertreter der Nationalliberalen unumwunden sich für Annexionen ausgesprochen; der erstere unter Berufung auf eine Erklärung des deutschen Reichskanzlers vom Tage zuvor, die dahin ging, Deutschland müsse alle nur möglichen „realen Garantien und Sicherheiten“ dafür schaffen, daß keiner seiner Feinde, „nicht vereinzelt, nicht vereint“, wieder einen Waffengang wagen werde. Diese Auslegung der Worte des Reichskanzlers hat von der Reichsregierung keine Zurückweisung erfahren.

Es ist fernerhin bekanntgeworden, daß sechs große Wirtschaftsvereinigungen, voran der großkapitalistische Zentralverband deutscher Industrieller, und die Kampforganisation der Agrarier, der Bund der Landwirte, die der Politik des Deutschen Reiches so oft schon die Richtung gewiesen haben, unter dem 20. Mai 1915 eine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet haben, worin sie fordern: Gewinnung eines großen Kolonialreiches, ausreichende Kriegsentschädigung und Annexionen in Europa, die allein im Westen über zehn Millionen Menschen — mehr als sieben Millionen Belgier und über drei Millionen Franzosen — zwangsweise unter deutsche Herrschaft stellen

würden. Wie diese Zwangsherrschaft gedacht ist, kennzeichnet der Satz der Eingabe, wonach Regierung und Verwaltung in den annektierten Ländern so geführt werden müssen, daß „die Bewohner keinen Einfluß auf die Geschicke des Deutschen Reiches erlangen“. Das heißt mit anderen Worten, diese gewaltsam annektierte Bevölkerung soll politisch rechtlos gemacht und gehalten werden. Und weiter wird gefordert, aller Besitz, der einen starken wirtschaftlichen und sozialen Einfluß gewähre, „müsse in deutsche Hände übergehen“, im Westen besonders der industrielle Besitz aller großen Unternehmungen, im Osten besonders der landwirtschaftliche Groß- und Mittelbesitz.

Mehr noch. In den allerletzten Tagen hat ein deutscher Bundesfürst, der König von Bayern, in einer Ansprache in Fürth Forderungen in bezug auf die Ausdehnung unserer Grenzen im Westen ausgesprochen, durch die wir für Süd- und Westdeutschland günstigere Verbindungen zum Meere bekommen.

Angesichts aller dieser Kundgebungen muß sich die deutsche Sozialdemokratie die Frage vorlegen, ob sie es mit ihren Grundsätzen und mit den Pflichten, die ihr als Hüterin der materiellen und moralischen Interessen der arbeitenden Klassen Deutschlands obliegen, vereinbaren kann, in der Frage der Fortführung des Krieges an der Seite derjenigen zu stehen, deren Absichten in schroffstem Widerspruch sind zu den Sätzen der Erklärung unserer Reichstagsfraktion vom 4. August 1914, in denen diese aussprach, daß sie im Einklang mit der Internationale jeden Eroberungskrieg verurteilt.

Dieser Satz würde zur Lüge gestempelt werden, wenn die deutsche Sozialdemokratie jenen Erklärungen aus den Kreisen der Machthaber gegenüber es bei dem Ausspruche akademischer Friedenswünsche bewenden ließe. Zu deutlich haben wir es erfahren müssen, daß man auf solche Bekundungen auch nicht die geringste Rücksicht nimmt.

Was verschiedene unter uns befürchtet haben, zeichnet sich immer bemerkenswerter ab: Man erlaubt der deutschen Sozialdemokratie, die Kriegsmittel zu bewilligen, man geht aber kühl über sie hinweg bei den für die Zukunft unseres Volkes folgenschwersten Beschlüssen. Dürfen wir dieses Verhältnis fortbestehen lassen, das uns die Möglichkeit raubt, die Kraft der deutschen Arbeiterklasse für eine Politik geltend zu machen, die nach unserer innersten, auf die Erfahrungen der Geschichte gestützten Überzeugung das Interesse des deutschen Volkes und mit diesem das aller beteiligten Völker gebietet?

Ungeheuer sind die Opfer, die dieser Krieg den in ihn hineingerissenen Völkern schon verursacht hat und die jeder Tag vermehrt. Die Weltgeschichte kennt keinen zweiten Krieg, der auch nur annähernd gleich mörderisch gewirkt hätte. Es ist die Grausamkeit barbarischer Zeitalter, verbunden mit den raffiniertesten Mitteln der Zivilisation, welche die Blüte der Völker hinrafft. Nicht minder unerhört sind die Opfer an Gütern, die der Krieg den Völkern entreißt. Weite Gebiete werden verwüstet und Summen, die für Kulturzwecke

in einem Jahre auszugeben man sich gescheut hat, werden in diesem Krieg in einer Woche für die Tötung von Menschen und die Vernichtung von Grundlagen künftiger Wohlfahrt ausgegeben. Allen beteiligten Nationen starrt bei Verlängerung des Krieges der Bankrott entgegen.

In weiten Kreisen unseres Volkes und derjenigen Völker, mit denen das Deutsche Reich im Kriege liegt, macht sich denn auch immer stärkere Friedenssehnsucht geltend. Während die Herrschenden davor zurückschrecken, diesem Friedensbedürfnis zu entsprechen, blicken Tausende und aber Tausende auf die Sozialdemokratie, die man als die Partei des Friedens zu betrachten gewohnt war, und erwarten von ihr das erlösende Wort und das ihm entsprechende Verhalten.

Nachdem die Eroberungspläne vor aller Welt offenkundig sind, hat die Sozialdemokratie die volle Freiheit, ihren gegensätzlichen Standpunkt in nachdrücklichster Weise geltend zu machen, und die gegebene Situation macht aus der Freiheit eine Pflicht.

Das Proletariat erwartet sicherlich, daß ebenso wie im Jahre 1870 sich bei einer ähnlichen Situation alle Sozialdemokraten trotz ihrer Meinungsverschiedenheiten beim Ausbruch des Krieges zu einem einmütigen Handeln zusammenfanden, die Sozialdemokratie auch jetzt in gleicher Einmütigkeit zusammenstehen wird.

Wir wissen, daß Friedensbedingungen, die von einer Seite der Kriegführenden der anderen aufgezwungen werden, keinen wirklichen Frieden bringen, sondern nur neue Rüstungen mit dem Ausblick auf neuen Krieg bedeuten. Ein wirklicher und dauernder Friede ist nur möglich auf der Grundlage freier Vereinbarung.

Diese Grundlage zu schaffen, ist nicht der Sozialdemokratie eines einzelnen Landes gegeben. Aber jede einzelne Partei kann nach Maßgabe ihrer Stellung und ihrer Kräfte dazu beitragen, daß diese Grundlage hergestellt wird.

Die gegenwärtige Gestaltung der Dinge ruft die deutsche Sozialdemokratie auf, einen entscheidenden Schritt zu diesem Ziele zu tun. Sie ist heute vor die Wahl gestellt, diesem Gebote Folge zu leisten oder dem Vertrauen einen tödlichen Stoß zu versetzen, das sie bisher im deutschen Volk und in der gesamten Welt als Verfechterin des Völkerfriedens genoß.

Wir zweifeln nicht, daß unsere Partei diejenigen Folgerungen ziehen wird, die sich für unsere parlamentarische und außerparlamentarische Haltung hieraus ergeben. Mit den schönsten Überlieferungen der Sozialdemokratie steht die Zukunft unseres Volkes auf dem Spiel, seine Wohlfahrt und seine Freiheit. Hat unsere Partei nicht die Macht, die Entscheidungen zu treffen, so fällt doch uns die Aufgabe zu, als treibende Kraft die Politik in der Richtung vorwärts zu drängen, die wir als richtige erkannt haben.

Eduard Bernstein Hugo Haase Karl Kautsky

Rede in der Reichstagssitzung vom 24. März 1916.

Nach Abrechnung mit der inneren Politik griff Haase die äußere Politik der Regierung an:

Schon im März vorigen Jahres habe ich im Reichstage ausgeführt, daß bei der günstigen Position, in der sich Deutschland befindet, unsere Regierung die Verpflichtung habe, den anderen die Hand zum Frieden entgegenzustrecken. Seitdem ist ein volles Jahr verflossen, und noch ist das Ende des entsetzlichen, menschenmordenden Krieges nicht abzusehen. In allen Ländern haben die Massen den leidenschaftlichen Willen zum Frieden, und wenn dieser Wille noch so sehr unterdrückt wird, schließlich bricht er durch. Die Volksvertretung würde ihre Aufgabe verkennen, wenn sie sich nicht zum Dolmetsch dieser starken Friedenssehnsucht machte, wenn sie sich gar im kritischen Augenblick eine Binde vor die Augen legte und ihr Volk täuschte. Ein solches Verhalten müßte sich schwer rächen. Auch die sanguinischen Politiker in den feindlichen Staaten werden durch die ehernen Tatsachen immer mehr zu der Überzeugung genötigt, daß der feste Wall unseres Heeres nicht durchbrochen, unserem Heere eine entscheidende Niederlage nicht bereitet werden wird. Aber nach den Erfahrungen dieses Krieges spricht alles dafür, daß auch unser Heer trotz großer militärischer Erfolge die Gegner nicht so schlagen wird, daß sie auf die Knie gezwungen werden können. Zwei mächtige Koalitionen stehen einander gegenüber, und am Schlusse des furchterlichen Ringens wird es wahrscheinlich weder Sieger noch Besiegte (lebhaftes Rufe: Oho! — Glocke des Präsidenten. — Unruhe. — Rufe: Abwarten!), in Wahrheit wohl nur Besiegte, aus Millionen Wunden blutende Völker geben. (Große Unruhe. Der Präsident unterbricht den Redner.)

. . . Immer wieder drängt sich bei dieser Aussicht die Frage auf: „Was hat auch vom Standpunkt der Befürworter und Anhänger des Krieges dessen Fortsetzung noch für einen Sinn? Wir Sozialisten, die wir den Krieg verabscheuen, und mit aller Kraft ihn zu verhindern uns bemüht haben, widersetzen uns selbstverständlich seiner Verlängerung. (Große Unruhe, Unterbrechung des Präsidenten.) In manchen Kreisen wird ja gar nicht verhehlt, daß, wenn es sich nur darum handelte, die Unversehrtheit des Reiches und die Unabhängigkeit unseres Volkes aufrechtzuerhalten, wir wahrscheinlich schon den Frieden hätten erzielen können. (Oho!) So wächst in den proletarischen Massen das Gefühl, daß sie für Interessen kämpfen sollen, die nicht die ihrigen sind. Für die sozialistischen Arbeiter — das werden Sie begreifen — ist es ohnehin die ärgste Tragik, gegen diejenigen die Waffen zu erheben, mit denen sie durch die Gemeinsamkeit der Leiden und durch die Solidarität des Strebens verbunden sind. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie wiederholt, sich daran zu halten, daß es bei dem Notetatsgesetz nicht möglich ist, eine derartige allgemeine Diskussion zu führen.

Gut, ich werde mich noch kürzer fassen. (Unruhe.) Hören Sie doch erst die Ausführungen! (Stürmische Zurufe: Nein, die wollen wir nicht hören!) — Das glaube ich, daß Sie sie nicht hören wollen, weil Sie gern die Ansichten knebeln, die Ihnen nicht passen. (Zuruf: Ihre Hetzrede wollen wir nicht hören.) Sie werden doch nicht bestreiten, daß selbst in den Kreisen der Kapitalisten, soweit sie nicht Nutznießer des Krieges sind (erregte Zurufe), und zwar in allen Ländern, man längst glaubt: dieser Krieg ist eine falsche Rechnung gewesen. Auf der anderen Seite erheben sich immer lauter Stimmen, die als Ziel des Krieges die Ausdehnung unserer Weltmacht, die Erringung der Weltherrschaft fordern und zu diesem Zwecke die ausschweifendsten Eroberungspläne verfolgen. Man sollte annehmen, daß nur komplette Narren oder gewissenlose Verbrecher solche Pläne verfolgen können. (Wiederholte Zurufe. — Stürmische Unruhe. Glocke des Präsidenten. Der Präsident ruft den Abgeordneten Haase zur Sache.) Herr Präsident, ich glaube zwar, daß ich durch keine Regel der Geschäftsordnung, die ich kenne, behindert werden kann, meinen Standpunkt zu begründen; aber ich will mich Ihrem Wunsche soweit als möglich fügen. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Sie haben die Zustimmung des Hauses! — Lebhafter Widerspruch bei der Mehrheit der Sozialdemokraten. — Stürmische Zustimmung und Händeklatschen. — Glocke des Präsidenten. — Fortdauernde Erregung. — Glocke des Präsidenten. — Zuruf von den Sozialdemokraten: Liebknecht Nr. 2! — Beifall und Händeklatschen. Der Präsident ruft den Redner zum zweitenmal zur Sache.)

Ich habe zur Sache gesprochen! (Andauernde große Unruhe.) Meine Herren, da es mir nicht gestattet wird, auch nur in Kürze darzulegen, wie zur Zeit die äußere politische Lage ist, und welchen Einfluß gewisse Kreise zu gewinnen suchen, so werde ich bei einer anderen Gelegenheit darauf eingehen. Es wäre für das Haus aber, glaube ich, zur Beurteilung der Lage sehr wichtig, zu erfahren, was einem großen Teil von Ihnen noch nicht bekannt ist, welche Treibereien — ich spreche jetzt nicht von den Frondeuren in der Wilhelmstraße — zur Zeit wieder am Werke sind. (Glocke des Präsidenten. — Lebhaftes Rufe: Unerhört!)

Präsident: Herr Abgeordneter Haase, ich rufe Sie zum dritten Male zur Sache und mache Sie darauf aufmerksam, daß ich das Haus befragen werde, ob es Ihnen das Wort weiter gestatten will, wenn Sie sich jetzt nicht an die Sache halten. (Zustimmung. — Zuruf von den Sozialdemokraten: Belagerungspräsident! — Große Unruhe.) — Herr Abgeordneter K u n e r t, wegen dieses Ausdrucks rufe ich Sie zur Ordnung!

Ich muß infolge dieser Beschränkung der Redefreiheit (Lachen), zu der nach der Sachlichkeit meiner Ausführungen kein Grund vorlag, zum Schlusse eilen und das Wichtigste übergehen. Nur das will ich Ihnen sagen, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung sich selbst das Urteil gesprochen hat, weil sie es nicht hat verhindern können,

nicht nur, daß in ihrem Schoße die Kriegsfurien geboren wurden — (Lebhafte Rufe: Oho! Rufe: Die Internationale erst recht nicht! — Glocke des Präsidenten. — Abgeordneter Haase spricht weiter.)

Präsident: Herr Abgeordneter Haase, Sie haben zu schweigen, wenn die Glocke des Präsidenten ertönt! Ich rufe Sie nochmals zur Sache, und nunmehr bitte ich die Herren, Platz zu nehmen. Ich frage nunmehr das Haus, ob es dem Herrn Abgeordneten Haase das Wort weiter gestatten will. Ich bitte die Herren, die es ihm nicht weiter gestatten wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. (Geschlacht. — Rufe: Auch Sozialdemokraten! — Lebhaftes Bravo.) Das ist die Mehrheit. (Mehrfache Rufe von den Sozialdemokraten: Gegenprobe! — Andauernde Bewegung.)

Diese Skandalszene fühlte sich der Schatzsekretär Dr. Helfferich bemüßigt mit folgenden Auslassungen zu krönen:

„Meine Herren, ich war als Vertreter der verbündeten Regierungen und als Leiter der Reichsfinanzen genötigt, in Erfüllung meiner Pflicht den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Haase hier beizuwohnen. Wenn ich nicht in Erfüllung meiner Pflicht hier festgehalten gewesen wäre, so hätte ich selbstverständlich den Saal verlassen. Meine Herren, ich kann vor diesem hohen Hause und vor dem ganzen deutschen Volke nur das tiefste Bedauern und die stärkste Entrüstung aussprechen, daß ein Mann, der sich Vertreter des deutschen Volkes nennt — ich sage: ein Mann, der sich Vertreter des deutschen Volkes nennt —, es wagt, von dieser Tribüne aus Worte zu sprechen, die geeignet sind, unseren Feinden in ihrer schweren Lage das Herz und den Rücken zu stärken und so zur Verlängerung des Krieges beizutragen. Meine Herren, wenn jemand zu bestreiten und zu leugnen wagt, daß dem deutschen Volke heute im 20. Kriegsmonat nach all den schweren Lasten, die es getragen hat, aber auch nach all den großen Erfolgen, die wir auf jedem Felde errungen haben, die Zuversicht dafür fehle, daß wir siegen werden, so gibt es kein Wort, das scharf genug wäre, um das zurückzuweisen. . . . Das deutsche Volk hat durch die glänzende Zeichnung der Kriegsanleihe gezeigt, daß ihm die Gesinnung, die der Herr Abgeordnete Haase hier bekundet hat, so fremd ist, wie irgend etwas in der ganzen Welt ihm nur sein kann.“ (Brausender Beifall und Händeklatschen auf allen Seiten des Hauses. — Vereinzelt Zischen bei den Sozialdemokraten.)

Hugo Haase konnte nur noch im Rahmen einer persönlichen Bemerkung erwidern:

„Der Herr Staatssekretär hat den Mut gehabt, anzuzweifeln, ob ich ein echter Volksvertreter sei. Darüber steht ihm eine Kompetenz nicht zu. Nur das eine will ihm sagen, daß mir in allen Ländern diejenigen die besten Patrioten zu sein scheinen, die nach 20monatigem, blutigem Ringen versuchen, für eine Verständigung der Völker, für eine Abkürzung des Krieges zu wirken, und nicht diejenigen, die gerade zu einem weiteren blutigen Ringen treiben!“

Zur Klärung in der Partei.

Artikel in der „Sozialistischen Auslandspolitik“ vom 30. März 1916.

Spaltung in der sozialdemokratischen Fraktion! Lange gefürchtet, ist sie zur Wirklichkeit geworden. Alle Bemühungen, sie abzuwenden, sind vergeblich gewesen. Nach der Reichstagssitzung vom 24. März hat die sozialdemokratische Fraktion durch Mehrheitsbeschluß erklärt, „daß Haase und diejenigen Fraktionsmitglieder, welche die gemeinsam gefaßten Beschlüsse gröblich mißachten und öffentlich durchkreuzen, dadurch die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte verwirkt haben“. Damit waren die 18 Genossen, die es für ihre Pflicht hielten, gegen den Notetat zu stimmen und ihre Auffassung im Plenum zu begründen, aus der Fraktion ausgeschlossen. Die Ausgeschlossenen oder nach der Bezeichnung eines Angehörigen der Mehrheit „Ausgedrückten“ haben sich dann, um die Pflichten, die ihnen von den Wählern übertragen worden sind, zu erfüllen, zu einer Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, zu einer Fraktion im parlamentarisch-technischen Sinne, vereinigt. So ist die Spaltung der Fraktion vollzogen, aber es wäre falsch, darin eine Spaltung der Partei zu erblicken. Die Partei wird dadurch vielmehr an Kraft gewinnen, und wenn die Wirren des Krieges erst der Vergangenheit angehören werden, wird auch ein einheitliches Arbeiten der sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament nach festen Richtlinien möglich sein.

Die Gefahr der Spaltung datiert vom 4. August 1914 an. In der Hoffnung, daß der Krieg, wie es bei seinem Ausbruch die allgemeine Annahme war, in einigen Monaten beendet sein würde, hat die Minderheit zunächst darauf verzichtet, ihre abweichenden Ansichten öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Als diese Annahme sich jedoch als trügerisch erwies, und als die Mehrheit auf der abschüssigen Bahn immer weiter herabglitt, mußte die Minderheit sich zu einem Gegendruck entschließen. Sie stimmte bei der Beratung über den Etat des vorigen Jahres nicht mehr mit der Mehrheit, die sich über einen unzweideutigen Parteitagsbeschluß hinwegsetzte, sondern brachte nach einem Fraktionsgebrauch ihren Standpunkt dadurch zum Ausdruck, daß sie sich der Abstimmung enthielt.

Dabei blieb es zunächst. Die Taktik der Mehrheit war darauf eingestellt, in den für das Volk wichtigsten Fragen die Einigkeit mit den bürgerlichen Parteien nach Kräften zu dokumentieren. Das Proletariat, das die großen Gegensätze zwischen den bürgerlichen und den sozialistischen Anschauungen sah, wurde in weiten Kreisen geradezu irre an den Führern.

Der Verlauf der Friedensinterpellation im Dezember 1915 rief Enttäuschung und vielfach Entrüstung hervor. Die Fraktion hatte der Minderheit, die seit dem 4. August 1914 von 14 Stimmen bis auf

44 gewachsen war, einen Redner versagt. Und der Redner der Mehrheit glaubte seine Aufgabe dadurch erfüllt zu wissen, daß er in Diplomatenmanier die Ausführungen des Reichskanzlers und der bürgerlichen Parteien beschönigte. Der Reichskanzler lehnte die Aufforderung, einen Frieden anzubieten, ab, aber die Mehrheit beschloß kurz darauf wieder 10 Milliarden zur Fortsetzung des Krieges zu bewilligen. Das alles schlug dem Faß den Boden aus. Zwanzig Mitglieder der Minderheit hielten es jetzt für unabweisbare Pflicht, ihren Widerspruch gegen die Kreditbewilligung im Parlament offen zu bekunden und die Gründe für ihre Haltung unter Vermeidung jeder Polemik gegen die Mehrheit darzulegen. Schon damals wurde der Versuch unternommen, diesen zwanzig Genossen ihre Rechte als Fraktionsmitglieder zu entziehen. Schließlich sah man jedoch vorläufig von einem solchen Vorgehen ab.

Seitdem sind die Steuervorlagen der Regierung veröffentlicht und im Reichstag zum Gegenstand schärfster Kritik von seiten der sozialdemokratischen Redner gemacht worden. Trotz alledem beschloß die Mehrheit unmittelbar nach diesen Verhandlungen, der Regierung die Mittel für drei Monate durch einen Notetat zu bewilligen. Gibt es einen krasserer Gegensatz als diese Haltung? Wer dem Notetat diesmal zustimmte, wußte ganz genau, daß die Deckungsmittel beschafft werden sollten durch Steuern, die in härtester Weise den Mittelstand und die Arbeiterklasse treffen.

Es verstand sich von selbst, daß die zwanzig Genossen, die im Dezember 1915 gegen die Kreditvorlage öffentlich gestimmt hatten, auch jetzt konsequent dieselbe Haltung einnehmen mußten. Es wäre geradezu unverständlich gewesen, wenn sie nach den Vorgängen der letzten Zeit für den Etat gestimmt hätten. Diese Pflicht war um so dringender, als die Mehrheit auch jetzt wieder der Minderheit entgegen dem früher üblichen Brauch in undemokratischer Weise einen Redner für die allgemeine politische Debatte verweigert hatte. Dieses Verhalten konnte nicht anders ausgelegt werden, als daß die Minderheit in den wichtigsten Fragen mundtot gemacht werden sollte. . . .

Schweigen zu dieser Behandlung einer tiefgreifenden politischen Angelegenheit wäre ein Verbrechen an der Partei gewesen. Kleinlich ist es, statt den großen sachlichen Gegensatz klarzulegen, von Disziplinbruch und Treubruch zu sprechen. Das oberste Gebot für die Führer der Sozialdemokratie ist es, sich den Beschlüssen der Parteitage unterzuordnen und den Grundsätzen der Partei Treue zu bewahren. Davon haben sich die Achtzehn leiten lassen. Damit ist ein langer Prozeß, vielleicht zu spät, abgeschlossen. Um die Gruppe der Achtzehn werden sich sicherlich alle diejenigen Parteigenossen scharen, die an der Partei zu verzweifeln begannen.

Die Aufgaben der Partei.

Reden auf dem Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei am 3. März 1919.

(Zusammengezogen und gekürzt.)

Meine Aufgabe kann es nicht sein, inmitten der stürmischen Erschütterung des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens den theoretischen Teil des Programms neu zu gestalten. Unsere großen Meister Marx und Engels haben uns mit der materialistischen Geschichtsauffassung den Faden geliefert durch das Labyrinth der geschichtlichen Wirren. Was diese Geschichtsauffassung leisten kann, das wissen wir, die wir die letzten Jahre erlebt haben mit ihren Irrungen und Wirrungen. Das Erfurter Programm zeichnet scharf die Klassengegensätze, deckt die Tendenzen auf, die zur Überführung der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit führen und legt klar dar die Notwendigkeit der Internationale, der Vereinigung aller zu demselben Ziele hinstrebenden Arbeiter. Die Worte, mit denen das Erfurter Programm die theoretischen Ausführungen schließt, haben auch heute ihre volle Geltung. Die Partei kämpft nicht für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Seit der Abfassung des Erfurter Programms sind die gewaltigen Organisationen des Kapitals, die Syndikate, Kartelle, Trusts ausgebaut, seitdem hat der Imperialismus seine Fangarme nach den wirtschaftlich unentwickelten Ländern ausgebreitet, hat das Finanzkapital durch seine Verflechtung mit Industrie und Handel seine überragende Stellung gewonnen. Der deutsche Imperialismus ist inzwischen auf den Schlachtfeldern im Westen zusammengebrochen, sein Gegenspieler, der englische Imperialismus, ist dagegen gestärkt. Alle diese Erscheinungen und Entwicklungslinien müßten in einem neuen Programm berücksichtigt werden. Wir müssen die Welt begreifen, die um uns ist, in der wir leben und zu wirken haben, aber mehr denn je sind wir verpflichtet, diese Welt nach den Interessen der Arbeiterklasse, nach unseren Anschauungen zu verändern. . . .

Die Revolution hat Probleme aufgeworfen, die eine rasche Lösung erheischen und noch fordern.

Das erste Problem, das noch am Tage der Revolution, am 9. November, an uns herantrat, lief auf die Frage hinaus, ob die Mitglieder der USP. bereit waren, eine Regierung mit den Rechtssozialisten zu bilden. Glauben Sie doch nicht, daß diese Frage leicht von uns beantwortet ist. Wir haben sie in ihrer vollen Tragweite sofort erkannt und eingehend gewürdigt. Niemand, der in unserer Lage gewesen wäre, hätte anders handeln können. Nicht nur die Anhänger

unserer Partei, nicht nur die Mehrheitssozialisten, sondern auch namhafte Mitglieder der Kommunistischen Partei haben uns damals aufgefordert, in die Regierung zu gehen. Selbst Liebknecht, dem dieser Schritt gewiß nicht leicht gefallen ist, war bereit, unter gewissen Bedingungen in die Regierung einzutreten. Auch wir sind nicht bedingungslos eingetreten. Wir haben jedoch das verlangt, was allerdings die Voraussetzung für ein gemeinsames Handeln sein mußte, nämlich daß sämtliche politische Ministerien von Sozialisten besetzt wurden und daß Bürgerliche nur in den Fachministerien einen Sitz behalten und selbst da noch von Sozialisten kontrolliert werden sollten. Diese Bedingungen wurden angenommen. Ich wundere mich, daß Vorwürfe gegen uns besonders heftig von denjenigen Personen kommen, die in aller Gemütsruhe seit dem ersten Tage der Revolution in den A.- und S.-Räten und dem Zentralrat mit den Rechtssozialisten zusammenarbeiten. Man hat ja versucht, und ich habe diese Kühnheit immer angestaunt, darzulegen, daß es etwas anderes sei, ob man in der Wilhelmstraße mit Rechtssozialisten zusammensitzt, oder ob man dies im Abgeordnetenhaus im Vollzugsrat tut. Wenn diese Dinge eine verschiedene Beurteilung verdienen, dann müßten gegen das Zusammenarbeiten im Zentralrat größere Bedenken erhoben werden, denn der Zentralrat hatte ja die Gewalt, die Minister jeden Tag abzurufen und abzusetzen. Deswegen scheint es mir Haarspalterei zu sein, wenn die Genossen, die im Zentralrat saßen, sich darüber aufregten, daß Mitglieder der USP. mit Rechtssozialisten zusammen in der Regierung gearbeitet haben. . . . Wenn die Tätigkeit, die wir während dieser Zeit ausgeübt haben, mehr bekannt sein könnte, würde manche Kritik verstummen. Wir haben nie zu denen gehört, die etwa Befriedigung über das Erreichte empfunden haben, wir haben niemals dem Proletariat verkündigt, was Großes und Herrliches schon vollbracht worden sei. Wir haben lediglich bessere Bedingungen für die Kampftätigkeit des Proletariats zu schaffen gesucht. . . .

Ich lege großen Wert darauf, festzustellen, daß wir in der Zeit, in der wir in der Regierung waren, eine auswärtige Politik betrieben haben, wie sie von Sozialisten betrieben werden muß. (Zuruf: Mit Rußland?) Ich komme auch noch zu Rußland. Es ist kein Geheimnis, daß ich es gewesen bin, der am 10. November die Proklamation verfaßt und einem Mitglied unserer Partei im Arbeiterrat gegeben hat, die dann einmütig auf dem Kongreß angenommen wurde. In dieser Proklamation habe ich gefordert, daß sofort die diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetrepublik aufgenommen werden müßten. Dieses Bestreben ist aber durchkreuzt worden durch einen Genossen aus Moskau, dessen Namen zu nennen im Augenblick ich nicht in der Lage bin, den ich aber gestern im kleinen Kreise genannt habe. Dieser Genosse hat in einem Schreibtelegramm, das im Auswärtigen Amt aufgenommen wurde, erklärt, er und seine Freunde wollten nach Deutschland kommen, um in den Gefangenenlagern, in denen Engländer und Franzosen untergebracht waren, bolschewistische Propaganda zu

treiben. Es ist ganz ausgeschlossen, daß wir in der Situation, in der wir uns befanden. — wir mußten den Waffenstillstandsvertrag unterzeichnen —, es zulassen konnten, daß derartige Propaganda betrieben wurde. Wir hätten unserer Sache großen Schaden zugefügt. Aus diesem Grunde ist die sofortige Aufnahme der diplomatischen Beziehungen nicht möglich gewesen, ich habe sie jedoch immer wieder befürwortet und bin von meinen Freunden in der Regierung darin stets unterstützt worden. Ein zweites Ereignis kam hinzu. In Moskau und Petersburg wurden die beiden deutschen Generalkonsuln verhaftet. Diese Verhaftungen wurden der Sowjetregierung in die Schuhe geschoben. Es wurde verlangt, und zwar mit Recht, daß die Freilassung der Generalkonsuln erst erfolgen mußte, bevor die Anknüpfung diplomatischer Beziehungen möglich wäre. . . .

Wenn unsere Regierungszeit nicht fruchtbringender gewesen ist, so behaupte ich mit aller Bestimmtheit, deswegen, weil die Parteigenossen uns gar keine Unterstützung zuteil werden ließen. Wir wurden von unseren eigenen Parteigenossen angegriffen, zum Teil schärfer als von Mitgliedern anderer Parteien. Nicht nur in Berlin, auch anderwärts, wurde es so gemacht. Ich stelle das nur fest, ohne Vorwürfe zu erheben, aber um zu erklären, wie es gekommen ist, daß nicht mehr geleistet wurde. Die Parteigenossen hätten ihre Aufgabe darin erblicken müssen, uns und damit die gesamte Regierung vorwärts zu treiben durch Unterstützung unserer Haltung. Einer der schwersten politischen Fehler, den ich während meiner langen Parteitätigkeit erlebt habe, liegt in der Tatsache, daß unsere Genossen es abgelehnt haben, in den Zentralrat einzutreten. Am 24. Dezember, nach jener Attacke auf das Schloß und den Marstall, als Ebert, Scheidemann, Landsberg völlig gebrochen waren, lag die Situation so, daß wir, die Unabhängigen, allein das Ministerium an uns nehmen konnten. Die Regierungsgewalt stand uns offen. Wir konnten dann eine völlig klare Politik treiben, ohne jedes Hindernis von rechtssozialistischer Seite. Wir hätten die Massen, die den Führern folgten, fortgerissen. Aber es war nicht möglich, weil uns ein Zentralrat gegenüberstand, der nur aus Rechtssozialisten bestand, und der uns jede Minute wegjagen konnte. Wir hatten nicht die Möglichkeit, uns auf die Macht zu stützen, auf der unsere eigene Gewalt ruhte. Nun sind das Fehler, die in revolutionären Zeiten zwar nicht ohne Bedeutung sind, die aber letzten Endes auf den großen Gang der Dinge nicht von entscheidendem Einfluß sind. Manches sehr Traurige wäre jedoch vermieden worden, wenn unsere Genossen damals nicht die Beteiligung am Zentralrat abgelehnt hätten.

Ein zweites Problem beschäftigte uns auch sofort nach Ausbruch der Revolution: Wie stellen wir uns zur Frage der Demokratie? In dem Regierungsaufruf, der gestern erschienen ist, kommt der Passus vor, den Scheidemann schon oft mit großem Pathos in die Welt geschleudert hat: „Wir stehen und fallen mit den Grundsätzen der Demokratie.“ Diese Führer der Rechtssozialisten werfen sich dauernd

in die Brust und betonen immer wieder: Wir sind Demokraten! Wir hören nur nicht, daß sie mit derselben Entschiedenheit sagen: „Wir sind Sozialisten, wir sind Sozialdemokraten!“ Es gab bei uns einen Teil, und vielleicht keinen kleinen Teil, von Anhängern, die von der Nationalversammlung nichts wissen wollten. Sie beriefen sich entweder auf das russische Beispiel, oder wenigstens wirkte dieses Beispiel sehr erheblich in ihrem Kopfe. Dabei haben die, die aus Rußland ihre Argumente holten, völlig vergessen, daß sich in Rußland die Dinge doch ganz anders abgewickelt hatten. Die Bolschewiki in Rußland waren es, die am entschiedensten und lautesten gegenüber Kerenski die schleunige Zusammenberufung der Konstituante forderten. Die Bolschewiki waren es, die Kerenski den Vorwurf machten, daß er den Zusammentritt der konstituierenden Versammlung verschleppe. Erst als die Bolschewiki fest im Sattel saßen, als sie die Regierungsgewalt an sich gerissen hatten und als die Nationalversammlung nicht so ausgefallen war, wie sie es erwartet hatten, führten sie das neue System ein und wandten sich gegen die Nationalversammlung. Wir sind alle ungeduldig, uns gehen die Ereignisse nicht schnell genug, wir sind mit dem heißen Sehnen erfüllt, den Tag zu erleben, wo wir die Alleinherrschaft haben, wo wir an eine gründliche Umgestaltung der Gesellschaft im Geiste des Sozialismus gehen können. Wir vergessen dabei oft als Politiker, daß man im Leben der Völker, in der Weltgeschichte nicht nach Tagen und Monaten rechnen kann. Die Bolschewiki haben sieben Monate gewartet, sieben Monate die konstituierende Versammlung gefordert, bis sie zur Herrschaft kamen...

Die Nationalversammlung bei uns ist gekommen und mußte kommen, abgesehen von allen demokratischen Erwägungen, schon deshalb, weil die Mehrheit der Arbeiter, die noch unter dem Einfluß der rechtssozialistischen Führer steht, dafür eintrat. Die Begeisterung dieser Masse für die Nationalversammlung ist sicher abgeflaut, und die Ernüchterung ist gekommen. Wenn von bürgerlicher und rechtssozialistischer Seite behauptet wird, daß die Nationalversammlung ein getreues Spiegelbild der Volksmeinung liefert, so ist das nicht richtig... Der Stimmzettel ist nicht immer ein untrügliches Zeichen der wahren Volksmeinung. Eines dürfen wir mit voller Sicherheit sagen und das haben wir stets gesagt, die Bedürfnisse und die Interessen der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung sind im Einklang mit den Bedürfnissen und Interessen des klassenbewußten Proletariats. Wenn eine sozialistische Regierung sofort die Sozialisierung in Angriff genommen hätte, dann würden die Massen, darunter auch die noch unaufgeklärten Frauen und Soldaten, sofort gesagt haben: das sind ja unsere Wünsche, das sind unsere Forderungen. Das hätte Widerhall gefunden. Daß diese Forderungen nicht erfüllt sind, ist zurückzuführen auf die grundsätzlich verschiedene Auffassung zwischen uns und den Rechtssozialisten in der Regierung. Die Nationalversammlung ist ein Faktum, mit dem zu rechnen ist. Aber es fragt sich, wenn sie nicht die volle Demokratie darstellt, ist nicht eine Ergänzung not-

wendig? Sie ist notwendig, das hat die Geschichte schon jetzt gelehrt. Die Ergänzung besteht in den Räten, die überall, so sehr man sie bedrängt, ihre Herrschaft aufrechterhalten. Ich habe auf dem Rätekongreß bereits ausgeführt, daß die Fragestellung: „Nationalversammlung oder Rätesystem?“ falsch ist, daß man für die Gegenwart vielmehr sagen muß: „Nationalversammlung und Rätesystem“. Diese Entwicklung kann keine Macht aufhalten.

Es genügt nicht, daß den Arbeiterräten nur wirtschaftliche Funktionen eingeräumt werden, sie sind notwendig zur Kontrolle der Betriebsführung und zur Mitwirkung bei der Betriebsleitung. Sie sind unentbehrlich für die Durchführung der Sozialisierung. Ich würde meine Pflicht verletzen, wenn ich nicht mit allem Nachdruck vor dem Glauben warnen würde, daß die Arbeiter in den Betrieben unter Hintwegräumung der Ingenieure, Techniker, kaufmännischen Angestellten, Direktoren usw. allein alles machen könnten. Nein, das ist nicht der Fall. Diejenigen Männer in Rußland, die an der Spitze der Bewegung stehen, Trotzky und Lenin, lehnen eine solche Auffassung ab. Wir können das russische Beispiel nicht verpflanzen auf deutsche Verhältnisse, wir sollen aber aus den Erfahrungen der Sowjetrepublik lernen.

Die Tätigkeit der Arbeiterräte auf wirtschaftlichem Gebiet soll also in einer Mitwirkung bestehen, es darf sich aber nicht die Praxis herausbilden, daß die Räte von oben herab den geistigen Arbeitern alles dekretieren. Die Arbeiterräte haben eine große Aufgabe zu erfüllen auch auf politischem Gebiet. Ich wünsche nicht nur, daß den A.- und S.-Räten das Verwerfungsrecht gegenüber der Gesetzgebung gegeben wird, sondern ich verlange, daß ihnen auch das Recht der Initiative eingeräumt wird. Keineswegs denke ich daran, daß die Entwicklung dieses Systems damit abgeschlossen ist. Für mich kommt es darauf an, zu prüfen, was jetzt notwendig ist und was jetzt durchgeführt werden kann. Ich will aber nicht die Arbeiterräte für alle Zeiten in diesen Rahmen spannen.

Die Revolution hat ein Wirtschaftsproblem aufgeworfen, das Problem der Sozialisierung, wie man es jetzt zu nennen pflegt. Dies Wort hat etwas Schillerndes und Täuschendes. In unserem Programm ist festgelegt, daß wir die Überführung der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit fordern. Wir haben allen Grund, das scharf herauszuheben, denn „Sozialisierung“ ist jetzt ein Schlagwort und fast die ganze Welt ist dafür zu haben, auch die kapitalistische, gegen die sich die Sozialisierung richten müßte. In dem Aufruf mit der schreienden Überschrift „Die Sozialisierung ist auf dem Marsche“ wird verkündet die Überführung gewisser Betriebe in Staatseigentum, d. h. also nicht Sozialismus, sondern Staatskapitalismus. Der Vorschlag der Regierung begnügt sich aber auch mit weniger, mit gemischtwirtschaftlichen Betrieben. Am letzten Ende betrachtet sie als Sozialisierung schon die Kontrolle der Betriebe durch die Regierung...

Die Genossin Zetkin hat sich absprechend geäußert über die Sozialisierungskommission. Sie meinte, nur durch die Praxis der

Arbeiter würden die Schwierigkeiten überwunden werden, die sich zweifellos bei der Sozialisierung auftürmen. Man müsse Fehler machen, durch die Fehler werde man lernen. Diese Auffassung darf bei uns nicht Wurzel greifen. Das wäre ein Rückfall in die allerroheste Empirie. Wir haben es im Gegenteil zu bedauern, daß wir nicht schon klare und sichere Baupläne für die Durchführung der Sozialisierung besitzen. Wir haben früher den Standpunkt vertreten, daß wir keine Rezepte für die Zukunftsküche herstellen können, daß wir warten müssen, bis die Revolution das Proletariat an die Spitze gebracht hat. Wir müssen dann je nach den sozialen und wirtschaftlichen Umständen prüfen, wie wir die Sozialisierung durchführen könnten. Jetzt sind wir in der revolutionären Periode und haben alle Veranlassung gehabt, Sachverständige einzusetzen, die es verhüten, daß in rohester Weise darauflos sozialisiert wird, die uns die Bedingungen angeben, unter denen am zweckmäßigsten die Sozialisierung durchgeführt werden kann. Das Proletariat ist allerdings nach meiner Meinung reif für den Sozialismus. Ich habe diesen Standpunkt nicht erst heute eingenommen, ich vertrete ihn seit 30 Jahren immer wieder. Aber dieser Gedanke ist nicht dahin zu erläutern, als ob das Proletariat alles allein machen könnte. Marx und Engels haben sich über das, was zu geschehen hat, wenn das Proletariat zur Herrschaft kommt, wiederholt ausgesprochen. In dem Vorwort zum Kommunistischen Manifest haben Marx und Engels den Satz aufgenommen, daß „die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann“. In dem berühmten Briefe an Kugelmann führt Marx aus, daß die Vorbedingung der Besitzergreifung durch das Proletariat nicht sei, die bürokratische Staatsmaschinerie von einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen. Das ist dahin gedeutet worden, als ob man sie zerschlagen und aus den Trümmern etwas Neues schaffen solle. Diese Deutung ist falsch. . . . Wenn wir dazu übergehen, die Unternehmungen in Gemeineigentum zu überführen, so muß dies nach einem festen, wohlbegründeten Plan geschehen, und an diesem Plan müssen mitwirken alle jene Kräfte, die einen tiefen Einblick haben in das wirtschaftliche und soziale Leben.

Wenn Genosse Däumig meint, er gäbe Genossen, die von der Angst ergriffen seien, die Diktatur des Proletariats in die Tat umzusetzen, so irrt er. Innerhalb unserer Kreise gibt es solche nicht. Einzuschärfen ist den Genossen aber, nicht nur immer von der Diktatur zu reden, sondern die Diktatur herbeizuführen. Wie führt man sie herbei? Dadurch, daß man die volle politische Macht für das Proletariat erobert. Erst dann kann das Proletariat die Diktatur ausüben. Ich gehöre zu denjenigen, die eine Zeitlang diese Diktatur ausgeübt haben, ohne viel Worte darüber zu verlieren. . . .

Wir müssen uns heute vor allen Dingen klarwerden, welche auswärtige Politik wir zu betreiben haben. Für unsere auswärtige Politik ist uns eine Richtlinie gegeben worden in der Inaugural-Adresse:

es darf für die auswärtige Politik kein anderer Grundsatz gelten, als für die Privatbeziehungen der Menschen zueinander, die Gesetze des Rechts, der Moral dürfen auch zwischen den Nationen nicht ausgeschaltet werden. Wir haben dafür zu sorgen, daß wir in freundschaftliche Beziehungen zu allen Staaten, namentlich mit Nachbarstaaten treten, in erster Linie zu derjenigen Regierung, mit der wir bereits Frieden geschlossen haben, zur Räteregierung in Rußland, zur Sowjetrepublik. . . .

Die ganze Politik, wie sie gegenwärtig betrieben wird, im Innern und im Äußern, ist die alte Gewalt- und Prestige-Politik. Unsere auswärtige Politik wird durchgreifenden Erfolg haben können, wenn wir dafür sorgen, daß die Internationale der Arbeiter wieder aufersteht als ein kräftiges Gebilde, kräftiger als die 2. Internationale und auf der Grundlage, auf der sich die Unabhängige Sozialdemokratie aufbaut. Vielleicht hat hier und dort ein Sozialist gemeint, es sei die Internationale in Zukunft nicht mehr so wichtig, denn der Völkerbund, der von den Friedensmächten geschaffen werde, würde ein gutes Stück dieser Arbeit ersetzen. Dieser Völkerbund sieht ganz anders aus, als mancher Illusionär sich ihn vorgestellt hat, es ist ein Staatenbund, kein Völkerbund. Er kann gewiß manche Reibungen zwischen den einzelnen Staaten durch Schiedsgerichte schlichten und dadurch einzelne Kriege verhindern. Er bringt aber nicht die Abrüstung. Erst wenn die sozialistische Internationale zur Macht kommt, kann der Völkerbund mit anderem Geiste erfüllt werden. Dann wird er ein Instrument für die Versöhnung der Völker, für die Versöhnung der Menschheit werden.

Das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse und damit der Befreiung der Menschen kann nur sein das Werk des Proletariats. Jede Regierungs-Koalition mit den Bürgerlichen muß zur Verwirrung des Proletariats und zu seinem Schaden ausschlagen. Geschlossen können die Massen alles erreichen. Und die Massen rufen nach Einigung seit dem Revolutionstage. Einigung ist die Parole geworden, die vielfach das ganze Denken der Arbeiterschaft beherrscht. Wir sind vom ersten Augenblick für die Geschlossenheit des Proletariats gewesen. In der alten Partei haben wir die Frage der Trennung nie auf die leichte Achsel genommen. Ist die Einigung der beiden Parteien noch möglich? Die Frage kann nach der Politik, die die Führer der Rechtssozialisten führen, nicht bejaht werden. Nicht Opportunismus, nicht Entgegenkommen an die bürgerliche Gesellschaft, sondern Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft durch radikale Politik ist unsere Aufgabe. Heute mehr denn je sollten wir uns erinnern jenes Beschlusses des Dresdener Parteitages im Jahre 1903. Die Partei verurteilte damals eine Taktik, die hinausläuft „auf ein Entgegenkommen an die bestehende Ordnung. Die Folge einer derartigen Politik wäre, daß aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden Gesellschaft gerichtet ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt“. Wie wichtig dieser

Dresdener Beschluß gewesen ist, hat uns die Zeit seit Ausbruch der Revolution gelehrt. Die Taktik der Rechtssozialisten verankert die bürgerliche Gesellschaft, statt sie zu überwinden. Ihr Denken ist verbürgerlicht, ist „national“. Das zeigt sich in der Polenpolitik und der Bildung der neuen Armee. . . .

Wie gegen rechts, haben wir auch gegen links ganz klar zu sagen: Wir sind Gegner der blanquistischen Taktik. Es ist unmöglich, daß eine kleine, kühne Schar, die die Gewalt an sich reißt, den Sozialismus durchführen kann. Es verlangt die Gerechtigkeit, daß auch der Spartakusbund sich theoretisch gegen diese Putschtaktik ausspricht. Der Spartakusbund erklärt in seinen Grundsätzen, daß er nie anders die Regierungsgewalt übernehmen wird, als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen proletarischen Massen, nie anders, als kraft der bewußten Zustimmung zu seinen Zielen.

Aber in Wahrheit gehen sie so vor, daß sie Massen nicht vereinigen, sondern sie spalten und zerklüften. Die „Rote Fahne“ hat einen Artikel gegen die Putschtaktik geschrieben:

„Nicht einzelne Führer, an die Macht gelangt, sind das Ziel der Revolution, nicht einzelne Gruppen, an die Regierung gebracht, sind deren Erfüllung. Als Klasse, in seiner überwiegenden Mehrheit muß das Proletariat zur Machtergreifung willens und fähig sein: nur so kann auch das Räteregime, das ohne die lebende Mitwirkung des Proletariats eine leerlaufende Maschine ist, schaffende Wirklichkeit werden. Das Proletariat wird aber zu diesem Willen und zu dieser Befähigung nur erzogen im politischen Kampfe der Revolution: Presse, Rede, Versammlungen, Demonstrationen, Streiks, Generalstreik sind die Mittel. Nicht aber ist ein Mittel der Schießprügel. Der ist höchstens ein Mittel, wenn er von rechts angewendet wird: dann klärt er die Masse auf. Von links aber der Schießprügel und die Handgranate, angewendet gegen große Teile des Proletariats, die heute noch nicht zu uns stehen, ist nicht ein Mittel, die Machtergreifung des Proletariats zu fördern, sondern die Revolution in den Lagern der Proletariatsmassen zu diskreditieren, die wir für die Revolution gewinnen müssen. Erst wenn das vollbracht ist, läßt sich an bewaffneten Kampf gegen die dann ohnmächtigen Reste der Bourgeoisie denken. Die Schießprügelhelden von rechts heißt man Konterrevolutionäre, die von links heißt man Putschisten oder wie sie sich manchmal nennen, Syndikalisten oder Anarchisten. Die von rechts sind die Verräter, die von links sind die Esel der Revolution. In ihrer Wut auf die Revolution sind sie beide gleich.“

So die „Rote Fahne“. Wenn alle Kommunisten das beherzigten, wären wir enig. Wir wissen aber, daß an zahlreichen Orten sich Elemente an die Kommunisten herangedrängt haben, die nicht erleuchtet sind durch dieses Licht, die immer wieder zum Mittel des Putschismus greifen.

Gewiß, die Minderheit hat oft recht behalten, Verstand ist nicht immer bei der Mehrheit, aber die Minderheit hat die Pflicht, namentlich, wenn es sich um Arbeiterräte handelt, mit den anderen zu beraten, ihre Anschauungen vorzutragen und die Ansichten der anderen zu hören. Sie kann alles tun, um die anderen zu sich herüberzuziehen. Sie darf nicht über die Köpfe der anderen hinweg dekretieren, ohne zu fragen, ob die anderen Folge leisten wollen. Eine Taktik der Abenteuer können wir nicht mitmachen. Wir wollen die Massen sammeln auf Grund ihrer Einsicht in die Richtigkeit unserer Grundsätze. Wenn wir unermüdlich tätig sind im Geist der großen Zeit, in der wir leben — denn groß ist sie trotz all des Taurigen und Schweren, das wir erleben —, dann kann es nicht anders kommen, als daß die Proletariatsmassen uns folgen. Dann kommt die Herrschaft des Proletariats, die Diktatur des Proletariats. Dieses Wort schreckt uns nicht. Das Bürgertum hat bis zur Revolution die Diktatur ausgeübt, wenn auch in parlamentarischen Formen. Es hat die Ämter besetzt und die Form des Handelns dem Volke vorgeschrieben. Wenn das Proletariat die Macht ergreift, dann steht die Mehrheit der Bevölkerung hinter ihm. Es vertritt nicht die Minderheit, sondern die große Mehrheit. Die Diktatur ist somit kein Gegensatz zur Demokratie. Die Diktatur ist keine dauernde Einrichtung, aber für eine Übergangsperiode ist sie notwendig, um jede Klassenherrschaft zu beseitigen. Wenn wir die politische Macht erreichen, werden wir die große Aufgabe, die uns die Geschichte gestellt hat, auch sicherlich erfüllen können. Wir werden die kapitalistischen Unternehmungen überführen in das Gemeineigentum, wir werden Unterdrückung und Ausbeutung beseitigen. Den erhabenen Gedanken des Sozialismus, den hineingeworfen zu haben in die Massen, das Verdienst unserer großen Vorkämpfer ist, zu verwirklichen, muß und wird unser heiligstes Bestreben sein!

Sollen wir den Friedensvertrag unterzeichnen?

Rede in den Comeniussälen in Berlin vom 13. Mai 1919.

Viereinhalb Jahre furchtbaren Mordens haben die Bourgeoisie nicht so erregt wie die Bekanntgabe des Friedensvertrages. Auch ein Teil des Proletariats glaubt in diese Entrüstung einstimmen zu müssen. Vielfach hört man sagen: „Das deutsche Volk ist um eine Illusion ärmer geworden.“ Ja, die Illusionspolitiker müssen enttäuscht sein. Aber wir konnten bei nüchterner Überlegung nicht gut erwarten, daß der Sieger dem Besiegten milde und großmütig entgentreten werde. Viele geben ihrer Enttäuschung über die Stellung des Präsidenten Wilson Ausdruck. In bestimmten Kreisen war es bei uns während des Krieges Mode, Wilson als hinterhältig und schurkisch zu beschreiben, als aber sein 14-Punkte-Programm unser einziger Rettungsanker wurde, ihn als den größten Menschenfreund und Idealisten zu umschmeicheln. Nun, Wilson ist kein Schurke, aber er kann sich auch nicht loslösen von den Einflüssen der Kapitalistenklasse, aus deren Boden er herausgewachsen, deren Exponent er ist. Seine Ideologie ist ehrlich, aber er muß ausführen, was Industrie- und Finanzkreise seines Landes verlangen.

Man konnte um so weniger auf Großmut und Milde der Gegner rechnen, als noch kurz vor dem Zusammenbruch im Herbst H i n d e n b u r g telegraphierte: „Auch der Friede im Westen soll kein weicher Friede werden.“ Soll man von F o c h etwas anderes erwarten als von Hindenburg?

Wollen wir die Friedensbedingungen ohne Heuchelei und Selbstgefälligkeit mit gerechter Kritik betrachten, so müssen wir uns fragen: was ist in den anderen Ländern geschehen? Diejenigen von Ihnen, die im Felde gewesen sind, wissen, daß Belgien, daß Nordfrankreich von den Deutschen furchtbar zugerichtet und systematisch ausgeraubt worden sind. Nicht nur hat man in den besetzten Gebieten die Fabriken zerstört, die Anlagen vernichtet, die Maschinen ausmontiert, sondern man hat auch vor den Privathaushaltungen nicht haltgemacht, hat sich nicht gescheut, den Leuten das Messing aus dem Hausrat, die Wolle aus den Matratzen zu holen. In Belgien und Nordfrankreich sind Tausende von Männern und Frauen, Mädchen und Jünglingen nachts herausgeholt und zur Zwangsarbeit nach Deutschland, oft auch in Gebiete dicht hinter der Front gebracht worden. Und wir wollen nicht vergessen, daß man so schamlos war, Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse nach Art von Dirnen auch noch zwangsweise medizinischen Untersuchungen zu unterwerfen. Die Verwüstungen, die angerichtet wurden, entsprangen durchaus nicht alle militärischer Notwendigkeit, ein Teil geschah mit der ausgesprochenen Absicht, das Wirtschaftsleben dieser Länder für ein

Jahrzehnt noch nach dem Frieden zu vernichten; so wurden die französischen Kohlenbergwerke so zugerichtet, daß sie lange Jahre nicht in Betrieb genommen werden können. Wir haben viel gutzumachen. Und wir Unabhängigen haben deshalb schon während des Krieges keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir zwar Kontributionen verwerfen, aber den angerichteten Schaden ersetzen müssen. Nicht Strafgelder, aber Ersatz verlangt die Gerechtigkeit. Sie alle wissen, welche ungeheure Zahl an Schlacht- und Zuchtvieh von uns aus den besetzten Gebieten herausgeholt, nicht nur von den Soldaten zum eigenen Gebrauch den Leuten fortgenommen, sondern noch nach Deutschland verkauft worden ist, wie man dem litauischen und polnischen Bauer oft genug nicht nur seine letzte Kuh aus dem Stalle trieb, sondern auch in „christlicher“ Gesinnung am Sonntag vor der Kirche sein letztes Panjepferd vom Wagen spannte. Geißelten wir diese Taten, so warf man uns höhnisch falsche Sentimentalität vor. Jetzt wird unserem Volke der Wechsel präsentiert. Die Entente verlangt neben anderen Tieren die Lieferung von 90 000 Milchkühen und 100 000 Schafen an die französische Regierung und von 50 000 Milchkühen und 20 000 Schafen an die belgische Regierung. Es ist in der Tat furchtbar für unser Volk, das schon wochenlang kaum mehr etwas Fleisch zu sehen bekommt, schon längst keine Milch mehr kennt, es sei denn für die Kranken und die kleinsten Kinder, das alles noch herausgeben zu müssen. Aber nach jenen Methoden mußten wir damit rechnen, und der Friedensvertrag erklärt ausdrücklich, daß es sich um Gegenstände handelt, die von Deutschland beschlagnahmt worden sind und auf deutschem Gebiet vorhanden sind.

Auch sonst ist der Friedensvertrag ungeheuer hart. Die Entente verlangt, daß wir alle zerstörten Handelsschiffe und Fischereifahrzeuge ersetzen. Wir müssen also nicht nur alle Kriegsschiffe und U-Boote herausgeben, sondern auch Handelsschiffe, deren wir zur Neubelebung des Handels, zur Heranschaffung von Lebensmitteln bitter bedürfen. Ja, von den auf unseren Werften neu zu bauenden Schiffen wird die Ablieferung einer jährlichen Tonnage bis zu 200 000 Bruttotonnen gefordert. So wird uns die Aufnahme eines geregelten Handelsverkehrs aufs äußerste erschwert. Aber, so müssen wir auch hier wieder fragen, wer ist schuld daran? Haben wir den bürgerlichen Parteien, den Bethmann Hollweg, Hertling usw., den Ebert und Scheidemann nicht hunderte Male gesagt: Seht ihr denn nicht, daß eure Politik des Immer-feste-druff, des Durchhaltens, des Weiterkämpfens bis zum Weißbluten zur Katastrophe, zum Ausgepowert- und Vernichtetwerden führt? Damals hat man uns verlacht, da hat man keinen Frieden schließen wollen, obgleich sich genug Gelegenheiten dazu boten. Die Mehrheitssozialisten pflegten uns allerdings mit dem Hinweis zu antworten: „Unser Kaiser hat ja mehrere Male seine Friedensbereitschaft kundgegeben.“ Gewiß, der Exkaiser wollte Frieden schließen, aber einen solchen, bei dem er den anderen den Fuß auf den Nacken setzen

konnte. Verkündete er doch im Dezember 1916 in seiner Mühlhausener Rede: Wir wollen den Frieden, denn wir sind die Sieger! Wie ein solcher Siegfrieden aussieht, das erleben wir doch nicht erst jetzt, wir erlebten es schon, als die Deutschen im Osten Sieger waren, wir erlebten es in Brest-Litowsk und Bukarest. Es steigt in uns tiefer Groll, ja Zorn auf, wenn wir sehen, wie dieselben Leute, die damals mit Hurra und Hussa den Russen und Rumänen einen Gewaltfrieden auferlegten, jetzt nicht nur stöhnen und seufzen, sondern sich noch in die Toga der Unschuldswengel hüllen, mit Emphase das Weltgewissen anrufen und in sittlicher Entrüstung verlangen, daß man ihnen einen Frieden des Rechts gewähre. Ein Stresemann regt sich darüber auf, daß der ehemalige Kaiser vor ein auswärtiges Gericht gestellt würde, da das jedem Völkerrecht Hohn spreche. Aber dieser selbe Stresemann forderte noch vor einem Jahre, daß man den Rumänenkönig absetze und ihm den Prozeß mache. Daß man es nicht tat, nannte er eine unverzeihliche Schwäche der gutmütigen Deutschen. Jetzt wird dieselbe Handlung als eine Grausamkeit und Verhöhnung des Völkerrechts verschrieen. . . .

Die meisten Friedensbedingungen stehen in schroffstem Widerspruch zu den Grundsätzen, die meine Freunde und ich während der ganzen Kriegsdauer für den Frieden aufgestellt haben. Wir erheben deshalb den schärfsten Protest gegen diese Friedensbedingungen, die die Entente dem deutschen Volke auferlegen will. Und wir haben ein Recht zu diesem Protest, weil wir jederzeit, auch wenn die Kriegslage für Deutschland günstig war, den Gegnern den Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit zugestanden haben, den wir für das deutsche Volk forderten. Wir haben, als unser Volk von Siegesstimmung erfüllt war, den Elsaß-Lothringern, den Bewohnern von Nord-Schleswig, den Polen das Recht eingeräumt, nach freiem Willen ihr Schicksal zu bestimmen. Für uns war das Selbstbestimmungsrecht niemals nur ein tönendes Wort, sondern eine aus innerster Überzeugung fließende Forderung. Wir verurteilen es deshalb mit vollem Recht, daß die Entente das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das sie feierlich proklamiert hat, in geradezu schnöder Weise zum Nachteil des deutschen Volkes verletzt hat. Schon die politische Vernunft hätte sie davon abhalten müssen, die territorialen Grenzen willkürlich festzusetzen, ohne in freier unbeeinflusster Abstimmung den Willen der betroffenen Bevölkerung zu erforschen. Denn die Folge dieser Willkür ist die Erzeugung dauernder Unruhe, die Schaffung einer Irredenta, die die Gefahren neuer blutiger Konflikte in sich birgt.

Unsere Verpflichtung, Frankreich für die Zerstörung seiner Bergwerke Ersatz zu leisten, haben wir aus eigener Initiative unumwunden anerkannt. Der Anspruch Frankreichs auf die Ausbeute der Saarbergwerke bis zur Wiederherstellung der französischen Bergwerke ist von uns nicht in Zweifel gezogen worden. Frankreich beschränkt sich aber nicht auf die Wiedergutmachung des Schadens, es verlangt die Abtretung des vollständigen und unbeschränkten Eigentums an

den Kohlengruben. Die Regierung des Saarbeckens wird den deutschen Behörden entzogen und einer Kommission übertragen werden, die vom Völkerbund eingesetzt wird. Es handelt sich hier in Wahrheit um eine wirtschaftliche und politische Angliederung des Gebietes an Frankreich, und die nach 15 Jahren vorgesehene Befragung der Bevölkerung vermag auch nicht einmal notdürftig diese Annexion zu verschleiern.

Als Ostpreuße weise ich besonders auf die Vergewaltigung hin, die der Bevölkerung dieser Provinz zugebracht worden ist. Der nordöstliche Streifen mit Memel, Schwarzort, Nidden wird über den Kopf der Bevölkerung von Deutschland losgetrennt, um, sei es an einen litauischen Staat, sei es an Polen, angegliedert zu werden. Fast 40 Jahre habe ich in Ostpreußen gelebt und bin mit der Bevölkerung der ganzen Provinz in enger Verbindung gewesen. Niemals hat die Bevölkerung jenes Gebietes, das jetzt vom Deutschen Reich losgerissen werden soll, an eine Trennung gedacht noch die Vereinigung mit einem anderen Volke gewünscht. Sie wird einfach durch einen Gewaltakt wie eine leblose Masse an einen anderen Staat verschoben. In den südlichen Gebieten der Provinz, in denen eine Abstimmung vorgesehen ist, sind ebenfalls Lostrennungsbestrebungen hervorgetreten. Die Art der Abstimmung bietet keine Garantie, daß der wahre Wille der Bevölkerung zum Ausdruck kommen und die neuen Grenzen bestimmen wird. Durch die Angliederung Westpreußens an Polen ohne Befragung der Bevölkerung, durch die schlecht verhüllte Auslieferung der angeblich freien Stadt Danzig, die von einem fremden Kommissar verwaltet, von Polen nach außen vertreten werden soll, an den polnischen Staat wird Ostpreußen von den übrigen Teilen des preußischen Staates völlig abgeschnitten. So muß es, verstümmelt und eingeschnürt, wirtschaftlich verkümmern. Für dieses grausame Schicksal ist keinerlei Begründung in den Wilsonschen Programmforderungen gegeben.

Ich will die übrigen Gewaltakte, die im Friedensvertrage enthalten sind, nicht im einzelnen aufführen. Wir verlangen, daß nirgends der Wille der Bevölkerung bei der Abänderung der Grenzen mißachtet wird. Wir wollen kein Volk wider seinen Willen unter deutsche Herrschaft zwingen, protestieren aber auch, daß das deutsche Volk durch offenen oder versteckten Zwang fremdem Willen unterworfen wird. Wir sollen nach dem Inhalt des Friedensvertrages die Unabhängigkeit Deutschösterreichs als unabänderlich anerkennen. Das tun wir gern. Daraus folgt aber auch das unabänderliche Recht Deutschösterreichs, sich nach seinem Willen mit dem deutschen Volke zu vereinigen . . .

Was wird nun werden? Man wird in Verhandlungen eintreten. Auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiete könnten wohl Erleichterungen erzielt werden. In der Frage der Grenzverschiebungen ist dies schwer zu erwarten.

Nach der Rede, die gestern der Präsident der Nationalversammlung Fehrenbach gehalten hat, und die heute schon sicher im Auslande in aller Munde ist, wird die Hoffnung auf Milderung der wirtschaftlichen und finanziellen Vorschläge tief gesunken sein. Diese Rede in diesem Augenblicke war ein Verbrechen, ein Skandal. Sie hat die schon wahrlich schwierige Position der deutschen Friedensuntersändler aufs äußerste erschwert. Was hören wir denn immer von vielen vernünftigen Leuten im neutralen und gegnerischen Ausland sagen? „Wir trauen dem deutschen Volke nicht. Die Revolution ist ja gar keine wahre Revolution gewesen. Der Geist, der in der Regierung lebt, ist der alte Geist. Man sieht nicht nur dieselben Gesichter, man sieht dieselben Methoden, ja schlimmere.“ Wenn die ausländischen Kommissionen, die hier tagen, jeden Tag die Anschlagssäulen sehen mit all den fürchterlichen Plakaten, die zur Bildung neuer Freiwilligenkorps aufrufen, sollen sie da glauben, daß der Geist des Militarismus tot sei? Und wenn sie erleben, wie die Weißgardisten in friedliche Städte rücken, „um der Regierung Anerkennung zu verschaffen“, wie die tatsächliche Macht schon wieder in den Händen der alten Generale liegt, wenn sie sehen, wie in Moabit, beim Prozeß gegen die Liebknechtmörder, die Offiziere mit Monokel und umgeschalltem Revolver auf der Anklagebank erscheinen, nachdem sie lange trotz dringendem Mordverdacht geschont worden sind, und wie überall die Gegenrevolutionäre von der Regierung liebevoll geschützt, die Arbeiter in die Gefängnisse gesteckt werden, soll ihnen da der Gedanke kommen, der alte Geist sei nicht mehr in Deutschland?

Und mehr noch! Jetzt, wo dieser Weltkrieg hinter uns liegt, wo 2 Millionen blühender Männer getötet, Millionen zu Krüppeln geschlagen, unzählige Frauen zu Witwen, Kinder zu Waisen geworden sind, wo eine Verwilderung und Verrohung die Folge gewesen ist, wie man sie nie für möglich gehalten hat, da ruft dieser selbe Reichstagspräsident bereits zum Revanchekrieg auf! Wir haben stets die Revanchepolitiker in Frankreich bekämpft, und unser unvergeßlicher Jaurès hat drüben selbst seine ganze Kraft und schließlich sein Leben in diesem Kampfe hingegeben. Da kommt man nun dem deutschen Volke mitten in diesem Elend und verkündet den Revanchegedanken! Wie dumm nebenbei, wie unglaublich dumm! Jetzt wird Foch, auf Herrn Fehrenbach hinweisend, seine schärferen Garantien fordern können, da Deutschland schon zum Revanchekrieg rüste, schon die ungeborenen Kinder als Rächer aufrufe. Es ist tieftraurig, daß das möglich war.

Damit ist der Einfluß aller derer gestärkt, die für Verschärfung der Bedingungen eintreten, der Einfluß aller derer geschwächt, die, wie unsere französischen, englischen, italienischen, amerikanischen Parteigenossen, mit großem Opfermut gegen diese Bedingungen kämpfen.

Und nun zu einer entscheidenden Frage: Sollen wir unterschreiben oder nicht?

Bei den Rechtssozialisten war eine Zeitlang Neigung, den Vertrag, auch wenn er hart sei, zu unterzeichnen. Dann kam St a m p f e r von Paris, man hatte ihn wohl eigens dazu hergeholt, und machte in einem Artikel dafür Propaganda, den Vertrag nicht zu unterschreiben, lieber das größte Elend auf sich zu nehmen, und wenn es jahrelang daure. Und die „Deutsche Tageszeitung“ schrieb: „Lieber tot, als Sklave.“ Die bürgerlichen Fraktionen und auch die Rechtssozialisten haben gegen 5 Stimmen beschlossen, diesem Vertrag die Unterschrift zu verweigern. Wenn nicht unterschrieben wird, wird der Feind unsere wichtigsten Rohstoffgebiete besetzen, die Häfen sperren und die Hungerblockade verschärfen. Das Los der 800 000 Gefangenen wird dann ungewiß. Im Falle des Friedens kehren sie zurück, im Falle der Nichtunterzeichnung des Vertrages müssen sie in der Fremde bleiben.

Der Grund, den die Bourgeoisie für die Ablehnung angibt, ist ein frivoler. Sie haben leicht reden: „Lieber wollen wir hungern.“ Bis jetzt habe ich die hochpatriotischen Töne nur von Leuten gehört, die bisher nicht gehungert haben und auch am wenigsten hungern werden, wenn Deutschland ganz blockiert wird. Für die Massen wäre dieser Zustand aber unerträglich. Schon jetzt ist die Sterblichkeit der Kinder so groß, daß man damit rechnet, in den nächsten Jahren ganze Volksschulklassen ausfallen lassen zu müssen, viele Lehrer nicht mehr einstellen zu können. Wer eine solche Politik unterstützt, ist entweder ein Hysteriker oder ein Hasardeur. Wir wollen nicht noch einmal nach Ludendorffs Methode regiert werden.

Nun weist man von rechtssozialistischer Seite darauf hin, daß auch die ausländischen Genossen eine Ablehnung des Vertrages erwarten. Der Gesichtswinkel, von dem dort und hier die Vorgänge betrachtet werden, ist ein durchaus verschiedener. Die ausländischen Freunde erhoffen von der Nichtunterzeichnung ein Anwachsen der revolutionären Bewegung in ihren Ländern. Wir müssen uns klar darüber sein, daß eine entscheidende Umwälzung für den Augenblick dort nicht zu erwarten ist. Wir dürfen keine Illusionspolitik treiben, unser Volk braucht den Frieden, den sofortigen Frieden. Der Friede, der in Versailles geschlossen wird, wird nicht ewig bestehen bleiben, ebensowenig wie der von Brest-Litowsk und Bukarest. Der Vertrag von Brest-Litowsk sollte nach dem Vorschlag unserer Diplomaten mit den Worten beginnen: „Wir schließen einen ewigen Frieden.“ T r o t z k y hatte sich geweigert, das Wort „ewig“ zu unterschreiben, er sah voraus, daß die Geschichte den Vertrag revidieren wird. Auch wir setzen unsere Hoffnung auf die geschichtliche Entwicklung. Die Revolution ist nicht aufzuhalten, sie macht nicht halt an der deutsch-französischen Grenze. Gewiß, in den siegreichen Staaten sind die hemmenden Kräfte stärker — doch sind auch dort erst einmal die Soldaten demobilisiert, so werden sie stürmisch ihr Recht fordern. Frankreich ist ebenso verschuldet wie wir, auch dort weiß kein Finanzminister, wie er die Schulden tilgen soll. Wenn dort die

Sozialisten erst zur Herrschaft kommen, so besteht dieser Friede keinen einzigen Tag mehr. Darauf haben wir zu bauen, und nicht auf den wiedererwachenden Geist von 1914. Wenn die Regierung darauf spekuliert, eine neue Auguststimmung auch bei dem Proletariat zu erzeugen, so wird sie sich verrechnen. Zum zweiten Male lassen sich die deutschen Arbeiter nicht vom nationalistischen Taumel hinreißen. Wir wollen nicht eine Politik des Wahnsinns. Sie führt zu nichts als zu neuem Blutvergießen und zwingt uns am Ende doch zur Annahme noch härterer, noch drückenderer Friedensbedingungen. Deshalb fordern wir: Man muß verhandeln, um zu erreichen, was irgend zu erreichen ist, man mag protestieren, aber man muß schließlich unterzeichnen.

Nun kommen die Bürgerlichen und sagen: Dann übernehmt ihr Unabhängigen doch die Regierung und unterzeichnet selbst. Das möchte den Herren so passen! Nein, diese salzige, fast giftige Suppe, die sie mit den Regierungssozialisten zusammengebraut haben, auszessen, das überlassen wir ihnen selbst. Und wenn sie uns dann vorwerfen, wir wollten uns vor der Verantwortung drücken, so sagen wir ihnen offen: Gewiß, wir wollen die Regierungsgewalt übernehmen, und könnten wir es heute tun, wir würden uns nicht besinnen. Aber wenn wir die Regierung übernehmen, so nicht, um diesen Vertrag zu unterzeichnen und uns am nächsten Tage von den Noskegarden zum Teufel jagen zu lassen. Nur, wenn die Revolution solche Fortschritte gemacht hat, daß die Masse der Arbeiter sich zusammenschließt, um eine einheitliche sozialistische Regierung zu bilden, die von echtem revolutionärem Geiste erfüllt ist, dann ist der Augenblick für uns gekommen. Diese Regierung wird ihre Aufgabe darin sehen, unter allen Umständen Frieden zu schließen, jeden Pakt mit der Bourgeoisie abzulehnen und kraftvoll der sozialistischen Ordnung den Weg zu ebnen. Jetzt sind wir noch nicht so weit. Wir wollen zum Ziel kommen nicht durch einen Putsch, nicht durch die vorübergehende Gnade der Nationalversammlung, sondern allein durch den Willen der großen Masse des Proletariats.

Dann handelt es sich nicht um eine vorübergehende Episode, sondern um eine dauernde Herrschaft, die besonders befestigt wird, wenn auch in die anderen Länder die revolutionäre Welle hinüberschlägt und das Proletariat in die Höhe hebt. Dann ist für Revanchepolitiker kein Platz mehr. Dann wird der Friedensvertrag von Versailles durch den gemeinsamen Willen der Völker in den Orkus geworfen werden — zu den Verträgen von Brest-Litowsk und Bukarest!

Plädoyer im Toller-Prozeß am 15. Juli 1919.

Dieser Prozeß ist kein gewöhnlicher Kriminalprozeß. Er hebt sich ab von dem Hintergrunde großer geschichtlicher Ereignisse. Der Angeklagte ist keine unbekannte Persönlichkeit. Das darf gewiß nicht dazu führen, daß das Gericht sich über Rechtsgrundsätze hinwegsetzt, aber es ist eine peinliche Prüfung geboten, ob die Anklage auf festem Fundament ruht.

Sämtliche Staatsrechtslehrer erkennen an, daß Revolutionen rechtsschöpferisch sind. So haben auch die Gerichte die Verordnungen der Volksbeauftragten als rechtsgültig anerkannt, die ihre Befugnis von dem Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte, einem revolutionären Organ, herleiteten. Am 12. November waren die Volksbeauftragten übereinstimmend der Auffassung, daß der Belagerungszustand für ganz Deutschland durch ihren gesetzgeberischen Akt aufgehoben sei. Diese Ansicht hat auch die bayerische Regierung geteilt, sonst hätte sie Widerspruch erhoben. Als unter meiner Mitwirkung eine Amnestie für das ganze Reich ausgearbeitet war, hat die bayerische Regierung darum ersucht, daß ihre Justizhoheit anerkannt werde, und die Absicht ausgesprochen, für Bayern eine eigene Amnestie zu erlassen. Daraus ergibt sich die zwingende Folgerung, daß die bayerische Regierung mit der Aufhebung des Belagerungszustandes für das ganze Reich durchaus einverstanden war.

Die Volksbeauftragten haben sich in zwei Fällen mit der Frage beschäftigt, ob die Bestimmungen des Strafgesetzbuches über den Hochverrat noch in Kraft seien. Das eine Mal, als ein Trupp Soldaten den Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte gewaltsam beseitigen wollte und im Anschluß daran den Volksbeauftragten Ebert zum Präsidenten der Republik ausrief, das andere Mal, als die bekannten Industriellen Thyssen und Stinnes auf die Denunziation eines Kellners, sie hätten einen Plan zum Sturz der revolutionären Regierung vereinbart, verhaftet worden waren. In beiden Fällen haben sich die Volksbeauftragten überzeugt, daß die Paragraphen des Hochverrats nicht zur Anwendung gebracht werden können. Diese Ansicht mag für das Standgericht keine autoritative Geltung haben, rechtfertigt aber das Verlangen nach einer nochmaligen genaueren Prüfung, ob ihre bisherigen Entscheidungen sich aufrecht erhalten lassen. Um so mehr, als auch in dem bekannten Falle L e d e b o u r die Staatsanwaltschaft in Berlin — wie wohl anzunehmen ist, in Übereinstimmung mit dem Oberreichsanwalt — die Anklage auf Hochverrat nicht erhoben hat, und zwar nach ihrer ausdrücklichen Erklärung, weil sie die rechtliche Voraussetzung des Hochverrats nicht für gegeben hielt.

Das Strafgesetzbuch verfolgte den Zweck, die bei seiner Schöpfung bestehende und die auf verfassungsmäßigem Wege sich fortentwickelnde Verfassung gegen gewaltsame Angriffe zu schützen. Es wäre aber absurd, anzunehmen, daß es auch einer durch Gewalt geschaffenen neuen „Verfassung“ habe seinen Schutz verleihen wollen. Ebenso wenig wie die Bestimmungen über Majestätsbeleidigung noch Geltung haben, ebensowenig haben sie sie über Hochverrat. Der § 81, Ziffer 2 des Strafgesetzbuchs setzt die Thronfolge der Verfassung gleich. Damit ist der historische, sprachliche und rechtliche Zusammenhang so klar gestellt, daß es unmöglich ist, den einen Teil für beseitigt, den anderen als noch zu Recht bestehend anzusehen. Mit dem Sturze der Throne brach auch die Strafbestimmung über den Hochverrat zusammen. Mit dem Herzog fiel auch der Mantel. Das Strafgesetzbuch versteht unter Verfassung auch nicht etwa die Verfassungsurkunde, sondern fundamentale Staatseinrichtungen, die fest verankert sind. Solange die Dinge infolge der Revolution im Flusse sind, so lange kann von einer schutzwürdigen und schutzbedürftigen Verfassung nicht gesprochen werden. Es ist auch ein unfassbarer Gedanke, daß die Revolutionäre von gestern die Revolutionäre von heute wegen Hochverrats vor die Richter ziehen können, die zum Schutze der ursprünglichen monarchischen Verfassung eingesetzt worden sind. Es ist ein Nonsens, daß die Regierung, die selbst durch eine Revolution zur Herrschaft gekommen ist, diejenigen als Hochverräter ins Zuchthaus oder gar aufs Schafott schickt, die nichts anderes tun, als sie selbst getan hat. Keines der heute bestehenden Parlamente würde zudem, wenn es die neue Verfassung gegen hochverräterische Umtriebe sichern will, ein solches Strafmaß auswerfen, wie es in dem alten Strafgesetzbuch enthalten ist, das sich nur aus der monarchischen Staatsauffassung erklären läßt.

Bayern ist auf staatsrechtlichem Gebiet eine Fundgrube für die Staatsrechtler. Als das Parlament nach dem Tode Eisners die Flucht ergriff, hat es sich selbst als gesetzgeberisches Organ ausgeschaltet. Aber auch das alte Ministerium stellte als solches seine Funktionen ein. Die Minister ließen sich fast gar nicht mehr sehen, nur drei von ihnen verhandelten weiter mit dem Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte. Damit war anerkannt, daß an Stelle der parlamentarischen Verfassung die Räte die oberste Gewalt in Bayern hatten. Die Beschlüsse dieser Körperschaft wurden auch allgemein als maßgebend angesehen. Am 25. Februar wurde festgelegt, daß der Zentralrat gegen Beschlüsse des Ministeriums das Vetorecht habe, und daß eine künftige Verfassung mit der provisorischen Regierung vereinbart und dem gesamten Volke zur Beschlußfassung vorgelegt werden solle. Am 7. bis 8. März kam dann ein Kompromiß zwischen Zentralrat und Ministerium zustande, an das beide Teile, und nicht nur der Zentralrat allein, gebunden waren. Der Ältestenrat des ausgeschalteten Parlaments hat keine staatsrechtlichen Funktionen. Ein Staatsgrundgesetz, das unter Verletzung der Beschlüsse vom 25. Februar und 7. bis 8. März zustandegekommen ist, entbehrt der Rechts-

gültigkeit. Stellt man sich aber selbst auf einen anderen Standpunkt, so entsteht die Frage, ob der neue Rechtszustand bereits konsolidiert ist und die neuen Staatseinrichtungen schon festgefügt sind. Diese Frage muß verneint werden. Auch das Organ der Deutschdemokratischen Volkspartei in Bayern, die „Münchener Neuesten Nachrichten“, hat noch am 25. Juni Ausführungen gemacht, die diese Auffassung voll bestätigen.

Es heißt in dem Artikel: Bayern hat „seine endgültige Verfassung noch nicht beraten, ist als Staat weder vollständig konsolidiert noch an strenge Normen gebunden“.

Und der preußische Minister Heine, der gewiß nicht geneigt ist, milde mit den Revolutionären umzugehen und die Strafbestimmungen zu ihren Gunsten auszulegen, hat in seinem Briefe an den General Owen geschrieben:

„Die ganze Politik, die die bayerische Regierung seit dem November 1918 geführt hat, war geeignet, die Grenzen zu verwischen, die zwischen einer neuen legalen Staatsordnung und einem Zustand gewaltsamer Untergrabung und Zerstörung gezogen werden mußten. Diese Politik zeigte keinen Willen zu einer neuen Ordnung, sondern war ein Umsturz in Permanenz, ein fortwährendes Herabgleiten von einer Stufe zur anderen, bis zur Räterepublik, der Tyrannei der roten Garde.“

Solange der Umsturz in Permanenz ist, gibt es keine Verfassung im Sinne des Strafgesetzbuches. Die Anklagebehörde geht von der irrigen Anschauung aus, als ob die Revolution aus einem einmaligen Akte bestehe. Revolutionen sind Prozesse, die sich in verschiedenen Stadien abwickeln. Bevor ein Ruhezustand eingetreten ist, ist es unmöglich, mit Hochverratsparagrafen zu operieren. Wie wenig eine Klärung der Verfassungszustände eingetreten ist, beweist die Tatsache, daß bis zu dieser Stunde in der Nationalversammlung zu Weimar noch keine Lösung für die Abgrenzung des Reiches und der Einzelstaaten gefunden ist. Davon hängt aber wesentlich auch die Konsolidierung der einzelstaatlichen Verfassungen ab.

Die Anklagebehörde war selbst von ihrem Standpunkte aus verpflichtet, sich die Frage vorzulegen, ob nicht, als der Angeklagte Toller von Nürnberg nach München zurückkehrte und in den Gang der Ereignisse eingriff, bereits der Hochverrat vollendet war, so daß er als Täter nicht mehr in Frage kommen konnte. In Wahrheit ist es so, denn die Räterepublik war beschlossen, und zwar gerade unter dem Drängen der rechtsozialistischen Partei, als Toller sich noch in Nürnberg befand. Toller ist also weder Täter noch Gehilfe der neuen Umwälzung gewesen. Er hat im Grunde nur das getan, was die Beamten und hohen Militärs des alten Regimes im November 1918 getan haben. Er hat sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen gestellt und für die neue Regierung gearbeitet. Unvergesslich ist es

mir, wie nach dem 9. November 1918 der Generalfeldmarschall Hindenburg, der General Gröner, der frühere Staatssekretär des Auswärtigen v. Hintze und zahlreiche andere hohe Beamte und Militärs unter ausdrücklicher Betonung, daß sie sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellten, der revolutionären Regierung ihre Dienste leisteten. Wird die Anklagebehörde die Behauptung aufstellen wollen, daß alle diese Männer Hochverräter waren? Zur Verurteilung kann das Gericht schließlich nur kommen, wenn es feststellt, daß Toller schuldhaft gehandelt hat, d. h., daß er das Bewußtsein hatte, das Ministerium Hoffmann bestehe noch als feste Regierung, und daß er von dem Willen geleitet gewesen ist, eine tatsächlich und damit rechtlich bestehende Regierung gewaltsam umzustürzen. Davon kann aber keine Rede sein. Wie bereits ausgeführt ist, mußte er vielmehr annehmen, daß ebenso wie das Parlament, sich auch das Ministerium Hoffmann aufgelöst hatte, daß eine parlamentarische Verfassung in Bayern nicht bestand. Aus der Rede, die der Ministerpräsident Hoffmann vor kurzem im Parlament gehalten hat, geht mit Sicherheit hervor, daß er selbst diese Auffassung gehabt hat. Denn er spricht davon, daß die Regierung, erst nachdem es ihr gelungen sei, Truppen zu gewinnen, die Herrschaft „begonnen“, und daß sie dann den Widerstand gegen die Räterepublik organisiert habe. Damit wird die Räterepublik als die bestehende tatsächliche Macht ausdrücklich anerkannt.

Daß Toller dies annahm, geht schon daraus hervor, daß er ein gegenwärtiges Mitglied des Kabinetts Hoffmann, den Minister Segitz, zum Minister der Räterepublik vorgeschlagen hat, und daß, wie ihm schon in Nürnberg mitgeteilt worden war, der Kriegsminister Schneppenhorst von München dorthin gekommen war, um die Sozialdemokratische Partei, seine Parteigenossen, für die Räterepublik zu gewinnen. Das Verhalten der Minister ließ keinen anderen Schluß zu, als daß sie mit der Räterepublik mitmachen würden.

Es ist deshalb meine innerste Überzeugung, daß Toller freigesprochen werden muß, selbst wenn das Gericht an seiner früheren Rechtsauffassung festhält. Auch während des Krieges hat das Reichsgericht, obwohl es die Strafrechtsbestimmungen über den Landesverrat weit auslegte, doch in einer Reihe von Fällen auf Freisprechung erkannt, weil es zwar den äußeren Tatbestand als gegeben erachtete, aber annahm, daß die Angeklagten nicht das zur Verurteilung erforderliche Bewußtsein der Strafbarkeit gehabt hätten.

Da Sie nicht feststellen können, daß Toller ein subjektives Verschulden trifft, ist seine Freisprechung geboten.

Für die Beurteilung der Persönlichkeit und ihres Bewußtseinsinhalts sind in der Verhandlung vollgewichtige Zeugnisse abgegeben worden. Ich verweise auf die Erklärungen Martersteigs, Halbes, Björnsons, Thomas Manns, Carl Hauptmanns, Dr. Marcus über die sittliche Idee, die sich in Tollers Werken verkörpert. Einer der edelsten Menschen, der sich während der ganzen

Kriegszeit als groß bewährt hat, Romain Rolland, ist warm für Toller eingetreten. Am 7. Juli haben die französischen sozialistischen Studenten ihn zu ihrem Ehrenpräsidenten gemacht. Aus Spanien und aus Italien haben sich Stimmen für ihn erhoben. So kann er in Zukunft ein wichtiges Bindeglied zwischen den Völkern bilden.

Der Staatsanwalt hat ihn dadurch herabsetzen zu können geglaubt, daß er ihn einen „Landfremden“ nannte. Die Engherzigkeit dieser Auffassung erscheint besonders kraß in diesem Augenblicke, wo die neue Reichsverfassung noch schärfer als bisher den Grundsatz vertritt, das jeder Deutsche überall in Deutschland vollberechtigt zu Hause ist. Die Äußerung des Staatsanwalts mutet um so merkwürdiger an, als er gewiß Toller nicht für einen Landfremden angesehen hat, als er sich nach Kriegsausbruch in seinem jugendlichen Enthusiasmus bei einer bayerischen Truppe stellte. Die bayerischen Kameraden, die bayerischen Offiziere, die als Zeugen für ihn aufgetreten sind und ihm Kameradschaftlichkeit, Mut, Unerschrockenheit und Pflichttreue nachgerühmt haben, sind weit entfernt von dem engen Standpunkt des Staatsanwalts.

Die Anklagebehörde macht Toller zum Vorwurf, daß er sein Studium nicht beendet, und daß er sich zum politischen Führeramt gedrängt habe. Richtig ist, daß der Krieg Toller an der Beendigung seines Studiums gehindert hat. Aber wer hat eifriger und gewissenhafter gearbeitet als er, und glaubt der Staatsanwalt wirklich, daß ein Mensch nur nach abgelegtem Examen im Leben fertig wird? Tollers inneres Wesen macht es gerade aus, daß er nicht zu denen gehört, die rasch mit sich fertig werden; er ringt mit sich und wird weiter ringen.

Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß er sich in seine politischen Stellungen nicht gedrängt hat, aber wenn er von den Massen gerufen wurde, hat er sich ihnen nicht entzogen, sondern hat seine Pflicht erfüllt. Das Zeugnis des Professors Max Weber, das sich auf Beobachtungen aus dem Jahre 1917 stützt, kann nicht maßgebend sein für die Beurteilung Tollers als Politiker, da dieser inzwischen gerade umfangreiche volkswirtschaftliche und soziologische Studien getrieben hat. Völlig abwegig ist es, ihn strafrechtlich deswegen verantwortlich machen zu wollen, weil er angeblich nicht den Anforderungen gewachsen gewesen sei, die an einen politischen Führer gestellt werden müssen. Will der Staatsanwalt behaupten, daß die Männer, die an der Spitze des Reichs während des Krieges standen, die Bethmann Hollweg, Michaelis und Hertling, das Format zu Reichsleitern hatten? Wird er gar den Vorwurf gegen sie erheben wollen, daß sie wider besseres Wissen handelten, als sie trotz ihrer politischen Unzulänglichkeit in ihren Ämtern verblieben?

Der Staatsanwalt hat es sogar gewagt, Toller für den Geiselmord verantwortlich zu machen, obwohl er selbst zugeben muß, daß Toller alles getan hat, um die Geiseln zu retten, und daß es ihm auch bei

einer Anzahl gelungen sei. Eine Verwilderung der Sitten zeigt sich allerdings in Deutschland; sie entspringt aber nicht der Revolution, sondern dem Kriege, der das Gefühl für den Wert des Menschenlebens getötet hat. Toller ist wahrlich von jeder Verrohung frei geblieben. Das rechtssozialistische Organ Münchens, die „Münchener Post“, hat geschrieben, daß Toller vom Vertrauen der Arbeitermassen getragen war. Das ist richtig. Er hat sich den Arbeitern nicht aufgedrängt. Die große Mehrheit hängt an ihm, und wenn er sich später, seinen dichterischen Neigungen folgend, mehr von der Politik zurückziehen sollte, so werden die Arbeiter nicht vergessen, was er in schwierigster Zeit an ihrer Seite geleistet hat. Wenn die Namen mancher Personen, die heute nicht ohne Einfluß sind, längst verklungen sein werden, wird — das ist das Ergebnis der heutigen Verhandlung — Tollers Name in dem noch fortleben, was er auf Grund seiner dichterischen Begabung dem deutschen Volke geschenkt hat.



